



# HESSISCHER LANDTAG

16. 10. 2003

## 17. Sitzung

Wiesbaden, den 16. Oktober 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	985		
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	985		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	985		
47. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde „Lehrerinnen mit Kopftuch – nicht in Hessen!“</b>			
– Drucks. 16/720 – . . . . .	985		
<i>Abgehalten</i> . . . . .	992		
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	986		
Priska Hinz . . . . .	986		
Nancy Faeser . . . . .	988		
Dorothea Henzler . . . . .	989		
Ministerin Karin Wolff . . . . .	990		
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	991		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	992		
48. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde „Operation düstere Zukunft: die Prioritäten des Wilhelm Dietzel: ministeriumskontrollierte Internetseite statt unabhängigem Verbraucherschutz“</b>			
– Drucks. 16/729 – . . . . .	992		
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1000		
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	992		
Hildegard Pfaff . . . . .	993		
Elisabeth Apel . . . . .	994		
Heinrich Heidel . . . . .	996		
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	996		
Priska Hinz . . . . .	997,		
Manfred Schaub . . . . .	998		
Frank Gotthardt . . . . .	998		
Tarek Al-Wazir . . . . .	999		
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	999		
Reinhard Kahl . . . . .	1000		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1000		
49. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde „Polizei ohne Benzin – Falschparken für die innere Sicherheit“</b>			
– Drucks. 16/730 – . . . . .	1000		
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1006		
Günter Rudolph . . . . .	1000		
Rafael Reißer . . . . .	1001		
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1002		
Tarek Al-Wazir . . . . .	1003		
Minister Volker Bouffier . . . . .	1004		
Jürgen Walter . . . . .	1006		
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil . . . . .	1006		
11. Antrag der Fraktion der FDP betreffend „ <b>Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung“</b>			
– Drucks. 16/485 – . . . . .	1022		
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	1027		
Michael Denzin . . . . .	1023		
Evelin Schönhut-Keil . . . . .	1023		
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	1024		
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	1025		
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	1027		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1027		

Seite	Seite
26. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Stellenabbau an hessischen Schulen ist Wahlbetrug</b> – Drucks. 16/678 – . . . . . 1027 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . . 1040	14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>zukünftige Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Gewährleistung der Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher bei gentechnisch veränderten Produkten</b> – Drucks. 16/465 zu Drucks. 16/188 – . . . . . 1057 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1060
31. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>erneuter Wahlbetrug der CDU im Bereich Bildung</b> – Drucks. 16/684 – . . . . . 1028 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . . 1040	15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>grüne Gentechnik als Zukunftstechnologie weiter voranbringen</b> – Drucks. 16/466 zu Drucks. 16/319 – . . . . . 1057 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1060 Axel Wintermeyer . . . . . 1057 Martin Häusling . . . . . 1058 Heinrich Heidel . . . . . 1059 Gernot Grumbach . . . . . 1059 Minister Wilhelm Dietzel . . . . . 1060 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1060
36. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>keine massiven Kürzungen der Lehrerstellen im Rahmen des Sparprogramms</b> – Drucks. 16/690 – . . . . . 1028 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . . 1040 Priska Hinz . . . . . 1028 Peter Beuth . . . . . 1030 Heike Habermann . . . . . 1033 Dorothea Henzler . . . . . 1035 Ministerin Karin Wolff . . . . . 1037 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 1040	16. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Sprachförderung von Kindern in der vorschulischen Erziehung</b> – Drucks. 16/522 zu Drucks. 16/148 – . . . . . 1060 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1061
71. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein <b>Gesetz zur Umsetzung von Öffnungs-klauseln im Bereich der Besoldung und Beamten-versorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften</b> – Drucks. 16/756 zu Drucks. 16/721 und zu Drucks. 16/491 – . . . . . 1040 <i>In dritter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1044 Jörg-Uwe Hahn . . . . . 1040 Günter Rudolph . . . . . 1040 Birgit Zeimetz-Lorz . . . . . 1041 Jürgen Frömmrich . . . . . 1042 Minister Volker Bouffier . . . . . 1043 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 1044	17. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Sprachförderung von Kindern in der vorschulischen Erziehung</b> – Drucks. 16/523 zu Drucks. 16/396 – . . . . . 1060 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1061 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1060
70. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Luxusmöblierung der neuen Staatskanzlei</b> – Drucks. 16/750 – . . . . . 1044 <i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . . 1050 Norbert Schmitt . . . . . 1044 Frank Williges . . . . . 1045 Frank-Peter Kaufmann . . . . . 1047, 1050 Roland von Hunnius . . . . . 1048 Minister Jochen Riebel . . . . . 1049 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1050	18. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Vorlage eines hessischen Jugendberichtes</b> – Drucks. 16/524 zu Drucks. 16/304 – . . . . . 1061 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1065 Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . . 1061, 1064 Holger Bellino . . . . . 1061 Hannelore Eckhardt . . . . . 1062 Michael Denzin . . . . . 1063 Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 1064 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1065
12. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Personal-Service-Agenturen – erste Bilanz ist unbefriedigend</b> – Drucks. 16/492 – . . . . . 1050 <i>Angenommen</i> . . . . . 1056 Michael Boddenberg . . . . . 1050 Petra Fuhrmann . . . . . 1051 Florian Rentsch . . . . . 1052 Evelin Schönhut-Keil . . . . . 1054 Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 1056 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1056	19. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Pauly-Bender, Eckhardt, Habermann, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming</b> – Drucks. 16/624 – . . . . . 1065 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . . 1068 Dr. Judith Pauly-Bender . . . . . 1065 Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . . 1066 Claudia Ravensburg . . . . . 1067 Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 1067 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068 <i>siehe auch Anlage</i> . . . . . 1071
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Folgekosten bei Gefahrgutunfällen</b> – Drucks. 16/460 zu Drucks. 16/299 – . . . . . 1057 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1057 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1057	

Seite	Seite
21. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Durchführung eines Volksentscheids zur Annahme der Europäischen Verfassung gleichzeitig mit den Europawahlen im Jahre 2004</b> – Drucks. 16/640 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Abg. Siebel, Holzapfel, Dr. Spies, Schaub (SPD) und Fraktion betreffend <b>Förderung der Soziokultur in Hessen</b> – Drucks. 16/700 zu Drucks. 16/243 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
22. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Reform des Friedhofs- und Bestattungswesens</b> – Drucks. 16/641 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Abg. Siebel, Frankenberger, Hofmeyer, Holzapfel, Schaub, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Unterstützung „Kulturhauptstadt Europa“</b> – Drucks. 16/701 zu Drucks. 16/343 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
23. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>periodischer Bericht zur Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung</b> – Drucks. 16/642 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	56. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Städte- und Gemeindefinanzierung</b> – Drucks. 16/703 zu Drucks. 16/62 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
24. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Aufhebung des Sitzverbotes in Bäckereien und Metzgereien</b> – Drucks. 16/643 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	57. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kommunen stärken – Gewerbesteuer jetzt modernisieren!</b> – Drucks. 16/704 zu Drucks. 16/186 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
25. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BstU)</b> – Drucks. 16/660 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	58. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Finanzkraft der Kommunen stärken – kommunale Selbstverwaltung sichern</b> – Drucks. 16/705 zu Drucks. 16/225 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
27. Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an den hessischen Schulen</b> – Drucks. 16/679 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	59. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Gemeindefinanzreform auf gutem Weg</b> – Drucks. 16/749 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
66. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Qualitätsentwicklung an den hessischen Schulen unter Einbeziehung der Staatlichen Schulämter</b> – Drucks. 16/746 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	60. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>verstärkte Videoüberwachung auf öffentlichen Einrichtungen und Plätzen</b> – Drucks. 16/708 zu Drucks. 16/320 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068
39. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Koch-Steinbrück-Modell</b> – Drucks. 16/693 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	62. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>künftige Gewährleistung einer verbraucherfreundlichen Absicherung der Verbraucherinsolvenz in Hessen</b> – Drucks. 16/686 – . . . . . 1069 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss (federführend) und dem Rechtsausschuss (beteiligt) überwiesen</i> . . . . . 1069 Frank-Peter Kaufmann . . . . . 1069 Reinhard Kahl . . . . . 1069 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1069
67. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau</b> – Drucks. 16/747 – . . . . . 1068 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1068	

## Seite

33. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für berufliche Schulen</b> – Drucks. 16/687 – . . . . . 1068 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen . . . . . 1068</i> Frank-Peter Kaufmann . . . . . 1068 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1069	73. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Koch-Steinrück-Vorschlag zum Subventionsabbau</b> – Drucks. 16/758 – <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>
	74. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Erhalt des Flughafensozialdienstes am Frankfurter Flughafen</b> – Drucks. 16/785 – <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund  
Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
MinDirig Wolf von Hoerschelmann  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Herbert Landau  
MinR Klaus Paul  
MinDirig Dr. Rolf Bernhardt  
MinDirig Klaus-Peter Gütter  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Nicola Beer

(Beginn: 9.03 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Plenarsitzung am dritten Tag des Plenums und begrüße Sie alle mit einem frohen Glückauf. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Noch offen sind die Punkte 11 bis 19, 21 bis 27, 31 bis 33, 36, 37, 39, 47 bis 49, 54 bis 59 und 66 bis 73.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt des Flughafensozialdienstes am Frankfurter Flughafen, Drucks. 16/785. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 74.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung: Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde. Wir beginnen mit den drei Anträgen betreffend eine Aktuelle Stunde, im Ablauf die Tagesordnungspunkte 47, 48 und 49. Unmittelbar im Anschluss an die drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde folgt der mit der FDP getauschte Setzpunkt der CDU-Fraktion, Tagesordnungspunkt 37, Entschließungsantrag betreffend LKW-Maut, Drucks. 16/691. Mit ihm werden die Tagesordnungspunkte 68 und 72 aufgerufen, ebenfalls zum Thema LKW-Maut.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Aufmerksamkeit, sonst bekommen Sie es nicht mit. Nach der Mittagspause folgt Tagesordnungspunkt 31, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erneuter Wahlbetrug der CDU im Bereich Bildung, Drucks. 16/684, der gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 26 und 39 aufgerufen wird. Danach folgt Tagesordnungspunkt 71, dritte Lesung für ein Gesetz zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderungen reisekostenpflichtiger Vorschriften. Der Dringliche Antrag der SPD betreffend Luxusmöblierung der neuen Staatskanzlei wird danach aufgerufen.

Entschuldigt fehlen heute ab 14 Uhr Herr Staatsminister Dr. Alois Rhiel wegen seiner Teilnahme an der Grundsteinlegung für den Bau des Kultur- und Kongresszentrums in Fulda und, wie bereits angekündigt, Frau Abg. Nicola Beer. Herr Ministerpräsident Koch wird 15 bis 20 Minuten später zur Sitzung kommen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der holt noch das Kopftuch!)

Meine Damen und Herren, Papst Johannes Paul begeht heute sein 25-jähriges Amtsjubiläum.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Mit Kopftuch!)

Auch im Namen des Hessischen Landtags möchten wir ihm herzlich gratulieren und ihm für seinen Einsatz für Frieden und Menschenrechte danken.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Hinweis noch: Der Ältestenrat tagt heute zu Beginn der Mittagspause, voraussichtlich um 13 Uhr, in Sitzungssaal 119 M.

Nun zum Sport. Die UEFA-Ergebnisse vom gestrigen Abend: Der HSV und Hertha BSC sind ausgeschieden, die

Ergebnisse geben wir nicht bekannt. Borussia Dortmund ist durch ein 1 : 0 eine Runde weiter. Eine ganz wichtige Meldung ist noch zu verkünden: In einem – so wird es mir gesagt – an Dramatik kaum zu überbietenden Fußballspiel musste sich die Landtagself gestern Abend dem Team Ballance 2006 knapp mit 5 : 6 geschlagen geben.

(Zurufe: Öh!)

Aus Furcht vor dem Landtagsensemble hatte sich die „Initiative für Integration und Toleranz für eine friedliche Weltmeisterschaft 2006“ sogar mit dem einzigartigen Bundesligastar Lothar Sippel, Armin Kraaz und Weltmeister Bernd Hölzenbein verstärkt. Jürgen Grabowski gab an der Seitenlinie Rückhalt. Meine Damen und Herren, durch den Ex-Eintrachtler Sippel geriet unsere Mannschaft mit 0 : 2 ins Hintertreffen. Doch Kanzleimitarbeiter Raymond Donzé hielt die Landtagself mit zwei Toren im Spiel. Trotz des souveränen Abwehrriegels Schmitt, Milde, Kammerbauer und Seng – na ja –

(Allgemeine Heiterkeit)

und des schier unüberwindbaren Keepers Mark Weinmeister

(Zurufe: Ey! und allgemeiner Beifall)

musste das Team von Spielertrainer Manfred Schaub zur Pause einen Rückstand von 2 : 4 quittieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Manni, Manni!)

Meine Damen und Herren, es heißt hier weiter: Vor 80 begeisterten Zuschauern

(Allgemeine Heiterkeit)

versenkte nach dem Seitenwechsel Reinhard Derix gleich zweimal das Leder in die gegnerischen Maschen und besorgte mit seinem Doppelschlag den 4 : 4-Ausgleich. Nach zwei äußerst unglücklichen, fragwürdigen und umstrittenen Gegentoren

(Zurufe)

war es Raymond Donzé vorbehalten, den letzten Treffer der eigentlich insgesamt überlegenen Landtagself zu landen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in der Schlussphase glänzte unser Team spielerisch, doch ein Lattentreffer fand nicht den Weg ins Tor. Mit Glück und letzter Kraft verteidigte Ballance 2006 die Führung. Dennoch eine tolle Leistung unserer Mannschaft und dafür der Glückwunsch des gesamten Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Die Bilanz nach sieben Spielen in diesem Jahr: Die Saison ist mit drei Siegen, zwei Unentschieden und zwei äußerst umstrittenen Niederlagen beendet. Wir freuen uns schon auf die nächsten Siegesmeldungen ab März 2004. Herzlichen Dank allen Aktiven in unserer Elf.

(Allgemeiner Beifall – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt schließ die Sitzung!)

Meine Damen und Herren, das dazu. Wenn wir nichts Weiteres haben, rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 47** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde „Lehrerinnen mit Kopftuch – nicht in Hessen!“ – Drucks. 16/720 –**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende, Dr. Franz Josef Jung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Haben Sie das Kopftuch dabei?)

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. September entschieden, dass das Tragen eines Kopftuches von Lehrerinnen in den Schulen durch Gesetz untersagt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass wir dafür eine gesetzliche Grundlage in Hessen schaffen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich halte es schon für unglaublich, dass nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung zwar das Kreuz abgehängt werden muss, aber das Kopftuchtragen in hessischen Schulen erlaubt sein soll.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat es nicht verstanden!)

Das islamische Kopftuch ist gerade nicht nur ein Glaubensbekenntnis, sondern es ist ein politisches Symbol und auch eine politische Demonstration.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund hat aus meiner Sicht Sozialwissenschaftlerin Schröder Recht, wenn sie in der „FAZ“ darauf hinweist, dass das islamische Kopftuch Ausdruck der minderen Stellung der Frau und aus diesem Grund mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Sie weist darauf hin, dass die Frau im Koran ein Medium der Ehre des Mannes ist

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann gab es die letzte Päpstin?)

und dass beispielsweise dort, wo die Scharia gilt – sehr geehrter Herr Kollege Al-Wazir – die Zeugenaussage eines Mannes nur durch zwei Zeugenaussagen von Frauen aufgehoben werden kann. Das ist mit dem Gleichheitsgrundsatz unter rechtsstaatlichen Prinzipien sicherlich nicht vereinbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Frauenbild, das durch das islamische Kopftuch vermittelt wird, steht im Widerspruch zu den elementaren Grundlehren unserer Verfassung. Ich habe gerade auf Art. 3 Grundgesetz, aber auch auf Art. 1, Menschenwürde, hingewiesen.

Eine Lehrerin, die auf dem Tragen des Kopftuchs beharrt, bekennt sich gerade nicht zu unserer Verfassung. Wie kann sie unsere Kinder von dem positiven Geist unserer Verfassung überzeugen, wenn sie sich gerade nicht zu unserer Verfassung bekennt?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben eine freiheitliche, eine rechtsstaatliche Demokratie. Aber wir haben auch eine wehrhafte Demokratie. Deshalb ist hier Handeln geboten.

Die Kultusministerin hat im Internet eine Umfrage gestartet. Daran haben sich mehr als 37.000 Personen beteiligt. 97,74 % davon sind der Meinung, dass wir in Hessen das Tragen des Kopftuchs in Schulen durch Gesetz untersagen sollen.

Meine Damen und Herren, das Verbot soll nach unserer Auffassung für jede Person im öffentlichen Dienst gelten. Aus meiner Sicht hat Alice Schwarzer Recht --

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Alice Schwarzer hat aus meiner Sicht Recht, wenn sie sagt, das islamische Kopftuch als politisches Symbol fundamentalistischer Gottesstaatler, die uns unmenschliche Gottesgesetze aufzwingen wollen, ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Meine Damen und Herren, es geht auch um die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Das ist eine Errungenschaft der Aufklärung, die es ebenfalls zu verteidigen gilt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das hat nichts mit Toleranz zu tun, sondern es ist Pseudotoleranz, wenn hier nicht klar und deutlich Nein zu einer derartigen politischen Demonstration gesagt wird, die nicht mit dem Geist unserer Verfassung im Einklang steht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Muslim Namo Aziz schreibt in der „Zeit“ Folgendes:

Wer in Deutschland das Kopftuch in Schulen und Universitäten toleriert, der sollte auch die Einführung der von der Scharia vorgesehenen Strafen wie Auspeitschung, Amputation und Steinigung in Betracht ziehen.

Ich denke, daran wird deutlich, dass es dringender denn je geboten ist, hier eine klare gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass eine derartige politische Symbolik, eine derartige Demonstration, die mit dem Geist unserer Verfassung nicht vereinbar ist, in Hessen nicht stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, das ist jetzt geboten. Aus all den Gründen, die ich gerade dargelegt habe, werden wir dem Landtag ein Gesetz vorlegen, das das Tragen des islamischen Kopftuchs in den Schulen und öffentlichen Einrichtungen in Hessen untersagt. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jung. – Das Wort hat Frau Abg. Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, die Union scheint tatsächlich wenig Interesse zu haben, zu einem schwierigen Thema eine differenzierte Debatte zu führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sonst hätten Sie nicht eine Aktuelle Stunde zu einem solchen Thema beantragt, in der man in fünf Minuten in der Regel zu einem Schlagabtausch kommt, nicht aber zu differenzierten Stellungnahmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Fass dich kurz, drück dich aus!)

Im Übrigen haben wir eben auch gehört, was die CDU mit dieser Aktuellen Stunde eigentlich will: eine Religion unter Generalverdacht stellen und ebenso diejenigen, die sich zu dieser Religion bekennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das habe ich gerade nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich halte diese Art und Weise des Umgangs mit diesem Thema und mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für völlig daneben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, dass gerade Sie sich jetzt melden, das wundert mich überhaupt nicht. Sie haben sich in der letzten Woche sogar dazu versteigern, überprüfen zu wollen, ob nicht auch Schülerinnen das Kopftuchtragen verboten werden soll.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen! Was wollen Sie eigentlich?)

Das ist wirklich unglaublich. Sie sind derjenige, der sonst immer nicht nur das Erziehungsrecht, sondern auch die Erziehungspflicht der Eltern hochhält. Jetzt wollen Sie auch noch das Kopftuchtragen für Schülerinnen verbieten. Das ist wirklich unglaublich und hat mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat uns zu Recht die Aufgabe gestellt, eine gesellschaftliche Diskussion zu führen und dann eine politische Entscheidung zu treffen, wie viel Religionsbezug wir im Unterricht zulassen. Das aber – lieber Dr. Jung – gilt für alle Religionen. Auch die katholische Kirche ist – wenn ich das hier einmal so sagen darf – kein Hort der Gleichberechtigung von Mann und Frau. An dieser Stelle muss ich das einmal sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Diese Gleichstellung ist eine Unverschämtheit!)

Dass wir von Ihnen heute Alice Schwarzer zitiert bekommen, ist eine Blüte am Rande. Ich finde das Klasse, dass ich das in diesem Landtag noch erleben darf,

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

aber es zeigt einfach, welche Blüten diese Debatte inzwischen treibt.

Also: Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgegeben,

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

für alle Religionen eine Regelung zu treffen – wenn wir sie denn treffen wollen. Da bewegen wir uns in einem Spannungsfeld mit den Eckpunkten positive Glaubensfreiheit,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Viel geredet und nichts gesagt!)

Neutralitätsgebot des Staates, Erziehungsrecht der Eltern und negative Religionsfreiheit von Schülerinnen und Schülern.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was wollen Sie denn? Sind Sie dafür oder nicht?)

Da gibt es zwei Wege. Der erste Weg ist: Wir wollen in der Schule Toleranz einüben, und deswegen lassen wir Bezugnahmen auf religiöse Symbole zu. Das gilt dann gleichermaßen für alle.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mein Gott, Mädchen!)

Der zweite Weg ist: Wir sagen, es gibt inzwischen so viele unterschiedliche Religionszugehörigkeiten wie auch bekenntnislose Schülerinnen und Schüler, dass eine strikte Neutralität im Sinne des Zurückdrängens der Symbole zulässig ist und dann auch gesetzlich festgelegt werden muss.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Es geht doch nicht um Glaubenssymbole!)

Auch dies gilt für alle Religionen, lieber Dr. Jung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dies gilt für alle.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Hier geht es um politische Symbole, nicht um Glaubenssymbole!)

Bei den GRÜNEN gibt es dazu unterschiedliche Meinungen, wie sicherlich auch in anderen Fraktionen. Wichtig scheint mir zu sein, dass wir in eine wirkliche Debatte eintreten,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

ob wir wollen, dass sämtliche Symbole aus den Schulen entfernt werden – ob wir das wirklich ertragen, ob auch die CDU es erträgt, dass das z. B. für alle christlichen Symbole gilt.

Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, dass sich z. B. die Justizministerin von Baden-Württemberg, die der FDP angehört, gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ so geäußert hat:

„Ein Landesgesetz, das Lehrer beim äußeren Erscheinungsbild zu politischer und religiöser Neutralität verpflichten würde, trafe die Christen womöglich mehr als die Muslime“ sagte sie den „Stuttgarter Nachrichten“. „Man kann nicht das Kopftuch verbieten und das Kreuz am Hals erlauben“, erklärte die FDP-Politikerin.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Noch sind wir im christlichen Abendland, nicht im Orient! – Weitere Zurufe von der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt alle das Urteil nicht richtig gelesen!)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bitte doch, die Rednerin ausreden zu lassen.

#### Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich verstehe ja Ihre Aufregung. Aber das ist gerade der schwierige Abwägungsprozess, in den wir eintreten müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der CDU)

In Bremen, wo die CDU mitregiert, wird jetzt ein Gesetz vorbereitet, das regeln soll, dass grundsätzlich religiöse Symbole in der Schule keinen Platz haben – grundsätzlich, meine Damen und Herren. Wir als GRÜNE werden diese Diskussion jedenfalls ernsthaft betreiben – mit gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande, mit VerfassungsrechtlerInnen, um zu klären, welchen Weg man gehen kann, der vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen kann.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was wollen Sie jetzt?)

Wir werden mit gesellschaftlichen Gruppen die Frage klären: Wollen wir tatsächlich und halten wir in Hessen aus, dass wir alle religiösen Symbole verbannen? Das gilt auch für die christlichen Symbole und nicht nur für die muslimischen oder jüdischen oder andere.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Darum geht es gar nicht! Es geht um ein politisches Symbol!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hinz.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zu meinem letzten Satz. – Ich finde, Sie sollten als absolute Mehrheit in der Lage sein, einen Abwägungsprozess hier in Hessen mitzudiskutieren. Ihre absolute Mehrheit heißt nicht, dass Sie tatsächlich auch die Mehrheit der Meinungen in diesem Falle repräsentieren.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen sollten Sie das mit uns gemeinsam diskutieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): 97 %!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hinz. – Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Faeser, SPD-Fraktion.

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.09.2003 entschieden, dass es einer gesetzlichen Grundlage bedarf, wenn einer Lehrerin untersagt werden soll, ein Kopftuch im Unterricht zu tragen. Die Entscheidung lässt zwar eine wünschenswerte Abwägung der einzelnen betroffenen Grundrechte vermissen, dennoch ist sie folgerichtig.

Dem Urteil lag ein Sachverhalt zugrunde, der mehrere verfassungsrechtlich geschützte Rechtspositionen berührte. Zum einen wurde durch das Verbot der Einstellung das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern tangiert. Ich betone, dass zwischen der Zulassung zu öffentlichen Ämtern und dem religiösen Bekenntnis kein Zusammenhang besteht. Zum anderen fällt das Tragen eines Kopftuches in der Schule unter den Schutz des Grundrechts der Glaubensfreiheit. Neben den staatlichen Erziehungsauftrag treten die Verfassungsgüter des elterlichen Erziehungsrechts und die negative Glaubensfreiheit der Schulkinder.

Es kollidieren also die Grundrechte der Lehrerinnen und Lehrer und die der Schülerinnen und Schüler. Um zu einer Entscheidung zu kommen, muss in einer der Grundrechte eingegriffen werden. Der Eingriff in die religiöse Freiheit steht unter dem Vorbehalt des Gesetzes. Deshalb ist es auch richtig, dass das Bundesverfassungsgericht eine gesetzliche Eingriffsermächtigung verlangt.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Abwägung der Eingriffe in die Grundrechte leider nicht abschließend vorgenommen. Es hat den Gestaltungsspielraum der Landesparlamente betont und den Parlamenten eine schwierige Aufgabe übertragen. Dieser Verantwortung gilt es nun gerecht zu werden, meine Damen und Herren der CDU.

Die SPD-Fraktion befürwortet eine gesetzliche Regelung, um die staatliche Neutralitätspflicht zu wahren. Grund für dieses Neutralitätsgesetz ist unter anderem, dass Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung und des besonderen Abhängigkeitsverhältnisses, in dem sie sich in der Schule befinden, nicht der Gefahr ausgesetzt werden dürfen, einseitig politisch oder religiös geprägt oder beeinflusst zu werden.

Wenn Lehrerinnen auffällige religiöse oder politische Symbole tragen – ich betone: unter anderem das Kopftuch –, kann dies auf Schulkinder Auswirkungen haben. Das gilt umso mehr, je jünger die Schülerinnen und Schüler sind, wie z. B. in der Grundschule. Darauf hinaus besteht die Gefahr, dass die Schulkinder, die der Schulpflicht unterliegen, in ihrer negativen Religionsfreiheit tangiert werden.

Der Aussagegehalt des von Muslimen getragenen Kopftuchs wird höchst unterschiedlich wahrgenommen, Herr Kollege Jung. Es kann einerseits ein Zeichen für eine als verpflichtend empfundene religiös fundierte Bekleidungsregel sein. Es kann aber auch ein Ausdruck kultureller Tradition der Herkunftsgesellschaft sein. Und es kann als politisches Symbol gewertet werden.

Für den Beobachter ist dies in aller Regel nicht unterscheidbar, sodass regelmäßig der religiöse Bezug ebenso wie ein politischer Symbolcharakter wegdiskutiert werden kann. Das ist entscheidend, gilt aber für alle Symbole. Die mögliche Einflussnahme auf Schulkinder gilt damit aber, das sage ich ausdrücklich, für alle religiösen und politischen Symbole.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Diese haben in staatlichen Gebäuden und an Bediensteten nichts zu suchen, meine Damen und Herren. Die staatliche Neutralitätspflicht gebietet es, ein solches Gesetz zu erlassen. Allerdings – das sage ich insbesondere im Hinblick auf Sie, Herr Kollege Jung, und auch auf Sie, Herr Kollege Irmer – darf die Debatte über ein solches Gesetz keinen falschen Zungenschlag bekommen. Den hat sie meines Erachtens heute Morgen bekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier geht es gerade nicht um eine isolierte Diskussion um islamische Symbole. Herr Irmer, Ihr gestern in der Presse geäußerter Wunsch an Herrn Innenminister Bouffier, prüfen zu lassen, ob auch ein Kopftuchverbot für Schüler in Betracht kommt, geht genau in die falsche Richtung, und Sie schießen weit über das Ziel hinaus.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle erkennen Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sie greifen mit einem solchen Verbot massiv in die Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler ein, die natürlich nicht zur Neutralität verpflichtet sind – anders als das Lehrpersonal. Zahlreiche Urteile in Frankreich belegen im Übrigen diese Auffassung. Vielleicht sollten Sie sich dort einmal erkundigen. Sie heizen damit eine politische Debatte an, die nicht zur Integration, sondern zur Konfrontation und Ausgrenzung führt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole: Es geht einzig und allein darum, dass staatliche Bedienstete zur Neutralität verpflichtet sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich appelliere an Sie, eine solch unredliche Debatte nicht zu führen. Die Aufgabe, die das Bundesverfassungsgericht den Landesgesetzgebern gestellt hat, ist schwierig genug und erfordert großes Fingerspitzengefühl. Deshalb warnen wir auch jetzt schon vor einem überstürzten, nicht zu Ende gedachten Gesetzentwurf.

Wir bedauern sehr, dass sich die Kultusministerkonferenz auf keine einheitliche gesetzliche Regelung einigen konnte. Die Neutralitätsverpflichtung des Staates ist ein übergreifender verfassungsrechtlicher Schutz, der einheitlich gesetzlich normiert sein sollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Faeser, Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

### **Nancy Faeser (SPD):**

Ich komme zu meinem letzten Satz. – Frau Ministerin Wolff, wir werden Ihren Gesetzentwurf sehr genau unter die Lupe nehmen und appellieren an Sie, die Debatte nicht auf einer falschen Ebene zu führen, indem Sie überspitzt einen unausgewogenen Gesetzentwurf vorlegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Faeser, ich sehe, das war Ihre erste Rede in diesem Haus. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Allgemeiner Beifall)

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Henzler, FDP-Fraktion.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Erste Rede für heute!)

### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP bedauert sehr, dass sich das Bundesverfassungsgericht in sei-

nem Urteil nicht eindeutig geäußert hat. Die Folge davon wird nämlich sein, dass 16 Länder in der Bundesrepublik Deutschland überlegen, wie sie mit diesem Thema umgehen. Es gab schon einige Äußerungen, dass die Hälfte der Länder keine gesetzliche Regelung schaffen und das Tragen des Kopftuches erlauben will, und dass die anderen acht Bundesländer eine gesetzliche Regelung schaffen und das Tragen des Kopftuches untersagen wollen.

Das wird Folgendes bewirken. In den Ländern, wo das Tragen des Kopftuches erlaubt sein wird, wird es Eltern geben, die dagegen klagen. Ich erinnere nur an die Klage eines Vaters gegen das Tischgebet im Kindergarten. Es wird Eltern geben, die sagen: „Meine Kinder werden von einer Lehrerin indoctriniert“, und werden dagegen klagen. In den Ländern, wo per Gesetz das Tragen des Kopftuches verboten wird, wird es genau umgekehrt sein. Da wird es nämlich Lehrerinnen geben – und wenn sie von anderen in diese Richtung beeinflusst werden –, die klagen werden, damit sie das Kopftuch im Unterricht tragen können.

Das heißt, die ganze Geschichte wird, und zwar mit 16 einzelnen Gesetzen, wieder vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Wir werden hoffentlich irgendwann ein eindeutiges Urteil aus Karlsruhe bekommen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die FDP als Rechtsstaatspartei ist der Meinung, dass eine ein Kopftuch tragende Lehrerin das Gebot der Neutralitätspflicht an der Schule verletzt.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind also dagegen. Ich sage aber sehr deutlich, dass es in unserer Fraktion auch andere Meinungen gibt. Sie haben eben die Justizministerin aus Baden-Württemberg zitiert. Auch da gibt es andere Meinungen.

Die FDP-Fraktion in Hessen begrüßt die Absicht des Landes, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Aber auch wir sagen, dass wir ihn sehr genau dahin gehend überprüfen werden, ob er in die richtige Richtung geht und ob er sich eben nicht nur gegen eine bestimmte Glaubensrichtung wendet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Religiös motivierte Kleidung und bewusst zur Schau gestellte religiöse Symbole haben im allgemeinen Unterricht nichts zu suchen. Ich wiederhole: „Bewusst zur Schau gestellte religiöse Symbole haben im allgemeinen Unterricht nichts zu suchen.“ Lehrkräfte als verbeamtete Staatsdiener, die sich mit einem Eid auf die Verfassung zur Neutralität verpflichten – das tun sie, wenn sie auf die Verfassung schwören –, müssen sich an diese Regelung halten und dürfen sie im Unterricht nicht verletzen. Insbesondere Lehrerinnen in der Grundschule haben eindeutig einen Vorbildcharakter für junge Mädchen. Gerade die Mädchen, die zu Hause um Unabhängigkeit kämpfen müssen und die zu Hause vielleicht gerade bewirkt haben, dass sie das Kopftuch nicht tragen müssen, haben es in der Argumentation gegen das Kopftuch und für die eigene Freiheit zu Hause noch deutlich schwerer, wenn sie einer Lehrerin gegenüberstehen, die das Kopftuch als Symbol trägt.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Kopftuchtragen einer Lehrerin bewirkt also nicht eine Integration, sondern wirkt eher hemmend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ganz anders sieht das bei Religionslehrern aus, die an die Schule ausschließlich für Religionsunterricht abgeordnet sind. Das sind die Nonnen, die in ihrer Nonnentracht kommen, das sind die Priester oder die Ordensgemeinschaftsbrüder, die in der Kutte in die Schule gehen. Wenn wir einmal eine islamische Religionsgemeinschaft haben, die in diesem Land anerkannt ist und die für alle Muslime spricht, die dann eine Lehrerin zum Religionsunterricht an die Schule entsendet, dann kann diese Lehrerin selbstverständlich auch das Kopftuch tragen – aber nur als entsendete Lehrkraft und nur im Religionsunterricht und nicht als verbeamtete Lehrerin im Staatsdienst im allgemeinen Unterricht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch da dürfen wir sehr gespannt sein. Das Kopftuch ist auch im Islam umstritten. Es wird sehr interessant sein, ob, wenn sich eine einheitliche Religionsgemeinschaft bildet, diese für Kopftücher tragende Lehrerinnen ist oder nicht.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Bei Schmuck – das muss ich ehrlich sagen – kann ich das nicht mehr nachvollziehen. Wenn Schmuck ein Schmuckstück ist und nicht ein bewusst zur Schau getragenes religiöses Symbol, dann bin ich ganz ehrlich der Meinung, dass sich Männer und Frauen um den Hals hängen können, was sie wollen. Das geht niemanden etwas an.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wie würde der Schulleiter – an diesem würde es hängen bleiben – jeden Morgen kontrollieren, was die Damen und Herren um den Hals hängen haben? Er müsste jedes Mal eine Körpersvisitation durchführen. Das halte ich an den Schulen für nicht besonders glücklich.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zu der Ansicht, dass Schülerinnen kein Kopftuch tragen dürfen sollen, die vereinzelt geäußert wurde, muss ich ehrlich sagen: Davon halten wir überhaupt nichts. Die Folge wäre nämlich gerade für diese Schülerinnen ein Schulverbot, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind, weil die Eltern sie ohne Kopftuch nicht aus dem Haus lassen. Das Zweite wäre die sehr intensive Forderung nach Privatschulen rein muslimischen Charakters. Das können wir alle nicht wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade junge Frauen aus dem muslimischen Umfeld benötigen sehr gute Bildung, um unabhängig zu werden, um sich gegen die Eltern durchsetzen zu können, um sich auch gegen die Zwänge durchsetzen zu können, um dann in Deutschland ein freies, selbst bestimmtes Leben führen zu können. So weit sollten wir nicht gehen. Wir sind gespannt auf den Gesetzentwurf der Landesregierung und sagen eine sehr intensive Prüfung zu.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat die Kultusministerin.

### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir täten dieser Diskussion einen Tort, wenn wir behaupten würden, es handele sich um eine reine Debatte über Religion und Religionsfreiheiten. Nein, es handelt sich um eine Debatte über Weltanschauungen und die politische Nutzung von religiösen Symbolen. Das ist der wichtige Ansatzpunkt dieser Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Das Verfassungsgericht hatte sich mit einer Frau auseinander zu setzen, die bewusst und auch als politische Demonstration ein Kopftuch als Angestellte und auch später als Beamtin des Landes Baden-Württemberg tragen wollte. Das war der Grund der Auseinandersetzung. Bei aller Vermeidung von Gerichtsschelte: Das Bundesverfassungsgericht hat sich diesem letztendlich entzogen. Es hat damit alle 16 Länder vor die außerordentlich schwierige Situation gestellt, dass sie übergangslos gezwungen werden, eine eigene gesetzliche Regelung zu finden. Denn es gibt keinen Vorschlag des Bundesverfassungsgerichtes für eine übergangsweise Lösung dieses Problems. Insofern kann ich persönlich sehr gut nachvollziehen, was die drei Richter in ihrem Minderheitsvotum geschrieben haben. Meine Damen und Herren, das sollte man sich sehr gut zu Gemüte führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bedaure dies. Aber ich denke, man muss sehr deutlich machen, dass die Religionsfreiheit mit dem Mäßigungsgebot von Beamtinnen und Beamten konkurriert. Damit meine ich nicht nur Lehrerinnen und Lehrer. Im Grunde muss man auch im Angestelltenbereich darüber nachdenken. Die Religionsfreiheit und das Mäßigungsgebot konkurrieren miteinander im öffentlichen Raum aufgrund des Eides, wie Frau Kollegin Henzler eben gesagt hat, aber auch aufgrund des Erziehungsauftrages der Lehrerinnen und Lehrer und der Notwendigkeit, sich in diesem Bereich mit eigenen Bekundungen zurückzuhalten, sprich zu mäßigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der Tat nun gezwungen, ein Gesetz zu machen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht nicht im Urteil!)

Ich will sehr deutlich darauf hinweisen, dass in der Kultusministerkonferenz die Kolleginnen und Kollegen, die gesagt haben, sie sähen sich nicht gezwungen, ein Gesetz zu machen, nicht gesagt haben, sie hätten keinen Handlungsbedarf, sondern sie haben bewusst gesagt, dass auch sie hier ein Problem sähen. Dies gilt z. B. für Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Sie sagen: Wir wollen vorläufig andere Regelungen finden, die nicht Gesetzesform haben. Aber ich prophezeie – dafür braucht es nicht sehr viel Prophetie –: Auch diese werden vor Gerichten landen. Bei allen Bemühungen um eine gerichtsfeste und verfassungsgemäße Regelung im Gesetz oder ohne Gesetz werden diese auf jeden Fall wieder vor den Gerichten landen.

Meine Damen und Herren, das Kopftuch betrifft nicht die Auseinandersetzung einer Mehrheitsgesellschaft mit ei-

ner Minderheitsgesellschaft. Es betrifft nicht die Auseinandersetzung einer Gesellschaft mit der Religion des Islam, sondern wir haben hier eine zutiefst innermuslimische Auseinandersetzung.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Durch das Urteil ist eine weltweite massive Auseinandersetzung zwischen Muslimen über die Frage ausgelöst worden, ob das Kopftuch eine sinnvolle Regelung ist oder nicht. Es muss jedermann klar sein, dass es keine religiöse Vorschrift ist. Bei den Ländern, die vom Islam geprägt sind, haben wir nur die Alternative eines Gottesstaates oder eines streng laizistischen Staates.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das haben wir in dieser Form nicht. Bei dieser Auseinandersetzung muss berücksichtigt werden, dass wir nicht etwa eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft in unserem Land zwischen den Angehörigen dieser Religion und dem Rest haben, sondern wir haben einen erbitterten Streit innerhalb der muslimischen Gesellschaft. Wenn Sie die Stellungnahmen einzelner Gruppen oder Persönlichkeiten, Journalisten oder auch der Gruppe der Aleviten sehen, dann zeigt sich die Tiefe dieser Auseinandersetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kopftuch ist auch ein Thema der Gleichberechtigung. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Frau Kollegin Henzler hat die Frage eben benannt. Wenn vorne im Klassensaal eine Lehrerin steht, die ein Kopftuch trägt, muss man sich die Frage stellen, ob sie damit zwangsläufig Einfluss auf ihre Schülerinnen nimmt und auch bewusst wirksam macht, und ob sich die Kinder davon lösen können, dass auf der einen Seite in der Schule eine kopftuchtragende Lehrerin ist und auf der anderen Seite zu Hause Druck ausgeübt wird.

Wir werden uns aufgrund der Reaktionen, die nun aus den Schulen kommen, sehr intensiv mit weiteren Fragen, die in diesem Zusammenhang stehen, befassen. Da gibt es Druck von zu Hause, aus religiösen Gründen etwa nicht am Sportunterricht oder an Landheimaufenthalten teilzunehmen. Wir müssen uns überlegen, wie der Staat damit umgehen soll. Die Kinder geraten in einen ernsthaften Loyalitätskonflikt. Das müssen wir miteinander besprechen.

Ich will ein Letztes nennen. In dieser Debatte wird immer wieder gesagt, es müsse eine strikte Neutralität für alle geben. Das kam auch eben zum Vorschein. Ich will sehr deutlich darauf hinweisen, dass unser Staat weltanschaulich neutral ist. Aber er ist nicht werteneutral.

(Beifall bei der CDU)

Das muss in dieser Debatte mit diskutiert werden. Denn der Bildungs- und Erziehungsauftrag, den das Grundgesetz, die Hessische Verfassung und das Hessische Schulgesetz – in § 2 – beschreiben, bezieht sich darauf, dass wir in einer Kultur leben, die sich als christlich, jüdisch und abendländisch bezeichnet. Von dorther bezieht unsere Gesellschaft ihre Werte. Von dorther stammen die Grundsätze der Verfassung und die Grundrechte. Wenn wir dieses Thema als eines der Weltanschauung betrachten und nicht als eines der Toleranz im religiösen Sinne, dann muss man auch sehr deutlich machen, dass die Lehrerinnen und Lehrer, unabhängig davon, welches Fach sie unterrichten, in der Verpflichtung stehen, im Sinne dieser christlich-hu-

manistischen Kultur zu erziehen und zu bilden, also so, wie es das Schulgesetz vorschreibt.

Dementsprechend muss man hinsichtlich dieses Urteils sehr gut abwägen. Denn dieses Urteil enthält zwei Aussagen. Die eine Aussage bezieht sich auf die Neutralität. Das wurde hier immer wieder einseitig zitiert. Die andere Aussage macht aber sehr deutlich, dass das Gericht nicht die Absicht hat, die kulturellen Traditionen eines Landes außer Acht zu lassen. Meine Damen und Herren, wir machen hier einen Spagat. Ich habe nicht vor, den Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verletzen, den die Hessische Verfassung und das Hessische Schulgesetz vorgeben. Vielmehr gilt dieser Bildungs- und Erziehungsauftrag weiterhin. Er gilt für alle.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatsministerin, vielen Dank. – Ich habe jetzt noch die Wortmeldung der Frau Kollegin Wagner. Frau Wagner, Ihnen steht eine halbe Minute Redezeit zu. – Bitte sehr.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will versuchen, mich kurz zu fassen.

Es handelt sich um drei Themenkomplexe. Unabhängig von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu dieser Frage ist heute Morgen wieder klar geworden, dass unser Grundgesetz die Artikel der Weimarer Verfassung zur Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche übernommen hat. Das Grundgesetz sieht keine Neutralität vor, wie man es bei einem Vergleich bei anderen europäischen Verfassungen findet.

Anders, als es in Frankreich der Fall ist, haben wir ein so genanntes hinkendes Verhältnis von Staat und Kirche. Das ist uns aus den Traditionen des Mittelalters erhalten geblieben. Wenn Sie so wollen, könnte man sagen, dass es bei uns eine wertehaltige Orientierung an der christlichen, abendländischen und jüdischen Kultur gibt. Diese ist dann Inhalt von Gesetzen, Konkordaten mit dem Vatikan und von Staatsverträgen, die auch mit freien Religionsgemeinschaften geschlossen wurden.

Das führt dann dazu, dass wir z. B. ein Kirchensteuerrecht haben. Das ist in anderen Ländern nicht der Fall. Bei uns gibt es Leistungen des Staates gegenüber der Kirche etc. Das alles spielt dabei mit einer Rolle. Wir können nicht einfach ein Gesetz erlassen, das sich auf das Tragen von Kopftüchern bezieht. Hier gibt es ganz tiefe Implikationen.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Ich komme zum zweiten Punkt. Liebe Frau Wolff, wir haben es hier mit einer Fragestellung zu tun, die nicht nur das Tragen von Kopftüchern betrifft. Vielmehr geht es hier wirklich um Symbole, die alle betreffen. Da kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Ich glaube, hier muss jeder Abgeordneter eine freie Entscheidung treffen und sich nach seinem Gewissen entscheiden. Dabei kann nicht nach Fraktionen abgestimmt werden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wagner, ich muss Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Ja. – Der dritte Punkt ist der, dass es dabei auch um einen politischen Missbrauch religiöser Symbole geht.

Das alles ist zu bedenken, wenn man einen Gesetzentwurf zu dieser Thematik vorlegen will.

(Beifall bei der FDP, bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weitere Wortmeldung. Damit ist diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe die nächste Aktuelle Stunde auf. Dies ist **Tagesordnungspunkt 48:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde „Operation düstere Zukunft: die Prioritäten des Wilhelm Dietzel: ministeriumskontrollierte Internetseite statt unabhängigem Verbraucherschutz“ – Drucks. 16/729 –**

Mir liegt dazu die Wortmeldung der Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller vor.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Von dieser Stelle aus konnten Sie am Dienstag die Unfähigkeitserklärung des Ministers für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hören. Dabei ging es um Teil 1, die Erklärung zum ländlichen Raum. Ich werde Ihnen heute Teil 2 erläutern. Dies betrifft das Konzept des Verbraucherschutzes. Dort zeigt sich die gleiche Unfähigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem neuen Konzept ist der Schutz dahin. Die Fachberatung wird entscheidend geschwächt werden. Denn es werden ca. zehn Fachkräfte entlassen werden. Sie sollen durch ehrenamtliche Mitarbeiter ersetzt werden. Die persönliche Beratung soll stark eingeschränkt und durch ein Internetfenster ersetzt werden. Haben Sie schon einmal mit einer Handwerkerrechnung, mit dem Wunsch der Beratung zur Alterssicherung oder zur Baufinanzierung vor einem Internetfenster gesessen? So etwas können Sie mit Hasen machen, aber Sie brauchen da ein Gegenüber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein großer Teil der Bevölkerung ist von diesem Informationsangebot ausgeschlossen, weil sie keinen Internetanschluss besitzt. Das ist die Zerschlagung des Verbraucherschutzes in Hessen. Kettensägen-Wilhelm hat wieder zugeschlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Monaten war bekannt, dass der Verbraucherberatung der Garaus gemacht werden soll. Ihr wird eine zu ideologisch ausgerichtete Ernährungsberatung vorgeworfen.

Der Begriff „Ökologie“ kam der Hessischen Landesregierung in den Mitteilungen der Verbraucherzentrale zu oft vor. Daraufhin wurde das neue Verbraucherschutzprogramm vorgestellt, das ideologiefrei sein sollte, weil – lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen – alle Informationen durch einen Filter des Ministeriums gingen. Seit wann macht denn ein einziges von der CDU-geführtes Ministerium ideologiefreie Politik?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Silke Tesch (SPD))

Aber da hatten wir den so genannten Eckpfeiler Ihres Programms noch nicht gesichtet. Dies ist das Internetportal. Wir haben das nachgeholt. Dieses Internetportal ist, strukturell gesehen, ein wild zusammengewürfeltes Sammelsurium unterschiedlichster Informationsseiten und unterschiedlichster Informationen. Es verweist auf unterschiedlichste Organisationen. Jeder, der in der Lage ist, eine Suchmaschine, wie z. B. Google, zu bedienen, findet das Gleiche.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wegen der Bürgernähe sind die Seiten dann teilweise auch noch auf Englisch. Dazu gratulieren wir.

(Lachen der Abg. Elisabeth Apel (CDU) – Elisabeth Apel (CDU): Frau Kollegin, was ist mit Ihrer Weltoffenheit?)

Ich möchte Ihnen jetzt kleine Kostproben nicht vorenthalten. Ich zitiere aus dem Bereich „Ernährung“ zum Thema: „Ernährung und Krankheit“:

Die Ätiologie des Prostatakarzinoms ist noch weitgehend unbekannt, doch wird geschätzt, dass sich 10 % der Neuerkrankungen durch eine adäquate Ernährung verhindern ließen ...

Eine neuere Übersichtsarbeit ... kommt zu dem Schluss, dass ein hoher Verzehr fettreicher Milchprodukte ein Risikofaktor sein könnte, die widersprüchliche Datenlage aber keine endgültige Aussage erlaube.

Was will man dem Verbraucher damit bitte sagen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Silke Tesch (SPD) – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Was hätte denn ein Berater anderer gesagt?)

Sie finden dort z. B. eine Tabelle über Studien, bei denen es um „krebsfördernde, krebsprotektive oder keine Effekte von Milch“ hinsichtlich verschiedener Krebsarten geht. Der Tabelle können Sie dann entnehmen, dass es acht Untersuchungen gibt, die bestätigen, dass Milch schädlich sein könnte. Neun Untersuchungen besagen demnach, man wisse es nicht genau. Drei haben die Aussage, Milch habe in diesem Zusammenhang keinen Effekt. Was soll denn der Verbraucher mit solchen Aussagen anfangen?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Das ist wie im richtigen Leben! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Was würden Ihre zehn Berater denn sagen?)

Das wird aber noch besser. Es geht noch weiter. Ich komme zum Bereich „Ernährung“.

Es steht schlecht mit der Liebe in Europa. Eine jüngste Statistik verrät: Rund 8 Millionen Männer ... haben Probleme mit der Potenz.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Viagra! – Frank Gotthardt (CDU): Gender Mainstreaming!)

Nun gibt es endlich Hilfe aus der Natur. Die einzigartige Kombination von Bienenpollen und Gelee royale aus dem Bienenstock ... bringt neue Liebenskraft und Fruchtbarkeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die umfassende, konsequente, wissenschaftlich fundierte und objektive Information, die man aus dem Verbraucherfenster der Hessischen Landesregierung erhalten kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als Kontrastprogramm empfehle ich Ihnen die Seiten der Verbraucherberatung. Dort sind die Informationen kurz, knapp und klar gehalten. Dort erhält man Empfehlungen, Hinweise und schlicht und ergreifend Entscheidungshilfen. Denn angesichts der Informationsflut der heutigen Zeit brauchen Verbraucher Orientierung. Sie brauchen keine zusätzliche Verwirrung.

(Elisabeth Apel (CDU): Die Verbraucher können selbst entscheiden!)

Ich komme zum Thema Ideologiefreiheit. Dazu haben ich Ihnen noch etwas mitgebracht. Machen Sie das Verbraucherfenster auf. Das ist die Homeseite. Klicken Sie unter „Neue Beiträge“ auf „Hessen erreicht Spitzenposition“, und es öffnet sich das Bild der Landtagsabgeordneten Elisabeth Apel.

(Lebhafte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie finden den Hinweis: „Lesen Sie mehr dazu.“ Wissen Sie, wo Sie dann landen? – Ich sage es Ihnen: Sie landen auf der Fraktionsseite der hessischen CDU.

(Zurufe von der SPD)

Das nennt sich steuerfinanzierter ideologiefreier Verbraucherschutz der CDU. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssten zum Schluss kommen.

### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das Ganze wurde mit 200.000 € aus Steuermitteln finanziert, die die gesamte Arbeit der Verbraucherzentralen gerettet hätten. Herr Dietzel, Sie haben sich noch am Dienstag gerühmt, wie schön es sei, alle diese Bereiche unter dem Dach Ihres Ministeriums zu haben. Ich kann nur sagen: Jede Wellblechhütte bietet besseren Schutz für Verbraucher in Hessen als das Dach Ihres Ministeriums.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Pfaff von der SPD-Fraktion.

### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Regierungsprogramm der Landesregierung heißt es: „Wir verfolgen einen umfassenden Ansatz im Verbraucherschutz.“ Diesem Politikfeld wird dort sogar ein eigenes Kapitel eingeräumt. Der zuständige Minister, Herr Dietzel, erklärt in einer Pressemeldung: „Die Information der Verbraucher ist uns ein wichtiges Anliegen.“ Er bündelt daraufhin die Aufgaben in seinem Ministerium und nimmt sogar den Begriff in den Namen des Ministeriums auf. Als Krönung wird im Regierungsprogramm ein groß angelegtes Verbraucherschutzprogramm angekündigt. Als Oppositionspolitikerin habe ich das durchaus mit Respekt verfolgt und daraus gefolgt: Siehe da, die Landesregierung hat ein neues wichtiges Politikfeld entdeckt und übernimmt sogar die Konzepte der rot-grünen Bundesregierung. Mit großer Spannung wurde dann dieses Verbraucherschutzprogramm erwartet. Nach einem solch bemerkenswerten Auftakt haben natürlich viele den großen Entwurf erwartet.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe nichts erwartet!)

Welch eine Enttäuschung, meine Damen und Herren. Aus dem großen Entwurf ist eine reine Luftnummer geworden. Das Regierungsprogramm dazu ist reine Makulatur. Hinter dem Verbraucherschutzprogramm verbirgt sich die größte Kürzung, die der Verbraucherschutz in der Geschichte Hessens je erlebt hat, und ein Internet-Portal, das Informationen verschiedener Organisationen bündelt und präsentiert. Meine Kollegin von den GRÜNEN hat dies bereits ausgeführt.

Auch ich bin der Auffassung, dass jeder gewitzte Internet-User auch ohne dieses Portal an die entsprechenden Infos gelangt. Dies als ein groß angelegtes Verbraucherschutzprogramm zu verkaufen, halte ich, gelinde gesagt, für eine Unverfrorenheit.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, was ohnehin den Kern der Politik dieser Landesregierung ausmacht. Hinter dem Programm steckt allerdings noch viel mehr, was ich als politischen Skandal bezeichnen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Portal wird zwar von einer unabhängigen Arbeitsgruppe der Universität Gießen betreut, jedoch müssen die Wissenschaftler vor einer Einstellung auf die Homepage alle Informationen zur Kontrolle und zur Zensur dem Ministerium vorlegen, weil der Minister öffentlich bekundet hat, ideologiefreie Informationen haben zu wollen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Elisabeth Apel (CDU): Das ist schlicht falsch!)

Hier wird erst eine Hirnwäsche vollzogen und alles auf Regierungskurs getrimmt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass bei dem Filter Frau Apel durchkommt, zeigt, welch Geistes Kind das Ganze ist!)

Von unabhängiger Verbraucheraufklärung, wie sie in einer sozialen Marktwirtschaft mit einem überaus komple-

xen Marktgeschehen dringend erforderlich ist, ist keine Spur mehr zu finden.

Das will ich deutlich machen. Einen kritischen Umgang mit Gentechnik in Lebensmitteln wird es auf dieser Seite nicht geben, weil dies dem Minister nicht in das politische Kalkül passt. Verbraucherschutz wird rigoros zur Verbreitung der politischen Weltanschauung des Ministers missbraucht.

Ein zweiter Vorgang, den ich für überaus ungeheuerlich halte, ist folgender: Vom Internet-Portal der Landesregierung gelangt man über Links zu einer Seite mit der Stellungnahme der CDU-Landtagsabgeordneten Apel. Meine Kollegin von den GRÜNEN hat das ebenfalls dargestellt.

(Elisabeth Apel (CDU): Ein schöner Link ist das!)

Dieser Vorgang ist außerordentlich bedenklich, und wir werden ihn noch einmal einer gesonderten Betrachtung unterziehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier schreckt die Landesregierung noch nicht einmal vor einer parteipolitischen Verquickung ihrer Informationspolitik und einer parteipolitischen Einflussnahme auf die Internet-Nutzer zurück, weil man von dieser Seite, wie bereits dargelegt, auch auf die Seite der CDU-Landtagsfraktion gelangt.

Der dritte Skandal, der damit verbunden ist, ist die Tatsache, dass man im Windschatten einer angeblichen Stärkung der Verbraucherzentrale und des Verbraucherschutzes der Verbraucherzentrale Hessen, einer unabhängigen Organisation, aus ideologischen Gründen den Garaus macht und künftig nur noch staatlich gesteuerten Verbraucherschutz und Verbraucheraufklärung möglich macht.

Diese unliebsame und kritische Organisation, die man politisch nicht gleichschalten kann, wird seit Jahren mit einer Nadelstichpolitik unter Druck gesetzt, und nunmehr wird der Versuch unternommen, ihr durch drastische Kürzungen völlig den Garaus zu machen. Im Jahr 2003 ist die VZH wegen der Kürzungen bereits gerade so an einem Insolvenzverfahren vorbeigeschrammt. Im nächsten Jahr wird die Kürzung von rund 600.000 € die Organisation endgültig ins Mark treffen.

In diesem Jahr stellt die Landesregierung gerade einmal 22 Cent pro Bürger und Jahr für die Verbraucherzentrale Hessen an Landesmitteln zur Verfügung.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Pfaff, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident. – Im kommenden Jahr werden es nur noch 15 Cent sein. Hessen hat damit keine Spitzenposition im Verbraucherschutz, wie Frau Kollegin Apel das behauptet. Nein, meine Damen und Herren, Hessen teilt sich zusammen mit Bayern im kommenden Jahr die beiden letzten Plätze. Das ist in der Tat der Ausverkauf einer unabhängigen und freien Verbraucheraufklärung. Künftig werden wir diese nur noch staatlich gesteuert und staatlich reglementiert erleben. Das halte ich für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Apel.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie einmal etwas zur Parteienfinanzierung! – Zuruf von der SPD: Die Rede kann auf der Seite des Ministeriums abgerufen werden! – Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind hoch aufmerksam! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen sie jetzt einmal hören!)

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Endlich beschäftigt sich dieses Haus hier einmal mit dem Verbraucherschutz. Wir konstatieren, dass die SPD und die GRÜNEN mit der Nutzung moderner Kommunikationstechnologien offensichtlich völlig überfordert sind.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine Unverschämtheit! – Gerhard Bökel (SPD): Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt das innovativste, modernste und bürgernahesten Verbraucherschutzkonzept hier zu loben, konzentrieren Sie sich auf eine verklemmte, fachlich überforderte und missgünstige Kritik am Einsatz neuer Informationstechnologien.

(Zuruf von der SPD: Eine Frechheit ist das! – Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, auch in der Aktuellen Stunde gilt: Es wird gesprochen, es wird zugehört. Es gibt Zwischenrufe, aber bitte in der üblichen Lautstärke.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Meine Damen und Herren, das neue Verbraucherschutzkonzept wird sich künftig auf drei Säulen statt bisher auf zwei Säulen stützen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Könnten Sie sich vielleicht etwas beruhigen? Nehmen Sie es ganz locker. Ich habe hier das Mikrofon. – Es sind künftig drei Säulen statt bisher zwei Säulen. Die Beratungsstellen werden alle erhalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Säulen: C-D-U!)

Die Verbraucherzentrale bekommt nahezu 1 Million € für den Erhalt von neun Beratungsstellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viel kriegen Sie davon?)

Der Hausfrauenbund, der Honorarkräfte einsetzt, bekommt wie bisher 100.000 € für seine sieben Beratungsstellen. Hier sehen Sie den kleinen Unterschied. Demnächst führen wir eine Verdoppelung der Multiplikatorenorschulung ein, nämlich die Kenntnisse eines sehr kritischen Verbraucherschutzes auch in die Schulen, in die Kindergärten, in Vereine und Institutionen zu übertragen.

Die neue Säule ist ein Internetportal, und damit scheinen die Oppositionsfaktionen dieses Hauses offensichtlich völlig überfordert zu sein.

(Lachen und lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Menschen, denen bisher ein Besuch bei den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale oder des Hausfrauenbundes nicht möglich war, wird jetzt ermöglicht, sich zu Hause die Informationen herunterzuladen. Statt das zu loben, werden hier nur Kübel von Schmutz ausgeschüttet.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben als Partner für die Erstellung dieses Internetportals eine wissenschaftlich sehr renommierte Institution aus Hessen ausgesucht. Das ist die Informations- und Dokumentationsstelle an der Uni Gießen – alles innovative und anerkannte Ernährungsfachleute.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann kommt die Zensur! Was heißt im Übrigen „wir haben ausgesucht“?)

Diese Leute präsentieren uns das neue Internetportal, und sie sind letztendlich verantwortlich für die Informationen, die eingestellt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist verantwortlich?)

– Das will ich Ihnen gerade erklären, Herr Al-Wazir.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist spannend!)

Das Ministerium gibt lediglich die Informationen frei, die aus dem behördlichen Verbraucherschutz stammen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Jetzt sagen Sie einmal, von welchem Ministerium Sie bisher Informationen genießen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie da hinein?)

die nicht von diesem Ministerium, sondern von nachgeordneten Behörden freigegeben werden?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von der CDU!)

Das ist ein Vorgang, den gibt es sonst nirgendwo. Die Informationen, die das Ministerium freigibt, kommen also aus den nachgeordneten Institutionen. Das, was von den Nichtregierungsorganisationen wie aid, Stiftung Warentest, FAO usw. kommt, das kommt alles über die IUD in das Internetportal.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sind Sie hineingekommen?)

– Sie wollen es einfach nicht wahrhaben. Es sind der blanke Neid und die blanke Missgunst, die aus Ihren Beiträgen sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal: Machen Sie es mir doch nicht so schwer. Lassen Sie die Frau Kollegin Apel reden.

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Wir werden auch dafür sorgen, dass Ihre Redebeiträge – die der Kollegin Pfaff und der Kollegin Hölldobler-Heumüller – in das Internet eingestellt werden, im Grunde genommen als Forum. Dann können sich die Nutzer dieses Internetportals einen Einblick verschaffen, in welcher Art und Weise Sie dieses neue Medium abkanzeln.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann haben Sie den Zugriff auf die Gestaltung der Internetseite? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erklären Sie mir doch einmal, aus welchem Grund die Verbraucherschutzministerin Künast 3,6 Millionen € in ein Internetportal steckt, das ausschließlich dazu dient, den ökologischen Landbau zu forcieren, während Sie hier den Menschen in Hessen unterstellen, sie könnten nicht mit dem Internet umgehen?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine bodenlose Unverschämtheit, was Sie heute Morgen präsentieren.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Apel, Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weiter reden lassen!)

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Der Betrag von 200.000 €, der von Ihnen hier angesprochen worden ist, ist ebenfalls falsch. Die IUD hat mit ihrem Etat, den sie als jährliche institutionelle Förderung bekommt, dieses Internetportal im Grunde genommen kostenneutral erstellt.

Meine Damen und Herren, akzeptieren Sie einfach, dass wir hier das modernste und das innovativste Konzept haben, das von der FAO als beispielhaft und weltweit einzigartig gelobt wurde.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Künast überlegt momentan, ob sie sich einem solchen Konzept irgendwann anschließen soll. Wir können sie nur dazu ermutigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lothar Klemm (SPD): Erzählen Sie noch etwas aus dem

Ministerium! Das war ganz interessant! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Das Wort hat der Kollege Heidel, FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Heinrich, willst du auch auf die Seite? – Gegenruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD): Er ist nur sauer, dass er den Computer nicht aufkriegt! – Heiterkeit)

#### Heinrich Heidel (FDP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das, was vonseiten der Landesregierung im Hinblick auf die Verbraucherschutzberatung angedacht ist, kann man sicherlich unter der Überschrift, dass überall gespart werden muss, akzeptieren. Jeder muss seinen Sparbeitrag dazu leisten. Ich bin schon ein bisschen überrascht – ich befasse mich schon seit über acht Jahren mit der Verbraucherzentrale –, wenn innerhalb von wenigen Tagen von dieser Seite ein Einsparvorschlag von 300.000 € gemacht wird.

(Hildegard Pfaff (SPD): So etwas haben Sie noch nicht erlebt!)

Da war ich wirklich überrascht, weil man Wochen vorher darüber debattiert hat, ob die letzten 50.000 oder 70.000 € ausgezahlt werden können. Das hat mir schon sehr zu denken gegeben. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bei aller Wertschätzung auch des dortigen Mitarbeiters, von dem ich annehme, dass er Ihrer Couleur angehört – etwas mehr Neutralität wäre angebracht gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Damit meine ich den Nahrungsmittelbereich. – Jetzt will ich etwas zu dem Thema „auf breitere Füße stellen“ sagen. Wenn man den Verbraucherschutz auf breitere Füße stellt und die Landfrauen, Hausfrauen und die ehrenamtliche Arbeit einbindet, dann finde ich das in Ordnung. Ich glaube, wir alle haben nichts dagegen. Das wird auch dazu beitragen, eine breitere Basis zu schaffen.

Nächster Punkt, Internetportal. Ich sage es ganz vorsichtig: Wenn das Institut an der Universität Gießen damit beauftragt wird, kann man das nur gutheißen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, das Internet ist mittlerweile ein Medium, das von allen wahrgenommen wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nicht von allen!)

Man kann es so machen, wenn man das will. Ich sage natürlich auch ganz deutlich: Es darf nicht irgendwo einen Filter geben – ich will es einmal Schwarzfilter nennen –, durch den vorher alles durch muss.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, das kann es natürlich auch nicht sein. Das kann nicht gehen. Was die Kollegin der GRÜNEN vorhin aufgezeigt hat, das habe ich

vorher nicht gewusst. Ich sage einmal, das ist der Übermut einer absoluten Mehrheit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das bei aller Wertschätzung für die Frau Kollegin Apel, die sich in diesem Bereich sehr engagiert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie!)

Ich denke, das wird ein Fall sein, den der Rechnungshof zu prüfen hat, ob das alles seine Ordnung hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann für die FDP-Fraktion sagen, dass wir weiterhin einen Verbraucherschutz unterstützen werden, der neutral und effizient arbeitet, der mit den Menschen ins Gespräch kommt und den Menschen dies alles näher bringt. Aber es wird für uns eines nicht geben: Wir werden nicht zulassen, dass der Verbraucher nur noch Gefiltertes vorgesetzt bekommt. Auf der Seite im Internetportal, die aufgezeichnet war, habe ich etwas von Mundhygiene gelesen. Ich sage, es gehört auch etwas Geisteshygiene dazu.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden es auf jeden Fall aufmerksam beobachten. Ich glaube, der Rechnungshof wird nach der heutigen Debatte sicherlich genau hinschauen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den haben wir schon angeschrieben!)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erklärt er uns, wie seine Freundin Apel auf die Seite kommt!)

#### Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Das ist nicht meine Freundin.

(Heiterkeit – Gerhard Bökel (SPD): Dieses Bekennnis wollten wir herausfordern!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Modern, effizient und bürgernah –

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das ist der Verbraucherschutz, den wir in Hessen im Augenblick aufbauen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bereits in den letzten vier Jahren gezeigt, dass wir dieser Zielsetzung nachkommen und neue Herausforderungen annehmen, z. B. das Internetportal zur Verbraucherinformation. Ich glaube, dass es vor allen Dingen wichtig ist, uns an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu orientieren. Genau das haben wir jetzt getan.

Ich will mit der Lebensmittelsicherheit beginnen, die wir in den letzten Jahren sehr gut vorangebracht haben. Ich erinnere an die Diskussion, die wir nach dem Auftreten von BSE geführt haben. Wir haben erhebliche Personalaufstockungen vorgenommen und effektive Kontrollen eingeführt. Ich glaube, dass wir auch auf neue Herausforderungen schnell und gut reagieren können.

Das haben wir z. B. in der vergangenen Woche getan. Ich habe am Mittwoch das neue Verbraucherschutzprogramm vorgestellt, wo wir aufgelistet haben, was wir in den nächsten fünf Jahren umsetzen wollen und welche Anforderungen wir an ein Verbraucherschutzprogramm stellen. In erster Linie geht es nicht um theoretische Ausführungen, sondern wir haben ein Verbraucherschutzprogramm aufgestellt, das die Inhalte der Arbeit der Landesregierung eindeutig, korrekt und verbindlich auflistet. Wir haben dabei, wie wir eben gehört haben, an Bewährtem festgehalten. Wir haben aber auch Neues eingebracht. Frau Abgeordnete, das Programm ist nicht „wild zusammengewürfelt“, sondern genau geordnet. Ich habe unseren Internetauftritt in der letzten Woche auf einer Pressekonferenz freigeschaltet.

Der Auftritt gliedert sich in folgende Stichworte: Ernährung und Lebensmittel, Tierschutz und Tiergesundheit, Umwelt, Gesundheit und Soziales, Bauen und Wohnen, Finanzen und Steuern, Medien und Kommunikation, Arbeitsschutz, Produkt- und Gerätesicherheit, Verbraucherreicht und EU. Ich denke, unser Internetauftritt ist sauber geordnet.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Warum beschweren Sie sich darüber, dass wir eine saubere und klare Orientierung hineingebracht haben, so dass die Verbraucher genau wissen, wie sie sich informieren können?

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist vorgeworfen worden, dass wir uns nur um Ernährung und Lebensmittelsicherheit kümmerten. Jetzt haben wir viele andere Bereiche hineingenommen und den Zugang klar geordnet.

Beim Aufbau dieses Internetportals haben wir uns einer Landeseinrichtung bedient, die sich mit diesem Thema, was die wissenschaftlichen Grundlagen angeht, aufgrund einer Bund-Länder-Vereinbarung seit 40 Jahren beschäftigt. Ich denke, dass die Universität Gießen der ideale Ansprechpartner ist, uns einen solchen Auftritt, wissenschaftlich fundiert, anzubieten und ihn so verständlich darzustellen, dass jeder Verbraucher in der Lage ist, sich zu informieren.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Es wurde darüber diskutiert, dass die Gestaltung 200.000 € gekostet habe. Wir haben einen längerfristigen Vertrag mit der IUD abgeschlossen, sodass keine zusätzlichen Mittel für diesen Bereich eingesetzt werden. Ich denke, dass wir mithilfe anderweitiger Einsparungen dazu kommen, dass die genannten 200.000 € ausreichen, um diese Arbeit zu gewährleisten – es sei denn, es entstehen neue Herausforderungen, diesen Internetauftritt weiterzuentwickeln.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist überflüssig!)

Der Internetauftritt ist wissenschaftlich fundiert und leicht verständlich. Ich denke, dass wir eines der größten Internetportale für den Verbraucherschutz haben. Wir

bieten 660 Datensätze an, von denen 92 von der IUD erstellt wurden. Wir haben außerdem viele Informationen anderer Institutionen hineingenommen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommt der Link zu Frau Apel da hinein? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Anspruch, seriös zu informieren, heißt natürlich auch,

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir hier eine gewisse Qualitätskontrolle vorhalten. Die Qualitätskontrolle wird zum einen von der IUD und zum anderen von Fachleuten des Verbraucherschutzreferats meines Ministeriums durchgeführt. Wir müssen uns schließlich Gedanken über die Richtigkeit, Aktualität oder Seriosität dessen machen, was dort angeboten wird.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie seriös ist die Schaltung zur Internetseite von Frau Apel?)

Ich denke, das hat nichts mit Zensur zu tun, sondern mit unserer Verantwortung gegenüber den Verbrauchern, die sich auf diesen Seiten entsprechend informieren.

Wir wollen unser Angebot aber nicht auf den Internetauftritt beschränken, sondern auch das fortführen, was bisher in hervorragender Weise funktioniert hat und durch das Verbraucherfenster erweitert worden ist.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Minister Wilhelm Dietzel: Na klar!)

Frau Kollegin Hinz.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, buchen Sie unter dem Begriff Seriosität auch die Schaltung zu der Internetseite von Frau Apel ab? Sie sind als Minister für den Inhalt der Seite des Ministeriums verantwortlich. Erklären Sie bitte das Zustandekommen.

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hinz, jetzt sagen Sie, ich sei als Minister verantwortlich, und auf der anderen Seite werfen Sie mir in Ihrem Antrag vor, dass ich dort meine Finger im Spiel hätte. Sie sollten sich schon darüber im Klaren sein, was Sie eigentlich wollen.

Ich bin der Meinung, dass sich darüber die Fachleute unterhalten sollten. Die Politik sollte sich da heraushalten. Deshalb haben wir die IUD beauftragt, die sich zusammen mit den Verbraucherschützern meines Ministeriums um die Seriosität, Aktualität und Richtigkeit der Angaben kümmert. Ich bin überzeugt, dass die Fachleute darüber entscheiden können, was im Internet steht und was nicht.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Jetzt möchte ich zum Ende kommen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie drücken sich! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wollen wir das Angebot, das wir schon haben, um das Internetportal erweitern. Daneben brauchen wir natürlich die Verbraucherzentrale, den Hausfrauenbund und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, die auch weiterhin in der Fläche ihre Angebote machen.

Es ist nicht so, dass wir die Arbeit der Verbraucherschutzzentrale aushöhlen. Wenn wir sparen, müssen wir auch bei der Verbraucherschutzzentrale sparen. Im nächsten Haushalt sind für diese Einrichtung 920.000 € vorgesehen. Ich denke, das ist eine Summe, mit der man leben kann und mit der man das Angebot sogar ausweiten kann. Viele Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung, und es werden auch Drittmittel eingeworben. Insgesamt stehen für die Verbraucheraufklärung 1,9 Millionen € zur Verfügung. Außerdem glaube ich, dass auch Ehrenamtler in der Lage sind, eine hochwertige Verbraucheraufklärung zu leisten.

Unser Internetauftritt ist im Augenblick noch nicht allen Bürger von zu Hause aus zugänglich, aber wir haben 400 Internetcafés, in denen sich jeder einen Zugang zum Internet verschaffen kann. Ich bin der Meinung, dass wir das Medium Internet in Zukunft verstärkt nutzen sollten, um den Verbrauchern Informationen zu übermitteln.

(Beifall bei CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Gotthardt.

**Manfred Schaub (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier um mehr als um einen Link. Es geht um mehr als den Verbraucherschutz. Es geht darum, dass die Regierung unter Roland Koch diesen Staat als Beute betrachtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen vom Lande Hessen Besitz ergreifen. Sie missbrauchen Ihre absolute Mehrheit, und Sie organisieren in bewährter Tradition und Manier in Fortsetzung des Schwarzgeldskandals wieder einmal --

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schaub, ich bitte Sie, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

**Manfred Schaub (SPD):**

Ich spreche zur Geschäftsordnung. – Sie missbrauchen in Fortsetzung des Schwarzgeldskandals Ihre Funktionen und versuchen, die Grenzen zwischen Staat und Partei einzureißen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie deshalb auf, nach vorne ans Pult zu kommen und zu erklären, dass bis 14 Uhr die diversen Verlinkungen des Verbraucherfenders mit Seiten der Regierung und mit Internetseiten der Partei herausgenommen werden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt außer dem Fall, den wir heute Morgen erörtert haben, die Verlinkung des Regierungsprogramms mit der Internetseite der CDU Hessen. Es gibt Einschüchterungsversuche in den Justizbehörden, und es gibt bei der Besetzung von Leiterstellen im Polizei- und Schulbereich direkte Einflussnahmen durch die Partei.

(Lachen bei der CDU)

Deshalb fordere ich Sie auf, jetzt zu erklären, dass bis 14 Uhr alle Verlinkungen herausgenommen sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Lachen bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir führen heute Morgen in der Aktuellen Stunde eine sehr spannende Debatte. Sie haben etwas gefunden, nämlich einen Link. Interessanterweise diskutieren Sie jetzt aber nicht mehr über den Verbraucherschutz, sondern glauben, sich an dem Link hochziehen zu müssen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Fuhrmann, lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. – Liebe Frau Fuhrmann, ich will Ihnen zugestehen, dass es, wenn Links zu Fraktionen gelegt werden, durchaus Sinn macht, alle Fraktionen gleichermaßen mit Links zu versorgen, damit die Neutralität gewahrt bleibt. Nur, wenn Sie das mit der Parteienfinanzierung durcheinander schmeißen, ist das kompletter Blödsinn. Das gilt auch für die Zwischenrufe, die von Ihnen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier nichts anderes zu tun haben, als zu glauben, dass der Ministerpräsident zu der Verlinkung auf einer Homepage, die er vorher überhaupt noch nicht kannte, Stellung nehmen müsse, sage ich Ihnen: Unser Land hat andere Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Punkt muss geklärt werden; das ist unstrittig. Aber dass Sie deswegen eine Generaldebatte veranstalten und diesen Punkt in eine Diskussion über die absolute Mehrheit einbringen wollen, ist dieses Hauses unwürdig und politischer Unfug.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Al-Wazir, zur Geschäftsordnung.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem der Minister zu genau diesem Punkt in einer langatmigen Rede nichts gesagt hat, wollen wir, dass der Ministerpräsident hier erklärt, was für ein Staatsverständnis die Hessische Landesregierung hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden an den Rechnungshof mit der Bitte herantreten, zu überprüfen, inwieweit in Hessen Staat und Partei vermischt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Gotthardt, ich sage Ihnen gleich dazu: Das ist kein Link. Wenn Sie diese Seite aufmachen, sehen Sie, dass oben „VerbraucherFenster Hessen – Informiert ist geschützt!“ steht und dass darunter ein Bild von Frau Apel auftaucht. Das ist genau der Punkt, an dem ich frage: Was haben Sie eigentlich für ein Staatsverständnis, meine Damen und Herren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn man sich das Verbraucherfenster weiter anschaut, sieht man, dass ganz unten „Verantwortlich: Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Leitung Pressereferat“ steht. Genau das ist der Punkt, um den es hier geht.

Herr Ministerpräsident, Sie reden immer gerne über Ihre Richtlinienkompetenz. Hier wäre Ihre Richtlinienkompetenz wirklich einmal angesagt, denn das Land Hessen gehört den Bürgerinnen und Bürgern, nicht der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Skandalös!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube schon, dass es keine Alltagssache ist, über die wir uns hier zu unterhalten haben.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe zu Beginn dieser Legislaturperiode – witzigerweise ausgerechnet von Frau Apel – lesen können, dürfen und müssen, dass die CDU-Landtagsfraktion der Hessische Landtag sei. Dabei habe ich mir gedacht: Oh, was ist das für ein Verständnis?

(Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Im Hessischen Landtag sitzt zwar eine Fraktion, die mit einer in demokratischen Wahlen errungenen absoluten Mehrheit ausgestattet ist, aber es sind auch noch drei andere Fraktionen vorhanden.

Es gab das eine oder andere Beispiel – der Kollege Al-Wazir hat sie eben schon genannt –, bei dem man das Gefühl haben kann, dass manche Repräsentanten der Union meinen, mit dem Wahlsieg am 2. Februar seien sie jetzt die

Hessenpartei schlechthin, und dass sie sich jetzt auch so geben. Der praktische Ausfluss dieser Denkweise ist, dass man etwas auf genau die Art und Weise macht, wie es hier geschehen ist. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, so geht das nicht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bewundere, wie der Kollege Gotthardt eben versucht hat, das Problem zu lösen, nämlich nach dem Motto: Das ist ein Problem, und am besten legen wir Links zu allen anderen Fraktionen des Landtags. – Nur, Herr Kollege Gotthardt, lassen Sie es mich ganz einfach sagen: Auf die Idee hätte man früher kommen können. Jetzt ist es zu spät.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das ist auch kein Link!)

– Das habe ich verstanden, Herr Kollege Rudolph. Das ist der nächste Gedankengang. Außerdem ist das noch nicht einmal ein Link. Wenn man es sich anschaut, stellt man vielmehr fest, dass es eindeutig ein Teil des Verbraucherfensters Hessen ist. Mit anderen Worten: Auf einer staatlich dominierten Seite – das haben wir eben von Herrn Dietzel gehört; letztlich liegt die Verantwortung ganz allein bei ihm – wird Werbung für eine Fraktion in diesem Haus gemacht. Das geht so nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da das nicht geht und da Sie sicherlich auch einsehen, dass das nicht geht, tritt jetzt bestimmt der Herr Minister ans Pult und sagt, dass das sofort beendet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Diskussion hier aufmerksam verfolgt. Ich denke, dass wir, wenn wir Verbraucherschutz machen wollen, auch versuchen sollten, dies gemeinsam und auf einer einheitlichen Grundlage zu tun. Ich möchte eindeutig sagen: Ich habe gerade eben den Staatssekretär beauftragt, diesen Link herauszunehmen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist kein Link!)

Ich will aber gleich hinzufügen, dass wir den Link der Verbraucherministerin Künast beibehalten werden, um damit unsere Neutralität unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habt ihr das schon wieder nicht verstanden? Das ist die Bundesministerin!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, das war die Erklärung des Ministers. Wir sind uns im Präsidium darüber einig, dass es

keinen Antrag an den Landtag gibt. Es gab eine Aufforderung. Ist das damit erledigt?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Es ist kein Antrag an den Landtag gestellt worden. Sie haben jemanden aufgefordert; das ist Ihr gutes Recht. Aber es gibt keinen Antrag, und der Herr Minister hat jetzt eine Erklärung abgegeben. Dabei sollten wir es bewenden lassen. Sind wir uns einig?

(Reinhard Kahl (SPD): Nein!)

– Herr Kollege Kahl, bitte sehr.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident! Wir stellen fest, dass der Herr Minister gesagt hat, der Link werde herausgenommen. Darum ging es nicht. Das ist doch jetzt deutlich geworden. Es geht um die Frage, ob diese Seite so verändert wird, dass kein Bezug zu Frau Apel mehr hergestellt wird; das ist der entscheidende Punkt dabei.

Im Übrigen kündigen wir von der SPD-Fraktion an, dass wir das Verhalten, das hier an den Tag gelegt worden ist, als Parlament zu missbilligen haben. So kann man mit einem solchen Thema nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kahl, der Minister hat zugesagt, dass in der Sache so verfahren wird. Damit ist das erledigt.

(Zuruf des Abg. Lothar Klemm (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Klemm, der Minister hat erklärt, dass in der Sache so verfahren wird, nämlich „weder Link noch rechts“. Damit ist das erledigt.

Herr Kollege Kahl, ich frage Sie jetzt, ob Sie einen weiteren Antrag gestellt haben.

(Reinhard Kahl (SPD): Zur Missbilligung!)

– Zur Missbilligung. – Dann darf ich Sie bitten, diesen Antrag einzubringen. Wir stellen diesen Punkt zurück, bis der Antrag eingebracht ist und schriftlich vorliegt. Sind wir uns einig? – Dann machen wir das so. Anschließend sehen wir weiter. Ihr macht es mir heute nicht einfach.

(Heiterkeit)

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 49:**

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde „Polizei ohne Benzin – Falschparken für die Innere Sicherheit“ – Drucks. 16/730 –**

Das Wort hat der Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit wird nach unserer Auffassung durch die Streichorgie „Aktion düstere Zukunft“ massiv beeinträchtigt, obwohl der hessische Innenminister nach wie vor das Gegenteil behauptet. Das lassen wir ihm an der Stelle ausdrücklich nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

750 Stellen bei der Vollzugspolizei, die in den letzten Jahren nicht besetzt waren, haben schon jetzt ein Einsparpotenzial von rund 35 Millionen € im Jahr erbracht. Darüber hinaus werden 240 Wachpolizeibeamte auf Stellen der regulären Vollzugspolizei gesetzt. 170 Stellen sind derzeit nicht besetzt. Wer dann davon redet, dass die innere Sicherheit in Hessen dadurch nicht beeinträchtigt worden sei, nimmt die politische Realität in diesem Land nicht wahr.

Sie sagen, in Hessen gebe es mehr Polizei durch die Arbeitszeitverlängerung, weil Polizeibeamte mehr leisten müssen. Das hat ja schon was von Chuzpe. Da müssen Polizeibeamte, die etwa im Schichtdienst arbeiten, vier Schichten arbeiten und hohe zusätzliche Belastungen auf sich nehmen. Das bedeutet nach unseren Berechnungen möglicherweise bis zu 15 Tage im Jahr. Dann stellt der Innenminister sich hin und sagt, es gebe keine Beeinträchtigungen. – Auf dem Rücken der Beamten wird dies ausgezogen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann sagt der Innenminister, die Einsparungen seien in seinem Ressort nicht so schlimm. – Es geht ja nicht nur um Personal, es geht auch um Sachmittel, um Sachkosten, die künftig nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Michael Denzin (FDP): Unglaublich, dass gerade die SPD das sagt!)

Die Einsparungen liegen hier bei 7,5 %. Wenn Streifenwagen auch zukünftig weiterhin auf hessischen Straßen fahren sollen, dann brauchen sie dazu ganz einfach Benzin. Nach unseren Erkenntnissen ist das Budget für Benzin teilweise aufgebraucht.

(Michael Denzin (FDP): Déjà-vu!)

Das haben Polizeibeamte, die im Dienst sind, und Gewerkschafter bestätigt. Deswegen ist natürlich der Kanister das Symbol. Die hessische Polizei braucht Benzin. Herr Minister, stellen Sie dafür auch das Geld zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Auf unsere Presseerklärung haben Sie gesagt, dies sei alles Unsinn. Klar, wie immer, Ihre einfache Argumentation, die für die CDU-Kreise durchaus ausreichend sein mag, es sei Unsinn, was andere sagen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unstrittig ist, das Budget ist aufgebraucht. Teilweise werden Gelder für das Betanken von Polizeiautos aus dem Budget für Überstunden genommen. Das ist nicht in Ordnung. Das steht den Polizeibeamten, die viele Überstunden leisten, zur Verfügung. Sie haben vielleicht auch gehofft, dass die neuen BMWs weniger Benzin brauchen. Sie hätten stattdessen mehr Audis oder VWs kaufen sollen. Das wäre günstiger gewesen, und Sie hätten an der Stelle Nordhessen gefördert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

Deswegen können Sie es sich nicht so einfach machen. Natürlich hat auch die Polizei massive Geldprobleme, und der neue Landespolizeipräsident Nedela hat jetzt schon erklärt, dass er im Polizeiaushalt im nächsten Jahr weitere Einsparungen vorzunehmen hat. Herr Innenminister, hören Sie endlich auf mit der Mär, die innere Sicherheit

sei mit Ihrer Streichaktion „Düstere Zukunft“ nicht betroffen. Das Gegenteil ist der Fall: Es wird massive Einschnitte auch in die hessische innere Sicherheit geben. Wir brauchen mehr Polizeibeamte auf den Straßen, aber solche, die dazu auch in der Lage sind und nicht durch exorbitante Überbelastung gezeichnet sind.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dann hören wir von Ihnen auch immer die Mär, die Opposition entwickle keine Einsparpotentiale und lege nichts vor.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Ja, Frau Kollegin, weil der Innenminister auf dieses Thema nicht eingeht, er ist auch an dieser Stelle beratungsresistent.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Unser Vorschlag: Reduzieren Sie SAP im Polizeibereich auf das notwendige Mindestmaß, und das Geld, das Sie dort einsparen können, stellen Sie der Polizei für sinnvolle Sachen zur Verfügung. Die Nichtbesetzung von Stellen ist gravierend, und Sachmittel fehlen. Das ist der richtige Ansatz. SAP ist ein sehr schönes Beispiel aus der Praxis.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Telefone, die 20 Jahre und älter sind, müssen jetzt aufgeführt und inventarisiert werden für SAP-Programme. Meine Damen und Herren, was ist der politische Nährwert solcher unsinnigen Aktionen? – Null, Arbeitsbeschaffung für Polizeibeamte. Hören Sie auf damit.

(Beifall bei der SPD)

Was wir sehr schade finden und was uns auch betroffen macht, ist, dass die Polizeibeamten Ihre falsche Ausgabenpolitik austragen müssen. Das muss man an der Stelle sehr deutlich sagen. Sie leisten sich andere Luxusprojekte, z. B. den Weinkeller und das Elitygymnasium, und geben dafür Millionen € aus. Der Polizei fehlt das Geld, und an anderer Stelle wird es kassiert.

Herr Innenminister, Sie sagen ja auch, die Stellen seien nicht tangiert. Nach einer Aufstellung aus der Landesregierung müssen in den nächsten Jahren 510 Stellen abgebaut werden. 510 Stellen, das bedeutet für den Tarifbereich weitere zusätzliche Belastung für Polizeivollzugsbeamte, denn deren Tätigkeit muss auch zur Unterstützung der Polizeiarbeit wahrgenommen werden. Das bedeutet, dass wir zukünftig weniger Polizeibeamte haben, die sich um die innere Sicherheit kümmern. Herr Innenminister, auch das ist der falsche Weg, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Rudolph, Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Letzte Bemerkung: Wir sind gerne bei der Beschaffung von Geld behilflich.

(Michael Denzin (FDP): Da habt ihr Erfahrung!)

Wenn Sie es denn wünschen, sind wir gerne bereit. Hier haben wir solche Umschläge, da gibt es einen Benzinkanister. Wir helfen der Polizei gerne, aber Sie können durch eine Änderung Ihrer unsinnigen Ausgabenpolitik Kosten einsparen, die der hessischen Polizei zugute kommen. Machen Sie einen Anfang, dann geht es der hessischen Polizei besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, die Sache mit dem Benzinkanister ist nicht ganz parlamentarisch, aber nach der letzten Geschäftsordnungsdebatte sind wir heute großzügig.

(Gerhard Bökel (SPD): Wir wollen eine Spendenquittung!)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Reißer von der CDU.

#### **Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rudolph, mit Ihren Zeitungsaktivitäten und mit der Aktuellen Stunde heute scheinen Sie eigentlich nur ein Ziel zu verfolgen: dem guten Ruf unserer hessischen Polizei zu schaden.

(Beifall bei der CDU)

Daraus politisches Kapital zu schlagen, ist einfach verwerflich. Dabei ist es Ihnen völlig egal, ob Sie die Wahrheit sagen oder den Sachverhalt überhaupt verstanden haben. Sie bringen hier in diesem Haus nicht ein einziges konkretes Beispiel. Sie verweisen auf irgendwelche Stellen, haben aber nie irgendwelche Beispiele.

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen Zeitung lesen!)

Zum Sachverhalt ist Folgendes auszuführen: In Ihren Zeitungsmeldungen behaupten Sie, dass der Polizei die Geldmittel für den Kauf von Kraftstoff fehlen und sie deswegen angewiesen ist, Verwarnungen auszusprechen, um diesen Kraftstoff bezahlen zu können. Damit stellen Sie der Bevölkerung ein Bild dar, dass ein Polizeiauto, das am Straßenrand steht, kein Benzin hat und dann ein anderes Fahrzeug anhalten muss, um eventuell zu überprüfen, ob jemand nicht angeschnallt ist, 30 € zu kassieren und damit zur nächsten Tankstelle zu fahren. Das suggerieren Sie der hessischen Bevölkerung. Das ist an dieser Stelle verwerflich.

(Beifall bei der CDU – Michael Siebel (SPD): So wird es noch kommen!)

Sie stellen hier ein Bild dar, das der Realität nicht entspricht und das einfach falsch ist. Herr Rudolph, eines noch: Es scheint Ihnen seit über zwei Jahren entgangen zu sein, dass die hessische Polizei die Budgetierung einführt hat. Sie argumentieren heute immer noch unter dem Gesichtspunkt der Kameralistik.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Ich glaube, nicht der Polizei ist der Sprit ausgegangen, sondern Ihnen ist der Sprit ausgegangen, denn Sie fahren seit zwei Jahren der Entwicklung hinterher, Herr Rudolph.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, Budgetierung heißt, dass bei der Polizei in einem bestimmten vorgegebenen finanziellen Rahmen Einnahmen und Ausgaben gegenseitig deckungsfähig sind.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Rudolph, hätten Sie sich einmal die Mühe gemacht, sich den relevanten Haushaltstitel, Kfz-Unterhaltung, anzusehen, hätten Sie feststellen können, dass in dieser Haushaltsstelle Kraftstoffe, Mittel für Reparaturen, Mittel zur Behebung von Unfallschäden und zur Anschaffung von Kfz-Kleinteilen enthalten sind. Alle Ausgaben sind unter diesem Haushaltstitel gegenseitig deckungsfähig.

Herr Rudolph, Sie müssten eigentlich wissen, dass es einen Budgetierungsbeirat gibt. Der überwacht im Rahmen seiner Kompetenz die Entwicklung bei dieser Haushaltsstelle und bespricht sie monatlich mit den Polizedienststellen. Wenn der Fall eintreten würde, dass das Budget nicht ausreicht, dann gibt es immer noch eine zentrale Haushaltsstelle, die zur Deckung herangezogen werden könnte. Das ist so vorgesehen. Damit sollten Sie sich einmal beschäftigen, bevor Sie hier wilde Reden halten.

(Beifall bei der CDU)

Also: Der Polizei kann in dieser Situation nie das Geld für Sprit ausgehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Punkt!)

– Punkt, ja da ist es.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn Sie es noch einmal praktisch betrachten: Jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin hat in ihrem/seinem Auto eine Tankkarte für Vertragstankstellen. Sie können dort hinfahren, tanken und wieder fortfahren.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Sie brauchen niemals Bargeld mitzunehmen. Das ist eine ganz praktische Geschichte, und das funktioniert in ganz Hessen ganz hervorragend.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrem Thema „stehen bleiben“: Ich darf Sie noch an die Regierungszeit von Rot-Grün erinnern. Da konnten in einem Winter keine Winterreifen angeschafft werden, und Polizeiautos mussten stehen bleiben, weil Sie keine Winterreifen zur Verfügung gestellt haben.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Da war Bökel Innenminister!)

Die Hessische Landesregierung hat seit 1999 große Anstrengungen unternommen. Sie hat über 1.300 neue Fahrzeuge angeschafft. Diese Maßnahme war Bestandteil eines sehr großen Bündels. So wurde die objektive Sicherheit in Hessen sichergestellt. Auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger in Hessen ist groß, und die Bürger können heute sagen: Unser Land Hessen ist sicher geworden.

Das ist eine große Leistung dieser Landesregierung.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Wir werden weiter daran arbeiten, damit das Land Hessen weiterhin sicher bleibt.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Herr Rudolph, Sie sollten keinen Klamauk veranstalten, und auch Ihre Unkenntnis schützt Sie dabei nicht. Sie sollten die hessische Polizei und die Bürger unseres Landes nicht verunsichern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Kollege Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das hat ja alles ein bisschen mit dem Komödienstadel zu tun – wenn wir hier jetzt schon Kanister überreicht bekommen und wenn wir die Diskussion in der Öffentlichkeit sehen. Da wird die Forderung aufgestellt, man solle für die innere Sicherheit falsch parken. Kollege Denzin überlegt gerade, ob er jetzt für die innere Sicherheit rauchen soll; ich habe ihn aber gebeten, er solle erst noch meine Rede anhören und dann für die innere Sicherheit rauchen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Da gibt es eine Presseerklärung, in der zwei Buchstaben vergessen wurden, sodass es nicht mehr ein „Benzin-Mangel-Vorwurf“, sondern ein „Benz-Mangel-Vorwurf“ war. Über diesen „Benz-Mangel-Vorwurf“ schreibt Matthias Bartsch in der „Frankfurter Rundschau“ eine sehr amüsante Glosse – dass wir in Hessen keinen „Benz-Mangel“ haben, sondern vielleicht einen „Benzin-Mangel“ hätten.

Meine verehrten Damen und Herren, all das wird nach unserer Auffassung dem Thema überhaupt nicht gerecht –

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

nicht der Kommentar von Herrn Bartsch – der ist sehr amüsant und sehr schön gewesen –, sondern der Rest, den wir Politiker veranstalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere mich sehr gut daran: Als Volker Bouffier im Jahr 1999 Innenminister und ich in der Regierungsfraktion für die Innenpolitik zuständig wurde, hatten wir ganz schön große Probleme vor uns. Denn Sie haben jahrelang nichts für die Polizei getan.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Gerhard Bökel ist dafür als Name bekannt, und damit hat er einige Abstimmungen und Wahlen verloren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Bökel steht für den Abbau von innerer Sicherheit!)

Wir haben also die Ärmel hochgekrempelt, ich will das hier noch einmal gerne berichten. Wir sind im Personalbereich sehr aktiv geworden. Den Ausbildungsbereich mussten wir überhaupt erst wieder hochfahren; den hatten Sie gen null heruntergespart. Wir sind im technischen Bereich aktiv geworden. Ich will noch einmal daran erinnern: 1.100 neue Autos.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): 1.300!)

– 1.300 neue Autos, 11.000 neue Computer-Anlagen. Volker Bouffier hat in einer Aktion zwischen Weihnachten und Silvester 2000/2001 die Entscheidung getroffen, die dringend notwendig war – nämlich das blöde HEPOLAS-System endlich auf die Entsorgungsliste zu stellen und mit INPOL-neu ein für die Polizei in Hessen vernünftiges Sys-

tem einzuführen. Ich weiß genau, welche Probleme das waren, denn wir haben in dieser Zeit jeden Tag miteinander telefoniert, egal wo wir gerade waren.

Wenn sich also jetzt der Kollege Rudolphinstellt und – Der ist doch gar nicht mehr da, der kann es gar nicht mehr hören, wenn es um die Wahrheit geht. Herr Kahl, das finde ich sehr bemerkenswert.

(Michael Siebel (SPD): Ich vertrete ihn!)

Ich würde in der Fraktion einmal sagen, dass es sich gehört, dass diejenigen, die angreifen, auch hier im Raum sind, wenn es um das Thema geht. Das gehört sich so und hat auch etwas mit Stil zu tun.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wenn jetzt also hier so getan wird, als wenn die Regierung von 1999 bis 2003 und in der Kontinuität an diesem Punkt die amtierende Regierung nichts für die Polizei getan hätten oder tun, dann kann ich Ihnen nur sagen, Sie liegen vollkommen neben der Sache. Sie wissen offensichtlich nicht, was in Hessen los ist. Sie verlassen sich ausschließlich auf die Meldung des einen oder anderen GdP-Funktionärs. Dabei übersehen Sie dann noch, dass die GdP das insgesamt gar nicht so sieht.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist also ein Rohrkrepierer – oder, um bei Ihren Beispielen zu bleiben, ein Kolbenfresser.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Ja, Herr Ministerpräsident, das will ich von diesem Pult aus nicht sagen. Aber man kann es auch spaßig auffassen und meinen, da übt jemand schon für den 11.11. Aber da müssen Sie noch ein bisschen üben, Herr Kollege Rudolph, damit das wirklich einen Gag für die Karnevalszeit gibt.

Lassen Sie mich dazu aber auch sagen, dass wir Liberale der Auffassung sind, dass auch bei der inneren Sicherheit nachgeschaut werden muss, ob man effektiver und effizienter arbeiten und möglicherweise auch Gelder hereinholen kann. Für uns Liberale ist das kein heiliger Bereich. Ich will hier übrigens nichts zu den Diskussionen sagen, die Volker Bouffier und ich zu dieser Zeit mit Karlheinz Weimar hatten. Das waren recht heftige Diskussionen, um die Finanzierung all dessen durchzusetzen, was ich eben aufgezählt habe.

Aber wir müssen jetzt weitergehen. Da fordere ich die Landesregierung schon auf, Effizienzplanungen durchzuführen. Wir müssen an die heilige Kuh herangehen und fragen, ob Polizeiposten oder -reviere zusammengelegt werden können. Ich schaue jetzt Tarek Al-Wazir an, weil Offenbach und Offenbach-Land ein klassisches Beispiel der Fehleinteilung von Lokalitäten der Polizei ist.

Wir müssen wieder an die Frage herangehen, ob wir uns so etwas wie eine Reitstaffel oder ein Polizeiorchester noch leisten können. Wir Liberale sagen: Nein, das brauchen wir nicht mehr. – Herr Innenminister, ich sage auch, wir müssen anfangen, diejenigen, die im kommerziellen Bereich Kosten verursachen, zur Kasse zu bitten. Ich meine, es hat keinen Sinn – im Gegenteil, das ist Verschwendug von Staatsgeldern –, wenn hoch bezahlte Polizeibeamte für kommerzielle Veranstaltungen, seien es Radrennen, Fußballspiele oder Rock-Konzerte, kostenlose Einsätze machen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Das ist ein Problem, und das muss gelöst werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist also ein gewisses Maß an Dynamik sicherlich notwendig, um in diesem Bereich die Effizienz und die Effektivität, aber auch die Kostenseite noch einmal neu zu betrachten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Wir haben unsere Haushaltksklausur zur Sanierung des hessischen Haushalts – auf der wir unsere 45 Punkte beschlossen haben – in Berlin abgehalten. Wir waren sowieso in Berlin, wegen anderer Dinge – damit nicht der Steuerzahlerbund wieder meint, wir hätten dort Geld verschwendet. Als wir aus dem Reichstag herauskamen, fand gerade ein Event statt. Da gab es eine Reihe von Polizisten,

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Hahn, Sie müssten --

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

und alle Polizisten – Herr Präsident – kamen im Corsa. Die fanden das überhaupt nicht schlimm. Also: Auch da müssen wir rangehen. Natürlich ist es für den Verkehr auf der Autobahn oder im ländlichen Bereich mit längeren Strecken besser, wenn man ein größeres Fahrzeug hat. Aber im städtischen Bereich reichen auch Corsas. Deshalb meine ich, auch hier ist ein Einsparpotenzial vorhanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht mit Klamauk und nicht mit irgendwelchen Dienstkanistern hier herumzumachen, sondern sachlich die Finanzen des Landes Hessen zu klären – das ist die Aufgabe der FDP. Dafür stehen wir. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Frage des Spritgeldes wird, so denke ich, der Innenminister gleich sagen, ob es bei der hessischen Polizei – ich bin mir sicher, dass es keine offiziellen Anordnungen dafür gibt – zumindest Signale von diversen Hausleitungen gibt, dass man sich vielleicht unkonventionelle Gedanken über das Geldbeschaffen machen muss.

Als ich das zum ersten Mal gehört habe, habe ich gedacht, na ja, das kann wohl nicht sein. Aber dann ist mir etwas eingefallen, das wir bei der Einführung der Budgetierung einmal erlebt haben. Damals konnte nämlich Wiesbaden II, also der Rheingau-Taunus-Kreis, Mittel eigenverantwortlich verwenden. Dabei kam heraus, dass statt Verwarnungsgelder in Höhe von 150 DM auszusprechen – die an die Landeskasse gegangen wären – diese Beträge in zweimal 75 DM gestückelt wurden; dabei wurde vergessen, dass dabei ein Punkt in Flensburg wegfällt.

Herr Innenminister, insofern kann ich mir schon vorstellen, dass es solche Ideen gibt. Die Frage ist: Hat das Innenministerium davon Kenntnis, oder nicht?

Zweiter Punkt. Ich habe gehört, dass zumindest in einem Präsidium – Herr Reißer, „gegenseitig deckungsfähig“ ist dabei genau das Problem – das Spritgeld seit letztem Monat alle ist und dafür das Geld verwandt wird, das für die Auszahlung von Überstunden da ist.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Da ist es schon eine spannende Frage, was passiert, wenn man sagt, wir zahlen keine Überstunden mehr aus. Da gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder steigt die Anzahl der Überstunden der Polizeibeamten – und steigt und steigt und steigt –, oder man macht es mit Freizeitausgleich. Das aber bedeutet, es sind weniger Polizeibeamte auf der Straße. Dazu hätten wir gerne ein Wort gehört.

Ich nehme diese Aktuelle Stunde zum Anlass, einmal darüber zu reden, was wir bei der hessischen Polizei insgesamt momentan erleben. Herr Innenminister, Sie sind nämlich mit Ihren hehrn Sprüchen von vor einem halben Jahr „Hessen – Sicherheitsland Nummer eins“ grandios gescheitert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist wirklich falsch!)

Ich möchte Ihnen auch begründen, warum. 1991 gab es in Hessen 14.911,5 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte. Im September 2003 gibt es 14.388 – rund 500 weniger. Es kommt hinzu, dass von diesen 14.388,5 Planstellen – um genau zu sein – 411 nicht mit Polizeivollzugsbeamten besetzt sind. 173 sind überhaupt nicht besetzt. 238 Planstellen für gut ausgebildete Schutzleute haben Sie mit Ihrer Polizei light, mit Ihrer Wachpolizei, besetzt.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Das sind rund 411 Stellen, die als Planstellen nicht mit Vollzugsbeamten besetzt sind. Das bedeutet, wir haben in Hessen 900 ausgebildete Polizeibeamte weniger als im Jahre 1991. Meine Damen und Herren, wie sich das mit Ihren großen Reden verträgt, was Sie alles für die innere Sicherheit getan haben wollen, das erklären Sie bitte selbst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt noch schlimmer. Wir haben 32,5 unbesetzte Planstellen für Fach- und Verwaltungsbemte. Wir haben 204 unbesetzte Stellen für Angestellte, und wir haben 110 unbesetzte Stellen für Arbeiter. Der Innenminister – das ist dann die Krönung – hat angekündigt, dass weitere 500 Stellen in diesem Bereich abgebaut werden sollen.

(Günter Rudolph (SPD): 510!)

– 510, um genau zu sein.

Herr Bouffier, das bedeutet faktisch, wenn die Arbeitszeiterhöhung für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte kommt – Sie haben selber vorgerechnet, das sei die Kompensation dafür –, dass in Zukunft ausgebildete, von der Verwaltungsfachhochschule diplomierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die Post ausfahren werden, die Post verteilen werden, Telefondienste machen werden, Sekretariatsarbeiten machen werden. Ich sage Ihnen: Sie sind mit Ihrem Reden vom „Sicherheitsland Nummer eins“ grandios gescheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich einmal ein bisschen bei der Polizei umhören, die jetzt gesagt bekommen hat, dass sie statt 38,5 Stunden 42,5 Stunden in der Woche arbeiten soll und im Gegenzug dann noch beim Weihnachtsgeld 26,3 % gestrichen bekommen: Ich habe selten so gefrustete Menschen erlebt wie in den letzten Tagen und Wochen, als ich mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geredet habe.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Realität! – Jürgen Walter (SPD): Die sind enttäuscht!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssten zum Schluss kommen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Herr Innenminister, ich sage Ihnen: Hören Sie auf, das schönzureden, sondern setzen Sie sich damit auseinander, wie die Qualität Ihres Ministeriums ist. Es kann nicht sein, dass am Ende die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten über ihr Gehalt die Anschaffung der neuen Polizeiautos quasi selbst bezahlen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einmal eine freundliche Bemerkung machen. Aber dabei wird es dann auch bleiben.

(Zurufe von der SPD)

Die SPD-Fraktion hat immerhin den sagenhaften Betrag von – wenn ich es richtig zusammengezählt habe – 23,35 € zusammengetragen. Alle Mann, das ist beachtlich. Ich schlage Ihnen vor, dass wir das der Kaffeekasse der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geben, die hier den Landtag schützen und bewachen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Einverstanden!)

Das Zweite, Herr Al-Wazir, Herr Rudolph. Jetzt wende ich mich einmal an Herrn Walter, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion. Was Sie hier als SPD inszenieren, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen auch sagen, warum das so ist. Sie inszenieren ein Thema. Sie erfinden ein Thema. Sie haben das publizistisch vorbereitet, haben die Hoffnung, dass Sie mit Ihrem dümmlichen Kanister heute viele Bilder kriegen, und haben in einer Woche nicht einen einzigen Beleg für Ihre Behauptung vorgelegt – nicht einen einzigen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Das haben Sie auch selbst gemerkt. Herr Al-Wazir hat sogar hinterher mit mehreren Passanten geredet.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

Er lächelt freundlich. Liebe Freunde, ich habe euch schon so oft gesagt: Jede Debatte zur inneren Sicherheit nehme ich zu jeder Stunde an.

(Günter Rudolph (SPD): Vorsicht!)

Ausgerechnet Rot-Grün: 650 Stellen habt ihr bei der Vollzugspolizei gestrichen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Der Kollege Hahn hat gesagt, war wir gemacht haben. Niemand hat behauptet, dass wir nicht auch dort sparen müssen. Aber eines geht nicht. Sie setzen Behauptungen in die Welt, haben keinen einzigen Beleg dafür und tun heute so, als wären Sie es nicht gewesen. Ich darf dazu einmal etwas vorlesen. In Ihrem Leib- und Magenblatt, der „Frankfurter Rundschau“, werden Sie persönlich zitiert.

In Hessen werden Polizisten aufgefordert, mehr Falschparker aufzuschreiben, damit das Geld für Streifenwagenbenzin reicht.

(Rudi Haselbach (CDU): Ungeheuerer Vorgang!)

Das behaupten SPD und Polizeigewerkschaft am Freitag im Gespräch mit der „FR“.

An anderer Stelle – offensichtlich haben die Helden dann gemerkt, es wird heiß –:

Natürlich gibt es da keine formale schriftliche Anweisung.

(Jürgen Walter (SPD): Natürlich, so was macht man nicht schriftlich!)

Jetzt kommt es – deswegen trage ich das vor, es geht nämlich um mehr als die Frage, die Regierung anzuhauen; das ist nicht mein Thema, hier geht es um etwas ganz anderes –:

(Rudi Haselbach (CDU): Das ist kein Spaß mehr!)

Von den Führungsspitzen sei man zunehmend angehalten, öfter als bisher den Strafzettelblock zu zücken, Barverwarnung gegen Falschparker usw. auszusprechen.

Dann kommt der Kollege Rudolph noch einmal im Zitat:

Die Dienststellen müssen das Geld jetzt an anderer Stelle zusammenkratzen, damit die Streifenwagen noch fahren können, z. B. über Überstundenvergütungen.

In den Zug sind Sie auch noch eingestiegen. Ich halte schlicht fest: Die erste Behauptung, das Geld reiche nicht für den Sprit, ist falsch. Es gibt keinen einzigen Beleg dafür. Nicht ein einziger Streifenwagen ist in Hessen auch nur einen Kilometer weniger gefahren. Ich habe sämtliche Präsidien am Dienstag noch einmal zu all den Fragen, die Sie gestellt haben, berichten lassen. Einhellige Antwort aller Beteiligten: alles falsch.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! Hört, hört!)

Natürlich müssen alle Behörden – das gilt auch für die Polizeibehörden – immer miteinander diskutieren und rin-

gen, wie sie sparsam wirtschaften. Das ist aber nichts Neues. Ich halte hier fest, das Geld für Benzin reicht. Wir haben sogar zentrale Verstärkungsmittel, die sie schon bekommen haben. Das wird auch in Zukunft reichen, weil es nicht daran hängen darf.

Das Zweite. Sie haben behauptet, Sie hätten gehört – das ist ja immer fabelhaft –,

(Horst Klee (CDU): Wer hat denn den beauftragt?)

es sei etwas von den Mitteln für Überstunden genommen worden. Frage an alle Präsidien, Antwort: nein.

Mir liegt schon daran, dass es hier einmal deutlich wird, wie Sie arbeiten. Sie stellen eine Behauptung auf, Sie belegen sie durch nichts und versuchen, durch eine burleske Clownaktion möglichst Bilder in die Zeitung zu bringen, damit das Thema befördert wird, damit die SPD aus ihrem Jammertal, dass sie niemand mehr wahrnimmt, mit irgendeinem schönen Bild herauskommt. Genau das ist das Thema. Deswegen haben Sie auch heute versucht, die Kurve zu kriegen.

(Beifall bei der CDU)

Personalbesetzungen und vieles andere mehr: Dazu sage ich nur einen Satz. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen Polizeibeamten steigt in den nächsten drei Jahren um über 500, weil wir im Gegensatz zu Ihnen deutlich mehr eingestellt haben. Wir fahren jetzt – wenn Sie so wollen – die Ernte ein, indem viel mehr Menschen in die Arbeitszeitverlängerung kommen, als in Ruhestand gehen. Das kann niemand ernsthaft bestreiten. Das ist so. Meine Damen und Herren, aber das, was mich am meisten ärgert – –

(Günter Rudolph (SPD): Noch mehr?)

– Ja, Herr Kollege Rudolph, Sie können ja machen, was Sie wollen. Sie verantworten im Zweifel nichts. Aber Ihr Fraktionsvorsitzender wird eine Antwort geben müssen. Ich bin sehr enttäuscht, dass mein Vorgänger im Amt zumindest das nicht unterbunden hat.

Sie haben behauptet und bis heute nicht zurückgenommen, dass die hessische Polizei durch ihren Präsidenten, durch mich oder durch wen auch immer – Sie haben gesagt: aus den Chefetagen – dazu angehalten würde, sich sozusagen zur Geldbeschaffung unkorrekt zu verhalten. – Genau dieser Vorwurf ist es; er ist infam.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Hier geht es nicht um Opposition und Mehrheit. Herr Walter, das kann ich Ihnen erklären. Sie müssen ja die SPD-Fraktion führen. Deswegen spreche ich Sie an. Das ist viel wichtiger.

(Jürgen Walter (SPD): Erklären Sie einmal das „unkorrekte Verhalten“, zu dem er aufgerufen hat!)

– Passen Sie auf. Die SPD hat auch Presseerklärungen zu dem Thema verfasst. Wenn Sie die haben wollen, kann ich Ihnen die vorlesen. Dort wird Folgendes behauptet.

(Jürgen Walter (SPD): Bleiben Sie doch einmal bei dem Punkt „unrichtiges Verhalten“!)

Die Falschparker sollen besonders herangezogen werden, weil an anderer Stelle das Geld nicht reiche.

(Jürgen Walter (SPD): Der Falschparker kann doch aufgeschrieben werden! Das ist doch kein unkrektes Verhalten!)

– Hören Sie zu. Sie können ja herkommen und reden. – Das bedeutet nichts anderes als Ihre Behauptung, die Spitzen der hessischen Polizei würden die Polizeibeamten hinausschicken, in sachwidriger Weise Geld einzusammeln. Dieser Vorwurf ist nicht nur falsch. Er ist infam. Und das Allerschlimmste ist – –

(Horst Klee (CDU): Wenn man so an der Wand steht!)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Innenminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Walter?

(Minister Volker Bouffier: Eine ja!)

Bitte schön.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Innenminister, Sie haben eben ausgeführt, dass die SPD-Fraktion vortragen würde, dass sich Polizisten unkorrekt verhalten sollen. Aus Ihrem Vortrag kann ich nicht entnehmen, welches Verhalten unkorrekt ist. Denn es ist kein unkorrektes Verhalten, einen Falschparker aufzuschreiben.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Oh! Ah! – Horst Klee (CDU): Hätte er nichts gesagt, wäre es besser gewesen!)

Wir haben niemanden aufgefordert, einen Richtigparker zur Finanzierung heranzuziehen. Unser Vortrag ist lediglich, dass Falschparker verstärkt herangezogen werden. Wir sehen aber kein unkorrektes Verhalten darin, einen Falschparker aufzuschreiben.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Lieber Herr Kollege Walter, Sie sind selbst Jurist. Sie wissen ganz genau, Sie hätten jetzt besser geschwiegen. Sie müssen Ihre Truppe irgendwie verteidigen. Sie wissen genau, worum es geht. Zitat: Die Polizeibeamten würden aus der Chefetage angehalten, Barverwarnungen gegen Falschparker und andere Verkehrssünder auszusprechen.

Ich habe noch gut in Erinnerung, was ich im Rheingau-Taunus-Kreis geerbt habe. Das war nicht meine Verantwortung. Die Staatsanwaltschaft hat sich zwei Jahre lang mit der Frage herumgeplagt, warum alles so war, wie es war.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie oppositionell Kritik üben, ist das okay. Das muss man ertragen. Dann können wir uns in der Sache austauschen. Wenn Sie aber öffentlich den Vorwurf erheben – genau das war der Sinn der Übung –, dass in unkorrekter Weise versucht wird, Geld einzutreiben, dann untergraben Sie das wichtigste Gut, das die Polizei hat, nämlich das Vertrauen der Bürger in die Korrektheit des Handels der Polizei. Genau das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Wir können immer über alle Einzelheiten diskutieren, wenn es auch im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht möglich war, auf alle Punkte einzugehen. Wenn Sie aber so am Ende sind, dass Ihnen nichts anderes mehr einfällt,

als eine Behauptung in die Welt zu setzen, die das Ansehen der Polizei schädigt, dann ist dieses Verhalten schäbig und muss auch als schäbig bezeichnet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Manfred Schaub und Günter Rudolph (SPD))

Damit das auch gesagt wird: Thema Überstunden. Vor einer Woche habe ich im Innenausschuss dazu detailliert vorgetragen. Es kam nicht eine einzige Frage. Wir haben nämlich im Jahr 2000 von Januar bis Dezember bis auf 5 % alle Überstunden abgebaut.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Hört!)

Das ist ein technischer Wert. Das hat es zu Ihrer Regierungszeit, ganz nebenbei gesagt, nie gegeben. Wir werden das 2003 auch machen. Alle Präsidien haben mit Stand vom Dienstag berichtet. Der Vorwurf trifft erstens nicht zu, und zweitens werden wir die Überstunden, genau wie im vergangenen Jahr, auch in diesem Jahr sowohl durch Freizeitausgleich als auch durch Barvergütung entsprechend ausgleichen.

Meine Damen und Herren, das sind die Fakten. Wenn Sie diese zur Kenntnis nehmen würden, könnten wir uns diese Debatte sparen. Ich bin trotzdem dankbar, dass Sie eine Aktuelle Stunde beantragt haben. Ich habe die Hoffnung, bei allem Streit, dass wir wenigstens zukünftig auf solche lachhaften, in der Sache verfehlten und für das Ansehen der Polizei grob schädlichen Aktionen verzichten. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen, meine Herren, mir liegen zu dieser Aktuellen Stunde keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und das Thema beendet.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 37** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend LKW-Maut – Drucks. 16/691 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 68:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einführung einer LKW-Maut in Deutschland – Drucks. 16/748 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 72:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend LKW-Maut – Drucks. 16/757 –**

Die Redezeit beträgt 15 Minuten. Als erster Redner hat Herr Abg. Dr. Lübcke für die CDU-Fraktion das Wort.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise könnte ich es kurz machen: PPP – Pleiten, Pech und Pannen in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Thema ist für unser wachsendes Bundesland Hessen so wichtig, dass wir hier einige Punkte detailliert ansprechen müssen.

Meine Damen und Herren, das Chaos und das Missmanagement bei der Einführung einer LKW-Maut richtet in unserem Land einen großen finanziellen Schaden an.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der finanzielle Schaden beläuft sich zurzeit pro Monat auf ca. 160 Millionen €, die uns „flöten“ gehen, weil die derzeitige Bundesregierung in Person des Herrn Ministers Stolpe nicht in der Lage war, ein vernünftiges Controlling und Management aufzubauen. Der Bundeshaushalt ist schon leidlich unterfinanziert. Wir hatten uns erhofft, und wir hatten vereinbart, dass die Einnahmen aus der Maut – das war die Grundlage unserer Zustimmung – auf die Mittel für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen draufgesattelt werden. Was ist aber passiert? In dem Moment, als wir unsere Zustimmung gegeben haben, hat der unglückliche Hans Eichel die Mittel gestrichen. Er hat gesagt, die Mittel kommen aus der Maut wieder drauf. Meine Damen und Herren, das sind Taschenspielertricks. Das lassen wir mit uns nicht machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Mittel in Hessen. Wir sind ein Transitland. Wir sind ein wirtschaftswachstumsstarkes Land. Wir brauchen die Mittel für die Infrastruktur.

Wenn man sich aber die Einführung der Maut ansieht, dann stellt man fest, dass die entstehenden Kosten von den Speditionen nicht aufgefangen werden können. Die Speditionen sind gezwungen, diese Kosten weiterzugeben.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

An wen werden sie aber weitergegeben? Herr Wagner, hören Sie zu. Die Verbraucher werden belastet. Es kommt ein Milliardenbetrag an Mehrbelastungen auf die Verbraucher zu.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Zurufe von der CDU: Richtig! – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Aufgrund der erhöhten Transportkosten müssen die Verbraucher für ihre Produkte mehr bezahlen. Das ist ein weiterer Beweis für Ihre unsoziale Politik in Berlin. Sie zocken die kleinen Leuten ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist die materielle Seite. Viel schlimmer für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist, dass wir uns hier bis auf die Knochen blamiert haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir haben nur eine Chance – unser Ministerpräsident unterstreicht es immer wieder –, und zwar indem wir unsere Hirnzellen nutzen, dass wir etwas veredeln, dass wir Produkte auf den Markt bringen.

Die Bundesregierung ist überheblich angetreten und wollte ein erstklassiges Mautsystem entwerfen. Was haben wir? Wir haben ein Desaster, ein Chaos. Die Welt lacht über Deutschland. Vom Transrapid bis zum Faxgerät, wo das Patent verkauft worden ist – es ist furchtbar für unsere Republik, dass wir unseren Wirtschaftsstandort lächerlich machen. Die Arbeitsplätze gehen flöten. Die Arbeitslosigkeit steigt. Das diskutieren wir in diesem Hause auch immer im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat sich damals entschlossen, ein eigenes Mautsystem aufzubauen. Wir wollen ein einheitliches Europa. In Österreich gibt es zumindest ein System, das funktioniert. Es ist preisgünstiger, einfacher zu handhaben und nicht zu kompliziert, vielleicht auch besser – das kann ich nicht beurteilen. Wenn wir ein einheitliches Europa wollen, dann müssen die Spediteure die Möglichkeit haben, auch ein einheitliches System einzubauen. Es darf nicht sein, dass sie, je nachdem, in welches Land sie fahren, das entsprechende System installieren und einschalten müssen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt bei der Maut ist das Ausschreibungsverfahren. Ich will jetzt keine falschen Behauptungen aufstellen. Es gibt aber immer ein gewisses Geschmäckle, wenn man schaut, wer in welchem Unternehmen die Führungsriege stellt und wer die Aufträge bekommt: DaimlerChrysler, die Telekom. Ron Sommer hat eine schöne Abfindung gekriegt. – Nach meiner Einschätzung ist nach einer ungenügenden Prüfung durch das Bundesverkehrsministerium der Zuschlag erteilt worden. Was war damals? Die Bundestagswahl stand vor der Tür. Herr Bodewig wollte noch schnell glänzen und hat den Vertrag zwei, drei Tage vor der Bundestagswahl unterschrieben. Herr Wagner, vielleicht hat er ihn auch nicht richtig geprüft, hat schlampig gearbeitet, um noch einmal zu beweisen, was er für ein „Motz“ ist. Herr Stolpe ist damit voll auf die Nase gefallen.

Herr Wagner, bei DaimlerChrysler dauert die Entwicklung eines normalen LKW 30 Monate, und Sie haben sich angemäßt, dieses System in 15 Monaten zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Dieses System ist zu komplex.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist echte deutsche Technologie!)

– Frau Wagner, Sie haben sicherlich Recht. Ein LKW ist sicherlich leichter zu produzieren als ein solches technisches System.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur ein Beispiel aus Hessen nennen. Das ist der Riederwaldtunnel. Er sollte aus dem groß angekündigten Stauprogramm finanziert werden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sind denn die weiteren Beispiele?)

– Ein weiteres Beispiel wäre der Ausbau der A 66 bei Gründau-Lieblos. Das betrifft auch diese Autobahn.

Das ist ein hochsensibler Bereich. Dafür hätten Mittel aus dem Anti-Stau-Programm zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir wollen, dass für Frankfurt die Möglichkeit der Entlastung der Bürger besteht. Der Verkehr soll flüssig bleiben. Alle haben sich auf dieses Projekt gefreut. Denn wir hatten das Gefühl, damit etwas bewegen zu können. Sie haben das damals groß angekündigt. Da gilt aber das-selbe wie zu dem vorigen Tagesordnungspunkt, über den wir hier diskutiert haben.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie sind doch mit Ihrem Partner in der Koalition in Berlin. Reden Sie sich hier nicht heraus. Die positiven Seiten stellen Sie doch auch heraus.

Der nächste „Gag“, der passiert ist, betrifft die Verträge, die geschlossen wurden. Wir unterhalten uns hier im Hessischen Landtag über Papierkörbe, von denen vielleicht

die falschen angeschafft wurden. Wir unterhalten uns über Bleistifte, die irgendwo angeschafft werden. Hier geht es aber um Milliarden und Millionen Euro, um die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftliche Infrastruktur. Dazu sagen Sie gerade einmal so viel: Der Vertrag ist als geheim eingestuft, er darf also in der Öffentlichkeit nicht besprochen werden.

(Hildegard Pfaff (SPD): Wer sagt das denn? Wer sagt das denn, bitte?)

Haben Sie heute Morgen ins Internet geguckt? Die DaimlerChrysler AG hat angeboten, die Verträge den Obleuten vertraulich zur Kenntnis zu geben. Wir von der Union im Hessischen Landtag fordern, dass die Verträge offen gelegt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir wollen nachlesen können, welche Bestimmungen dort eingebaut sind.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

– Frau Pfaff, Sie wissen ganz genau, dass Ihr verehrter Genosse und Parteikollege, Herr Stolpe, am 30. Juli 2003 einen Vertrag unterschrieben hat, demzufolge der Eintritt der Haftung weiter nach hinten verschoben wurde.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das ist falsch!)

– Sie können nachher das Gegenteil beweisen. Am 30. Juli 2003 wurde dieser Vertrag unterschrieben. Demnach muss die Firma Toll Collect für vier Monate keine Ausfallgebühren bezahlen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es dabei um einen Betrag von 160 Millionen € pro Monat geht. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann beweisen Sie mir das Gegenteil. Ich glaube, wir könnten das Geld gut gebrauchen.

Herr Stolpe interpretiert den Vertrag so, dass er die Bürger informieren kann. Er ist aber von der Betreibergesellschaft Toll Collect zurückgepfiffen worden.

Ich komme zu dem nächsten schwer wiegenden Punkt bei dieser Angelegenheit. Herr Stolpe hat sich hingestellt und gesagt, man könne die Verträge kündigen und einen anderen Bewerber auswählen, der dann das Mautsystem in Deutschland einführen würde.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das hat er so nicht gesagt!  
Auch das ist eine Unterstellung!)

– Ich habe das der Presse entnommen. Vielleicht können Sie auf Herrn Stolpe einwirken, dass er das noch einmal klarstellt.

Der Vertrag kann zum 15. Dezember 2003 oder zum 31. März 2004 gekündigt werden. Rein theoretisch könnte dann aber Folgendes eintreten: Toll Collect hatte Entwicklungskosten. Nach den Informationen, die ich der Presse entnommen habe, ist es so, dass nach der Kündigung die Patente an die Bundesrepublik Deutschland fallen würden. Dafür müsste die Bundesrepublik Deutschland dann aber auch noch 700 Millionen € bezahlen. Es geht dann also nicht mehr nur noch um die 160 Millionen €, die uns pro Monat fehlen. Wir müssten dieser Firma auch noch 700 Millionen € cash geben.

Ich erinnere daran, dass ich hier schon über das Ge-schmäckle geredet habe. Ich hoffe, dass demnächst be-herrzigt wird, dass man Verträge so abschließt, dass sich beide Vertragspartner in die Augen schauen können. Kei-ner von beiden sollte über den Tisch gezogen werden. Bei diesem Vertrag habe ich das Gefühl, dass die Bundesre-

publik Deutschland über den Tisch gezogen wurde. Wir bitten darum, dass Sie sich in Berlin dafür einsetzen, dass dieser Vertrag endlich aufgedeckt wird. Wir wollen den Vertrag einsehen können.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Herr Stolpe hat eine Salamitaktik angewendet. Herr Stolpe ist immer Stück für Stück zurückgewichen. Erst auf Drängen der Mitglieder der Oppositionsparteien hat er jeweils Stück für Stück nachgegeben. Insbesondere unser Freund Dirk Fischer – er ist verkehrspolitischer Sprecher im Deutschen Bundestag – und Herr Austermann haben immer wieder gedrängt.

Ich möchte bei dieser Thematik auch nicht den unsäglichen Bundeskanzler aus der Verantwortung entlassen. Herr Schröder hat immer die entsprechenden Informationen gehabt. Er hätte auf seinen Kabinettskollegen einwirken müssen. Für Berlin gilt aber: Es ist nicht Toll Collect, es ist ein Tollhaus. Da kann jeder ohne Absprache machen, was er will. Eine Regierung muss geführt werden. Das vermisste ich ganz extrem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt verschiedene Testphasen. Es gibt die Vortestphase, die Haupttestphase und was weiß ich.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Nachtestphase!)

Es soll also vier Phasen geben. Man hat sich damit immer herausgeredet. Der 2. November 2003 war das Datum, das zuletzt angegeben wurde. Frau Pfaff, ich glaube, man müsste den Bundesverkehrsminister einmal fragen, warum er eine so große Verwaltung hat, wenn diese kein Controlling ausübt. Sie hat dieses Projekt nicht begleitet.

Ich habe Ihrem Dringlichen Antrag entnommen, dass Sie die Verantwortung für das missliche Vorgehen der Industrie in die Schuhe schieben wollen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Herr Kollege, da gehört sie auch hin!)

Bei einem Vertrag gibt es aber immer zwei Partner. Wir sind verantwortlich für die öffentlich-rechtliche Seite, den Staat. Wir tragen in Hessen für den Staat Verantwortung. In Berlin tut dies die – ich sage: leider – noch amtierende Bundesregierung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Noch!)

Wir sind dazu da, Schaden vom Land abzuwenden. Hier kommt aber eine Schadenswelle auf das Land zu. Das können wir nur ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Ich hatte es schon einmal gesagt: Mit der LKW-Maut, mit diesem dicken Hund, wollten Sie in Berlin verzweifelt versuchen, Haushaltlöcher zu stopfen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sie haben der LKW-Maut im Bundesrat doch zugestimmt!)

Das darf es aber nicht sein. Ich bitte Sie, da noch einmal einzuwirken. Das Aufkommen aus der Maut sollte dem Zweck entsprechend verwendet werden.

Ich bin der Meinung, dass die Gespräche, die dazu in Brüssel geführt wurden, zu spät geführt wurden.

(Dieter Posch (FDP): Eine Katastrophe war das!)

– Herr Posch, dass dies eine Katastrophe war, ist noch harmlos ausgedrückt. Wir befinden uns hier aber im Landtag. Ich möchte mich deshalb ein bisschen mäßigen. Sonst hätte ich das auf nordhessisch gesagt. Das lasse ich

aber hier. Ich kann aber sehen, dass dort dilettantisch gearbeitet wurde.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das ist jetzt viel zu milde ausgedrückt!)

Man hat im europäischen Rahmen die Sachinteressen nicht wahrgenommen.

Wir waren uns alle darin einig, dass wir ein Mautsystem wollen. Das war das Tolle daran. Das war in Ordnung. Frau Pfaff, wir hätten es uns schon vorher denken können, dass Ihre Partei das nicht umsetzen kann. Auch auf anderen Bereichen können die Mitglieder Ihrer Partei Handlungsfähigkeit nicht unter Beweis stellen.

Interessant ist auch etwas, was der Bundeskanzler einmal gesagt hat. Er sagte: Der Rücktritt von Stolpe hat mich nicht überrascht. – Diese Aussage machte er aber nicht, als Herr Stolpe schon Verkehrsminister war. Vielmehr sagte er dies am 22. Juli 2002, als Herr Stolpe das Amt des Ministerpräsidenten von Brandenburg aufgegeben hat.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Es wird höchste Eisenbahn, dass er geht!)

Herr Stolpe hätte einen schönen Lebensabend in Brandenburg verbringen können. Er war dort angesehen. Er hat dort aber nichts entschieden. Er ist ein Mensch des Konsenses. Er ist kein Entscheider. Man konnte in der Zeitung nachlesen, dass er sich dann wider eigenen Willen zum Verkehrsminister hat küren lassen. Er hat das nicht angestrebt. Aber Sie wissen das ja. Der Bürgermeister von Leipzig wollte dieses Amt nicht. Herr Stolpe musste dann einspringen. Wer schon so lustlos in ein Amt geht, der kann es auch nicht richtig bekleiden.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Der kann es auch nicht!)

Wer Entscheidungen nicht durchsetzen kann, der sollte sein Amt zur Verfügung stellen. Denn es ist der Sache nicht angemessen, dass man ein Amt so ausübt, wie er es gemacht hat. Er kann sich auch nicht herausreden. Angeichts des Dringlichen Antrages, den Sie hier vorgelegt haben, stellt sich für mich die Frage, ob nicht Sie von der SPD einmal hinterfragen sollten, ob Sie nicht den Rücktritt des Herrn Stolpe fordern sollten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist schwierig! Es sind nur zwei Männer der SPD da!)

– Der Nordhesse hier vorne hält aus. Er ist belastbar. Ich weiß nicht, ob es in der Kantine ein Sonderangebot gibt.

Heute wäre keiner überrascht, wenn Herr Stolpe zurücktreten würde. Aber wir müssen bei den Rücktritten der Minister aufpassen. Herr Eichel ist im Gespräch. Das muss also koordiniert werden. Sie könnten beide zusammen zurücktreten. Dann wäre das ein Aufwasch. Das könnte also im Doppelpack geschehen. Dann wäre es ein Aufwasch.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Herr Schröder hat schon siebenmal gedroht, zurückzutreten!)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde von der CDU, die Personaldecke bei den Genossen ist aber dünn.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die pfeifen schon auf dem letzten Loch!)

Sie ist so dünn, dass sie keinen auswechseln können.

### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Dr. Lübcke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Peuser?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Selbstverständlich!)

– Bitte schön.

### **Helmut Peuser (CDU):**

Herr Dr. Lübcke, wie beurteilen Sie denn die Situation? Bei diesem nicht ganz unwichtigen Tagesordnungspunkt sind nur vier Genossen anwesend.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das ist peinlich! Das ist den Genossen peinlich, das versteh ich ja!)

### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich kann Ihnen da nur die Aussage des Herrn Landau aus unserer Fraktion empfehlen. Ich sehe nur zwei Genossen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Hinterbänkler!)

– Ach so, die Hinterbänkler sind auch da – gut.

### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Dr. Lübcke, bis Sie mit dem Durchzählen fertig sind, sage ich Ihnen noch schnell: Sie haben noch eine Minute Redezeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Präsidentin, ich wollte meine Redezeit eigentlich nicht ausnutzen. Aber das Thema ist sehr ergiebig. Ich könnte noch länger reden.

Ich möchte nun noch aus dem „Spiegel“ zitieren. Da geht es um eine Vision, um das, was uns erwartet. Es ist in einer der letzten Ausgaben des „Spiegel“. Ich weiß jetzt nicht genau, welche Ausgabe es ist. Das steht hier nicht mit dabei. Dort steht:

Es könnte noch schlimmer kommen. Die Spediteure drohen dem Bund mit Klage. Weil die Messgeräte kaputt sind, müssen sie ihre Laster dauernd in die Werkstatt fahren.

Ihre Laster fallen ihnen also für diese Zeit aus. Es gibt aber noch ein weiteres Problem.

Datenschützer fordern den Stopp des Systems. Denn an den Mautkontrollbrücken werden nicht nur Lastwagen fotografiert, sondern alle Autos.

Die Daten gehen dann an den Toll-Collect-Zentralrechner. Schlimmstenfalls, so Herr Pohl, Direktor des Kölner Instituts für Informationssicherheit, könnten Reifenhersteller oder Werkstätten an Daten über den Zustand des Autos kommen. Unterdessen sucht Toll Collect – vielleicht haben Sie bei der aktuellen Arbeitslosigkeit Interesse daran, denn dahin kann man Leute vermitteln – für die Abteilung „Fehlerbehebung“ Massen an Personal.

Aber um auf Ihre Anträge noch einmal einzugehen: Es ist nicht damit getan, den schwarzen Peter der Industrie in die Schuhe zu schieben. Sie hat sicherlich ihr Scherflein

dazu beigetragen. Aber wenn Sie schon hier im Land Hessen Papierkörbe zählen, dann seien Sie einmal so ehrlich, zuzugeben, dass die politische Verantwortung bei Herrn Stolpe liegt.

(Reinhard Kahl (SPD): Verantwortung! Dieses Wort im Mund eines CDU-Abgeordneten!)

Wofür haben wir die Bundesregierung und den Bundestag? Die politische Verantwortung liegt bei Herrn Stolpe, und Herr Stolpe soll möglichst schnell, um Schaden von der Republik abzuwenden, sein Amt zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Ich fordere Sie des Weiteren auf, sich dafür einzusetzen, dass wir möglichst rasch ein System bekommen, sodass die Gebühren entsprechend erhoben werden – wir haben uns darauf geeinigt, dass sie erhoben werden –, und dass die Gebühren in vollem Umfang für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden und nicht für rot-grüne Spielwiesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Pfaff für die SPD-Fraktion das Wort.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt bin ich mal gespannt, wer schuld ist! Wahrscheinlich Hessen!)

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU und Ihr Redebeitrag, Herr Dr. Lübcke – zwar moderat vorgetragen –, sind beide wieder ein Musterbeispiel für politischen Popanz, Verdrehungen, Unterstellungen

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Zuruf von der CDU: Was? – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

und Halbwahrheiten, mit denen Sie bei diesem Thema gern operieren. Ich fordere Sie hiermit auf, wieder zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren,

(Reinhard Kahl (SPD): Sehr richtig! – Widerspruch bei der CDU)

da Sie ansonsten maßgeblich dazu beitragen, ein verkehrspolitisch zentrales Projekt zum Scheitern zu bringen.

(Lachen bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es ist ein Projekt, mit dem Beschäftigungs- und Wachstumseffekte verbunden sind, die wir dringend benötigen. Deshalb weise ich Ihre Vorwürfe hier mit aller Entschiedenheit zurück.

Erstens. Nicht die Bundesregierung ist für das Chaos um die Einführung der LKW-Maut verantwortlich, sondern die beteiligten Industrieunternehmen, die sich zu einem Betreiberkonsortium zusammengeschlossen haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das neue elektronisch gestützte Erfassungssystem nicht wie im Betreibervertrag vereinbart zum Laufen gebracht und damit ohne jeden Zweifel die Verantwortung für dieses Debakel zu übernehmen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie sollen den Vertrag auf den Tisch legen!)

Zweitens. Die Verzögerungen, die wir selbstverständlich ebenfalls verurteilen und die wir für überaus problematisch halten, haben jedoch bislang keinerlei Auswirkungen auf den Lückenschluss der A 66, also den Bau des Riederwaldtunnels im Osten von Frankfurt, wie Sie es behaupten. Dies ist das einzige hessische Projekt, das über das Anti-Stau-Programm des Bundes aus den Einnahmen der Maut finanziert werden wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Herr Dr. Lübcke, Ihre Aussage hier sowie die in Ihrem Antrag sind reine Spekulation. Das wissen Sie auch sehr genau.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie kennen die Buben in Berlin!)

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass für den Riederwaldtunnel bislang noch keine Baureife vorliegt, und dafür tragen Sie hier in Hessen die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wusste ich es doch!)

Der Planfeststellungsbeschluss wird für 2005 erwartet und die Baureife erst für 2006.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Allein daran, Herr Kollege Irmer, wird deutlich, wie unseriös Ihre Behauptungen sind, das Projekt könne infolge verzögterer Einnahmen nicht realisiert werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas zu Herrn Stolpe!)

Selbstverständlich sind auch für die SPD-Fraktion die anhaltenden Unsicherheiten, das Hin und Her und insbesondere das Verhalten des Betreiberkonsortiums nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Hickhack über den bereits zweimal verschobenen Einführungstermin ist unerträglich für alle Betroffenen – insbesondere für das Transportgewerbe.

(Zuruf von der CDU: Was ist mit Stolpe?)

Wir brauchen dringend Klarheit darüber, mit welchen Einnahmeausfällen in diesem Jahr zu rechnen ist und wie diese verkraftet werden können. Deshalb muss das Betreiberkonsortium endlich Konsequenzen ziehen. Ein erster Schritt wurde in dieser Woche mit der Entlassung des Geschäftsführers des Konsortiums eingeleitet.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Frau Pfaff, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rentsch?

**Hildegard Pfaff (SPD):**

Ich möchte gern im Zusammenhang vortragen. Herr Kollege, am Ende können Sie gern eine Frage stellen.

Eine Überprüfung des Systems hat ergeben, dass sage und schreibe 86 Fehler vorhanden sind.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Und der 87. ist Stolpe!)

Daraufhin hat Toll Collect erstmals zahlreiche gravierende Fehler offen gelegt und eingeräumt. Es ist geradezu empörend, dass Weltkonzerne wie DaimlerChrysler und Telekom Verträge unterzeichnen, die sie nicht einhalten. Es ist unerträglich, dass sie Produkte ausliefern, die noch völlig unausgegoren sind, und Terminpläne vereinbaren, die sich schon nach wenigen Wochen als reine Luftbuchen erweisen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wer hat denn den Vertrag geschlossen?)

Das Ganze ist ein zukunftsweisendes Projekt, das einen verkehrspolitischen Quantensprung darstellt, mit dem eine technologische Spitzenstellung für die deutsche Industrie weltweit erreicht werden sollte

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wie ihr mit den Steuergeldern umgeht!)

und mit dem Exportchancen erobert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Dies ist übrigens eine sehr realistische Chance, da die zuständige EU-Kommissarin de Palacio die Einführung eines solchen satellitengestützten Mautsystems europaweit bis zum Jahr 2012 anstrebt. Herr Kollege Dr. Lübcke, das österreichische System ist überhaupt nicht mit diesem System zu vergleichen, weil es sich lediglich auf regionale Bereiche bezieht und sich nicht wie dieses hier über die ganze Bundesrepublik erstreckt. Ein solches Zukunftsvorhaben wird durch die Unfähigkeit der eigenen Industrie im Kern gefährdet und durch Ihre parteitaktische Agitation weiter in Misskredit gebracht. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Ist die Opposition in Berlin schuld, oder was?)

Das ganze Debakel stellt nicht nur eine Blamage für die betroffenen Weltkonzerne dar, sondern es beschädigt auch nachhaltig weltweit das Ansehen der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft. Darin stimmen wir mit Ihnen durchaus überein.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Aber Sie müssen den nächsten Schritt tun!)

Angesichts der offenbar groben Vertragsverletzungen durch das Betreiberkonsortium ist es geradezu abwegig, Herr Kollege, wenn Sie den Bundesverkehrsminister für das heillose Chaos verantwortlich machen und gar hier an diesem Pult seinen Rücktritt fordern. Das ist gerade so, als ob man den Käufer eines schönen nagelneuen Autos dafür verantwortlich machen will,

(Lachen des Abg. Michael Denzin (FDP))

dass der Wagen entgegen den Vertragsbestimmungen vom Hersteller zu spät geliefert wird und dann auch noch stottert und nicht richtig fährt.

(Beifall bei der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Genau! So ist es!)

Dazu kann ich nur sagen, dass das grotesk ist. Wenn Sie die Medienberichte der letzten Tage verfolgen, dann werden Sie feststellen, dass offenbar viele Medien zum gleichen Ergebnis kommen wie die SPD-Fraktion. Zum Beispiel steht in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 08.10. unter der Überschrift „Blamierte Konzerne“ Folgendes. Ich zitiere: „Denn die deutsche Industrie hat sich mit gravierenden Folgen für das Image beim Thema Lastwagenmaut bis auf die Knochen blamiert.“

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Der Stolpe auch!)

Der „Spiegel“ befasst sich diese Woche ebenfalls mit dem Geschäftsführer von Toll Collect und schreibt – ich zitiere –:

Dem Daimler-Manager wird nicht nur die verpatzte Einführung des Mautsystems angekreidet. Offenbar hat Rummel sogar versucht, das Verkehrsministerium und die Spediteure über den Zustand der Erfassungssysteme zu täuschen. Obwohl er von Zulieferfirmen wie T-Systems laut internen Vermerken sogar schriftlich darauf hingewiesen wurde, dass die Schnittstellen an den so genannten On-Board-Units für die LKW noch nicht funktionsfähig seien, soll er den Einbau der Geräte angeordnet haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Diese Artikel sprechen eine eigene Sprache. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Sie belasten doch ganz offensichtlich nicht den Bundesverkehrsminister, sondern sie kritisieren die Betreiber. Selbst das Speditionsgewerbe hat von dem Mautchaos die Nase voll. Der Geschäftsführer des Berufsverbandes droht damit, den bereits angefangenen Probebetrieb einzustellen.

Bei der letzten Befragung der Unternehmen funktionierte offenbar nur jedes 15. Mautgerät. Der Bundesverband hat daraufhin das Betreiberkonsortium aufgefordert, noch einmal neu zu planen.

Meine Damen und Herren, die Industrie hat ohne Zweifel eine ganz besondere Verantwortung. Sie ist jetzt in der Pflicht, und sie ist auch in der Pflicht, einen neuen Starttermin zu nennen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Und einen neuen Minister!)

Die Zeit drängt jedoch, insbesondere wegen der Einnahmeausfälle in Höhe von 163 Millionen € pro Monat – eine bittere Pille, die nur schwer zu schlucken ist.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wer ist dafür verantwortlich?)

Denn diese Einnahmeausfälle, die sich derzeit auf 380 Millionen € belaufen, dürfen auf keinen Fall auf dem Rücken der Steuerzahler abgeladen werden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Viel Vergnügen dabei!)

Die Vertragsverletzung kann und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die durch die Fehler des Betreiberkonsortiums entstandenen Einnahmeausfälle für die öffentliche Hand gegenüber den beteiligten Unternehmen geltend zu machen. Wir erwarten von der Bundesregierung,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Von denen haben Sie nicht viel zu erwarten!)

dass sie in Verhandlungen mit dem Betreiber für die Millionenausfälle durch den verschobenen Start einen möglichst hohen Schadenersatz erreicht. Darüber hinaus muss endlich Klarheit über die Vertragsstrafen erzielt werden. Herr Dr. Lübcke, in dieser Frage agiert die Union in Berlin genauso unsolide und genauso unredlich wie hier im Hessischen Landtag.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie hätten schon lange einen Untersuchungsausschuss gefordert!)

Täglich setzen Sie neue Verdächtigungen, Halbwahrheiten und Unterstellungen über die angeblichen Inhalte des Betreibervertrags in die Welt. Herr Kollege, der Betreibervertrag ist noch nicht offen gelegt. Mich wundert sehr, dass Sie hier Hausnummern und Zahlen nennen. Es wird in den nächsten Wochen, so hoffen wir zumindest, der Fall sein, dass wir Klarheit über die Inhalte erhalten.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wollen Sie von mir den Vertrag haben?)

Wir begrüßen es daher sehr, dass zur Versachlichung der Debatte die SPD-Bundestagsfraktion inzwischen mit einem Antrag die Bundesregierung und das Betreiberkonsortium aufgefordert hat, den Vertrag dem Verkehrsausschuss und dem Haushaltsausschuss zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Schon im Vorfeld hat Bundesverkehrsminister Stolpe sein Interesse an einer umfassenden Information bekundet und daher auch einer Offenlegung bereits zugestimmt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Wann denn? Zu spät!)

Die Betreiber sehen dies offenbar anders, Herr Kollege, insbesondere DaimlerChrysler. Sie sind lediglich zu einer mündlichen Erörterung bereit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Das reicht uns jedoch nicht aus, da Zahlungsmodalitäten, Leistungsverpflichtungen, Schadenersatz- und Vertragsstrafenregelungen sowie auch Zeitpläne von besonderem Interesse sind. Die Ablehnung durch die Industrie ist nicht akzeptabel, und sie schürt zudem das Misstrauen, hier habe die Industrie etwas zu verbergen. Sie öffnet weiteren Spekulationen Tür und Tor. Wichtig für uns in Hessen ist allerdings, dass der Bundesverkehrsminister

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Zurücktritt!)

erklärt hat, kein Verkehrsprojekt des Anti-Stau-Programms werde wegen der Einnahmeausfälle verschoben.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Woher will er das Geld nehmen?)

Die Projekte sind nach unseren Informationen gesichert, da die Mautausfälle durch globale Minderausgaben im

Haushalt des Verkehrsministers in den Jahren 2003 und 2005 erwirtschaftet werden.

Meine Damen und Herren, bei allem Ärger über die Panne bei der Einführung der Maut darf die Realisierung selbst nicht auf der Strecke bleiben und nicht scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit der Einführung werden vier Ziele verfolgt, zum einen die verursachergerechte Anlastung der Wegekosten. Das ist ein notwendiger Systemwechsel von der alleinigen Steuerfinanzierung und Vignettenfinanzierung hin zu einer Nutzerfinanzierung.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Dann müssen Sie in anderen Bereichen entlasten!)

Wir brauchen gerechte Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße. Es werden zusätzliche Einnahmen für den Erhalt und den Ausbau von Verkehrswegen erzielt, da die öffentliche Hand vor dem Hintergrund der Verkehrsprognosen nicht mehr in der Lage ist, die Verkehrsinfrastruktur alleine zu finanzieren. Wir brauchen daher neue Finanzierungsmodelle

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Darin seid ihr clever!)

wie die PPP-Verträge, mit denen privates Kapital erschlossen und aktiviert werden kann.

Nicht zuletzt wollen wir nach Beseitigung der aktuellen Schwierigkeiten mit der elektronischen Erhebung der Maut eine weltweite Vorreiterrolle in einem neuen Technologiebereich spielen. Die Bundesregierung hat dazu die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in Bund, Land und EU geschaffen. Die EU-Kommission hat der Einführung des Mautsystems in Deutschland in Gänze zugestimmt. Nicht zuletzt besteht zwischen Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat Einvernehmen, die Wettbewerbsbedingungen für das deutsche Transportgewerbe zu verbessern.

Meine Damen und Herren, mich wundert dann die Argumentation von Herrn Dr. Lübcke an dieser Stelle, der dies offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen hat.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Ihr müsst den grünen Bremsklotz vom Gaspedal wegnehmen!)

Schon mit der Steuerreform hat die Bundesregierung für das Transportgewerbe Entlastungen geschaffen. Weitere Entlastungen werden folgen, die Einstellung der Erhebung der Euro-Vignette in Deutschland, ein Mautermäßigungsverfahren und die Senkung der Kfz-Steuern auf das EU-Mindestniveau. Die Kommission hat im Juni das Beihilfeverfahren eröffnet, und noch in diesem Jahr soll eine Entscheidung ergehen.

Meine Damen und Herren, ebenfalls wichtig ist, dass die Bundesregierung mit der EU-Kommission vereinbaren konnte, dass zwischen Maut und Kompensation kein zwingender Zusammenhang besteht.

### Vizepräsidentin Evelin Schönhet-Keil:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

### Hildegard Pfaff (SPD):

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. – Insofern sind die Weichen ordentlich gestellt. Gleichwohl fordern wir die Bundesregierung auf, sich weiter mit

Nachdruck für eine positive Entscheidung der EU-Kommission bei den Beihilfeverfahren einzusetzen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Es fährt ein Zug nach nirgendwo, heißt die Platte!)

Ansonsten werden die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses umgesetzt.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Bei einem solchen Skandal sagen Sie, die Weichen seien ordentlich gestellt! Dazu gehört schon einiges!)

Wir sind der Auffassung, mit diesem Projekt kann es gelingen, Wertschöpfung, Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln, Faktoren, die wir dringend brauchen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Die Bundesregierung macht gerade das Gegenteil!)

Ich fordere die Union nochmals auf, das ständige Herunterreden endlich einzustellen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ihr schafft euch alleine herunter!)

Die Regierung Schröder hat die Kraft gehabt, ein solches Projekt anzupacken, die Kraft, die der Kohl-Regierung 16 Jahre gefehlt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Pfaff, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Abschließend noch ein Satz, Frau Präsidentin. – Mich wundert schon sehr, dass hier die Beteiligung der SPD-Fraktion moniert wird. Das ist ein Setzpunkt der CDU-Fraktion, und ich sehe vor mir fast nur leere Bänke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sind bitte die Abgeordneten Ihrer Fraktion, wenn es um einen Setzpunkt Ihrer Fraktion geht? Ich sehe sie leider nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Dem zuzuhören ist schmerzensgeldpflichtig!)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die Rede habe ich mich schon den ganzen Morgen gefreut!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Lübcke, nicht nur der Kollege Al-Wazir hat sich schon den ganzen Tag auf die Debatte gefreut. Ich habe mich auch auf Ihren Beitrag und Ihren Setzpunkt gefreut. Herr Dr. Lübcke, leider kam es ein bisschen müde daher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Resonanz in Ihren eigenen Reihen zeigt es auch: zu Beginn Ihrer Rede fast voller Saal, am Ende Ihrer Rede – schauen Sie selbst, wie es aussieht. Für den Setzpunkt einer Regierungsfraktion ist es doch etwas müde dahergekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Die verkünden die guten Taten im Land, Herr Wagner!)

Ich wundere mich ohnehin. Für eine Regierungsfraktion haben Sie bei Ihren Setzpunkten ein auffälliges Interesse an bundespolitischen Themen. Schon zum wiederholten Male in dieser noch sehr kurzen Legislaturperiode sind die wichtigsten Themen für die Regierungsparthei CDU nicht die Ereignisse hier im Land, sondern bundespolitische Vorgänge. Das wundert mich doch sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was mich hingegen freut, das ist, dass Ihre Liebe nicht nur der Bundespolitik gilt, sondern auch der Verkehrspolitik. Dagegen kann man als zuständiger Abgeordneter nichts haben. Wir beschäftigen uns zum dritten Mal in einem Setzpunkt der CDU mit der Verkehrspolitik.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie haben doch ein gestörtes Verhältnis zu Verkehrsthemen!)

– Herr Dr. Lübcke, was haben Sie dagegen, wenn ich freundlich darauf hinweise, dass wir uns auf Antrag der CDU zum dritten Mal mit der Verkehrspolitik beschäftigen? Das kann doch wirklich nicht so schlimm sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie schon auf Lob so reagieren, was machen Sie erst, wenn ich Sie kritisieren? Warten Sie es ab, Sie kommen noch auf Ihre Kosten.

Ich kann nur hoffen, dass es diesmal ein bisschen besser ausgeht als Ihr letzter verkehrspolitischer Setzpunkt. Er ist schon in Vergessenheit geraten, Sie wissen es wahrscheinlich selbst nicht mehr. Vor der Sommerpause war das große Thema: Roland Koch und Staatsminister Rhiel holen den Transrapid nach Hessen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo fährt er?)

Das war der letzte Setzpunkt der Regierungsfraktion der CDU, der die Verkehrspolitik betraf. Ich kann nur sagen: Der Transrapid fuhr nur einen Sommer durch Hessen. Danach hat man nichts mehr von ihm gehört.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister Rhiel, Sie haben uns im Ausschuss dankenswerterweise von Ihren Bemühungen in Berlin berichtet, die vom Herrn Ministerpräsidenten unterstützt wurden. Sie sind nach Berlin gefahren, ich hoffe, im ICE.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Dazu komme ich noch. Wir haben noch 15 Minuten Zeit. Da kann man sich den Themen in aller Ruhe widmen. Ich versuche, es etwas dichter zu machen. Deshalb reichere ich es um ein paar Bemerkungen an.

Der Herr Ministerpräsident und Herr Staatsminister Rhiel sind nach Berlin gefahren, um den Transrapid nach

Hessen zu holen. Sie kamen zurück, und wir fragten sie nach dem Ergebnis ihrer Bemühungen. Wir haben gefragt: Was haben Sie erreicht? Wie schlägt sich das im Haushalt 2004 nieder? – Mein Verständnis des Regierungshandelns ist, dass sich neue Projekte auch im Landeshaushalt niederschlagen. Das Ergebnis war: Wir machen nichts für den Transrapid. – Das war das Ergebnis Ihres Setzpunkts.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Lübcke, ich komme selbstverständlich gerne zum Thema LKW-Maut.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Endlich!)

Damit es gar keine Missverständnisse gibt: Es ist völlig unbestritten, dass es inakzeptabel ist, dass der öffentlichen Hand jeden Monat 160 Millionen € an Einnahmen verloren gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Darin sind wir uns alle einig. Völlig inakzeptabel ist auch der Imageschaden, der durch das Verhalten des Betreiberkonsortiums für die deutsche Wirtschaft insgesamt entsteht. Das hätte vermieden werden müssen. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist auch völlig richtig, dass der gesamte Vorgang zu einer erheblichen Verunsicherung und zu Mehrkosten für die Spediteure führt. Auch das ist inakzeptabel. Das ist in diesem Hause unstrittig.

Jetzt fragen wir: Wer ist politisch schuld?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Geben Sie darauf eine Antwort!)

Da möchte ich ein paar Fragen an Sie richten.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

– Ein paar Fragen zu Ihrer Position. – Wir stellen fest, dass es das Betreiberkonsortium nicht schafft, die so genannten On-Board-Units, also die Geräte, die in die LKW eingebaut werden, vernünftig zu konfigurieren.

(Michael Denzin (FDP): Wer hat die ausgesucht?)

Da wird einfach vergessen, in die On-Board-Units Spannungsregler einzubauen. Sind Sie wirklich der Meinung, dass der Bundesminister dafür verantwortlich ist, wenn eine Firma vergisst, Spannungsregler in On-Board-Units einzubauen? Sind Sie wirklich dieser Auffassung?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Wagner, der Kollege Rentsch möchte auch Ihnen eine Frage stellen.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme später darauf zurück. – Sind Sie wirklich der Meinung, dass, wenn die öffentliche Hand einen Vertrag formuliert, in dem festgelegt wird – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Es gibt sogar schon Zwischenrufe von der Regierungsbank. Ich würde darauf gern eingehen. – Wenn die öffentliche Hand mit einem privaten Unternehmen einen Vertrag schließt, darin Fristen festlegt werden und der Vertrag von dem privaten Unternehmen nicht eingehalten wird, sind Sie dann wirklich der Ansicht, dass dafür der Minister verantwortlich ist?

(Zurufe von der CDU)

Sind Sie wirklich der Meinung, dass für die schlechte Öffentlichkeitsarbeit von Toll Collect der Minister verantwortlich ist? Wollen Sie dafür den Minister verantwortlich machen?

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Es gibt Vertragsstrafen, oder nicht?)

Ich bitte Sie, drei Sekunden nachzudenken, sonst reden wir darüber, was es in der Konsequenz bedeuten würde, wenn wir als Opposition im Hessischen Landtag dieses Kriterium auf die Landesregierung anwenden würden. Denken Sie kurz nach. Ich nehme an, Ihr Ergebnis bleibt dasselbe: Der Minister ist schuld.

(Zurufe von der CDU)

Schauen wir uns einmal die „Frankfurter Rundschau“ von heute an. Da steht: Jede vierte S-Bahn kommt zu spät. – Herr Staatsminister Rhiel, es tut mir sehr Leid, aber wenn ich das ernst nehme, was Ihre Fraktion hier sagt, dann müssen Sie sofort zurücktreten, weil Sie für diese Verspätungen verantwortlich sind.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den S-Bahnen klemmen die Türen: Herr Staatsminister Rhiel, das ist ein Rücktrittsgrund.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Oberleitungen sind defekt. Herr Staatsminister Rhiel, das hätten Sie wissen müssen. Sie hätten die Oberleitungen eigenhändig reparieren müssen. Die defekten Oberleitungen sind also ein Rücktrittsgrund – wenn Sie das ernst nehmen, was Ihre eigene Fraktion hier im Plenum geboten hat.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Konventionalstrafen!)

Herr Staatsminister Rhiel, was ist eigentlich aus dem „staufreien Hessen“ geworden? Ich habe heute Morgen im Radio gehört, dass es wieder ganz viele Staus gab. Es hat also nicht geklappt mit dem „staufreien Hessen“. Wieder ein Rücktrittsgrund.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wenden wir diese Kriterien doch auch einmal auf andere Minister im Kabinett an. Dann ist es um Sie geschehen, Herr Dietzel. Es tut mir Leid. Wenn ein Sack Kartoffeln im ländlichen Raum umfällt, muss Dietzel zurücktreten. Das ist völlig klar.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Die Papierkörbe der Staatskanzlei haben Sie vergessen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

An den Unis sind die Vorlesungen langweilig. Dann ist es um Herrn Corts geschehen, wenn Sie Ihre Äußerungen ernst meinen.

(Michael Denzin (FDP): Junge, hast du keine Vorstellung von den Dimensionen?)

– Ich habe eine Vorstellung von den Dimensionen.

(Michael Denzin (FDP): Anscheinend nicht!)

– Doch, keine Frage. – Ein letztes Beispiel: Wenn Herr Staatsminister Riebel wieder nicht im Europaausschuss ist, dann ist Herr Staatsminister Grüttner dafür verantwortlich, weil er seinen Kollegen nicht im Griff hat. So ist es, wenn das gelten soll, was Sie heute Morgen vorgetragen haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Jugendparlament!)

– Frau Wagner, ich greife das gern auf. Das ist hier kein Jugendparlament. Ich versuche, die Intention des Antrags der CDU-Regierungsfaktion ernst zu nehmen. Das wird erlaubt sein.

Ich komme zur LKW-Maut zurück. Mit dieser Form der Auseinandersetzung kommen wir nicht weiter.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das ist wohl wahr bei Ihrer Argumentation!)

– Herr Dr. Jung, ich greife Ihre Argumentation auf. Wenn Sie sich dagegen wehren, dann haben Sie ein Problem, aber nicht ich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig unbestritten, dass wir das LKW-Maut-System in Deutschland zum Laufen bringen müssen. Herr Dr. Lübecke hat völlig zu Recht gesagt, dass es in anderen europäischen Ländern Systeme gibt, die funktionieren. Man kann sicher die Frage stellen, warum man auf ein hoch entwickeltes System setzt, das bislang nicht klappt, statt auf ein System zu setzen, das erwiesenermaßen funktioniert.

(Dr. Walter Lübecke (CDU): Genossenfilz!)

– Genossenfilz war das nicht, aber solche Äußerungen helfen jetzt nicht weiter. – Was wäre Ihr Vorschlag, Herr Dr. Lübecke? Schlagen Sie vor, aus dem bestehenden System auszusteigen und den Betreiber aus der Haftung zu entlassen? Wollen Sie wirklich auf ein neues System setzen? Wie lange wird es dauern, bis dieses System funktioniert? Diese Frage möchte ich von Ihnen gern beantwortet haben.

Wir brauchen die Einnahmen aus der LKW-Maut. Das ist völlig unbestritten. Nur so ist es uns möglich, ein hohes Investitionsniveau bei den Infrastrukturmaßnahmen zu gewährleisten. Ich denke, das ist zwischen allen Fraktionen dieses Hauses und auch im Bundestag unbestritten. Natürlich legen wir GRÜNEN in dieser Frage ein bisschen mehr Gewicht auf Infrastrukturinvestitionen für die Schiene, während es Ihnen mehr um den Straßenbau geht, aber im Prinzip sind wir uns einig: Wir brauchen höhere Investitionen im Infrastrukturbereich.

Das, was Sie in Ihrem Antrag gemacht haben, geht dann aber nicht. Sie sagen, die ausbleibenden LKW-Maut-Mittel gefährdeten Verkehrsprojekte in Hessen, unter anderem den Bau des Riederwaldtunnels. Dazu muss ich sagen: Die Auswirkungen auf den Bau des Riederwaldtunnels sind schon deshalb nicht klar, weil wir noch nicht beurteilen können, welche Haftungsregelungen in dem Vertrag vereinbart sind und in welcher Höhe das Betreiberkonsortium in Regress genommen werden kann. All das wissen wir nicht, deshalb können wir die Auswirkungen

auf Hessen noch gar nicht beurteilen – und auch nicht auf den Riederwaldtunnel.

Gänzlich unglaublich machen Sie sich aber, wenn sie schreiben, es gehe „unter anderem“ um den Riederwaldtunnel. Der Riederwaldtunnel ist das einzige hessische Projekt im Anti-Stau-Programm, das aus der LKW-Maut finanziert werden soll. Was Sie mit „unter anderem“ meinen, das müssten Sie noch präzisieren. Im Anti-Stau-Programm gibt es genau ein hessisches Projekt, das aus der LKW-Maut finanziert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie sprechen immer gern über das Thema Investitionen. Bei den Investitionen haben Sie aber eine ganz schlechte Bilanz. Unter Schwarz-Gelb wurden auf Bundesebene durchschnittlich 8,5 Milliarden € in das Verkehrswesen investiert. Im Haushaltssatz 2004 sind es 9,8 Milliarden €. Das sind 1,3 Milliarden € mehr. Machen Sie den Leuten also bitte nicht vor, dass bei Ihnen alles besser, schneller, mehr und höher sei. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, einen Aufwuchs im Verkehrswesen darzustellen – insbesondere unter den Haushaltsbedingungen, in denen Rahmen wir uns alle bewegen müssen.

Gänzlich unglaublich wird es dann, wenn wir Ihren Ausflug in die Bundespolitik beenden und zu der tristen hessischen Regierungswirklichkeit kommen.

Auf der Bundesebene haben wir aufgrund einer von dem Betreiberkonsortium zu verantwortenden Panne Mindererlöne für die Verkehrsinfrastruktur. Jetzt komme ich Ihnen sogar entgegen: Wir beurteilen die Frage, wer dafür zuständig ist, anders. Sie sagen, der Bundesverkehrsminister sei dafür verantwortlich.

(Dr. Walter Lübecke (CDU): Nein, Wirtschaft und Verkehr!)

Wir sagen, dass das Betreiberkonsortium dafür verantwortlich ist. Im Ergebnis sind wir uns aber einig. Aufgrund eines von der Politik nicht beabsichtigten Handelns haben wir Mindereinnahmen.

(Lachen bei der CDU)

Jetzt schauen wir uns an, was in Hessen – von dieser Landesregierung politisch gewollt und politisch gesetzt – gemacht wird. Der Titel für Straßenbau – der Ihnen so wichtig ist, viel wichtiger als uns – wird im Haushaltssatz für das Jahr 2004 um ein Drittel gekürzt. Das ist kein Ergebnis einer Panne, sondern das haben Sie politisch zu verantworten.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dann stellen Sie sich hierhin und beklagen die Zustände auf der Bundesebene. Das ist doppelzüngig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübecke (CDU): Das müsst ihr uns gerade vorwerfen!)

– Herr Dr. Lübecke, ich werfe Ihnen das vor, weil es mir um Ihre Doppelzüngigkeit geht. Ich werfe Ihnen das nicht deshalb vor, weil ich es falsch finde, den Titel für den Straßenbau zu kürzen – damit wir uns an dem Punkt richtig verstehen. Aber wenn man Sie an Ihren eigenen Maßgaben misst, wird klar, dass das, was Sie hier aufführen, völlig unglaublich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal an, was die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück für den Verkehrsbereich vorgeschlagen haben. Wir haben von Herrn Dr. Lübcke gehört, welch dramatische Auswirkungen es hat, wenn im Verkehrsbereich Investitionsmittel verloren gehen.

Ich lese einfach aus dem Koch-Steinbrück-Papier vor: Kürzungen beim öffentlichen Verkehr – insgesamt 4,3 Milliarden € innerhalb von drei Jahren. Das ist über ein Viertel des Gesamtvolumens der Kürzungen, die Herr Koch und Herr Steinbrück vorschlagen.

Schauen wir uns das im Detail an: Kürzungen beim Schienenverkehr – 3,8 Milliarden €, Kürzungen bei den Finanzhilfen für den ÖPNV – 400 Millionen €, Kürzungen bei der Steuervergünstigung für den öffentlichen Verkehr – 50 Millionen €, Streichung der Steuervergünstigung für das Jobticket – 150 Millionen €. Das geschieht nicht aufgrund einer Panne oder aufgrund der Nichtvertragserfüllung eines privaten Wirtschaftsunternehmens. Vielmehr gehen diese 4,3 Milliarden € aufgrund von politischen Setzungen für den Verkehrsbereich verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Sie nur bitten, hier keine Krokodilstränen zu vergießen.

(Zuruf von der CDU)

– Ich vergleiche überhaupt keine Äpfel mit Birnen. Auf die CDU ist Verlass; auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Wagner, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Dass dieser Zwischenruf kommen würde, war mir völlig klar. Darin zeigt sich nämlich das alte Denken: Was hat denn der öffentliche Verkehr mit der Straße zu tun? Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass für uns GRÜNE die Verkehrspolitik aus einer Kombination der verschiedenen Verkehrsträger besteht. Sie müssen sich beides zusammen denken.

(Michael Denzin (FDP): Das ist eine ganz neue Erkenntnis!)

Wenn Sie weiterhin einseitig auf die Straße setzen, werden wir die Verkehrsprobleme in unserem Land nicht lösen. Wir werden sie nur lösen können, wenn wir auf einen intelligenten Mix der verschiedenen Verkehrsträger setzen. Deshalb sind die Kürzungen, die Herr Koch im Verkehrsbereich vorgenommen hat, mit dem zu vergleichen, was uns an Einnahmeausfällen aus der Nichteinführung der LKW-Maut entstanden ist. Auf Sie ist Verlass. Auf diesen Zwischenruf habe ich wirklich gewartet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Wagner, letzter Satz.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Der letzte Satz ist ganz klar: Herr Dr. Lübcke, ich habe mich auf eine lebhafte Debatte mit Ihnen gefreut. Ich hoffe, ich habe etwas dazu beigetragen. Das hätte ich mir auch von Ihnen erwartet. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Denzin für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Selbst ich mit meiner bekannt kritischen Einstellung der Bundesregierung gegenüber käme nicht auf die Idee, der Bundesregierung zu unterstellen, dass sie dieses Chaos, das sie nun einmal zu verantworten hat, absichtlich herbeigeführt habe.

Herr Wagner, was soll denn die Aussage, dass das „unbeabsichtigt“ sei? Überlegen Sie einmal, wohin wir kämen, wenn die Politik so idiotisch wäre, solche Zustände absichtlich herbeizuführen. Vergessen Sie das.

Das gilt für beide Beiträge. Frau Pfaff, es tut mir Leid, aber das, was Sie beide gesagt haben, war ein reines Ablenkungsmanöver. Sie sind in keinem Punkt auf das eingegangen, was uns in den letzten 20 Jahren als eine der größten Fehlentwicklungen, ja als einer der größten Skandale in einem Ministerium begegnet ist. Das muss man einmal feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht doch nicht darum, dass ein Auftragnehmer Herrn Stolpe ein Auto liefert, dass dieser bestellt hat und das nicht richtig funktioniert. Vielmehr hat die Bundesregierung eine Systemänderung bei der Straßenverkehrsfinanzierung beschlossen. Dieses neue System wollen wir alle. In Ausführung dieses Beschlusses hat die Bundesregierung dann Auftragsausschreibungen vorgenommen. Es hat sich ein Systempartner herauskristallisiert, mit dem die entsprechenden Dienstleistungsverträge geschlossen wurden.

In Ihrem Verständnis geht einiges durcheinander. Dazu werde ich gleich aus der Antwort des Bundesverkehrsministers auf eine Kleine Anfrage von Anfang August zitieren.

Diese Sache läuft jetzt also an. Überlegen Sie einmal: Deutschland mit seinem Autobahnnetz und der Aufgabe der Erfassung ist noch dazu ein zentrales Durchfahrtsland in Europa. Dann vergleichen Sie diesen Vorgang – diese Systementscheidung, diese Auftragsvergabe und die Vertragsgestaltung – mit dem Kauf eines PKW und sagen, wenn Mängel auftreten, habe der Hersteller das zu vertreten. Das kann doch nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat kann sich gar nicht aus diesem Vorgang herausnehmen, sondern er ist daran beteiligt. Nachdem er schon die Grundlagenentscheidung bei der Vergabe gefällt hat, ist er auch an der Systemgestaltung beteiligt.

(Beifall bei der FDP)

Nein, so, wie das hier eben diskutiert worden ist, geht es nicht.

Zu den Verantwortlichkeiten: Es gibt hier nicht den einen oder den anderen. Es gibt zwei Partner, nämlich die Bundesregierung und ihren Vertragspartner Toll Collect, die ein umfangreiches System installieren sollten und dabei versagt haben. Das ist schlicht und einfach das Ergebnis.

(Beifall bei der FDP)

Hören Sie sich einmal an, was Bundesverkehrsminister Dr. Stolpe am 25. August dieses Jahres auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, die Anfang August gestellt wurde, geantwortet hat. In der Vorbemerkung heißt es zunächst – das muss ich einfach zitieren –:

Der Bundesminister für Verkehr ... hat am 31. Juli mitgeteilt, die LKW-Maut werde später als angekündigt, nämlich erst vom 2. November 2003 an, erhoben.

Dann kommen die Fragen, ob das stimmt usw. Jetzt lese ich Ihnen die Antwort auf die Frage vor, aus welchen konkreten technischen Gründen die LKW-Maut nicht bis zum 31. August eingeführt werden könne: „Die LKW-Maut wird am 31. August 2003 eingeführt“. Diese Antwort ist am 25.08.2003 schriftlich eingegangen. Das heißt, Herr Stolpe teilt dem Bundestag am 25.08.2003 mit, dass die Maut am 31. August eingeführt wird.

Das ist nur ein Beispiel. Wenn ich aus dieser Antwort weiter zitierte, würden wir auf viele Punkte stoßen, über die wir aufgrund der Erfahrungen in den letzten zwei Monaten einfach nur noch lachen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Dann können Sie doch nicht so tun, als sei das Ganze allein die Schuld einer – nicht zugegebener-, sondern festgestelltermaßen – unmöglichen Firma, die sich da installiert hat, die Schuld zweier Großer, die ursprünglich einmal einen guten Namen hatten – was aber deren Problem ist, nicht meins.

Unser gemeinsames Problem ist in der Tat, dass wir durch einen solchen Vorgang mit unserem Anspruch an die technische Entwicklungsfähigkeit und an die Entwicklungsfähigkeit des Technologiestandorts Deutschland auf der internationalen Ebene einen irrelen Schaden erlitten haben.

(Beifall bei der FDP)

Den haben die Firmen DaimlerChrysler, Mitsubishi, Telekom – und wer noch alles dazugehört – genauso zu verantworten. Das ist völlig richtig. Aber was hat denn die Politik gemacht? In Ihren beiden Anträgen heißt es, zunächst einmal sei ausschließlich dieses Konsortium schuld. Dann sagen Sie beide an einem anderen Punkt: Wir fordern, dass die Bundesregierung die Verträge offenlegt. – Woher wissen Sie denn, dass nur einseitig und nur ausschließlich das Konsortium schuld ist, wenn Sie selbst mit Ihrem nächsten Punkt in beiden Anträgen fordern, dass die Verträge offen gelegt werden müssen?

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wir kommen doch in der Frage der Konsequenzen nicht einen Schritt weiter, wenn wir nicht wissen, was vereinbart worden ist. Was ist bezüglich der Haftung vereinbart worden? Was ist hinsichtlich der Zeitabläufe vereinbart worden? Stimmt das, was die „FAZ“ geschrieben hat? Kann das an den Bund zurückfallen, wenn er es so wollte? – All

das sind doch Grundlageninformationen, die wir brauchen.

Nun hat Herr Stolpe angeboten, sich dafür stark zu machen, dass diese Verträge vorgelegt werden. Was ist denn daraus geworden? – Ich habe eben gelesen, er hat gestern in Luxemburg gesagt, er werde noch einmal mit dem Konsortium verhandeln, damit man Teile der Verträge vorlegen könnte. Das bedeutet, hier hat er auch schon wieder einen Rückzieher gemacht. Es ist nicht allein Herr Stolpe, der diese ganze Veranstaltung allein zu vertreten hat. Herr Stolpe hatte allein unter der Regierung Schröder schon drei Vorgänger. Der erste hieß Müntefering, der zweite hieß Klimt, der dritte hieß Bodewig. Jetzt ist es Herr Stolpe, der eigentlich dieses Aufgabengebiet gar nicht annehmen wollte und deshalb genau so handelt.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, nehmen wir einmal systematisch diese drei Etappen. Bei der Systementscheidung war Herr Stolpe sicherlich noch nicht dabei – ich weiß aber nicht, ob er nicht indirekt mitgewirkt hat. Zur Systementscheidung: Es ist ein bis dato völlig neues System gewesen, und wir stellen jetzt fest, dass es unausgegoren und unausgereift ist. Die Entscheider wussten damals aber, dass es das teuerste und aufwendigste System ist. Österreich und die Schweiz haben sich auch mit der Einführung befasst und haben mit der Einführung schon Erfahrung, Frankreich ebenso. Der französische Partner in diesem Konsortium müsste eigentlich auch genügend Erfahrung haben.

Was mir in dieser ganzen Diskussion zu kurz kam, was zum Thema der Anträge zwar nicht passt, aber unbedingt gesagt werden muss: Es ist viel zu wenig darüber diskutiert worden, was dieses System ermöglicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen sich einmal überlegen, was die Totalerfassung mit Aufzeichnungen aller Bewegungen auf den Autobahnen ermöglicht. Zurzeit ist es noch auf LKW beschränkt. Wenn wir die Systemumstellung auf Benutzerfinanzierung weiterführen – ich prophezei Ihnen, in zehn Jahren ist das das Thema, oder wir sind schon weiter –, dann heißt das, dass Sie jede Fahrbewegung jedes Bürgers in diesem Land oder jedes Menschen, der durch dieses Land fährt, festhalten können. Sie können z. B. Bewegungsraster erstellen. Mir ist viel zu wenig darüber diskutiert worden, wie die Sicherheitsvorkehrungen gegen den Missbrauch dieser Daten, auch jetzt schon bei den LKW, aussehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, hier ist ein Riesenschritt in eine Technologie gegangen worden, deren schleichenden Konsequenzen vielen in diesem Land überhaupt nicht klar sind. Zum Thema geworden ist es wegen der technischen und technologischen Pannen in der Umsetzung dieses Projekts. Man muss also auch über das System nachdenken. Man müsste sehen, was diese Verträge hergeben – wenn man Sie einmal zu sehen bekommt –, und das müsste mit in die Überlegungen einbezogen werden. Man müsste sehen, ob nicht eine Alternative besser wäre.

Zweitens hat die Politik die Vergabe zu vertreten. Die Politik ist im Fall des Bundes die Bundesregierung. Die Bundesregierung ist eine von Rot-Grün getragene, der Bundesverkehrsminister heißt Dr. Stolpe, und sie haben die Vertragsgestaltung und Vertragsverhandlungen zu vertreten.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Dass nicht alle technischen Anhänge eines solchen Dienstleistungsvertrags offenbart werden können, das kann ich nachvollziehen. Aber die wesentlichen Punkte, zumal die Haftungsbestimmungen und die Grundkonditionen, hätten von vornherein – nicht nur nach einer solchen Diskussion – zumindest den Obleuten im Bundestag zugänglich sein müssen.

(Beifall bei der FDP)

Auch das wurde verweigert. Dann kam noch das, was der Bundesverkehrsminister politisch auf jeden Fall zu vertreten hat – und nur er allein –, nämlich die Absicherung der Kompensationsleistungen für die objektiv in Deutschland härter vom Staat abgezockten Spediteure als die Wettbewerber in Luxemburg oder Holland, oder anderen europäischen Ländern. Die zeitliche Verzögerung, das in der EU abzusichern, und die politische Ohnmacht, das in der EU insgesamt anders zu gestalten und anzupassen, und der zeitliche Zusammenfall der Genehmigung der Mautgebühr nach dem deutschen Modell, hat nur einer politisch zu vertreten. Die EU prüft das jetzt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Überlegen Sie einmal, wir hätten diese Pannen nicht und die Maut müsste voll gezahlt werden. Die EU prüft im Moment noch, ob diese Kompensation mit dem Wettbewerbsrecht und dem Subventionsgebaren nach EU-Muster in Einklang zu bringen ist. Ich gehe davon aus, dass das leider nicht so bleiben kann, wie es von Deutschland vorgelegt worden ist. Dazu müsste ich meinen Europakollegen vielleicht noch einmal befragen. Was passiert dann? – Dann haben wir die Maut völlig on the top und die Wettbewerbsverzerrung hoch drei. Auch das ist nicht bedacht bzw. durch falsches und schlechtes politisches Handeln kaputt gemacht worden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt in diesem Vorgang – und deswegen hat mich vorhin gestört, wie Sie in Ihren Ablenkungsmanövern versucht haben, das alles so kleinzureden –

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das stimmt!)

so viele hanebüchene Dinge – bis hin zu dem Krisenmanagement in den letzten vier bis sechs Wochen –, dass das einfach nicht hinnehmbar ist. Ich habe Verständnis, wenn Mitglieder von Parteien, die in Berlin die Regierung tragen, hier versuchen, die Kritik aufzufangen. Man kann zu unterschiedlichen Bewertungen und Ergebnissen kommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber in einem solchen Ablauf, wie wir ihn hier mit der Einführung der Maut haben, gibt es keinen Platz mehr dafür.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie müssten auch so ehrlich sein, dass hier offen zu sagen. Ihr Umgang mit diesem Thema ist eine Verdrückung, nur weil Sie nicht den Mut hatten, zu sagen, da ist Mist gemacht worden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Wagner und Frau Kollegin

Pfaff haben das gemacht! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei der Weigerung, die Dinge jetzt auf den Tisch zu legen, werden wir nur mit zwei Dingen weiterkommen: Erstens muss Stolpe zurücktreten, weil all das, was wir bisher von seiner Beteiligung, seiner Verantwortung und dem, was bisher gelaufen ist, wissen, schon für den Rücktritt ausreicht. Das wäre dann der fünfte Minister unter der Regierung Schröder.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt keinen Grund, so zu argumentieren! Was habt ihr denn während der Schwarzgeldaffäre gemacht?)

Zweitens brauchen wir in Berlin einen Untersuchungsausschuss. Ich bin dankbar, dass mein Fraktionskollege Friedrich diesen bereits angekündigt hat. Ich hoffe, dass die CDU dort mitmacht. Drittens müssen wir ein Sondergutachten des Bundesrechnungshofs bekommen, weil das der Untersuchungsausschuss alleine nicht leisten kann. Der Untersuchungsausschuss ist das einzige Instrument, an die Unterlagen und an die Vorgänge heranzukommen und damit zu einer wirklichen Aufklärung des Ablaufs zu kommen. Zukunftsbezogen noch wichtiger ist, eine Grundlage zu haben, um daraus Schlüsse zu ziehen, ob es mit diesem Konsortium weitergeht und ob es bei diesem System bleibt. Was kostet uns – oder was kostet die – ein Ausstieg? Es hat überhaupt keinen Sinn, darüber zu spekulieren, ehe das nicht handfest auf dem Tisch liegt. Und: Wo liegen die Konsequenzen?

Eines aber ist klar: Wir haben in diesem Jahr schon 600 Millionen € verloren. Die bekannt gewordenen Entschädigungsleistungen des Konsortiums belaufen sich auf 250.000 € am Tag, 7,5 Mio € im Monat. Unsere Ausfälle sind – ich habe das auf einen Monat hochgerechnet – 160 Millionen € im Monat.

(Zurufe)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Denzin, darf ich Sie bitten – –

### Michael Denzin (FDP):

163 Millionen €? Ich habe eine andere Zahl, 154 Millionen €. Das ist egal, rund 160 Millionen €.

Ab Dezember betragen die Konventionalstrafen 15 Millionen € monatlich. Der Ausfall bleibt in dieser Größenordnung. Dann frage ich Sie: Wie will Herr Stolpe sein Programm weiter finanzieren? Die Mittel sind voll in den Bundesverkehrswegeplan eingegangen. Bei uns betrifft es diese eine Maßnahme. Er hat gesagt, es wird sich an den Projekten nichts ändern. Viel Vergnügen, Herr Eichel, dann muss der aus Haushaltssmitteln nachbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. Das Wort hat Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einführung der Maut sollte ein Vorzeigeobjekt der Hochtechnologie „made in Germany“ werden. Nun stehen wir vor einem Debakel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir die Mühe gemacht – es war keine große Mühe –, einmal in die Koalitionsvereinbarung von SPD und GRÜNEN aus dem Jahr 2002 hineinzuschauen. Dort heißt es, ich zitiere wörtlich:

Die LKW-Maut werden wir, wie beschlossen, 2003 einführen, um Güterverkehr auf die Schiene und Wasserstraße zu verlagern, die Umwelt zu entlasten und Staus zu verhindern. Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden überwiegend in die Verkehrsinfrastruktur reinvestiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine klare politische Aussage, an der sich die Regierung messen lassen muss. Wenn wir sie an dieser Aussage messen, so dürfen wir sagen, dass diese Koalitionsvereinbarung gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Urteil lässt sich bruchlos auch auf andere Koalitionsvereinbarungen übertragen.

Morgen diskutiert der Bundestag über Hartz. Hierzu lautet die Koalitionsvereinbarung: Hartz wird 1:1 umgesetzt. Ich frage Sie schon heute: Was kommt morgen dabei heraus?

Ein weiteres aberwitziges – so darf man heute sagen – Ziel steht in der Koalitionsvereinbarung: Die Arbeitslosenzahlen sollen halbiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich diesen Kontext sehe, dann darf uns dieses Debakel bei der Maut eigentlich nicht wundern. Es passt genau in diese Serie aus Pech, Pleiten und auch Unvermögen hinein, die wir tagtäglich erleben.

(Beifall bei der CDU)

Es wundert mich schon sehr, dass die Kollegen von der SPD und den GRÜNEN sich hier insbesondere auf die Frage kapriziert haben, wer die Verantwortung hat, und dabei schnell zu der Antwort gekommen sind: Das ist die unfähige und böse Industrie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten Sie wenigstens gesagt: „Beide Seiten haben die Verantwortung.“ Dann wäre Ihre Glaubwürdigkeit nicht beschädigt worden.

Ich denke aber, wir müssen heute konstatieren, dass wir aus dieser Situation Schäden haben, die zumindest in dreierlei Richtung gehen.

Der erste Schaden besteht in der Tat darin – das betrifft auch die Industrie –, dass die deutsche Volkswirtschaft, die Technologie insgesamt, auf die wir unter Exportgesichtspunkten so dringend angewiesen sind, einen deutlichen Schaden im internationalen Wettbewerb und bei der internationalen Bewertung erlitten hat. Das müssen wir bedauern. So können wir im Interesse dieses Ziels nur hoffen, dass möglichst bald – auch wenn sich dafür erst das nächste Jahr abzeichnet – die Maut nicht eingeführt

wird, sondern sich diese Technologie auch in der Bewährungszeit tatsächlich als leistungsfähig herausstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darum aber geht es heute in dieser verkehrspolitischen Debatte nicht so sehr. Vielmehr geht es hier um die Frage – das ist Teil zwei des Schadens, den wir zu konstatieren haben –: Was bedeutet dies für die Verkehrsinfrastruktur, wie sie als Ziel in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss man sich an die Verhandlungen zurückinnern und von der Aussage ausgehen, dass diese Einnahmen der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden sollen. Von da aus muss man die tatsächliche Situation beleuchten.

In den Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Ministerium und Ländern ist eindeutig darauf Wert gelegt worden – Verkehrsminister Stolpe hat das auch zugesagt –, dass sämtliche Einnahmen aus der Maut nicht allgemein dem Haushalt zur Verfügung gestellt werden, sondern on top, zusätzlich – ich unterstreiche: zusätzlich – dem bisherigen Verkehrsbudget hinzugerechnet werden, damit der sehr anspruchsvolle Bundesverkehrswegeplan, wie er vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist, eine ausreichende Finanzierung finden wird.

(Beifall des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was uns Herr Stolpe in den Verhandlungen zugesagt hat und was Bedingung für die Zustimmung der Länder zu dieser Maut war, das wurde am anderen Tag von Finanzminister Eichel schon wieder kassiert. Denn er hat genau in der Höhe, die er für die Mauteinnahmen errechnet hat, bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln – die übrigens auch nicht allgemeine Mittel, sondern zweckgebundene Mittel sind, weil sie aus der Kfz-Steuer bzw. aus der Mineralölsteuer stammen – eine negative Kompensation in genau dieser Höhe vorgenommen. Damit kam nichts zum bisherigen Etatansatz hinzu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Rechnung gilt ab August. Denn bereits ab August dieses Jahres wurden die Mauteinnahmen unterstellt. Deswegen leidet der Verkehrsetat – das spüren wir hier in Hessen unmittelbar – bereits im Jahr 2003 an mangelnder Finanzierung. Er hat weniger Mittel, als im Haushaltssplan veranschlagt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man sich bewusst machen. Auf Vorhaltung hat Herr Eichel reagiert, indem er gesagt hat: Okay, er kann dies über zusätzliche Kreditaufnahmen kompensieren. Aber er hat hinzugefügt: Diese Kreditaufnahme stelle ich euch nicht zusätzlich zur Verfügung, sondern sie muss dann wohl in den nächsten Jahren aus dem Verkehrsetat aufgebracht werden.

Das bestätigt, was ich gesagt habe: dass die fehlenden Einnahmen aus dem Mautsystem nicht nur als zusätzliche Einnahmen fehlen, sondern dass die aus dem Mautsystem fehlenden Einnahmen den bereits beschlossenen Verkehrsetat schmälern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind, allein bezogen auf dieses Jahr, 750 Millionen €, ein stattlicher Betrag. Wenn wir uns daran erinnern, dass wir hier im Hessischen Landtag gemeinsam dafür gefochten haben,

dass der Bundesverkehrswegeplan um zusätzliche Maßnahmen aufgestockt wird, und wir gemeinsam – bis auf die GRÜNEN – stolz darauf waren, das wir gut 100 Millionen € zusätzlich erreicht haben, dann wird an diesem Zahlenvergleich das ganze Dilemma deutlich, das durch diese katastrophale Politik bei der Mauteinführung angerichtet wurde.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das betrifft nicht nur das Anti-Stau-Programm, also nicht nur das Riederwaldprojekt, das bis zum Jahr 2003 aus UMTS-Mitteln und ab dem nächsten Jahr aus den Mitteln der Mauteinnahmen finanziert werden sollte.

Frau Pfaff, die Landesregierung hat sehr wohl ihre Hausaufgaben gemacht. Wir haben aufgrund der Einsprüche und der Eingaben ein neues Planungskonzept aufstellen müssen. Dieses Planungskonzept liegt inzwischen auf dem Tisch. Es ist in der Anhörung. Wir wollen nicht im Jahre 2005, sondern schon 2004 die Planfeststellung beenden. Das nur als Korrektur zu Ihrer Aussage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in dem gesamten Komplex noch einen dritten Geschädigten. Das ist der Güterverkehr hier in Deutschland, auch in Hessen. Daran leidet die hessische Wirtschaft insbesondere, weil wir ein Transitland sind. Denn es wurde eben schon deutlich hervorgehoben, dass in Verbindung mit der Einführung der Maut – und zwar nicht in kausalem Zusammenhang, sondern im zeitlichen Zusammenhang – eine dringend notwendige Entlastung des LKW-Gewerbes in Deutschland einhergehen sollte, weil das deutsche Verkehrsgewerbe durch die Politik der Bundesregierung, insbesondere durch die Erhöhung der Mineralölsteuer in den letzten Jahren, unvergleichlich hoch belastet ist und im internationalen Bereich keine Chance hat, wenn hier nicht bald eine Harmonisierung Platz greift.

(Beifall bei der CDU)

Dieses war die zweite Bedingung für die Einführung der Maut unter dem Aspekt der Zustimmung der Länder, der B-Länder im Speziellen. Die Bundesregierung hatte ein Volumen von 300 Millionen € an Harmonisierungsmitteln vorgesehen. Das haben die B-Länder erreicht.

Herr Stolpe hat uns in den Verhandlungen deutlich gemacht und den Eindruck verfestigt, dass er sehr wohl mit der Kommissarin de Palacio vereinbart und die berechtigte Hoffnung und die Gewissheit hat, dass diese Harmonisierung in Verbindung mit der Mauteinführung auch von der EU gestattet werden kann. Zwischenzeitlich haben wir erlebt, dass Herr Stolpe das Wort, das er uns gegeben hat, nicht einhalten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir momentan die Situation, dass wir aufgrund des Wegfalls der Eurovignette, die Belastung ausländischer Spediteure in der EU, die bisher kompensatorisch für die nicht deutschen Spediteure vorhanden war, nicht mehr greift. Wir haben dadurch nicht nur einen Einnahmeverlust aufgrund des Wegfalls der Eurovignette, sondern eine zunehmende Wettbewerbsverschärfung für die deutschen Spediteure.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das nicht Grund genug ist, dieses Projekt zu kritisieren, dann frage ich mich, wo die Politik noch Berechtigung hat, die nationalen Interessen der deutschen Wirtschaft wahrzunehmen und letztlich dafür zu stehen, wenn es nicht gelingt, dieses System umzusetzen.

Letztlich liegt die Verantwortung eindeutig bei der politischen Seite, nicht nur, weil sie in der Koalitionsvereinbarung dieses Ziel für jedermann nachlesbar formuliert hat, sondern weil die deutsche Politik – hier die Bundesregierung – gesagt hat: Wir wollen eine bestimmte Aufgabe umsetzen. Für diese Aufgabe, die wir umsetzen wollen, bedienen wir uns eines privaten Partners.

Mit diesem Partner galt es – es hat ja stattgefunden –, einen Vertrag abzuschließen. Wenn dieser Vertrag nicht eingehalten werden kann, dann ist das in der Tat bedauerlich. Aber für den Schaden, der daraus entsteht, muss die Bundesregierung die Verantwortung übernehmen, und zwar politisch und materiell.

(Beifall bei der CDU)

Versetzen wir uns in die Lage eines Unternehmers, der einem leitenden Mitarbeiter einen Auftrag erteilt, auf dem Beschaffungsmarkt für das Unternehmen ein bestimmtes System einzukaufen. Er hat den Vertrag auszuhandeln. Es zeigt sich, dass zu dem vereinbarten Termin seitens des Auftragnehmers diese Leistung nicht erfüllt werden kann.

Dann darf die Unternehmensleitung getrost davon ausgehen, dass der leitende Mitarbeiter den Vertrag so gestaltet hat, dass, wenn schon die Leistung nicht erbracht werden kann – was technisch durchaus möglich sein kann –, der Besteller nicht haftet, sondern derjenige, der den Auftrag entgegengenommen hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle können wir die Bundesregierung nicht von ihrer Verantwortung entlasten. Wenn sie nicht nachweisen kann, dass ihre Verträge nicht wasserdicht sind, dann wird in der Bundesregierung doch das Gleiche geschehen müssen, wie es in diesem besagten Beispiel des Unternehmens der Fall wäre, dass nämlich dieser leitende Mitarbeiter keine Chance hätte, in dem Unternehmen weiter seine Arbeit zu verrichten. Dieser Maßstab muss auch an die Politik angelegt werden, damit sie auch in Zukunft Schaden von unserem Lande abwendet. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weitere Wortmeldung in dieser verbundenen Debatte mehr. – Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zwei Entschließungsanträge.

Wir stimmen zuerst über Tagesordnungspunkt 37 ab, den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/691. Wer hier die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen.

Dann rufe ich den Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 72 auf, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/757. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dann haben wir noch den Antrag Tagesordnungspunkt 68. Das ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD. Wollen wir ihn gleich abstimmen? Dann ist er weg.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, dann ist er von der Tagesordnung. Kollege Bökel, hier oben wird neutral gehandelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Dringliche Antrag der SPD steht zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, jetzt liegt Ihnen allen der **Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Missbilligung des Verhaltens der Landesregierung bezüglich „Verbraucherfenster Hessen“ – Drucks. 16/801** vor. Es gibt eine Vereinbarung, dass dieser Antrag sofort aufgerufen werden soll. Es gibt eine weitere Vereinbarung, wenn ich das richtig verstanden habe, dass der Kollege Kahl diesen Antrag kurz – in einer Minute – begründet und dass der parlamentarische Geschäftsführer der CDU innerhalb einer Minute antwortet. So ist mir signalisiert worden. Danach stimmen wir ab.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die anderen auch können, wenn sie wollen!)

– Das ist immer so, Herr Kollege Al-Wazir. Wer will, muss können.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Herr Präsident, das ist falsch!)

Dann darf ich dem Kollegen Kahl das Wort erteilen.

### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz schnell, weil es um die Minute geht: Wir haben heute Morgen die Debatte dazu geführt. Der Minister hätte die Gelegenheit gehabt, das Thema abzuräumen. Er hat es nicht getan. Wir stellen fest, dass es hier eine klare unzulässige Vermengung staatlicher Information mit parteipolitischer Werbung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen, dass es nicht so weitergeht. – Es gibt eine staatliche Information auf der ersten Seite und auf der zweiten Seite sofort die Belobigung vonseiten der CDU-Fraktion. So kann man mit diesem Thema nicht umgehen. Deswegen beantragen wir, dass der Hessische Landtag klar feststellt, dass es eine Vermengung zwischen unzulässiger staatlicher Information und parteipolitischer Werbung nicht geben darf.

Hier muss die Sache ganz klar rechtsstaatlich betrachtet werden. Deswegen bitten wir um sofortige Abstimmung zu diesem Antrag und bitten Sie, dass Sie diesem Antrag zustimmen. Hier muss klar und deutlich sein, wo die Grenzen liegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat der Kollege Gotthardt.

### **Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bedauerlicherweise waren alle Punkte, die Sie eben angeprochen haben, falsch.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Denn der Minister hat hier heute Morgen Rede und Antwort gestanden. Er hat den Link übrigens abgeschaltet – das sehen sie, wenn Sie auf die Homepage gehen –, sodass es einer Aufforderung und Missbilligung nicht mehr bedarf. Dieser Link ist auf der Homepage nicht mehr abrufbar.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war!)

Wir halten es als CDU-Fraktion auch für vernünftig, dass das abgestellt worden ist.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass es hier um eine einseitige parteipolitische Werbung geht.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

Ich lege großen Wert darauf, dass wir im Hause ein bisschen aufpassen, dass wir Fraktionen und Parteien nicht so vermengen, wie Sie das getan haben.

(Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU) – Zurufe von der SPD: Oh!)

Denn eine Fraktionshomepage oder eine Abgeordnetenhomepage ist keine Parteihomepage. Das ist ein Unterschied. Das sollte man hier auch deutlich machen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Drittens, meine sehr geehrten Damen und Herren, warne ich vor Hochmut.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Ich darf aus dem Protokoll der Landtagssitzung vom 1. Februar 2001 zitieren. Da ging es um eine Homepage der SPD mit entsprechenden Links und um eine Homepage der FDP:

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier geht es um die des Ministeriums!)

„Wenn wir in den vergangenen Wochen und Monaten im Internet“ – so sagte der Kollege Schaub damals – „die Adresse landtag-hessen.de angeklickt haben, sind wir nicht im Landtag, sondern auf der Homepage der FDP gelandet.“ Meine Damen und Herren, dieses Missverständnis ist inzwischen abgestellt, wie mir aus der FDP-Geschäftsstelle mitgeteilt wurde. Das Ergebnis ist, dass man über die Adresse landtag-hessen.de jetzt bei der Landesregierung landet. Das war damals dankenswerterweise von der FDP so geschaltet worden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Diskussion ging damals über linksextremistische Plakate, die man über die Homepage der SPD-Landtagsfraktion erreichen konnte. Dagegen hat sich zu Recht der damalige Geschäftsführer Schaub gewehrt, indem er sagte, dass es nicht deren Homepage sei, sondern nur ein Link.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das aber alles so ist, dann nehmen wir doch zur Kenntnis: Der Link ist abgeschaltet. Zweitens. Es ist nicht

das erste Mal, dass so etwas in diesem Hause vorkommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Gotthardt. – Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu muss man jetzt noch etwas sagen.

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der SPD: Richtig!)

Herr Kollege Gotthart, obwohl Sie gerade eben gesagt haben, dass der Link abgeschaltet ist, haben Sie durch Ihren Redebeitrag zu verstehen gegeben, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, warum der abgeschaltet wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abg. Roland von Hunnius und Michael Denzin (FDP) – Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie etwas über die Broschüre der Bundesregierung!)

Erstens. Herr Kollege Gotthardt, es war kein Link, sondern es war auf der Seite des Ministeriums.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Zweitens. Herr Kollege Gotthardt, es war – das könnte als Entschuldigung vorgebracht werden – ein Punkt, der sich mit der Verbraucherinformationsseite beschäftigt hat. Was Sie dazu nicht gesagt haben, ist, dass drei andere Fraktionen dieses Hauses letzte Woche zum selben Thema ebenfalls Presseerklärungen abgegeben haben.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Unsere Presseerklärung, die sehr kritisch war, taucht auf dieser Seite allerdings nicht auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Lesen Sie das Protokoll, das ich vorhin zitiert habe!)

Drittens. Das Problem, womit wir es zu tun haben – deswegen kommt dieser Antrag auch noch einmal, und deswegen werden die GRÜNEN diesem Antrag zustimmen –, ist: Als hier etwas dazu im Parlament gesagt wurde, ging Frau Apel nach vorne und hat die Überbringer ihrer eigenen schlechten Nachricht beschimpft. Das war das erste Problem.

(Petra Fuhrmann (SPD): Der Hammer!)

Aber der Abgeordnete ist frei, nur seinem Gewissen verpflichtet und darf auch Dummheiten begehen.

(Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Volker Hoff (CDU))

Dass dann aber der Minister in seinem ersten Redebeitrag vortritt und hier nonchalant darüber hinweggeht, sagt: „Hier gibt es überhaupt kein Problem“ und erst durch eine weitere Geschäftsordnungsrede dazu gebracht wird, zu verstehen, was das Problem ist, das zeigt Ihr Problem. Deswegen würden Sie sich selbst einen Gefallen tun, wenn Sie nach dem Abschalten, nach dem Herausnehmen dieser Seite auch noch sagen würden: „Das

war nicht in Ordnung“ und diesem Antrag zustimmen würden. Ihr Redebeitrag hat gezeigt, dass Sie nicht verstanden haben, worum es hier geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen nicht verstehen!)

**Frank Lortz (CDU):**

Abschließend: Herr Kollege Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, erstens abschließend und zweitens kurz. – Dass die FDP-Fraktion diesem Antrag zustimmt, konnten Sie schon daraus entnehmen, wie sich die FDP-Fraktion vorhin in der Debatte eingelassen hat. Zum Zweiten komme ich deswegen nach vorne, weil ich das Gefühl habe, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden sollen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollege Frank Gotthardt, was Sie eben vorgetragen haben, lag nicht im Verantwortungsbereich der FDP, sondern das war schlicht und ergreifend – –

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Nein, Herr Kollege Gotthardt, jetzt müssen wir das ernsthaft abarbeiten. Wenn Sie meinen, uns nebenbei eins auswischen zu können, weil mein Redebeitrag Sie eben geärgert hat: So gehen wir nicht miteinander um.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren diejenigen, die anno dazumal darauf hingewiesen haben, dass in diesem Hause eine Schaltung falsch ist. Wir haben gesagt: Liebe Kanzlei, wer auch immer dafür verantwortlich ist, ändere das bitte. So kann es nicht sein.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns das jetzt vorzuwerfen – ich sage dazu kein Wort –, das passt nicht zusammen.

Die Verteidigung war nicht gut. Herr Dietzel, Sie haben das Notwendige gemacht. Ich habe eben noch einmal im Internet nachgeschaut. Die Seite ist sauber. Dabei soll es auch bleiben. Machen Sie nicht wieder solche Fehler. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Ich stelle den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Abstimmung. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind SPD, GRÜNE und FDP. Gegenstimmen? – CDU. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend „Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung“ – Drucks. 16/485 –**

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Wer begründet den Antrag? – Michael Denzin.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Mit dem Thema haben wir uns in der letzten Legislaturperiode verschiedentlich befasst. Hier gibt es wahrscheinlich, wie immer, grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen, zumindest zwischen der SPD und uns. Das macht aber nichts. Die Zeit ist reif. Ich zitiere Ihnen § 1 der bundesgesetzlichen Grundlage für das hessische Ausführungsgesetz. Darin heißt es:

Die Landesregierungen werden ermächtigt, für Gemeinden, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass Wohnraum anderen als Wohnzwecken nur mit Genehmigung der von der Landesregierung bestimmten Stellen zugeführt werden darf.

Unter SPD und GRÜNEN wurde dieses Bundesrahmen-gesetz in Hessen immer sehr strikt ausgelegt.

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Denzin, einen Moment. – Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Kollegen Denzin.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Fraktionsvorsitzender, auch für Sie gelten die Regeln dieses Hauses, vor allem die Regeln des Anstandes.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine Damen und Herren, die damalige SPD/GRÜNEN-Mehrheit hielt noch lange, nachdem es entgegenstehende Gerichtsurteile gab, an einer sehr stringenten Lösung fest. Wir haben das in der letzten Legislaturperiode beseitigt. Andere Bundesländer, wie z. B. Rheinland-Pfalz, SPD/FDP-regiert, hatten diese Verordnung schon abgeschafft. Um einem Einwand der CDU zuvorzukommen, haben wir sie nicht gleich vor zwei Jahren bei der letzten Debatte abgeschafft, weil wir dem Wunsch einiger Gemeinden, unter anderem der Stadt Frankfurt, gefolgt sind. Jetzt müssen wir aber feststellen, dass sich dieses Argument nicht mehr halten lässt.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir haben hier keine besondere Gefährdung. In Hessen gibt es unterschiedliche Wohnsituationen. Bekanntermaßen ist der Wohnungsmarkt in Kassel sehr entspannt. In Frankfurt ist er nicht so entspannt. Das wissen wir. Aber das Kriterium der besonderen Gefährdung ist auch in Frankfurt nicht mehr gegeben.

Natürlich gilt dabei auch, dass das Zweckentfremdungs-verbot einen Eingriff in die vom Grundgesetz verbürgte Garantie des Eigentums darstellt. Da das so ist, muss in besonderem Maße geprüft werden, ob der Eingriff verhältnismäßig ist. Diese Prüfung ergibt für Hessen, dass diese Bestimmung keinen Bestand mehr haben kann.

Jetzt könnten zwei Dinge geschehen. Die Regierung könnte von sich aus die Verordnung aufheben. Das muss der Landtag gar nicht beschließen. Da dies noch nicht geschehen ist, fordern wir mit unserem Antrag, dass sie das tut. Dazu gibt es aber auch ein Gesetz. Dieses Gesetz könnte man außer Kraft setzen. Dann müssten natürlich auch die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz außer Kraft gesetzt werden. Denn ansonsten liefern sie ins Leere.

Unser Votum ist Folgendes – ich gehe davon aus, dass die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion dieses Landtags das ähnlich sehen, das habe ich Pressemeldungen entnommen –: Hier muss mit einer unnötigen Einschränkung und einer unnötigen Gängelung Schluss gemacht werden. – Außerdem will ich noch sagen: Es handelt sich auch um eine Bestimmung, die nicht mehr dem Gleichbehandlungsgrundsatz entspricht. Denn die von der Landesregierung bestimmten Ausführungsstellen – das sind die Gemeinden – haben eine sehr unterschiedliche Handhabung. Es wurden schon Beispiele dazu vorgetragen, wie das in der Stadt Frankfurt gehandhabt wurde. Ich will das nicht wiederholen. Auf jeden Fall ist es so: Wenn ein Betroffener oder ein Beklagter dies aufnehmen würde, dann, so glaube ich, würde das auch wegen der mangelnden Gleichbehandlung kippen. Das gilt unabhängig davon, dass dieser Eingriff in die Rechte des Eigentümers nicht mehr gerechtfertigt ist.

Man könnte uns jetzt vielleicht noch sagen, die CDU habe schon durchblicken lassen, dass sie das in Angriff nehmen will, trotzdem habe die FDP-Fraktion jetzt noch schnell einen Antrag dazu gemacht. Das trifft so nicht zu. Nachdem unser Antrag gestellt war, konnte ich zu meiner Freude lesen, dass Herr Kollege Milde angekündigt hat, die Regierung würde genau das Geforderte tun. Das ist gut so. Macht es.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Denzin, vielen Dank. – Es spricht Frau Kollegin Schönhut-Keil für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits der Titel „Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung“ klingt nach Wohnraumbewirtschaftung. Damit klingt das nach Mangelwirtschaft. Ich denke, genau das hat die FDP veranlasst, zu sagen, diese Verordnung brauche man nicht mehr, man brauche keine obrigkeitstaatlichen Regelungen mehr.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Michael Denzin (FDP): Richtig!)

– Das, was ich gesagt habe, war schon in Ordnung. Ich komme gleich zu dem entscheidenden Punkt.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Konklusion, die Herr Kollege Denzin für die FDP daraus zieht, geht nach dem Motto: Das klingt nach Wohnraumbewirtschaftung, das brauchen wir nicht, also weg damit. – So ist es in Ihrem Antrag in einem düren Satz formuliert. Dieser Meinung sind wir natürlich nicht.

Man muss sich schon einmal den Problemen zuwenden, die es in Hessen gibt. Hessen ist ein Land mit hoher Bevölkerungsdichte. Der Bevölkerungsdruck wird sich weiter verschärfen. Denn die Menschen suchen sich logischerweise Arbeitsplätze. Diese sind aber insbesondere im Rhein-Main-Gebiet konzentriert vorhanden. Das heißt, bei uns besteht ein hoher Bedarf an zusätzlichen Wohngebieten. Es besteht aber auch eine Nachfrage an Gewerbe- und Industriegebieten und an Verkehrsflächen. Nicht nur für uns ist natürlich aber auch besonders wichtig, dass wir auch den Frankfurter Grüngürtel erhalten und Naherholungsgebiete ausweisen wollen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Hammann, vielen Dank. – Herr Kollege Denzin, das Problem der Raumplanung kann die Politik nicht alleine an den Markt nach dem Motto delegieren, der Markt werde es schon richten. Viele Menschen, die in diesem Land bezahlbaren Wohnraum in der Nähe ihres Arbeitsplatzes suchen, werden dies auch bestätigen können. Der Markt reagiert darauf, dass der Boden nicht vermehrbar ist. Das wissen alle Eigentümer von Grund. Die Preise für einen Quadratmeter Boden steigen ins schier Unbezahlbare. Steigende Kosten für Grundstücke führen logischerweise zu höheren Wohnungsmieten. Es kann nicht sein, dass es sich nur noch die Wohlhabenden leisten können, in Frankfurt oder in Wiesbaden in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu wohnen.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch Menschen mit mittlerem oder geringerem Einkommen müssen bezahlbaren Wohnraum finden können.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will auf eine weitere Besonderheit hinweisen. Wir alle können an uns selbst beobachten, dass man kaum genug Wohnraum bekommen kann. Die Menschen, die es sich leisten können, leben in immer größeren Wohnungen und Häusern. Sie wissen genauso gut wie ich, dass immer mehr Wohnungen von Singles oder kinderlosen Paaren bewohnt werden. Allen Menschen sei großzügiger Wohnraum gegönnt. Das ist völlig klar. Wir müssen aber auch die Effekte, die ich eben benannt habe, bedenken.

Was ist zu tun? Wir sind der Meinung, dass es auch aus sozialpolitischen Gründen wichtig ist, einzutreten. Herr Kollege Denzin, aus der Stadt Frankfurt haben wir erfahren, dass dort jedes Jahr 400 bis 600 Hinweise auf illegale Zweckentfremdung von Wohnraum eingehen. Wir wissen, dass auch in Frankfurt dringend bezahlbarer Wohnraum gesucht wird. Gleichzeitig stehen viele Büros leer. Wie wir wissen, stehen leider immer mehr Büros leer.

Wir meinen, es ist angesichts dieser Situation den Hauseigentümern zumutbar, bei der Stadt eine Umnutzung von Wohnraum in Büroräum zu beantragen und gegebenenfalls für Ersatzwohnraum zu sorgen. Wir meinen, angesichts dieser Situation ist es den Hauseigentümern ebenso zuzumuten, den Leerstand von Wohnraum dem Wohnungamt gegenüber zu begründen.

Die hier für Frankfurt geschilderte Situation finden wir sicherlich auch in Wiesbaden oder in anderen Kommunen des Rhein-Main-Gebietes vor. Wo in Hessen kein Mangel an Wohnungen besteht, gilt die Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung nicht. Herr Kollege, das wissen auch Sie. Die derzeit geltende Liste der Kommunen, in de-

nen das Verbot der Wohnraumzweckentfremdung gilt, entstammt der erst im letzten Jahr neu gefassten Verordnung. Wenn sich in einzelnen Kommunen der Wohnungsmarkt entspannt, können sie jederzeit von der Liste gestrichen werden.

Wir sind uns mit der FDP darin einig, dass wir unnötige Bürokratie vermeiden wollen. Hier sind wir uns aber nicht einig. Denn hier würde man das Kind quasi mit dem Bade ausschütten.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung. Mit dem Baurecht kann eine Umnutzung des Wohnraums nur dann untersagt werden, wenn diese Umnutzung nicht mit dem geltenden Bebauungsplan übereinstimmen würde. Gegen Leerstand kann die Bauaufsicht gar nichts unternehmen. Im Vergleich zu den Möglichkeiten des Amtes für Wohnungswesen scheinen mir die der Bauaufsicht doch sehr eingeschränkt.

Wahrscheinlich wissen Sie genauso gut wie ich, dass auch die CDU-Fraktion in ihrem Regierungsprogramm geschrieben hat, die Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung solle im Laufe der Legislaturperiode abgeschafft werden. Sie hat das also mit einer zeitlichen Begrenzung versehen. Dies soll im Laufe dieser Legislaturperiode geschehen. Meine Damen und Herren von der FDP, offensichtlich hat auch die CDU bemerkt, dass man das alles nicht sofort und gleich weghauen kann, wie Sie das wollen. Wir sollten in aller Ruhe prüfen, wie die Gesetzgebung modernisiert werden kann. Auch wir GRÜNE möchten Reformen. Das Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt geht davon aus, dass allein in Frankfurt zurzeit 16.000 Wohnungen fehlen. Herr Kollege, diesen Mangel können wir nur mindern, wenn wir auch neue Wege finden, den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Das bedeutet eben nicht, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau komplett zusammenzustreichen, wie Sie das vorhaben.

Das Vorhaben der FDP, die Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung alternativlos zu streichen, lehnen wir aus diesen wohl überlegten Gründen ab. – Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Tarek Al-Wazir und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Milde für die CDU-Fraktion.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Die Worte „Herr Präsident“ sind untergegangen. Deswegen sage ich es noch einmal: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

– Ehre, wem Ehre gebührt. – Zunächst einmal möchte ich der FDP danken. Wir streiten nicht über Zeitpunkte. Die FDP hat mit diesem Antrag die CDU unterstützt. Denn mit diesem Antrag ist eine Passage des Regierungsprogramms noch einmal im Parlament veröffentlicht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will auch das ganz deutlich sagen: Ja, es gibt da gar keine Diskussion. Wir haben das im Regierungsprogramm festgelegt. Wir haben es in der Fraktion bespro-

chen. Wir haben eine Entscheidung getroffen. Diese Verordnung wird aufgehoben werden. Wir werden das zum Jahresende oder zu Beginn des nächsten Jahres machen. Wir werden das durchführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch die Diskussion hier zeigt, dass wir dazu im Übrigen eine Insider-Diskussion führen. Es geht hier um den Begriff der Wohnraumzweckentfremdung. Selbst Experten des Wohnungswesens können schwer zwischen Fehlbelebungsabgabe, Wohnraumzweckentfremdungsverordnung und Wohnraumzweckentfremdungsgesetz unterscheiden. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber es ist ein ernstes Thema. Frau Kollegin Schönhut-Keil, Sie sind ein bisschen locker darüber hinweggegangen. Es gibt auch keine Kausalität zwischen dem sozialen Wohnungsbau und der Wohnraumzweckentfremdung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wohnraumzweckentfremdung ist eine völlig andere Geschichte. Das ist eine Gängelung von Bürgern, die etwas investieren. Sie bauen Wohnungen und investieren in die Wirtschaft. Im Moment brauchen wir mehr Menschen in Deutschland, die investieren, und nicht weniger. Deswegen muss das Gesetz weg.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen halte ich auch den Weg für richtig, die Verordnung zunächst aufzuheben, damit überhaupt keine Diskussion mehr darüber stattfindet, ob sie in irgendwelchen Kommunen noch Anwendung findet oder nicht. Es ist auch so – darauf ist hingewiesen worden –, dass wir jederzeit in der Lage sind, auf veränderte Marktlagen zu reagieren.

Wir sollten es jetzt tun, weil – das hat Kollege Denzin zu Recht angemerkt – der Eingriff in Eigentumsrechte ein schwer wiegender Eingriff ist. Das muss man hier auch einmal deutlich machen. Wenn jemand etwas besitzt und ein Gesetz ihn daran hindert, mit seinem Besitz sinnvoll umzugehen, dann muss es schwer wiegende Gründe dafür geben, dass man so etwas tut. Insofern war das natürlich richtig. Die Bewirtschaftung muss der Sache angemessen sein. Es ist durch keine Statistik belegbar, dass das in der Sache angemessen ist. Es ist in der Ausführung der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung gerade in den Großstädten zu einer massiven Gängelung gekommen.

Wir haben Probleme, wenn sich Hausfrauen aus jungen Familien selbstständig machen und zu Hause ein Gewerbe anmelden wollen. Ich sehe gerade Herrn Kollegen Rhein. Wir haben Probleme, wenn sich Anwälte zu Hause selbstständig machen wollen. Wir haben Ämter dafür geschaffen, die nichts anderes tun, als diese Verordnung zu kontrollieren.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie laufen mit dem Zollstock durch den Keller und messen nach, wie viel Gewerberaum sich dort befindet, der eigentlich Wohnraum sein müsste. Ich muss sagen, dass das nichts anderes ist als Gängelung. Das ist ein maßgeblicher Eingriff in Eigentumsrechte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann möchte ich auch einmal sagen, worum es eigentlich geht. Im Baurecht gibt es die Möglichkeit der Kommunen,

festzulegen, ob es Wohngebiete, Gewerbegebiete oder Mischgebiete gibt. Wenn jemand die Genehmigung hat, in einem Wohngebiet ein Wohnhaus zu bauen, kann er dieses auch gar nicht in etwas anderes umwandeln. Wenn es Mischgebiete gibt, dann ist es durch die örtlichen Kommunalpolitiker so gewollt, dass es dort ein Mischgebiet gibt. Warum soll dann jemand, der ein Gebäude gebaut hat, nicht flexibel auf die Marktlage reagieren? Wenn die Nachfrage nach Gewerberäumen hoch ist, dann muss eben ein Gewerberaum geschaffen werden. Wenn aber die Nachfrage nach Wohnraum hoch ist, dann muss Wohnraum geschaffen werden.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Herr Grumbach, wenn die Statistik ergäbe, dass wir einen massiven Verlust von Wohnraum dadurch hätten, dass er zu Gewerberaum umgewandelt wird, dann würde ich Ihnen Recht geben. Deswegen sage ich: Wenn die Situation eintreten sollte, dass wir am Ende in den Großstädten keinen Wohnraum mehr haben, dann können wir reagieren.

(Gernot Grumbach (SPD): Gehen Sie mal nach Frankfurt!)

– Ich kenne Frankfurt genauso gut wie Sie. Auch in Frankfurt gibt es leer stehenden Wohnraum. Vor allen Dingen gibt es in Frankfurt auch --

(Zuruf von der SPD: Aber warum, Herr Milde?)

– Hören Sie mit der Behauptung auf, das seien Spekulanten, die das extra leer stehen lassen. Das ist wirklich idiotisches Zeug. – Vor allen Dingen gibt es in Frankfurt auch genügend Gewerberaum. Fragen Sie doch einmal Ihre Kollegen, die in der Immobilienbranche tätig sind, wie groß die Gefahr überhaupt ist, dass im Moment massenweise Wohnraum in Gewerberaum umgewandelt wird. Sie können noch nicht einmal mehr eine Gartenhütte in Gewerberaum umwandeln, weil gar kein Bedarf dafür besteht. Warum soll ein Gesetz aufrechterhalten werden, das die Menschen gängelt, wenn die entsprechende Marktlage nicht gegeben ist? Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Deswegen möchte ich hier abschließend Folgendes sagen: Wir wollen die Gängelung beenden. Wir wollen ein Gesetz nur dann, wenn es absolut notwendig ist. Und wir wollen, dass wieder investiert wird. Wir wollen nicht, dass Wohnraumschaffung am Ende durch solche Gesetze verhindert wird. Deswegen muss das abgeschafft werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Milde. – Das Wort hat Herr Kollege Schäfer-Gümbel von der SPD-Fraktion.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Milde und auch Herr Denzin, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das entsprechende Gesetz auf die besondere Situation in den Städten verweist. Nur sollten Sie schon noch die Empirie zur Kenntnis nehmen. Gerade bei Frankfurt am Main haben wir ein Problem. Frau Schönhut-Keil hat darauf dezidiert hingewiesen. Ich

werde dazu gleich noch einmal sehr viel konkretere Zahlen nennen. Dazu komme ich gleich.

(Michael Boddenberg (CDU): Das Problem lösen Sie aber so nicht!)

Die Landesregierung wird mit dem Antrag der FDP aufgefordert, die Verordnung über die Wohnraumzweckentfremdung aufzuheben. Das ist ein sehr kleiner Satz mit einer sehr großen Wirkung. Die entsprechende Verordnung soll – das hat Herr Milde eben ausgeführt, und es stand auch schon in der Zeitung – zum Ende des Jahres aufgehoben werden. Wir halten dies für falsch. Wir werden das in Hessen teuer bezahlen, Herr Milde, ohne eine einzige Wohnung zusätzlich zu schaffen. Denn wir werden das, was Sie jetzt abräumen, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Mietpreis über das Wohngeld reparieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen warnt die Fachwelt genau zu Beginn dieser Woche vor der dramatischen Verknappung von preiswertem Wohnraum. In solch einer Situation setzen Sie jetzt das Signal, dass Sie die Möglichkeit eröffnen, weiter Wohnraum zugunsten anderer Möglichkeiten zu vernichten. Selbst die Landesregierung hat in ihrem Wohnungsbericht 2001 – ich habe ihn extra noch einmal mitgebracht –, damals noch unter der Verantwortung Ihres Wirtschaftsministers Posch, Herr Denzin, prognostiziert, dass wir bis zum Jahr 2010 jährlich rund 25.000 Wohneinheiten zusätzlich brauchen, und zwar trotz des demografischen Wandels und trotz des Bevölkerungsrückgangs. Im Wohnungsbericht wird deziert beschrieben, dass trotz dieser Prognose die Erwartungen insbesondere für Frankfurt schon wieder hinfällig sind, weil der Bevölkerungsrückgang, der einmal prognostiziert wurde, für Frankfurt am Main nicht eingetreten ist. Darüber reden wir als Hauptpunkt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Dazu komme ich noch. – Gerade weil dort gesagt wird, wir bräuchten 25.000 Wohneinheiten mehr, sollte man noch einmal die Zahl der von Ihnen öffentlich geförderten Wohneinheiten daneben legen, und zwar ebenfalls die Zahlen Ihres Ministers – nicht die von irgend jemandem. Danach haben Sie im Jahr 2001 exakt 4.250 Wohneinheiten in Hessen über den öffentlichen Wohnungsbau gefördert. Aber diese Zahl gilt einschließlich der Modernisierungen. Das heißt, dass wir, auch wenn Sie die Modernisierungen als positive Zahlen mit berücksichtigen, in der Gesamtbilanz immer noch eine Lücke von über 20.000 Wohneinheiten haben, die derzeit nicht über den privaten Wohnungsbau aufgefangen werden.

Ich sage es noch einmal: In dieser Zeit, in der Sie selbst prognostizieren, dass wir ein Wohnraumdefizit haben werden, setzen Sie jetzt mit dem Versuch der Aufhebung der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung das Signal, wir hätten in den Städten – insbesondere in Frankfurt am Main – hinreichend Wohnraum.

Da möchte ich die Zahlen von Frau Schönhut-Keil noch einmal aufgreifen. Das rechnerische Wohnungsdefizit beträgt in Frankfurt wegen der besonderen Situation, die Sie beschrieben haben, Herr Denzin, derzeit 16.000 Wohneinheiten. Bis 2010 werden in Frankfurt nach eigenen Prognosen 35.000 Wohneinheiten zusätzlich benötigt.

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Milde?

### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Nein, im Moment nicht.

(Zuruf von der CDU: Später aber!)

– Unter Umständen, wenn die Zeit dazu noch reicht. – Dieser Befund ist von entscheidender Bedeutung, Herr Milde. Wir haben am Rande des Plenums schon einmal darüber geredet. Das nennen Sie „nicht mehr besonders gefährdet“. Damit haben wir in der Tat ein Problem – zumal Ihr Signal auch immobilienwirtschaftlich in der jetzigen Situation völlig falsch ist. Herr Milde hat eben deziert darauf hingewiesen, wie die Büroramsituation in Frankfurt ist.

(Zuruf von der CDU)

Sie eröffnen mit der Aufhebung dieser Verordnung die Möglichkeit, zusätzlich Büroram zu schaffen und Wohnungsraum zu vernichten. Das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf von der CDU: Wo leben Sie denn?)

Herr Milde, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten im Baurecht gibt, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Aber es gibt Bereiche, in denen das Baurecht keine hinreichende Lösung bietet. Das gilt zum einen für die freiberufliche Nutzung des Wohnraums. Sie wird vom Baurecht nicht erfasst. Sie wird insbesondere in den Wohngebieten nicht erfasst. In Mischgebieten ist die freiberufliche – –

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Sie wollen das vielleicht. Wir wollen das nicht. Wir halten es für einen Fehler, in der jetzigen Situation auch noch das Signal zu setzen, wir hätten zu viel Wohnraum.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Ich komme auch sofort zum Schluss. – Auch gegen den Wohnungsleerstand bietet das Baurecht keine Handhabe – schon gar nicht dafür, bei einem Abriss Ersatzwohnraum zu schaffen.

Ich komme nochmals auf die Signalwirkungen zurück. Wollen Sie wirklich die Verordnung aufheben, so bedeutet das, dass Sie den Wohnungsbau in Frankfurt für ausgewogen halten. Dies hat auch Konsequenzen für die mietpreisdämpfende Wirkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz. Für die Nichtfachleute: Dort geht es um Mietpreisüberhöhungen. Die Anwendung dieses Gesetzes wäre nicht mehr möglich, weil es nur bei einem geringen Wohnungsraumangebot überhaupt angewendet werden kann.

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Letzter Satz. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung sind in den letzten zehn Jahren 5.000 Wohneinheiten in Frankfurt erhalten oder zurückgewonnen worden. Mit der Aufhebung sind Sie an dieser Stelle auf dem falschen Weg.

Herr Minister, deswegen bitte ich Sie eindringlich, das zu prüfen. Ich halte Sie für den einzigen Minister in diesem Kabinett, der nicht mit ideologischen Scheuklappen durch die Republik rennt.

(Peter Beuth (CDU): Oh!)

Gehen Sie bitte vorsichtig mit dem Thema um.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zwischenfrage oder Endfrage, das macht ihr besser unter euch aus. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt bin ich ein bisschen enttäuscht, Herr Minister!)

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel, ich denke, weil ich die Kabinettskollegen über lange Jahre kenne, dass ich auch für sie Ihre doch sehr positive Aussage reklamieren darf. Die gesamte Hessische Landesregierung verrichtet ohne ideologische Scheuklappen ihre Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Weil dies so ist, beschäftigen wir uns mit dem Thema Wohnraumzweckentfremdung. Denn dieses Thema gehört zur Agenda dieser Landesregierung. Es ist eben bereits zitiert worden, dass im Regierungsprogramm festgelegt ist, dass die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung im Laufe der Legislaturperiode abgeschafft werden soll. Daran arbeiten wir. Herr Denzin, insofern geht Ihr Antrag mit unserer Intention einig, und wir sind uns in diesem Zusammenhang deshalb auch einig.

Zunächst zur Erinnerung einige wenige Vorbemerkungen. Wir wissen, dass das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum durch ein Bundesgesetz geregelt ist. Zugeleich sind die Länder ermächtigt, entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen, in denen die Anwendbarkeit dieser Regelung, bezogen auf die Gemeinden, vorgeschrieben wird. Dieses Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum gilt nur – das ist die Konsequenz daraus –, in den Gemeinden, die ausdrücklich in der jeweiligen Landesverordnung genannt werden.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde von der Landesregierung der Kreis der Gemeinden eingeschränkt, in denen dieses Verbot noch gilt. Von ehemals 347 Gemeinden gilt dieses Verbot heute lediglich noch in 38 Kommunen – damit wir uns die Dimension vorstellen und bei dieser Debatte entsprechend im Rahmen bleiben.

Nach Überzeugung der Landesregierung ist dieser Eingriff – um einen solchen handelt es sich; das ist eben auch deutlich geworden – in die vom Grundgesetz verbürgte Eigentumsgarantie nur unter besonderen Voraussetzungen zulässig und muss sich im besonderen Maße am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren. Aller-

dings darf nicht übersehen werden – in der letzten Rede klang es manchmal so –, dass der Wegfall dieses Verbotes keinen rechtsfreien Raum schafft, sondern für die Nutzung der Gebäude weiterhin alle bestehenden baurechtlichen Vorschriften gelten. Zum Beispiel ist die Nutzungsänderung einer Wohnung in Büroraum in reinen Wohngebieten nicht erlaubt und nicht zulässig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen deregulieren, und dies ist ein Beispiel dafür, wie man Deregulierung nicht nur buchstabiert, sondern konkret umsetzt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wir arbeiten im Ministerium sehr konkret daran. Derzeit findet die interministerielle Abstimmung statt. In Kürze werden die Kommunalen Spitzenverbände in die Anhörung einbezogen. Dann werden wir auch mit der Stadt Frankfurt über all die Dinge sprechen, die hier notwendig sind.

Ich möchte am Ende meiner Rede auf einen Punkt hinweisen, der heute nicht angesprochen wurde. Wir erfahren immer wieder durch Zuschriften gerade von Mietern in solchen Bereichen, dass sie sehr gerne – das gilt insbesondere für Frauen unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – in ihren Wohnungen, beispielsweise in Mischgebieten, Einrichtungen eröffnen würden, beispielsweise in Pflege- und Heilberufen. Das ist derzeit in Gebieten, in denen das Verbot der Zweckentfremdung gilt, nicht möglich. Wenn wir es streichen, eröffnen wir Dimensionen und Perspektiven für solche Frauen, die uns geschrieben haben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihrem erlernten Beruf weiter voranzutreiben. Das ist ein aus meiner Sicht ein positiver und nicht zu vernachlässigender Aspekt in dieser Debatte.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Voraussetzungen entstehen, dass wir zum Jahresanfang dieses Verbot aufheben können. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Zum Jahresende!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache beendet.

Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag der FDP-Fraktion dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Gibt es unterschiedliche Auffassungen? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass der Ältestenrat jetzt im Sitzungsraum 119 M zusammentritt.

Damit sind wir am Ende der Vormittagssitzung. Ich darf mich bei Ihnen bedanken. Es war ein unterhaltsamer Vormittag. Wir treffen uns zur Weiterführung der Beratung um 14.05 Uhr.

(Unterbrechung von 13.05 bis 14.07 Uhr)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Plenarsitzung fort. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Stellenabbau an hessischen Schulen ist Wahlbetrug – Drucks. 16/678 –**

Dazu werden **Tagesordnungspunkt 31** und **Tagesordnungspunkt 36** aufgerufen:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erneuter Wahlbetrug der CDU im Bereich Bildung – Drucks. 16/684 –**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend keine massiven Kürzungen der Lehrerstellen im Rahmen des Sparprogramms – Drucks. 16/690 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Als erster Rednerin erteile ich der Abg. Hinz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU-Landesregierung ist dabei, mit Unterstützung der CDU-Fraktion, die die absolute Mehrheit im Hessischen Landtag hat, im Bildungswesen einen Wahlbetrug zu begehen, der in seiner Dreistigkeit kaum noch zu überbieten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie von der CDU wollen im nächsten Jahr über 1.000 Lehrerstellen im Haushalt streichen, obwohl die Unterrichtsgarantie bis heute nicht erfüllt ist, obwohl in den Berufsschulen noch immer mehrere Hundert Lehrer fehlen und die Klassen immer größer werden. Warum tun Sie das? Weil Sie den Landeshaushalt in den letzten vier Jahren an die Wand gefahren haben. Sie haben schlicht und einfach kein Geld mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei war doch die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer für Sie das Thema bei zwei Landtagswahlen. Sie haben 1999 versprochen, dass es eine Unterrichtsgarantie in Hessen geben werde. Dafür sollten genügend Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Für die Landtagswahl 2003 haben Sie nochmals 500 Lehrerstellen zusätzlich versprochen. Das heißt im Klartext: Sie haben zwei Wahlversprechen gebrochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den letzten vier Jahren wurden 2.900 Lehrerstellen geschaffen. Sie haben das im ganzen Land als einen besonderen Erfolg propagiert. Wenn aber, wie geplant, von den im nächsten Jahr frei werden den Stellen nur noch 450 besetzt werden, dann fallen 36 % der Stellen wieder weg.

Wir erinnern uns noch gut an die Anzeigen in den überregionalen Zeitungen. „Hessen soll das Bildungsland Nummer eins werden; deshalb werden Lehrerinnen und Lehrer gesucht“ – so war es auf der Homepage des Kultusministeriums zu lesen. Wir erinnern uns aber auch noch gut daran, dass Sie zuerst einmal mehrere Hundert Lehrerinnen und Lehrer in den vorzeitigen Ruhestand geschickt haben, was zu dem aktuellen Kostenproblem beiträgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist es so: Hessen ist nicht das Bildungsland Nummer eins, aber Sie sind die Stellenabbauer Nummer eins. Einen Stellenabbau im Umfang von 1.000 Lehrerstellen hat es in Hessen zwischen zwei Haushalten noch nie gegeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie hat sich die Kultusministerin noch im letzten Jahr anlässlich der Verabschiedung des Haushalts öffentlich geäußert? Sie hat gesagt, die Landesregierung habe von Anfang an der Versuchung widerstanden, den Bildungsberich zum Opfer haushaltspolitischer Sparzwänge zu machen, einer Versuchung, der die rot-grünen Vorgängerregierungen in Hessen in der Zeit vor 1999 vollständig erlegen seien. Meine Damen und Herren, wir haben damals innerhalb von vier Jahren 400 Stellen in der Schulverwaltung abgebaut – aber nicht 1.000 Stellen im unterrichtswirksamen Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Nach Ihrer Klausurtagung haben der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Jung, und der Generalsekretär, Herr Boddenberg, am 12. Februar dieses Jahres die Eckpunkte des Regierungsprogramms vorgestellt. Bildung werde in der Regierungsarbeit der nächsten fünf Jahre Priorität haben, trotz der angespannten Haushaltsslage. Ich frage mich: War der Herr Finanzminister bei Ihrer Klausurtagung nicht dabei, oder hat er geschlafen? Sie haben nach der Wahl auf jeden Fall etwas verkündet, was heute nicht mehr wahr sein soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Mark Weinmeister (CDU))

Am 18. September 2003 hat die Kultusministerin hier behauptet: „Wir werden in Hessen nicht den Fehler machen, am falschen Ende zu sparen. Die Landesregierung wird das in den letzten vier Jahren Erreichte halten und sukzessive weiter ausbauen.“ Das hat die Kultusministerin noch am 18. September 2003 gesagt.

(Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Mark Weinmeister (CDU))

Wo stehen wir im Oktober 2003? Im nächsten Jahr wird es über 1.000 Lehrerstellen weniger geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Mark Weinmeister (CDU))

– Ich verstehe, dass Sie aufgeregt sind. Das wäre ich an Ihrer Stelle auch.

Am 8. Oktober hat Kultusministerin Wolff bekräftigt, es sei notwendig, die „Operation sichere Zukunft“ in Hessen durchzuführen. Das war ein erstaunlich schneller Wandel. Er ist durch einen von Ihnen selbst verursachten Schaden notwendig geworden, denn Sie haben den Landeshaus- halt an die Wand gefahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich einmal zu Ihren Zahlentricks.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sie sorgen für Stagnation und machen uns Vorwürfe!)

Im nächsten Jahr werden voraussichtlich 1.500 Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Durch die Mehrarbeit gewinnen Sie etwa 1.300 Stellen. Es bleibt ein Minus von 200 Stellen. 450 Stellen werden voraussichtlich wieder besetzt. Aber 200 Stellen – im Gegenwert der Kürzungen an den Vertretungsmitteln – fallen wieder weg, womit der rechnerische Gewinn sozusagen aufgezehrt ist.

300 der durch die Mehrarbeit gewonnenen Stellen will die Kultusministerin laut eigener Aussage zur Entlastung der Schulleiter einsetzen. Das heißt, sie werden nicht dem

unterrichtswirksamen Bereich zugute kommen, und das heißt auch, dass der Unterrichtsausfall vorprogrammiert ist. Für den Unterricht werden weniger Stellen zur Verfügung stehen als vorgesehen. Die Mehrarbeit nutzt Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein tatsächlicher Gewinn für die Mangelfächer ist nicht gegeben; denn ein Mehr an Deutschstunden ergibt kein Mehr an Physikstunden. So einfach ist das. Das müsste Ihnen von der CDU eigentlich auch klar sein.

Es ist kein Wunder, dass sich auch die Vorsitzende des Landeselternbeirats, Sibylle Goldacker, von der Landesregierung getäuscht sieht. Auch die Lehrerverbände – von der GEW bis zum Philologenverband – werfen Ihnen vor, das zu vergessen, was Sie noch in der Opposition gefordert haben.

Ich erinnere mich noch gut an die Demonstrationen vor dem Landtag und daran, wie die Mitglieder der CDU bei der Demonstration gegen die Arbeitszeitverlängerung für Lehrer, die wir damals durchgeführt haben, mitgegangen sind.

Interessanterweise sagte die Kultusministerin am 8. Oktober dieses Jahres zu dem Einwand, eine noch längere Wochenarbeitszeit sei schwer zu verkraften, die Arbeitszeiten des öffentlichen Dienstes hätten sich in den letzten Jahrzehnten stetig verringert.

Meine Damen und Herren, die Arbeitszeit der Lehrer ist in den letzten Jahren verlängert worden. Die Arbeitszeit der Lehrer bewegt sich inzwischen rein rechnerisch bei 40 Wochenstunden. Sie waren damals mit uns der Meinung, dass das Ende der Fahnenstange erreicht sei. Was machen Sie jetzt? Sie verordnen Mehrarbeit in einer Größenordnung, wie es sie in den letzten 50 Jahren nicht gegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Getäuscht fühlen sich nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch die vielen Referendare, die Ihren Versprechungen geglaubt haben. Sie sind hierher gekommen, um zu studieren, weil sie Ihren Versprechungen geglaubt haben, dass in Hessen mehr Stellen zur Verfügung stehen und dass sie hier eine echte Chance haben.

Ein Lehrerbedarfsplan wurde herausgegeben. Was nützt jetzt dieser wunderbare Plan, den Sie, als wir an der Regierung waren, immer gefordert haben? Sie können ihn getrost in den Papierkorb schmeißen; die Zahlen sind alle Makulatur.

Im nächsten Jahr werden rund 2.000 Referendare fertig. 450 Referendare werden eingestellt. Das sind nicht einmal 25 %. Das heißt, die Referendarinnen und Referendare werden sich demnächst wieder auf die Stellenanzeigen anderer Länder bewerben dürfen. In Hessen werden sie keine Stelle finden.

(Zuruf von der CDU: Wie viele sind bei Ihnen nicht eingestellt worden? Sie haben die Studenten im Regen stehen lassen!)

Dabei hat die Kultusministerin noch in diesem Jahr gesagt, mit dem Nachwuchs stehe und falle die Verbesserung der Qualität der Schule. Entscheidend sei daher, künftig von jedem Abiturientenjahrgang die Besten dafür zu gewinnen, sich dieser schönen Aufgabe zu widmen.

(Zurufe von der CDU)

Diese Lektion haben die Studierenden und die Abiturienten sicher gelernt: Wenn du dich auf das Wort der Kultusministerin verlassen willst, dann bist du verlassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN lehnen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und die damit verbundene Stellenkürzung ab, und zwar nicht nur, weil die Lehrerinnen und Lehrer schon unter Rot-Grün eine Arbeitszeitverlängerung hinnehmen mussten, sondern auch, weil CDU und FDP, statt sie zurückzunehmen, sogar darauf aufbauen wollen. Aus unserer Sicht sollen die Lehrerinnen und Lehrer nicht auch noch für ihre mehrjährige Vorarbeit bestraft werden.

Dazu muss ich allerdings sagen, dass ich den Antrag der SPD nicht ganz versteh. Im letzten Absatz Ihres Antrags verplanen Sie die Mehrarbeit schon wieder für den Unterricht. Das heißt im Klartext, dass auch Sie für die Arbeitszeitverlängerung sind. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen und deswegen Ihren Antrag ablehnen.

Aber neben der Arbeitszeit ist auch die Unterrichtsqualität tangiert. Heute werden an die Lehrerinnen und Lehrer zwangsläufig ganz andere Anforderungen gestellt als früher. An ihre Tätigkeit werden viel höhere Erwartungen geknüpft: Zusammenarbeit im Team, Zusammenarbeit mit den Eltern, Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, Zusammenarbeit mit Dritten im Rahmen von Ganztagsangeboten, Fortbildung, Arbeit an Schulprogrammen, Fortbildung außerhalb der Unterrichtszeit.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wo liegt das Problem?)

Aber wenn wir die Arbeitszeit noch einmal verlängern und die Unterrichtsverpflichtung noch einmal erhöhen, steht immer weniger Zeit für diese ebenfalls wichtigen Tätigkeiten zur Verfügung. Das heißt, die Unterrichtsqualität wird sich verschlechtern, weil sich die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr mit neuen Methoden auf den Unterricht vorbereiten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch Unfug!)

Wir wollen keine Lehrer, die einfach eine Stunde lang in den Unterricht gehen und irgendetwas erzählen. Wir wollen, dass die Stunde gut vorbereitet ist und gut nachbereitet wird. Dies bedeutet entsprechend mehr Zeit. Wir wissen, dass Ihnen das nicht so wichtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Deshalb ist auch die Kommission zur Neubewertung der Lehrerarbeitszeit aus unserer Sicht nicht mit einem ausreichenden Auftrag versehen. Es reicht nicht aus, zu überlegen, welche Lehrer durch Korrekturfächer stärker belastet sind und deshalb weniger unterrichten müssen. Zur Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer gehören alle die Tätigkeiten, die ich eben genannt habe.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist ganz neu!)

Diese Tätigkeiten müssen daher einbezogen werden, und das muss auch Auswirkungen auf die Unterrichtsverpflichtung haben. Wir werden jedenfalls Vorschläge machen und Eckpunkte dazu vorlegen, wie die Lehrerarbeitszeit künftig neu bewertet werden soll.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Da bin ich aber gespannt!)

Meine Damen und Herren, ein Wahlbetrug läutet die Wahlperiode der absoluten Mehrheit ein. Aber auch schon vorher gab es Versprechen, die Sie nicht gehalten haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Ich erinnere nur an drei Versprechungen. Das Lehrerausbildungsgesetz ist immer noch nicht da. Es wurde mehrfach angekündigt; zuletzt sollte es vor der Sommerpause vorgelegt werden. Wir warten immer noch darauf. Auch die Einrichtung einer Qualitätsagentur wurde mehrfach angekündigt. Bislang ist noch nichts vor ihr zu sehen. Von der Verbindung des vorschulischen mit dem schulischen Lernen ist immer noch nichts zu sehen. Es gibt dazu eine Kommission, die tagt und tagt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mit Kommissionen kennen Sie sich aus!)

Aber wie Sie jetzt mit diesem Wahlbetrug Ihre eigenen Worte Lügen strafen – eine Streichung von über 1.000 Stellen –, ist schon bemerkenswert, vor allen Dingen, wenn man sich erinnert, wie Sie das Motto „Bildungsland Nummer eins“ immer vor sich hergetragen haben. Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Es gibt auch mehr Unterricht, es ist alles hervorragend! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir kriegen doch täglich Protestresolutionen in unglaublicher Anzahl, die wir beantworten. Ich glaube, Sie bekommen die auch.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie schreiben sie doch selber!)

Es glaubt Ihnen doch niemand mehr, dass Sie für Unterrichtsqualität stehen. Es glaubt Ihnen niemand mehr, dass Sie mehr Stellen schaffen wollen, weil Sie hier gerade das Gegenteil machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen Sie sich auch nicht über die Proteste zu wundern, die jetzt über Sie hereinstürzen.

(Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Dr. Norbert Herr (CDU))

Sie haben Erwartungen geweckt, die Sie nicht erfüllen konnten und jetzt erst recht nicht mehr erfüllen können.

Ich möchte Ihnen zum Schluss ein Zitat aus der „FAZ“ vom 04.10. nicht vorenthalten – auf die „Rundschau“ legen Sie in dem Zusammenhang nicht so besonders großen Wert, deswegen lese ich Ihnen aus der „FAZ“ etwas aus dem Kommentar vor –:

(Michael Boddenberg (CDU): Dass Sie die „FAZ“ lesen!)

Daran, dass gespart werden muss, kann es keinen Zweifel geben. Ob das im Bildungssektor so geschehen muss, wie es offenbar geplant ist, darf man bezweifeln. In gewisser Weise ist die Ankündigung, in einem gewiss nicht überversorgten Bundesland auf mehr als 1.000 neue Lehrer verzichten zu müssen, das Eingeständnis eines Scheiterns.

Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Abg. Beuth für die CDU-Fraktion das Wort.

### Peter Beuth (CDU):

Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hinz, Sie haben eben die Frage gestellt, wo wir heute stehen. Wir stehen heute vor drei Anträgen der Oppositionsfraktionen, wobei zwei Antragsteller in diesem Hause – das wissen alle – in acht Jahren alle bildungspolitischen Kompetenzen in diesem Lande verloren haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde darauf gleich zurückkommen. Wo stehen wir denn heute noch? Wir stehen heute hier in Hessen, im Hessischen Landtag, einem Bundesland mitten in Deutschland, das eine grottenschlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene von einer rot-grünen Regierung erlebt, die uns herabnötigt, auf diese furchtbare Finanzentwicklung zu reagieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Das war ein Textbaustein des Finanzministers! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich stelle für die CDU-Fraktion fest, dass es keinen Bruch von Wahlversprechen gegeben hat und keinen Bruch von Wahlversprechen geben wird.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

500 zusätzliche Lehrerstellen werden bis 2008 geschaffen werden. Ich stelle zweitens fest,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die Erde eine Scheibe ist!)

dass es keine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung, sondern eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle drittens fest, dass die Chancen für junge Lehrerinnen und Lehrer in Hessen nach wie vor gut sind. Wir werden auch nächstes Jahr 450 jungen Lehrerinnen und Lehrern eine Anstellung geben können. Wir bedauern dabei, dass es aufgrund der finanzpolitischen Rahmendaten nicht so viele sein können, wie wir uns das selbst wünschen würden.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nach dieser Durststrecke werden wir aber im darauf folgenden Jahr weitermachen, wie wir das bisher gemacht haben, und den vollen Ersatz der Lehrerinnen und Lehrer, die in Pension gehen, herstellen.

(Beifall bei der CDU)

Das Beispiel von Nordrhein-Westfalen im SPD-Antrag kann wohl nicht Ihr Ernst gewesen sein. Dort fehlen Lehrer, und dort fällt Unterricht aus – das ist nicht der Maßstab, den wir für Hessen wählen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie früher in Hessen! – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden auch für Lehrerinnen und Lehrer keine Sonderbehandlung bei der Arbeitszeit vornehmen. Damit täten wir den Lehrerinnen und Lehrern am Ende keinen Gefallen, wenn sie als einzige Gruppe bei der Arbeitszeitverlängerung herausgenommen würden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, ich will Ihnen nur einmal sagen: Das Imageproblem, das Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land haben, haben sie unter anderem Ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder zu verdanken, der sie als „faule Säcke“ bezeichnet hat. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Ablenkungsmanöver, wie peinlich!)

Das Ergebnis zur Neuordnung der Lehrerarbeitszeit werden wir, wenn es denn vorliegt, beraten. Wir können allerdings nicht darauf warten, bis es vorliegt, weil ich schon deutlich gemacht habe, dass wir hier keine Sonderbehandlung vornehmen wollen.

Die finanzpolitischen Rahmendaten der Bundespolitik führen dazu, dass wir ein entsprechendes Sparpaket vorlegen mussten. Frau Hinz, Sie haben überhaupt nicht angesprochen, für wen wir überhaupt die „Operation sichere Zukunft“ machen. Meine Damen und Herren, die „Operation sichere Zukunft“ ist eine Reaktion auf das, was Sie in Berlin anrichten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie dient auch finanzpolitisch der jüngeren Generation von Schülerinnen und Schülern, denen, die das auslößeln müssen, was Sie im Moment in Berlin anrichten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt in den Schulen sind, und diejenigen, die in den kommenden Jahrgängen in die Schulen kommen, sind nämlich diejenigen, die das auslößeln müssen, was Sie in Berlin machen. Sie müssen Zins und Tilgung für das bezahlen, was Sie im Moment dort veranstalten.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind ohnehin in einer Situation, in der wir bereits heute feststellen müssen, dass wir eine Nachhaltigkeitslücke haben, die uns mit der Staatsverschuldung insgesamt, aber auch mit den Ansprüchen, die wir im Renten- und Sozialsystem aufgebaut haben, in den kommenden Jahren erhebliche Probleme bringen wird.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was nutzt das heute den Kindern in der Schule?)

Frau Hinz, unsere Aufgabe als Hessischer Landtag ist, dass wir Schülerinnen und Schüler mit einer guten Ausbildung in die Lage versetzen, zukünftig mit Wachstum und Arbeitsplätzen diese Schulden bezahlen zu können. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass wir heute bereits mit einer sparsamen Haushaltsführung dafür sorgen, dass die Belastungen von uns nicht zu groß gemacht werden.

Meine Damen und Herren, zu den Sparbemühungen als solchen haben Sie hier keinen einzigen Beitrag geleistet. Das will ich auch einmal deutlich machen. In der gesamten Woche der Diskussionen über das eine oder das an-

dere, was aus den Sparbeschlüssen herausgenommen wurde, habe ich weder von Rot noch von Grün in irgend einer Form einen Beitrag gehört, wie wir das finanzpolitische Problem, das Sie in Berlin anrichten, hier in Hessen lösen können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

An der Stelle muss ich auch ein freundliches Wort zur FDP sagen. Sie finden zwar Sparen richtig und sagen, dass wir das gut machen, aber an große Bereiche will man nicht heran, und es sollen Sachen herausgenommen werden. Das geht nun einmal nicht bei dem, was wir an dieser Stelle zu leisten haben. Gleichwohl ist aber nach den Sparbeschlüssen deutlich geworden, dass für die hessische CDU und die Landesregierung die Bildung weiterhin Priorität hat, weil der Bildungsetat ordentlich abgeschnitten hat.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Beuth, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Siebel zu?

#### **Peter Beuth (CDU):**

Am Ende, bitte.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es keine Zwischenfrage!)

Auch wenn die Kollegin Hinz hier vorhin anderes verkündet hat – das hat Ihnen aber vier Jahre lang nichts genützt, und es wird Ihnen auch in den kommenden viereinhalb Jahren nichts nützen –: Wir haben die Unterrichtsgarantie nicht nur in unserem Wahlprogramm angekündigt, sondern wir haben sie auch eingeführt und umgesetzt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Erinnern wir uns einmal daran, was Sie uns hinterlassen haben: 100.000 Wochenstunden Unterrichtsausfall. – Das haben wir beendet.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Wir haben in den letzten vier Jahren 3.000 zusätzliche Lehrer eingestellt. Wir haben mehr Unterricht in der Stundentafel – Frau Kollegin, da brauchen Sie gar nicht so den Kopf zu schütteln –,

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wir haben auch mehr Unterricht in den Stundenplänen, und darauf kommt es bei den Schülerinnen und Schülern an.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben auch mehr Referendarstellen geschaffen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was nutzt denn das jetzt?)

Wir haben dafür gesorgt, dass junge Lehrerinnen und Lehrer ihre Einstellungschance im hessischen Schuldienst haben. Und das darf ich an dieser Stelle auch noch einmal

deutlich machen: Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer unter 35 Jahren ist in den vergangenen viereinhalb Jahren von 4.000 auf über 13.000 mehr als verdreifacht worden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen brauchen wir jetzt keine jungen Lehrer mehr, oder was?)

Der Generationenwechsel, den Sie fordern, hat an den hessischen Schulen längst stattgefunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann lassen Sie uns doch überlegen, wo wir herkommen. Der Kollege Holzapfel ist ja leider nicht da. Zu seiner Zeit waren Lehrer leider eine aussterbende Art, machen wir uns doch nichts vor. Sie haben eben selbst zugegeben --

(Reinhard Kahl (SPD): Da sitzt Herr Holzapfel doch!)

– Wo ist er? – Oh, da hinten, schön.

Sie haben eben selbst zugegeben, wie Sie diesen Stellenabbau betrieben haben. Ich sage, nicht nur den Stellenabbau, sondern den Unterrichtsabbau haben Sie an hessischen Schulen betrieben. So war es nämlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich gebe Ihnen gerne zu – das geben die Zahlen nun einmal nicht anders her –, dass wir im nächsten Jahr ein Problem haben werden, all denjenigen, die aus dem Referendardienst austreten werden, auch tatsächlich eine Einstellungschance zu geben. Aber auch hier erinnern wir uns bitte noch einmal ein paar Jahre zurück: Überlegen Sie einmal, was Sie getan haben. Sie haben Studenten, die das erste Staatsexamen abgelegt haben und für die der Staat mit dem Referendardienst das Ausbildungsmonopol hat, überhaupt nicht die Chance gegeben, ihre Ausbildung abzuschließen.

(Mark Weinmeister (CDU): Zwei Jahre Wartezeit!)

Das war doch ein Skandal erster Güte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben hier ein Jahr Durststrecke, allerdings mit der guten Perspektive danach, vor uns. Das ist deutlich besser als die acht Jahre Dürre in hessischen Schulen, die wir von 1991 bis 1999 erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Trotz des Sparpakets wird es im nächsten Jahr mehr Unterricht geben. Auch das kann man mit den Zahlen, die Sie selbst hier vorgetragen haben, sehr leicht nachrechnen. Es wird mehr Unterricht geben. Der Produktivitätsgewinn, den wir aus der Arbeitszeitverlängerung herausholen, wird eben nicht komplett einkassiert und abgeschöpft, weil Bildung in unserem Land eine besondere Priorität genießt. Von den 1.500 Pensionierungen werden 450 Stellen wieder besetzt werden. Damit stehen dann 315 Stellen mehr zur Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Das ist die wichtige Botschaft, die wir hier verkünden wollen.

Bei den 500 neuen Stellen, die wir bis zum Jahr 2008 schaffen wollen, kommt dann übrigens auch zur Geltung, dass diese 500 Stellen auch 500 Wochenstunden mehr ergeben werden, als wir ursprünglich versprochen hatten – weil eben eine Stunde mehr gearbeitet werden muss.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In den Anträgen sind die Vertretungsmittel angesprochen worden. Ja, meine Damen und Herren, als wenn die Menschen in unserem Lande alles vergessen hätten, was hier vor 1999 los war.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Überlegen Sie einmal, was hier los war. Frau Kollegin Hinz, die Demonstrationen habe ich doch selbst begleitet.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Erinnern Sie sich, wie die Eltern an den Schulen standen, weil eben keine Vertretung zur Verfügung gestanden hat?

(Reinhard Kahl (SPD): Gestern waren die Eltern da!)

Sie hatten einen Etat von, ich glaube, 5 Millionen €, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Den haben wir mehr als versechsfacht. Wir werden auch, nachdem wir die Sparbeschlüsse im Kultusbereich umgesetzt haben, noch das Fünffache von dem an Vertretungsmitteln im Haushalt haben, was Sie uns 1999 hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Hinz, machen Sie doch bitte nicht so eine Gespensterdiskussion hier auf – als ob es irgendeinen Vater oder irgendeine Mutter in unserem Land interessieren würde, wie viele Stellen im Kultusetat stehen. Interessant ist, wie viele Stunden am Ende gegeben werden, ob der Stundenplan erfüllt wird. Das ist das, was die Menschen in unserem Land interessiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Landeselternbeirat redet ganz anders darüber!)

Da werden wir im kommenden Jahr 7.500 Stunden mehr an hessischen Schulen haben – das ist die Botschaft.

Meine Damen und Herren, interessant ist, welche Qualität herauskommt. Da gebe ich Ihnen allerdings Recht. Aber den Unsinn, den Sie vorhin hier vorgetragen haben – die Arbeitszeitverlängerung drücke die Qualität der Arbeit der Lehrer –: Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern. Als ob die sozusagen diese Arbeitszeitverlängerung nur für den Unterricht und nicht auch zur Vorbereitung, Weiterbildung usw. nutzen würden. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber Lehrerinnen und Lehrern, was Sie hier vorhin gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Ahnung!)

Was macht denn noch Qualität aus? Sie haben völlig Recht, das Lehrerweiterbildungsgesetz. Das ist allerdings schon in der Pipeline. Wir werden neue Lehrpläne haben. Wir haben mehr Praxisanteile in den Hauptschulen, Abschlussprofile an Realschulen und Hauptschulen, Sprachkompetenz- und Vorlaufkurse – nur, um Ihnen einmal ein paar Stichworte von dem zu nennen, was wir in den vergangenen Jahren hier erreicht haben und in den kommenden Jahren erreichen wollen. Landesabitur, Vergleichstests, mehr Qualität an hessischen Schulen werden wir erreichen. Verkürzung der Schulzeit. Gestern hat der Staatssekretär Jacobi freundlicherweise noch einmal deutlich gemacht, dass wir in den Jahren 2005 und 2006 mit dieser Schulzeitverkürzung ab Klasse 5 in zwei Etappen beginnen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da für brauchen Sie aber mehr Lehrer, hat die Kultusministerin gesagt, nicht weniger!)

Frau Kollegin Hinz, wir haben auch die Ausweitung der Stundentafel schon geschafft. Wir haben nicht nur den Unterricht gegeben, der in der Stundentafel steht, sondern wir haben die Stundentafel auch erweitert. Das ist das Ergebnis von CDU-Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, am Ende bleibt mir nur, noch einmal deutlich zu machen: Es bleibt bei den Zusagen, die wir den Menschen im Land gegeben haben. Wir werden allerdings dazu eine Finanzpolitik machen, die ihren Namen auch verdient. Wir werden versuchen, das auszugleichen, was Ihre Bundesregierung in Berlin im Moment anrichtet. Schülerinnen und Schüler in Hessen profitieren am Ende doppelt, nämlich mit mehr und besserer Bildung und mit weniger Zins und Tilgung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Habermann für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Priska Hinz, wir bedauern eigentlich, dass die GRÜNEN unserem Antrag nicht zustimmen können. Denn wir haben mit Ihrem Antrag keinerlei Probleme.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir haben uns in unserem Antrag sehr eindeutig gegen die Arbeitszeitverlängerung ausgesprochen. Wir haben allerdings nicht an das Einsehen der Landesregierung geglaubt und deswegen Vorschläge gemacht, was passieren soll, wenn es zu dieser Arbeitszeitverlängerung kommt – nämlich dass dies genutzt werden soll, um die Qualität an den Schulen zu steigern.

Nichts anderes machen übrigens Sie. Denn Sie setzen ebenfalls voraus, dass diese 1.000 Stellen erhalten bleiben sollen. Das kann nur dann der Fall sein, wenn vorher eine Arbeitszeitverlängerung in Kraft getreten ist.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Aber ich möchte noch ein paar Töne zu Herrn Beuth sagen. Herr Beuth, ich stehe hier mitten im Landtag, mitten im Bundesland Hessen. Ich hatte wirklich den Eindruck, dass Sie sich bei dem, was Sie uns hier serviert haben, gedanklich manchmal im Bundestag befanden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Debatte wäre es wirklich sinnvoll gewesen – und ich verstehe, dass es eine sehr schwierige Aufgabe ist, das zu verkaufen, was von dieser Landesregierung beschlossen wurde –, sich nicht auf Vergangenheitsbewältigung, Luftblasen und Textbausteine des Finanzministeriums zurückzuziehen, um davon abzulenken, dass Sie für diese desaströse Finanzpolitik in Hessen verantwortlich sind

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist wohl ein Witz mehr!)

und dass Sie auch für das verantwortlich sind, was in der Bildungspolitik zukünftig hier geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, mit der Streichung von 1.050 Lehrerstellen im kommenden Jahr bricht die Landesregierung eines ihrer zentralen Wahlkampfversprechen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht 500 zusätzliche Lehrerstellen stehen am Ende der Addition für diese Legislaturperiode, sondern – jedenfalls bis 2006 – über 1.000 Stellen weniger.

Der Konsens mit den Lehrkräften, dass es keine zusätzliche Arbeitszeitbelastung geben werde, wird aufgekündigt. Die Ankündigung einer Qualitätsoffensive wird mit diesem Vorhaben zur bildungspolitischen Farce. Denjenigen Schulabgängern, die mit verlockenden Offerten des Kultusministeriums in den vergangenen Jahren ihr Studium begannen, werden die Berufsperspektiven genommen. Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Vorhaben der Hessischen Landesregierung ist an Verantwortungslosigkeit gegenüber Schülern und Lehrkräften nicht zu überbieten. Sie, Frau Kultusministerin, werden auch mit Ihren Appellen an das Verständnis von Eltern und Schulen für Ihren bildungspolitischen Offenbarungseid nicht darüber hinwegtäuschen können, dass sich Ihre schönen Schlagworte von Unterrichtsgarantie und Qualitätsoffensive endgültig in Schall und Rauch aufgelöst haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, ei, ei, Sie lügen doch! Sie wissen es besser!)

Meine Damen und Herren, wenn das Ergebnis nicht so niederschmetternd wäre

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, hören Sie einmal zu –, könnten die Handlungen des Kultusministeriums viel Stoff für eine Satire bieten. Mit der bundesweiten Anzeigenkampagne „Hessen sucht Lehrer“ sorgte Frau Wolff im Dezember 2000 bundesweit für Gesprächsstoff. In verschiedenen Bundesländern wurde der Lehrerklaub beklagt. Die großzügigen Angebote des Hessischen Kultusministeriums, dazu die in Aussicht gestellte Verbeamung bis zum 50. Lebensjahr, gab Verbänden und Regierungen anderer Länder Anlass zur Befürchtung, dass die Unterrichtsversorgung an ihren Schulen in Gefahr sei.

Diese Kampagne hatte auch Auswirkung auf das Verhalten der Abiturienten. Zum Wintersemester 2001 konnte man in der Zeitung für Lehramtsstudierende der Johann Wolfgang Goethe-Universität unter der Überschrift „Chaos an der Johann Wolfgang Goethe-Universität – Lehramtsstudierende sprengen die Kapazitäten“ Folgendes lesen:

(Michael Boddenberg (CDU): Das sind Nachrichten!)

Auch wenn ein Ansteigen der Studienanfänger in den Lehramtsstudiengängen durch die intensive politische Kampagne zu erwarten war, traf es die Universitätsleitung und die Fachbereiche völlig unerwartet. Etwa 1.280 Erstsemester entschieden sich diesen Herbst für ein Lehramtsstudium. Dies sind mehr als doppelt so viele wie im letzten Jahr, und es

werden mehr als doppelt so viele sein, die nächstes Jahr auf der Straße stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sollte aber noch dicker kommen. Im August 2002 gab es eine Neuauflage der Kampagne unter dem Motto „Hessen sucht noch mehr Lehrer“. In den Medien galt Hessen als das Eldorado für Lehrer und Lehramtsstudierende.

(Michael Boddenberg (CDU): Das stimmt aber nicht!)

Jetzt, genau ein Jahr später, nachdem viele Schulabgänger auf die Ankündigungen des Kultusministeriums vertraulich im Studium für ein Lehramt sind, nachdem zurzeit 140 Quereinsteiger im pädagogischen Vorbereitungsdienst ihre neue Qualifizierung für das Lehramt abschließen wollen, nachdem in der gesamten Bundesrepublik Lehrer mit dem Lasso eingefangen wurden und akribisch die Wartelisten abgearbeitet wurden,

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

jagt Roland Koch mit einer gezielten Sprengladung dieses vermeintliche Bildungseldorado in die Luft. Die Kultusministerin verkündet Durchhalteparolen und sucht unter den Trümmern vergeblich nach den Resten ihrer Unterrichtsgarantie und ihrer versprochenen Qualitätsoffensive.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Aber sie hat nicht allein das Vertrauen von Lehramtsstudenten und Quereinsteigern getäuscht, getäuscht wurden auch alle Lehrkräfte im Schuldienst, die sich darauf verlassen haben, dass die Aussagen der hessischen CDU Gültigkeit haben. „Keine zusätzliche Arbeitsbelastung für Lehrer“, war der Konsens, unter dem sich Gewerkschaften und Lehrerverbände noch mit der von Rot-Grün beschlossenen letzten Arbeitszeitverlängerung abgefunden hatten. Weil diese Entscheidung damals von uns verantwortet wurde – dafür brauche ich nicht Ihre Vergangenheitsbewältigung –, sind wir auch heute davon überzeugt, dass der Spielraum für zusätzliche Belastungen damit ausgeschöpft wurde.

Mit der Einsetzung der Kommission zur Neubewertung und Neubemessung der Arbeitszeit hat diese Landesregierung ein längst überfälliges Signal gegeben, Lehrerarbeitszeit unter den veränderten Bedingungen des Schullatags und unter neu zu bewertenden Bemessungsmaßstäben zu untersuchen.

Meine Damen und Herren, diese neuen Ansätze werden durch Ihre Entscheidung jetzt im Keim ersticken. Eine grundsätzliche Neubewertung von Lehrerarbeitszeit wird durch die im Schnellschuss verordnete Arbeitszeitverlängerung blockiert. Die Verbände, die daran mitarbeiten sollen, sind über die Absichten des Kultusministeriums zu Recht empört und frustriert.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion erwartet deshalb, dass die pauschale Arbeitszeitverlängerung ausgesetzt wird, bis die Ergebnisse dieser Kommission vorliegen. Frau Ministerin, da unser Vertrauen in Ihre Einsicht und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Regierungschef nicht allzu groß ist, fordern wir Sie zumindest auf, die Erhöhung der Pflichtstundenzahl zu befristen, bis auf der Grundlage des Ergebnisses der Arbeitszeitkommission Entscheidungen

über eine Neubewertung von Lehrerarbeitszeit getroffen werden können.

In jedem Fall erwarten wir, dass alle durch Arbeitszeitverlängerung rechnerisch gewonnenen Stellen wieder besetzt werden. Jede gestrichene Stelle führt zu zusätzlichen Organisationsproblemen bei der Abdeckung des Regelunterrichts. Jede gestrichene Stelle hat eine kaum zu bewältigende Flut von Abordnungen zur Folge. Jede gestrichene Stelle ist ein Ansprechpartner weniger für Schülerinnen und Schüler an den hessischen Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Strecke bleiben die mühsamen Pflänzchen von Qualitätsentwicklung und -förderung, die Sie ohnehin bisher recht stiefmütterlich behandelt haben. Was nützen an einer Schule fünf zusätzliche Stunden Deutsch, wenn die Fachlehrer in Chemie und Physik fehlen? Was nützen fünf zusätzliche Stunden für Unterricht, wenn für Beratung und Förderung immer weniger Köpfe an den Schulen vorhanden sind? – Alle Ergebnisse aus PISA fallen mit dieser Entscheidung, diese Stellen zu streichen, endgültig dem Rotstift zum Opfer.

In der Landtagsdebatte Mitte August 2001 um den Antrag der SPD betreffend Qualitätsoffensive für Hessens Schulen hat Kultusministerin Wolff in einer Replik auf unseren damaligen bildungspolitischen Sprecher Lothar Quanz bekundet, ihr gefalle sehr, dass der Zusammenhang zwischen Qualität und Lehrerstellen hergestellt werde.

Frau Kultusministerin, heute ist das anscheinend Schnee von gestern. Sonst würden Sie selbst feststellen müssen, dass die Qualität an Hessens Schulen unter der Streichung von Lehrerstellen massiv leiden wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie heute Ihre diesbezüglichen Aussagen selbst nicht mehr ernst nehmen, sorgen Sie zumindest dafür, dass die rechnerischen Stellen bis zu einer Neuregelung der Arbeitszeit besetzt werden und dass sie dann vor allem Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung zugute kommen.

Wir denken, im Bereich der Qualitätsverbesserung gibt es eine Menge zu tun. Diese Stellen könnten für den Ausbau von Ganztagsschulen eingesetzt werden. Sie könnten zur Bildung kleinerer Klassen eingesetzt werden. Sie könnten an Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus Familien mit sozialer Problematik eingesetzt werden. Sie könnten an Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund eingesetzt werden. Und sie könnten für Fördermaßnahmen eingesetzt werden, die allen zugute kommen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit einer solchen Entscheidung für mehr Qualität an den Schulen könnten die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen selbst nach dem Wortbruch dieser Landesregierung noch ein Stück an Motivation für ihre Arbeit zurückgewinnen.

Frau Kultusministerin, Ihr Regierungschef hat sich eine recht militärisch anmutende Bezeichnung für seinen finanzpolitischen Offenbarungseid ausgesucht: „Operation Zukunft“. Die so genannte Operation Zukunft wird auch in der Bildungspolitik dafür sorgen, dass kein Stein auf dem anderen bleibt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, ei, ei!)

Frau Ministerin, Ihnen bleibt die Rolle der Berichterstatterin an der Front, die die Kollateralschäden an der hessischen Bildung als Erfolge der Politik der Landesregierung verkauft.

(Beifall bei der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wenn ich das höre!)

Ihre Politik ist in zentralen Aussagen der Unterrichtsgarantie und der versprochenen Qualitätsgarantie gescheitert.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Es wird Ihnen nicht gelingen, aus den Trümmern neue Luftschlösser zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere Sie deshalb auf, Ihre Entscheidung noch einmal zu bedenken.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Henzler für die FDP-Fraktion das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt wird die Doris mal die Wahrheit sagen! – Gegenruf der Abg. Dorothea Henzler (FDP): Ich sage immer nur die Wahrheit!)

### **Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Beuth, es ist bekannt, dass absolute Mehrheiten bei Parteien und auch Fraktionen und Regierungen im Laufe der Zeit zu einem bestimmten Realitätsverlust führen. Ich muss Ihnen sagen: Bei Ihnen ist dies sehr schnell gegangen.

(Horst Klee (CDU): So lange sind wir noch gar nicht im Amt!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie haben behauptet, hier würde nur geschimpft, hier würden keine kreativen Vorschläge gemacht, hier würde nur das Sparen kritisiert. Sie haben die FDP einbezogen. Auch wir hätten keine konkreten Sparvorschläge. – Vielleicht hätten Sie vor den Sommerferien einmal die Zeitung lesen sollen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn alles stimmt, was in der Zeitung steht, Frau Kollegin!)

Die FDP ist mit einem 45-Punkte-Programm durch die Lande gezogen und hat damit die Landesregierung sehr schnell in Zugzwang gebracht. Wir haben Dinge genannt, die man kurzfristig machen kann, und wir haben gesagt, wie man langfristig sparen kann. – Wir bemängeln bei Ihnen, dass die Langfristigkeit fehlt. Dies gilt insbesondere für die Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen erst einmal noch etwas Nettes sagen. Im April 1999 ging durch Hessen ein Ruck. Da war Aufbruchsstimmung zu verspüren. Es gab einen Regierungswechsel. CDU und FDP haben die Regierung übernommen. Es gab eine neue Koalition. Wir haben gesagt: Bildung hat in unserer Arbeit erste Priorität. Wir haben ein gemeinsames Ziel gehabt; das haben wir auch formuliert. Wir wollten Hessen zum Bildungsland Nummer eins ma-

chen. Ich denke, wir sind vier Jahre auf diesem Weg hervorragend vorangeschritten.

(Beifall des Abg. Dr. Norbert Herr (CDU))

Wir haben hart daran gearbeitet, und alle anderen Resorts haben diesem einen Ziel Opfer gebracht.

Lassen Sie mich jetzt ein paar Zahlen nennen, die Sie, Frau Hinz, etwas schräg dargestellt haben. 1999 gab es 1.600 Pensionierungen. Alle ausgeschiedenen Lehrer wurden ersetzt. – Im Jahr 2000 gab es 2.300 Pensionierungen, und zwar nicht weil wir die Lehrer frühzeitig in Pension geschickt haben, sondern weil sie sich frühzeitig in Pension gemeldet haben, da dies damals nach der bundesgesetzlichen Regelung noch ohne Abstriche ging.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Aufforderung der Kultusministerin!)

Alle 2.300 Lehrer wurden ersetzt. – Im Jahr 2001 gab es 1.600 Pensionierungen. Alle Lehrer wurden ersetzt. – Im Jahr 2002 gab es 1.600 Pensionierungen. Alle Lehrer wurden ersetzt. – Im Jahr 2003 wurden 1.500 Lehrer pensioniert, die alle noch in diesem Jahr ersetzt wurden. – Das macht 8.600 plus 3.000 Neueinstellungen. Das sind 11.600 neue junge Köpfe an den Schulen in Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das bedeutet für die Schulen: Das Lehrerkollegium ist endlich im Alter gemischt. Neue Ideen und neue Unterrichtsformen kommen an die Schulen. Die Teamarbeit, die wir bei den Lehrern immer anmahnen, haben die jungen Lehrer aus der Universität mitgebracht. Es weht frischer Wind an den Schulen. Wenn Sie die Schulen in den letzten Jahren besucht haben, hieß es: Uns geht es eigentlich gut. Wir haben genügend Lehrer. Wir haben auch genügend junge Lehrer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Für dieses Ziel haben wir regelrecht Jagd auf Lehrer gemacht. Ich kenne noch die Karikatur von Frau Wolff mit einem Lasso in der Hand. Sie hat überall Lehrer eingefangen, wo sie sie bekommen konnte. – Wir haben für diesen Beruf geworben. Wir haben es in Hessen endlich fertig gebracht, dass der Beruf des Lehrers einen hohen Ankerkennungswert hat, den ihm andere abgesprochen haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben massiv für Seiteneinsteiger getrommelt, die wir insbesondere an den beruflichen Schulen gebraucht haben.

Meine Damen und Herren, das hat gewirkt, und zwar sehr gut. Wir haben jetzt an den Universitäten in Hessen über 13.000 Lehramtsstudenten. Die kommen irgendwann auf den Markt und wollen dann Plätze im Referendariat und an der Schule haben. Wir haben momentan 4.500 Referendare im Vorbereitungsdienst. Davon haben in diesen Monaten 1.000 ihr Examen gemacht. Was aber wartet jetzt auf sie? – Auf sie wartet jetzt höchstens noch ein BAT-Vertrag bis zum 1. Februar, meistens nur mit einer halben Stelle. Da sie wissen, dass dann Schluss ist, müssen sie sich nach den neuen Hartz-Gesetzen frühzeitig beim Arbeitsamt als von Arbeitslosigkeit bedroht melden. – Das wartet jetzt auf diese jungen Menschen in Hessen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre „Operation sichere Zukunft“ sollten Sie lieber „Operation arbeitslose Lehrer“ nennen. Ich sage Ihnen noch einmal klar und deutlich eines: Wenn wir noch in dieser Koalition wären, dann hätte es das nicht gegeben. Wir hätten das zu verhindern gewusst.

(Beifall bei der FDP – Horst Klee (CDU): Das ist nicht unsere Schuld!)

Dann kommen folgende Meldungen, von denen Frau Hinz schon eine zitiert hat: „Wir werden nicht den Fehler machen, am falschen Ende zu sparen.“ Der Herr Ministerpräsident: „An der Bildung wird nicht gespart.“ Wenn man überall sparen muss, auch an der Bildung, dann darf man nicht nach außen so tun, als spare man nicht auch an der Bildung.

Erst auf genaue Nachfrage im Kulturpolitischen Ausschuss kam heraus, dass nur noch 30 % der Stellen der 1.500 im kommenden Jahr in Pension gehenden Lehrer wieder besetzt werden. Das bedeutet: Im nächsten Jahr gibt es nur noch 450 Neueinstellungen. Nach Aussage der Berufsschulen fehlen dort mindestens 300 Lehrer. Sie sind jetzt vorhanden, da die Ausbildung für diesen Bereich verstärkt worden ist. Das heißt, man könnte sie einstellen. – Dann bleiben noch 150 Stellen übrig. Diese sind dann für die Mangelfächer, wie Musik, Englisch oder Physik. Alle diejenigen, die andere Fächer studiert haben, bleiben draußen vor der Tür und haben im nächsten Jahr überhaupt keine Chance, in den Schuldienst übernommen zu werden. Bei den Grundschullehrern sieht es ganz schlecht aus.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich erinnere mich daran, dass wir von 1991 bis 1999 – ab 1995 hatte ich die Ehre, dabei zu sein – in der Opposition waren. Was haben wir die rot-grüne Landesregierung und ihren Kultusminister mit der Forderung nach einem Einstellungskorridor vor uns hergetrieben. Wir haben immer gesagt: Es kann nicht sein, dass der Schweinezyklus bei den Lehrern weiterhin existiert,

(Beifall bei der FDP)

dass die Besten, die von der Universität kommen, arbeitslos werden und dass die Lehrergeneration in der Schule völlig überaltert, dass der Mittelbau völlig fehlt und irgendwann ein Rundumaustausch kommt, wenn die alten in Pension gehen und dann nur noch junge Lehrer da sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben immer sehr deutlich gesagt: Es muss an den Schulen eine Mischung zwischen jungen und älteren Lehrern geben, damit die älteren von den jungen die Ideen übernehmen können und die jungen bei den älteren lernen können. Dieses Versprechen, das wir damals in der Opposition und vier Jahre lang in der Regierung gegeben haben, ist nun gebrochen worden. Das ist ein Verrat an den jungen Leuten, die wir in den Beruf gelockt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fordert die FDP eindeutig – wir sind auch hier wieder die erste und einzige Fraktion, die ein vernünftiges Konzept zur Lösung dieser Probleme vorgelegt hat; auch wir sagen, es muss gespart werden –, dass bei den 1.500 Lehrern, die jährlich in Pension gehen, mindestens 1.000 Stellen für einen Einstellungskorridor zur Verfügung stehen, damit wir wenigstens die Besten von der Universität

an die Schulen bekommen, damit sie uns nicht irgendwohin wegläufen und wir sie später nie mehr wieder finden werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik. Was ich zwölf Jahre verkündet und gefordert habe, kann ich nicht mit einem Federstreich nehmen.

Es gibt eine große Gegenrechnung des Kultusministerrums. Pro Lehrer eine Stunde mehr macht rechnerisch 1.300 Stellen. Davon sollen 300 Stellen als Deputatstunden an den Schulen bleiben, und 1.000 Stellen sollen dem Unterricht zugute kommen. Sogar noch in der Veranstaltung „ring frei“ in dieser Woche beteuerte Frau Wolff, es werde sich null auf null rechnen; diese Rechnung werde aufgehen. – Ich sage ganz klar: Es bringt vielleicht keine Verschlechterung – obwohl ich auch das nicht glaube –, aber von Qualitätsgarantie, die in dieser Legislaturperiode eigentlich angegangen werden sollte, ist überhaupt keine Rede mehr.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem wird diese Rechnung nicht funktionieren. Ein Deutschlehrer ersetzt auch mit einer Stunde mehr keine Mathematikstunde, ein Sozialkundelehrer ersetzt keine Physikstunde. Wenn Sie das einigermaßen umsetzen wollen, wird das dazu führen, dass Sie, je nach Fachbedarf, Abordnungen ohne Ende haben werden. Das mag in einer Großstadt wie Frankfurt, wo die Schulen relativ nah beieinander sind, vielleicht noch gehen. Im ländlichen Raum sieht es dann so aus, dass der Lehrer jeden Tag an einer anderen Schule unterrichtet. Das halte ich nicht für eine Qualitätssteigerung.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder fachfremder Unterricht!)

Bei den Grundschulen wird es noch schlimmer aussehen. Grundschullehrerinnen zwischen 35 und 50 Jahren werden zukünftig 30 Stunden in der Woche unterrichten. Das sind 6 Unterrichtsstunden pro Tag. Sagen Sie doch einmal, wen sie unterrichten sollen. Die Kinder haben doch nur 25 oder 27 Unterrichtsstunden in der Woche. Was machen Sie dann mit den Unterrichtsstunden der Lehrer an der Schule? Heißt das, dass die einen Kinder von 8 bis 12 Uhr Unterricht haben und die anderen von 12 bis 16 Uhr, damit Sie die Lehrerunterrichtsstunden richtig verteilen können? – Das funktioniert hinten und vorne nicht. Kleinere Grundschulen, die nur acht Klassen haben, brauchen acht Köpfe, weil sie acht Klassenlehrer brauchen. Ihr Konzept geht so nicht auf. Diese Rechnung wird eine Milchmädchenrechnung sein.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Schule ist keine Fabrik, und Lehrer sind keine Fabrikarbeiter. Kinder sind keine Produkte. Deshalb ist der Begriff „Produktionsgewinne“ in diesem Fall völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nicht Unterrichtsstunde gleich Unterrichtsstunde rechnen, weil es viele unterschiedliche Fächer gibt. Ich kann auch nicht Lehrerstellen gleich Köpfe rechnen, weil Köpfe etwas anderes sind als Lehrerstellen; denn Lehrer geben sehr viele unterschiedliche Unterrichtsstunden. In vielen Klassen werden die Köpfe und nicht nur die

Stunden gebraucht. Diese Umrechnerei, bei allem guten Willen aller Beteiligten, funktioniert nicht. Deshalb haben wir auch da einen anderen Vorschlag gemacht: 500 Stellen sollen dem Unterricht zugute kommen, damit ein Stück weit ein Ausgleich passiert, und 800 Stellen sollen als Deputatstunden an die Schulen zur eigenen Verwendung gehen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dort könnten sie dann den Ausgleich für die Schulleitung nach Beschluss der Gesamtkonferenz in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt durchführen. Sie könnten aber auch besondere Fördermaßnahmen einführen. Schulgruppen könnten geteilt werden. Es könnte zusätzliche Nachmittagsangebote geben. Dadurch würde die Schule in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden. Denn sie könnte über diese Unterrichtsstunden selbst verfügen. Sie muss sie für die Qualitätsverbesserung einsetzen. Damit würde das Versprechen eingehalten, das wir für diese Legislaturperiode abgegeben haben, das besagte, dass wir für eine Verbesserung der Qualität sorgen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Mir geht es jetzt um die praktische Umsetzung. Franz Josef Jung hat uns vorhin vorgeworfen, das würde zu mehr Bürokratie führen. Ich werde Ihnen jetzt einmal sagen, was die praktische Umsetzung dieser zusätzlichen Unterrichtsstunde an Bürokratie auslöst.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ich habe von Stellen gesprochen!)

– Sie haben von Bürokratie gesprochen. – Alle Schulen müssen jetzt erst einmal erfassen, welche Lehrer sie mit welchen Unterrichtsstunden und mit welchen Fächern an ihrer Schule eigentlich haben. Es ist einzusehen, dass die eine Stunde mehr für Lehrer, die Vollzeit unterrichten, nicht problematisch ist. Bei Lehrerinnen und Lehrern, die aber nur Teilzeit arbeiten, wird das schon schwieriger. Die können sich nämlich entscheiden, ob sie den Anteil dieser einen Schulstunde mehr arbeiten oder ob sie dem Anteil an dieser einen Stunde entsprechend lieber weniger Geld haben wollen. Dann würden sie so viel arbeiten, wie sie bisher auch gearbeitet haben. Sollten sie sich dafür entscheiden, weniger Geld zu bekommen, stimmt die Gegenrechnung mit den mehr vorhandenen Stunden und Stellen sowieso nicht. Sollten sie sich aber dafür entscheiden, meinetwegen 0,2 Stunden mehr Unterricht zu geben, dann muss die Schule durchrechnen, was sie mit diesen Anteilen an Unterrichtsstunden noch macht.

Der dafür anfallende Verwaltungsaufwand ist enorm. Wenn dann die Lehrer an die Schulen nicht passen und die Schulen diese Stellen nicht unterbringen können, diese Lehrer aber möglicherweise an anderen Schulen passen würden, dann können die Schulen die Lehrkräfte untereinander austauschen, damit diese Gegenrechnung hinterher irgendwie stimmt und alle Unterrichtsstunden auch wirklich ausgenutzt werden. Dadurch werden die Schulen mit viel neuer Arbeit, einem erheblichen Aufwand an Organisation und viel Bürokratie belastet.

Wir haben den Schulen gerade in den letzten vier Jahren schon eine ganze Menge zugemutet. Wir haben es ihnen zu Recht zugemutet. Das sage ich ganz deutlich. Wir haben die Reform der Oberstufe angestoßen. Die Abschlussprüfungen werden jetzt kommen. Wir haben für die Entwicklung der Schulprogramme gesorgt. Wir haben die Schulzeit verkürzt. Wir haben die Ganztagsangebote und die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer aus-

geweitet. Die Schulen und auch die Schulämter – Letztere sind jetzt auch noch mit der Einführung von SAP belastet – sagen: Lasst uns endlich einmal in Ruhe arbeiten, lasst uns endlich einmal in Ruhe den Unterricht durchführen, damit wir für die Qualität des Unterrichts sorgen und die Qualität des Unterrichts verbessern können. – Das, was jetzt an Bürokratie und Neuorganisation auf sie zu kommt, ist wirklich nicht das Wahre. So lässt sich die Qualität nicht verbessern.

Man kann dumm kürzen. Man kann intelligent sparen. Wenn Sie den Vorschlägen der FDP folgen würden, dann würden Sie intelligent sparen und trotzdem noch die Qualität des Unterrichts an Hessens Schulen verbessern.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Staatsministerin Wolff für die Landesregierung das Wort.

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema, das wir heute miteinander besprechen, ist mit Sicherheit kein einfaches. Aber das zu besprechen ist notwendig.

Man kann natürlich sagen, man hätte vor der Sommerpause ein eigenes Finanzierungskonzept vorgelegt. Kurz vor der Aufstellung des Entwurfs für den nächsten Haushalt, der mit dem Ziel verbunden ist, verfassungsgemäß zu sein, ist es natürlich notwendig, die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, damit man einen solchen aufstellen kann. Das ist die Aufgabe. Das bedeutet, dass man nicht das tun kann, was die Vertreter aller drei Oppositionsfaktionen getan haben. Sie sind von einer Veranstaltung zur anderen gegangen und haben gesagt: Nein, im Sozialbereich darf es auf keinen Fall Kürzungen geben; nein, bei den Regierungspräsidien darf es nicht zu so scharf einschneidenden Maßnahmen kommen; die Beamten so zu belasten, das ist überhaupt erst die richtige Katastrophe. Hinsichtlich des Bildungsbereichs sagten sie, diese Maßnahmen dürfen nicht gemacht werden. Sie sagten, auf keinen Fall dürfe es zu weniger Investitionen kommen.

(Manfred Schaub (SPD): Ihr zeigt immer nach Berlin!)

Man erhält dann einen Strauß an unmöglich durchzuführenden Maßnahmen. Dabei würde aber dann das Aufstellen eines verfassungsgemäßen Haushaltsgesetzentwurfs vollkommen auf der Strecke bleiben. Das können wir in dieser Form nicht machen. Wir haben den Haushalt nämlich zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

1 Milliarde € gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Haushalts-Soll einzusparen ist kein Kinderspiel. Das geht auch nicht ohne Schmerzen. Deshalb ist auch das, was wir heute miteinander zu beraten haben, nicht schmerzfrei. Es wäre töricht, so etwas zu behaupten. Aber es ist notwendig, dass wir die entsprechenden Maßnahmen machen.

Nachdem ich mir die Aussagen der Mitglieder der SPD und der GRÜNEN angehört hatte, musste ich mich etwas fragen. Gestern Abend konnte man Sie auch in der „hessenschau“ sehen. Es war beim Abmarsch zu sehen, wie Sie

so schön rote Karten während der Demonstration hochhielten.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir halten nie rote Karten hoch!)

– Das mit den roten Karten waren die Mitglieder der SPD.  
– Ich glaube nun wirklich nicht, dass die Menschen es für glaubwürdig halten, dass ausgerechnet Sie gegen die Maßnahmen protestieren, die diese Regierung aufgrund ihrer Verantwortung für dieses Land durchführen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Manfred Schaub (SPD): Sie und Glaubwürdigkeit, das „passt zusammen“!)

Ihre Glaubwürdigkeit ist wirklich eingeschränkt. Das, was Sie jetzt als Kollateralschaden bezeichnet haben, geht darauf zurück, dass Sie eine Trümmerlandschaft hinterlassen haben. Wir haben da wieder aufgebaut. Das wissen die Leute sehr genau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, was haben Sie denn vor zehn Jahren gemacht? Sie sagen jetzt, Sie hätten damals auch schon etwas gemacht. Das wissen wir. Das war auch gut so. Sie haben aber auch etwas viel Schlimmeres gemacht. Sie haben eine Gruppe der Beamten, nämlich die Lehrer, herausgegriffen. Sie haben sie isoliert und gesagt: Die haben nicht genug zu arbeiten, deswegen müssen sie eine Stunde mehr unterrichten. – Obendrein haben Sie dann auch noch die Stundentafel gekürzt. Das war doch das, was in den letzten Jahren Ihrer Regierung geschehen ist. Das wissen die Leute noch sehr genau. Sie wissen, dass die Lehrer isoliert wurden und dass sie allein die Buhmänner und -frauen dieses Landes waren. Das vergessen sie nicht. Parallel dazu wurden auch Stellen abgebaut. Das geschah nicht zugunsten der Verwaltung. Vielmehr wurden diese 400 Lehrerstellen einfach abgebaut. Auch das wissen sie noch. Sie wissen auch noch, dass die Stundentafel erstens gekürzt und zweitens dann auch noch nicht erfüllt wurde.

Natürlich knirschen die Lehrerinnen und Lehrer im Moment mit den Zähnen. Es wäre doch absolut töricht, wenn sie nicht auch Briefe schreiben würden. Die Gesamtpersonalräte und die Schulpersonalräte schreiben solche Briefe. Wo kämen wir denn hin, wenn die Verbände nicht protestieren würden? Das ist völlig normal und verständlich. Aber sie wissen auch Folgendes. Das wird mittlerweile in etlichen persönlichen Gesprächen, in Briefen und in Äußerungen mancher Verbände versichert. Da wird gesagt: Im Verhältnis dazu, dass Beamte demnächst dreieinhalb Stunden werden mehr arbeiten müssen, sind wir von dieser Landesregierung nicht unfair behandelt worden. – In dieser Situation kann man nun wirklich nicht mehr verlangen, auch wenn die Lehrerinnen und Lehrer sicherlich mit den Zähnen knirschen werden.

Die Lehrerinnen und Lehrer werden sich über die Solidaritätsbekundungen der Mitglieder der Oppositionsfraktionen, und hier insbesondere die der SPD und der GRÜNEN, ganz und gar nicht freuen. Denn diese Solidarisierung ist und bleibt hohl.

Schauen wir uns doch einmal an, was der Fraktionsvorsitzende der SPD gesagt hat. Er hat während der ersten Beratung während der letzten Plenarsitzungsminute dazu gesagt: Jawohl, auch wir von der SPD hätten bei den Beamten etwas gemacht. – Das hat er so auch in Interviews gesagt. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass er dabei zwischen Beamten und Lehrern unterschieden hätte? Dafür, dass er es nicht getan hätte, spricht auch der Antragstext

der Fraktion der SPD. Frau Hinz hat zu Recht gesagt, dass die SPD bei den in ihrem Antrag erhobenen Forderungen diese Erhöhung der Arbeitszeit bereits einkalkuliert hat. Sie will diese Mehrarbeit natürlich auch kassieren und als Wohltat verteilen. Sie müssen sich nun entscheiden: Sind Sie gegen die Erhöhung der Arbeitszeit, oder wollen Sie Wohltaten verteilen? – Beides zusammen geht nicht. Damit kommen wir wieder zum Thema Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Ihrem Antrag haben Sie auf Nordrhein-Westfalen verwiesen. Was passiert denn da? – Das ist nämlich kein Kunststück. In Nordrhein-Westfalen ist die Situation hinsichtlich des Unterrichtes so, wie sie in Hessen war, als wir vor viereinhalb Jahren die Regierung übernommen haben. Damals fiel der Unterricht strukturell und in einem riesigen Ausmaß aus.

Was wird in Nordrhein-Westfalen gemacht? Dort wurde versprochen, zusätzliche Stellen im Haushalt zu schaffen. Diese „zusätzlichen Stellen“ werden dort jetzt durch Mehrarbeit erzielt. Denn auch dort werden die Lehrerinnen und Lehrer ab dem nächsten Jahr eine Stunde mehr unterrichten. Aber nicht nur das wird der Fall sein. Vielmehr werden die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen ab dem nächsten Jahr auch über ihren 65. Geburtstag hinaus arbeiten.

(Mark Weinmeister (CDU): Dort gibt es keine Altersstaffelung!)

Was passiert in diesem Bereich noch? – Man muss sich wirklich einmal anschauen, was in Nordrhein-Westfalen noch zusätzlich passiert. Man muss sich nämlich die Frage stellen, was passiert, wenn man den Haushalt so gegen die Wand fahren lässt und nicht rechtzeitig gegensteuert. Dann passiert z. B. Folgendes: In Nordrhein-Westfalen werden im Jahr 2004 bei der Weiterbildung 11,7 Millionen € gestrichen werden. Nordrhein-Westfalen wird im nächsten Jahr Mittel in Höhe von 5 Millionen € für die Ersatzschulfinanzierung streichen. Das ist übrigens etwas, was zu tun Sie uns indirekt in einer Ausschusssitzung auch schon vorgeschlagen haben. Frau Ypsilanti hat gesagt, beim Sozialetat solle man weniger sparen, dafür könne man durchaus etwas bei den Privatschulen machen. In Nordrhein-Westfalen werden also Mittel in Höhe von 5 Millionen € im nächsten Jahr und in Höhe von 15 Millionen € im übernächsten Jahr gestrichen werden. Die Mittel für Bildung in Kindertagesstätten werden für das nächste Jahr um 50,7 Millionen € und im übernächsten Jahr um 75,1 Millionen € zusammengestrichen werden. Wer angesichts der Situation dieses anderen Landes noch sagt, die Maßnahmen in Hessen seien besonders hart, der muss wirklich auf einem anderen Stern leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann schaue ich mir an, wie es etwa mit dem neuen Haushalt aussieht, den wir alsbald miteinander beraten werden. Da werden die Ausgaben für Schulen doppelt so stark ansteigen wie der Gesamthaushalt. Sie werden den Anteil von 17 % erstmals überschreiten. Wie sieht das denn in Nordrhein-Westfalen aus? – Da gibt es ungefähr die gleiche Steigerungsrate des Gesamthaushalts und des Haushalts für Bildung. Und beides liegt noch deutlich zu hoch in der Gesamtverschuldung.

Wie sieht es im Bund aus? – Im Bundeshaushalt haben wir einen Rückgang von 1,8 % für Bildung – insbesondere im Bereich von Hochschule und Forschungsförderung. Wie halten wir es denn nun mit der Priorität „Bildung“ ange-

sichts solcher Zahlen, die schwarz auf weiß vorliegen und in diesen Wochen beraten werden?

(Zuruf von der CDU: Eine gute Frage!)

Dann gibt es immer diese tolle Aussage, der Haushalt sei so schlimm an die Wand gefahren und aufgeblasen worden. Manche erdreisten sich dann auch noch, auf der anderen Seite zu sagen, bei den Lehrern würde jetzt zu viel gespart, und der Aufbau der Lehrerstellen sei daran schuld, dass dieser Haushalt platzt. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben, im Bereich der Lehrereinstellung Geld zur Verfügung zu stellen, und zwar in einem ausreichenden Ausmaß von 2.900 Stellen. Das bedeutet für den Haushalt zusätzliche 152 Millionen €, die ausgegeben wurden. Aber auf der anderen Seite wurden im Personalbereich 185 Millionen € eingespart, um dies leisten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der entscheidende Schwerpunkt, den wir gesetzt haben und bei dem es in Zukunft auch bleibt. Insgesamt sind die Personalkosten im Haushalt allerdings um 750 Millionen € angewachsen. Das ist wirklich der Punkt, an dem wir ansetzen müssen. Wenn die Gesamtverschuldung – das darf ich noch einmal auf einer Folie aufzeichnen – von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 1999 noch 26,9 Milliarden € betrug und wir in diesem Jahr aller Voraussicht nach auf 80 bis 90 Milliarden € kommen werden – Länder, Bund und die Kommunen gemeinsam –, dann ist in der Tat ein Handlungsbedarf angezeigt, und davor können wir uns auch in diesem Bereich nicht wegducken.

Natürlich macht es keinen Spaß, in diesem Bereich die Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich zu belasten. Wir tun dies bis zum Alter von 50 Jahren mit einer Stunde und im Alter zwischen 50 und 60 Jahren mit einer halben Stunde. Lehrer, die älter als 60 Jahre sind, belasten wir gar nicht mit zusätzlichen Stunden. Aber diese Landesregierung hat auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder arbeiten konnten und nicht unter den Belastungen arbeiten mussten, wie es die ganzen Jahre hindurch der Fall war.

Da loben selbst GRÜNEN-, SPD- und GEW-Funktionäre, dass wieder eine Arbeit an den Schulen möglich ist, dass wir durch die zusätzlichen 2.900 Stellen eine entspannere Situation haben, als wir sie jemals hatten, dass wir durch Fortbildung und Professionalisierung eine größere Sicherheit im Beruf haben, als dies vorher der Fall war, dass wir jüngere Lehrerinnen und Lehrer in der Schule haben, die dafür sorgen, dass sich die Belastungen anders verteilen, als dies vorher der Fall war, dass wir Qualitätsmaßstäbe gesetzt haben, dass wir Grenzen für Fehlverhalten gesetzt und den Lehrern Möglichkeiten gegeben haben, damit fertig zu werden, und nicht zuletzt, dass das Lehrerimage in Hessen wieder gepflegt und nicht kaputtgemacht wird, wie dies über Jahre hinweg geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Da können sich die Oppositionsfaktionen SPD und GRÜNE drehen und wenden, wie sie wollen, wir werden mit unserer Kommission zur Neukonzeption der Lehrerarbeitszeit – übrigens gemeinsam mit Baden-Württemberg – arbeiten, und wir werden versuchen, ein gerechteres Modell zu entwickeln. Der Bedarf bei den Lehrer- und Fachverbänden ist vorhanden. Sonst wären sie nicht in der vergangenen Woche beim ersten Termin dieser Kommis-

sion vollständig da gewesen und hätten ihr Interesse bekundet, auch intensiv in Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, um im bestehenden Rahmen, nicht nur im Bereich der Vormittagsarbeit und der Korrekturen – wie Frau Hinz das geglaubt hat, primitiv darstellen zu müssen –, sondern unter Berücksichtigung der gesamten Lehrerarbeitszeit und -belastung, ein neues Konzept zu finden.

Meine Damen und Herren, es bleibt – und das ist von Herrn Beuth sehr deutlich gesagt worden – in der Summe der Stunden alles in Betrieb, was bisher an Unterricht zur Verfügung steht. Da bleibt die zusätzliche Stunde Deutsch ebenso wie die zusätzliche Stunde Physik und Mathematik, liebe Kollegin Henzler. Es bleibt dabei, dass 500 neue Stellen und damit über 12.000, fast 13.000 Unterrichtsstunden zusätzlich zur Qualitätssteigerung in die Schulen kommen. Nicht verrechnet werden 315 Stellen, also noch einmal rund 8.000 Stunden, die für die Unterstützung von Schulleitungen notwendig sind, wenn wir es mit der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung von Schule auf dem Weg zur Qualitätssteigerung ernst meinen. Diese bleiben im System.

Es macht keine Freude, dass wir nicht alle Referendare übernehmen können. Das liegt mit Sicherheit zum Teil auch daran, dass Studierende sich noch nicht immer an die Ratschläge halten, die wir geben, indem wir sagen, diese Fächer sind zukunftsweisender als andere. Auch das muss man sicherlich an dieser Stelle einmal sagen. Auf die Idee, dass Wartezeiten von zwei Jahren für junge Leute, die mit dem Studium fertig sind, wie es das zu Ihrer Zeit gegeben hat, heute noch Realität wären, würde wirklich keiner kommen.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr haben sie die Möglichkeit, sofort in ein Referendariat einzusteigen. Sie haben auch noch zu sehr viel größeren Teilen eine Chance, im nächsten oder übernächsten Jahr eine Stelle zu bekommen. Das gilt im Übrigen auch für die Seiteneinsteiger. Ich finde es schön, dass Frau Habermann darstellt, dass junge Leute wieder studieren. Das ist auch kein Wunder. In dem Augenblick, in dem sie sehen, dass sich wieder etwas in der Schule tut, dass wieder eine gewisse Quantität erforderlich ist und dass Qualität gefördert wird, ist es logisch und gut, wenn sie studieren – hoffentlich auch in den geeigneten Fächern. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass diese junge Generation auch etwas von dieser Landesregierung erwartet.

Ich weise allerdings sehr deutlich darauf hin, dass wir im nächsten Jahr eine Durstrecke in der Form haben werden, dass wir nicht alle einstellen, die wir in den vergangenen Jahren haben einstellen können. Aber es bleibt beim Einstellungskorridor von rund 450 Stellen. Es bleibt dabei, dass die Seiteneinsteiger, die jetzt ihren Abschluss machen, eine Riesenchance haben. Das waren die ersten, die wir gewonnen haben. Es bleibt dabei, dass wir weiter für solche Fächer, mit denen wir Schwierigkeiten haben, bei den jungen Kräften, die als Nachwuchs hineinkommen sollen, entsprechend werben werden. Es bleibt auch dabei, dass wir in den nächsten Jahren immer wieder mit einer Pensionierungsrate von rund 1.500 bis 1.600 Lehrerinnen und Lehrern zu rechnen haben. Deswegen haben junge Leute nach wie vor eine Chance, im Land Hessen Lehrerin oder Lehrer zu werden und damit die Qualität unseres Schulsystems zu unterstreichen.

Die Sparmaßnahmen werden die Kinder und Jugendlichen in geringstmöglichen Umfang betreffen. Sie werden ihren vollen Unterricht weiter erhalten – so wie in

diesem Schuljahr auch. Die pädagogischen und qualitätssteigernden Maßnahmen, die wir auf dem Weg zum Bildungsland Hessen und zur Sicherung der Qualitätsgarantie durchführen wollen, werden fortgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Keines von den Programmen der Pädagogik, die wir im Moment haben, wird verschwinden. Im Bereich Deutsch für Kinder nicht deutscher Herkunft wird es die zweite Runde geben, die in diesen Tagen beginnt. Im November beginnen erneut Kurse für wahrscheinlich 5.000 Kinder, die dann mit den besten Chancen im nächsten Jahr in die Schule kommen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Ministerin, die Zeit der Fraktionen, die auch Sie zur Verfügung haben, ist mehr als abgelaufen.

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Außerdem werden auch die Orientierungsarbeiten in der Grundschule in die zweite Runde gehen, um einen besseren Standard in die Grundschulen hineinzubekommen. Auch geht es mit der Neukonzeption der Schuleingangsstufe für unsere Grundschulen weiter. Es geht auch mit der Fortbildung etwa im Bereich Methodenkompetenz und SINUS weiter, die den Lehrkräften das erleichtert, was sie in der Schule zu leisten haben, statt es ihnen zu erschweren, wie das in den Jahren zuvor immer gewesen ist. Wir können einen besseren und leichteren Unterricht machen, als es bisher der Fall war.

Auch an folgendem Punkt werden wir weitermachen: Wir werden jetzt verbindlich vorschreiben, dass wir Erziehungsvereinbarungen in den Schulen bekommen, damit die Arbeit insgesamt für alle beteiligten Eltern und Lehrer besser zu verkraften ist. Wir werden Abschlüsse bekommen, die einen größeren Wert haben als bisher. Wir werden das Abitur nach zwölf Jahren haben und damit Lebenszeit besser verwendbar machen. Wir werden die Schwachen wie auch die besonders Begabten weiter fördern und jeden Tag neu an der Umsetzung arbeiten. Und wir werden die Schule auf den Weg zu mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit bringen.

Von diesem und von vielem anderen gibt es absolut keine Abstriche, die wir zu machen hätten. In dieser schwierigen Situation wird es weitergehen. Daran werden wir jeden Tag arbeiten – zusammen mit den Schulämtern, den Schulen und den Schulleitungen. Wir werden daran arbeiten, die Qualität an unseren Schulen zu verbessern und dafür zu sorgen, dass es sich weit herumspricht, wie es in diesen Tagen wieder vermehrt bestätigt wurde, dass Hessen bei weitem nicht mehr am Ende, sondern ganz klar beim Aufrücken auf bessere Ränge ist. Daran werden wir gemessen werden.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir jetzt zur Beschlussfassung über die drei Anträge.

Zunächst zum SPD-Antrag betreffend Stellenabbau an hessischen Schulen ist Wahlbetrug, Drucks. 16/678. Dieser Antrag soll dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen

werden. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erneuter Wahlbetrug der CDU im Bereich Bildung, Drucks. 16/684, soll ebenfalls dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Der Antrag der Fraktion der FDP betreffend keine massiven Kürzungen der Lehrerstellen im Rahmen des Sparprogramms, Drucks. 16/690, soll auch dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Damit haben wir diese drei Tagesordnungspunkte beschieden.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 71:**

#### **Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften – Drucks. 16/756 zu Drucks. 16/721 und zu Drucks. 16/491 –**

Der Berichterstatter, Herr Abg. Hahn, hat das Wort.

#### **Jörg-Uwe Hahn, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin! Der Gesetzentwurf wurde am Dienstag, dem 14. Oktober, dem Innenausschuss nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen. Der Innenausschuss hat unverzüglich am Dienstagabend den Gesetzentwurf beraten und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von mir zum Schluss vorzulegende Beschlussempfehlung gefasst. Zuvor war der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit folgender mündlich eingebrachten Änderung mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden:

In Art. 1 Nr. 3 werden in § 5 Abs. 2 Nr. 2 die Worte „am 1. Januar 2004 vorhandene“ gestrichen.

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in dritter Lesung unverändert anzunehmen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir eröffnen die Aussprache. Vorgesehen ist eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Rudolph für die Fraktion der SPD.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Jetzt bin ich gespannt, ob es etwas Neues gibt!)

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben nun die dritte Lesung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Öffnungsklauseln und zur Beamtenversorgung im Lande Hessen. Wir hatten eine ausführliche Anhörung dazu. Wir hatten zwei Debatten dazu.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ich will etwas Neues hören!)

Nun hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und wir, die Hoffnung, dass sich, wenn sachliche Argumente vorgetragen werden, irgendetwas bei der CDU rühren würde. Aber, Herr Dr. Jung, im Ernst haben wir nicht daran geglaubt, weil Sie die Linie „einmal durchgesetzt, immer durchgesetzt“ fahren und an dieser Stelle beratungsresistent sind. Nein, Sie sind nicht bereit, auf ernsthafte Sachargumente einzugehen. Sie ziehen Ihre Linie durch. Das

heißt im Ergebnis, für hessische Beamte wird es zunächst ein Sonderopfer geben – der eklatante Bruch eines Wahlversprechens, den Roland Koch zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat die Anhörung ergeben? Die Anhörung hat in der Tat ergeben, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt insbesondere die Beamten von dieser Landesregierung missbraucht fühlen. Sie werden verantwortlich gemacht für eine im Ergebnis falsche Ausgabenpolitik dieser Landesregierung. Deswegen muss man jetzt im Personalbereich Geld einsparen.

Nun könnte man sagen, das ist nicht so schlimm, da auch die Angestellten und Arbeiter demnächst davon betroffen sein werden, indem man das Einkommensniveau nach unten nivelliert. Nein, so war es in der Tat nicht gedacht, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die darunter zu leiden haben, dass Sie eklatant Mitbestimmungsrechte abbauen, die zu leiden haben an der unsäglichen Umsetzung von SAP und die zu leiden haben an der Verlängerung der Arbeitszeit, auch noch in erheblichem Maße mit finanziellen Einbußen konfrontiert sind.

Für Bedienstete im mittleren Dienst, etwa bei der Justiz oder in anderen Bereichen der Landesverwaltung, bedeutet das umgelegt auf die Stunde Einkommenseinbußen von teilweise 10 oder 12 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das hat diese Landesregierung eindeutig und allein zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gab im Rahmen der Anhörung durchaus ernste und sinnvolle Hinweise darauf, die soziale Komponente besser zu berücksichtigen. Es gibt den Antrag der GRÜNEN für eine andere Staffelung bei der Weihnachtszuwendung. Auch dies wurde ohne Rücksicht auf sachliche Argumente – Mehrheit ist Wahrheit, das ist Ihre Devise – abgelehnt. Das wird im Ergebnis dazu führen, dass im Dezember dieses Jahres weniger Geld für den Konsum zur Verfügung stehen wird. Das ist volkswirtschaftlich falsch, zumal untere Einkommensgruppen dieses Geld eher für den Konsum ausgeben als höhere Einkommensgruppen. Also ist das auch an der Stelle eine falsche Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bedauern wir sehr, dass Sie nach diesem parlamentarischen Verfahren nicht bereit sind, auf Argumente einzugehen. Wenn Sie in die Amtsstuben gehen, wenn Sie in die Verwaltung im öffentlichen Dienst gehen, dann merken Sie, der Betriebsfrieden ist dort nachhaltig gestört durch Ihre unsägliche Politik auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie müssen nur einmal hineingehen. Sie dürfen nicht lediglich Ihren autistischen Blick auf die Verfügungen von Amtsleitern wenden, sondern unterhalten Sie sich mit ganz normalen Bediensteten des Landes. Die fühlen sich von dieser Landesregierung betrogen, und, meine Damen und Herren, wir müssen feststellen: Das ist leider auch so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es konsequent und folgerichtig, dass wir nicht die Verantwortung für die falsche Ausgabenpolitik des Landes wahrnehmen. Wir können nur erneut den Appell an diese Landesregierung richten: Ändern Sie Ihre

Politik. Setzen Sie andere Schwerpunkte. Verzichten Sie auf Prestigeprojekte in der Landesverwaltung. Dann brauchen Sie nicht zu diesen eklatanten Einsparvorschlägen zu kommen. Dafür tragen Sie die politische Verantwortung. Von daher lehnen wir auch konsequenterweise dieses Gesetzesvorhaben ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich darf die Vertreter der Fraktionen bitten, sich zu melden. Sonst hätte ich jetzt die Lesung abgeschlossen. So geht das nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nur die Ruhe, Frau Präsidentin!)

– Entschuldigung, wenn der Punkt aufgerufen wird, hat man sich zu melden. Ich will das hier der Ordnung halber sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Als nächste Rednerin hat Frau Zeimetz-Lorz für die CDU-Fraktion das Wort.

### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rudolph, Ihre Fraktion und auch die GRÜNEN haben die dritte Lesung zu diesem Gesetzentwurf beantragt. Das ist sicherlich Ihr gutes Recht. Die GRÜNEN haben das aus gutem Grund beantragt, weil sie einen anderen Vorschlag gemacht haben. Von Ihnen kam kein anderer Vorschlag, wie wir das in vielen Bereichen von der SPD hier erleben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern finde ich es ein bisschen seltsam, wenn Sie sich dann darauf berufen, wir würden etwas falsch machen.

Herr Rudolph, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ist deutlich geworden, dass wir in Hessen nicht auf einer Insel leben, sondern dass wir uns in einem bedauerlichen Konzert mit den anderen Bundesländern und dem Bund zu diesen zugegebenermaßen massiven Einschnitten bei der Beamtenbesoldung entschließen mussten. Ich denke, es ist im bisherigen Gesetzgebungsverfahren auch mehr als deutlich geworden, wo sich die Betroffenen eigentlich bedanken müssten. Ich will es an dieser Stelle noch einmal sagen: Sie sollten es bei dieser katastrophal unfähigen Bundesregierung tun, die diese Haushaltssmisere in wesentlichem Umfang zu verantworten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage noch einmal für meine Fraktion: Wir bedauern es wirklich, und wir sind uns auch bewusst, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Landes allerhand zumuten. Aber, Herr Rudolph, gehen Sie einmal davon aus: Auch wir sprechen mit den Menschen. Auch wir versuchen, ihnen zu erklären, was notwendig ist. Tun Sie hier nicht so, als seien Sie der Retter der Beamten. Wenn Sie das wirklich tun wollten und wenn es Ihnen wirklich ernst damit wäre, dann hätte ich von Ihnen eher erwartet, dass Sie Vorschläge machen, wie man aus Ihrer Sicht die Situation am besten in den Griff bekommt. – Fehlanzeige auch

an dieser Stelle. Deshalb kann ich Ihnen, Herr Rudolph, nur raten, Sie sollten an dieser Stelle besser schweigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da Sie zum wiederholten Male das Thema SAP verkauft haben: Das regt mich jetzt langsam auf. Wir mussten uns das Thema SAP ständig im Wahlkampf von der SPD anhören.

(Günter Rudolph (SPD): So schön, dass ich den Mund halte, sind Sie nicht!)

Damit sollten die 500 Ganztagschulen der SPD finanziert werden. Alle Einsparungsnotwendigkeiten in diesem Lande wollen Sie mit dem Stopp von SAP finanzieren.

Das ist unseriös. So kann man doch keine Politik machen, meine Damen und Herren von der SPD. Das ist einfach lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Wovon reden wir eigentlich? Sie sagen: Stoppt SAP, dann sind alle Probleme im Land gelöst. – Das kann es doch nicht sein, Herr Rudolph. Das ist zu billig, und das ist viel zu einfach. Das ist auch kein Gegenvorschlag. Sie können nicht erwarten, dass wir das auch nur ansatzweise ernst nehmen. Wenn Sie das schon sagen, dann würde ich wenigstens erwarten, dass Sie einen Alternativvorschlag machen. Stoppen wir SAP, und kehren wir zur Kameralistik zurück? Kaufen wir wieder Rechenschieber? Wie soll das funktionieren?

(Zurufe von der SPD)

Was Sie hier machen, ist schlicht und ergreifend unseriös. Das beweisen Sie heute zum wiederholten Male. Ich bin es langsam leid. Wenn wir einmal ernsthaft diskutieren könnten, dann würden wir miteinander ins Gespräch kommen und gemeinsam versuchen, die Probleme dieses Landes zu lösen. Aber so, wie Sie sich hier anstellen, wird es nicht funktionieren.

Ich denke, wir haben über den Gesetzentwurf im Innenausschuss und im Plenum hinreichend beraten. Ich kann an Sie alle nur appellieren: Stimmen Sie, wenn auch schweren Herzens, unserem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Frömmrich das Wort.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat vorgestern eine dritte Lesung beantragt, weil wir sozusagen an das Gute in der CDU-Fraktion geglaubt und gedacht haben: Vielleicht besinnen Sie sich auf Ihre soziale Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Hessen und stimmen unserem Vorschlag zu.

(Zurufe von der CDU)

Die Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat vorgestern ein paar Fragen gestellt, die angeblich noch nicht beantwortet seien. An bestimmten Punkten bestehe noch Regelungsbedarf. Im Ausschuss sind alle Unklarheiten ausgeräumt worden. Insbesondere wurde die Behauptung widerlegt, dass unser Konzept nicht richtig finanziert sei. Wir haben

Ihnen noch einmal deutlich gemacht, dass es richtig finanziert ist: Wir haben nur die aktiven Beamten und Beamtinnen in die Berechnung einbezogen, so, wie Sie es gemacht haben. Hinsichtlich der Versorgungsempfänger haben wir keine andere Auffassung als Sie. Von daher ist unser Vorschlag solide gerechnet. Deshalb möchte ich unser Modell noch einmal vorstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Ihren Anmerkungen ist im Prinzip nur eine redaktionelle Änderung übrig geblieben. Das muss man zugestehen. Da ist uns ein Fehler unterlaufen. Das haben wir in den Beratungen richtig gestellt.

Ich denke, Sie sollten sich doch noch einmal überlegen, ob Sie nicht einem Vorschlag beipflichten sollten, der genau das zum Inhalt hat, was auch in anderen Bundesländern diskutiert worden ist. Ich verstehe es nicht: Sie zitieren heute ausgiebig und andauernd die Bundesregierung, und Sie führen laufend irgendwelche Bundesländer an, die als Beweis für irgendetwas herhalten sollen. Ich glaube, dass es die Beamten und Beamten in diesem Lande leid sind, permanent mit solchen Vergleichen gequält zu werden. Wir sind hier im Hessischen Landtag. Wir sollten über hessische Probleme und hessische Gesetze reden, statt permanent andere Bundesländer anzuführen, die alles besser, schlechter oder einfach nur anders machen.

Wir reden über ein hessisches Gesetz, und deshalb sollten Sie sich einmal über dessen soziale Schieflage Gedanken machen. Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Im einfachen und im mittleren Dienst gibt es immer noch viele Beamte. Die verdienen nicht besonders viel Geld. Für sie wäre unser Vorschlag, das Weihnachtsgeld nicht auf 60 %, sondern nur auf 70 % zu senken, von Vorteil. Die von uns vorgeschlagene Deckelung bei 2.250 € trifft zugegebenermaßen die oberen Gehaltsgruppen, aber ich finde, das kann man an dem Punkt verantworten. Es geht ja nicht um das Grundgehalt. Sie argumentieren immer damit, es erfolge eine Annäherung der Gehaltsgruppen, und unser Vorschlag würde sozusagen die Dienstgrade verwischen. Das ist nicht der Fall. Hier geht es um Sonderzulagen. Deshalb passt unser Vorschlag. Wir erbringen das gleiche Einsparvolumen wie Sie, aber eben unter Hereinnahme eines sozialen Aspekts. Das finde ich richtig. Diesem Vorschlag sollten Sie eigentlich beitreten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In Richtung des zuständigen hessischen Innenministers kann ich nur sagen: Wer gestern auf der Demonstration war – wir waren da; dass Sie nicht da waren, kann ich gut nachvollziehen –, der hat vielleicht den Button der Polizeigewerkschaft gelesen, auf dem steht: Wir werden abgekocht. – Wenn Sie das lesen, müssten Sie sich eigentlich Gedanken darüber machen, dass Sie mit der neuen Regelung und mit dem, was noch kommen wird – über die Verlängerung der Arbeitszeit haben wir noch gar nicht geredet –, eine gewaltige Demotivation bei den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten erzeugen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister, Sie müssen sich auch gefallen lassen, dass Ihnen der Bund der Kriminalbeamten vorrechnet – wie er es in der Anhörung gemacht hat –, dass Sie nach dem Abschluss der „Operation sichere Zukunft“ bei den Polizeibeamten Einkommensverluste in Höhe von 12,5 % zeitigen. Das ist ein wunderbares Weihnachtsgeschenk,

das diese Landesregierung der hessischen Polizei auf den Gabentisch legt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher kann ich nur noch einmal an Sie appellieren, die sozialen Schieflagen zu beseitigen. Weil Sie heute so oft auf andere Bundesländer hingewiesen und weil Sie, Frau Zeimetz-Lorz, mit den Überlegungen des Bundes argumentiert und gesagt haben, dort werde die Öffnungsklausel ebenfalls angewendet, sage ich noch einmal: Lesen Sie sich bitte einmal den Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten durch.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das habe ich getan!)

Dieser Vorschlag ist außerordentlich einleuchtend. Im Gegensatz zum Hessischen Ministerpräsidenten hält der Bayerische Ministerpräsident zumindest Wort.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Frömmrich, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme sofort zum Ende. – Ihr Ministerpräsident hat versprochen, es werde keine Sonderopfer für Beamte geben. Der Bayerische Ministerpräsident hält sein Wort und schlägt eine soziale Staffelung vor. Er legt zwar als Referenzwert die Besoldungsgruppe A 12 zugrunde, während wir von Prozentzahlen ausgehen – über den Berechnungsmodus kann man streiten –, aber wir verfolgen das gleiche Ziel. Ich würde Ihnen empfehlen und möchte an Ihr Gewissen appellieren, etwas für die Beamtinnen und Beamten im mittleren und im einfachen Dienst zu tun. Stimmen Sie unserem Vorschlag zu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier für die Landesregierung.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ihr Beitrag war die klassische Nummer „Schaufenster“. Alle Argumente sind schon mehrfach vorgetragen worden. Sie haben heute kein einziges neues Argument gebracht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Deshalb schweigt die FDP!)

Ich mache es vergleichsweise kurz. Ich habe für die Landesregierung in der zweiten Lesung zu dem Gesetzentwurf ausführlich Stellung genommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war alles falsch, was Sie gesagt haben!)

– Kollege Kaufmann, im Unterschied zu Ihren tief greifenden Bemerkungen haben wir Ihnen am Dienstag erst einmal belegt, dass Ihr Gesetzentwurf in vielen Punkten nicht das hergibt, was Sie behauptet haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich verrechnet!)

Sie haben in der darauf folgenden Ausschusssitzung ausgiebig den Versuch unternommen, zu erklären, wie Sie Ihren Gesetzentwurf gemeint haben und warum sie es so und nicht anders regeln wollen.

Der Unterschied zwischen den GRÜNEN und den Roten ist: Die GRÜNEN erkennen an, dass wir sparen müssen. Sie haben sogar einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Ich halte den zwar nicht für richtig, aber immerhin. Die Roten haben überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Sie stellen sich hierin und hoffen, die Proteste sammeln und später politisch verwerten zu können. Das ist zwar politisch legitim, nützt in der Sache aber nichts.

Warum wollen wir dem Vorschlag der GRÜNEN nicht folgen? Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat es in der Ausschusssitzung schon deutlich gemacht. Ich will es auf zwei Punkte konzentrieren. Über den Begriff Gerechtigkeit kann man lange diskutieren. Wir haben eine entsprechende Vorlage in den Landtag eingebracht, die jetzt in dritter Lesung behandelt wird. Unsere Vorlage ist in ihrem Umfang und von ihrem finanziellen Volumen her notwendig. Damit unsere Zuhörer eine Zahl mitnehmen können: Allein die letzte Tariferhöhung um 2,4 % hat das Land Hessen 224 Millionen € gekostet – ohne dass auch nur eine einzige Frau oder ein einziger Mann neu eingestellt worden wäre. Dieser Betrag ist höher als die Summe, die wir durch die jetzt geplanten Kürzungen beim Urlaubs- und beim Weihnachtsgeld wieder einsparen.

Ich sage das, damit wir wissen, wovon wir reden. Da nützen keine Mätzchen und keine Flipcharts. Wir sind in der Situation, dass wir auf der einen Seite Steuereinnahmen auf dem Niveau des Jahres 1998 haben und auf der anderen Seite Personalkosten stehen, die um 750 Millionen € höher sind als die des Jahres 1998.

Das macht niemandem Freude. Aber es ist notwendig, und es ist mit Augenmaß erfolgt. Ich habe Ihnen am Dienstag eine Reihe von Beispielen dafür genannt, welche Leistungen wir nach wie vor erbringen, die andere nicht erbringen.

Deshalb muss man das Gesamtbild sehen. Es nützt nichts, nur eine Plakette hochzuhalten. Vielmehr muss man auch sagen, welche Leistungen die hessischen Beamtinnen und Beamten weiterhin bekommen, die in anderen Ländern nicht gewährt werden.

Zweite Bemerkung zur Ihrem Gesetzentwurf. Ihr Gesetzentwurf hat aus unserer Sicht einen wesentlichen Webfehler. Er greift nämlich den Vorschlag des Beamtenbundes nicht auf. Nach dem Vorschlag der CDU-Fraktion, den die Landesregierung übernimmt, wird das Weihnachtsgeld in künftige Tariferhöhungen, die es ja auch geben wird, einbezogen und deshalb dynamisiert. Das tun Sie nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber das ist doch bei uns auch so!)

Weil das in Ihrem Vorschlag nicht enthalten ist, ist das für uns ein zentraler Grund, ihm nicht zuzustimmen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber Sie wissen es doch besser!)

Sie wollten eine Antwort, und deshalb sage ich Ihnen das. Damit Sie getröstet von hinten ziehen, möchte ich Ihnen zum Schluss sagen: Herr Kollege Frömmrich, Sie haben jetzt zum dritten Mal dieselbe Rede gehalten; das ist ja auch in Ordnung.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt wirklich nicht!)

Aber dann nehmen Sie bitte auch zum dritten Mal einen Hinweis entgegen, der, wie ich finde, die Dramatik deutlich macht. Das macht doch niemand gerne. Wenn Sie von Polizeibeamtinnen und -beamten sprechen, sage ich Ihnen: Die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten sind nach wie vor die am besten bezahlten in der Republik; es gibt keine besser bezahlten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe Verständnis dafür, wenn jemand sagt, er wolle diese Kürzungen gerne vermeiden. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn mir jemand erzählt, das sei eine unerträgliche Situation. Das ist sie nicht. Die Beamtinnen und Beamten wissen das, und sie machen es auch deutlich.

Wenn Sie von Weihnachtsgeschenken sprechen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in welchem Land befinden wir uns eigentlich? Die Bundesregierung – das nehmen Sie zum Schluss einmal hin – hat es geschafft, der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit Ende Juni einen Haushaltsentwurf mit einer Neuverschuldung in Höhe von 18 Milliarden € vorzustellen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben sie doch auch verdoppelt!)

Die Neuverschuldung ist im August auf knapp 25 Milliarden € gestiegen, dann auf 36 Milliarden €. Seit letztem Sonntag sind wir bei 42 Milliarden €. Wenn Sie sich vorstellen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Situation unserer Republik innerhalb von vier Monaten so dramatisch verändert, können Sie das gut oder schlecht finden.

(Reinhard Kahl (SPD): Oh, das hatten wir in Hessen schon zweimal!)

Aber eines kann man nicht machen: Man kann sich nicht hierhin stellen und behaupten, es bestehe kein Handlungszwang. Wer das nicht anerkennt, verabschiedet sich von jeder seriösen Politik.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das haben Sie im Jahr 2001 schon geschafft!)

Zwei Punkte, die das „Sonderopfer Beamte“ betreffen, sollen nicht vergessen werden: Erstens. Wir haben die Tariferhöhung auch für die Beamten 1 : 1 umgesetzt. Das muss man einmal sagen. In der Debatte wird das gelegentlich unterschlagen.

Zweitens. Wir haben die feste Absicht, auch bei den Tarifbeschäftigte entsprechen Änderungen durchzuführen. Die Tarifverträge sind gekündigt, und ich habe die Hoffnung, dass wir mit den Gewerkschaften ins Gespräch kommen und in Verhandlungen eintreten können. Auf Dauer kann es nämlich nicht sein, dass nur die Beamten, deren Besoldung per Gesetz geregelt wird, davon betroffen sind, während dies bei den Tarifbeschäftigten nicht geschieht. Das ist in der Tat ungerecht, und deshalb arbeiten wir daran, dass eine entsprechende Angleichung erfolgt.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, Ihre Redezeit ist vorbei.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Letzter Satz. – Ich wäre dankbar, von Ihnen zu hören, dass Sie uns in dieser Arbeit unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen dazu vor. Damit ist der Gesetzentwurf der CDU, Drucks. 16/491, in dritter Lesung behandelt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich stelle diesen Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucks. 16/756, zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir waren auch dabei, wir haben nur geschlafen!)

– Ich stelle also fest, die FDP-Fraktion erklärt, dass sie zwar geschlafen hat, aber eigentlich zustimmt. In Ordnung. Wir alle haben es gehört.

(Heiterkeit)

Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen und beschlossen.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 70:**

#### **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Luxusmöblierung der neuen Staatskanzlei – Drucks. 16/750 –**

Vorgesehen sind fünf Minuten Redezeit pro Fraktion. Zur Begründung hat der Abg. Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat die „Operation düstere Zukunft“ damit begründet, dass wir in der größten Finanzmisere seit Bestehen der Bundesrepublik seien und dass Hessen deswegen zu dem größten Sparprogramm verpflichtet sei.

(Volker Hoff (CDU): Das ist Ihre Finanzmisere!)

In dieser Situation, da Schuldnerberatungsstellen, Erziehungshilfen, Fraueninitiativen und Obdachlosenhilfen viel abverlangt wird, da die Mittel zum Teil ganz gestrichen und diese Einrichtungen dadurch liquidiert werden, wird bekannt, dass für die Innenausstattung der Hessischen Staatskanzlei, also für das Ministerium des Ministerpräsidenten, sage und schreibe 8,4 Millionen € ausgegeben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wie passen die Verpflichtungen gegenüber diesem Land, von denen der Ministerpräsident spricht, dazu, dass in seiner nächsten Umgebung 8,4 Millionen € für Luxusmöblierungen ausgegeben werden sollen?

(Beifall bei der SPD – Volker Hoff (CDU): Sie sollen etwas zu Ihrer Finanzmisere sagen!)

Wir wollen wissen, wer die Verantwortung dafür trägt, dass Ausschreibungen in dieser Höhe gemacht wurden. Herr Ministerpräsident, wir wollen wissen, wer die Vorgaben für diese Ausschreibungen gemacht hat. Wir wollen wissen, ob es dafür sogar in der Staatskanzlei, in der nächsten Umgebung des Ministerpräsidenten, eine Arbeitsgruppe gegeben hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Diese Arbeitsgruppe soll sich mit der Innenausstattung befasst und entsprechende Vorgaben gemacht haben. Wir wollen wissen, wer die Standards vorgegeben hat, und wir wollen wissen, wer entschieden hat, dass alles erneuert werden soll und dass die alten Möbel nicht einmal mehr teilweise genutzt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wieder einmal typisch für diese Landesregierung, dass wir auf diese Fragen keine Antwort erhalten. Kein Mitglied der Landesregierung war dafür verantwortlich. Herr Weimar sagt, er habe damit gar nichts zu tun. Die Vorgaben seien an die Hochbauverwaltung weitergeleitet worden. Das ist wieder einmal typisch Weimar. Herr Weimar hat mit den Finanzen im Lande Hessen überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Auch Herr Grüttner hat nichts damit zu tun. Herr Riebel könnte etwas damit zu tun haben, ist aber oft in Urlaub oder beschäftigt sich mit Europaangelegenheiten. In den Phasen, in denen er einmal hier ist, kann er sagen: Ich habe damit nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident – jetzt wird es spannend – lässt über die „FAZ“ verkünden, die Auseinandersetzung sei marginal und provinziell. Diese Auseinandersetzung ist nicht marginal; sie ist zentral. Es geht nämlich um die Frage – er spricht von dem „größten Sparprogramm des Landes“ –, welche Vorbildfunktion der Ministerpräsident in dieser Angelegenheit hat. Welche Vorgaben macht der Regierungschef in dieser Situation für die Ausstattung seines Hauses, während gleichzeitig die Zuschüsse für Obdachlosenhilfen gestrichen werden?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So ganz marginal kann die Frage nicht sein, wenn für die Innenausstattung eines Arbeitsplatzes 25.000 € ausgegeben werden müssen. 25.000 € sollen pro Arbeitsplatz ausgegeben werden.

Der Ministerpräsident hat gemerkt – deswegen geht es nicht um marginal oder provinziell; vielleicht ist er das selbst –, dass das ein Problem ist. Was hat der Ministerpräsident gemacht? Nachdem die SPD dies angesprochen hatte, hat er den Rechnungshof eingeschaltet.

Meine Damen und Herren, es geht nicht an, dass Sie in Saus und Braus leben, während andere Menschen im Land zu größtmöglichem Sparen aufgefordert sind. Wasser predigen und Wein trinken – das geht in dieser Phase nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir wollen auch wissen, ob die Information richtig ist, dass im Empfangsbereich des Ministerpräsidenten – es handelt sich um einen Erker zum Innenhof – 350.000 € ausgegeben werden sollen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das kann nicht sein, das glaube ich nicht! – Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Meine Damen und Herren, wenn das stimmen sollte, sage ich Ihnen jetzt schon viel Ärger mit dem Erker voraus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Aufhebung der Ausschreibung. Es ist bisher schon klar geworden, dass jemand damit bevorzugt werden sollte, zumindest bestand die große Gefahr dafür.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

### **Norbert Schmitt (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Wir fordern, dass die Ausschreibung auf deutlich niedrigerem Niveau vorgenommen wird. So geht es auf jeden Fall nicht: Kahlschlag hier und teure Luxussanierung dort. Meine Damen und Herren, das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Union ist Herr Williges der nächste Redner. Bitte sehr.

### **Frank Williges (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für das Mitleid, aber es ist unangebracht. Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass das Projekt „Umbau der ‚Rose‘ zur Staatskanzlei“ bisher professionell und zielorientiert vorangetrieben wurde,

(Petra Fuhrmann (SPD): Und teuer!)

so geräuschlos, wie das bei einer Baumaßnahme möglich ist, und weitgehend im Konsens. Wenn Sie von „teuer“ sprechen, lassen Sie mich erst einmal die Zahlen relativieren. Herr Schmitt, ich habe den Verdacht, Sie haben diese Informationen aus der gleichen Quelle wie der Kollege Rudolph die Angaben über den Mangel beim Kraftstoff für die Polizeiweagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

8,4 Millionen € stellen Sie hier in den Raum. Lassen Sie uns das einmal relativieren. Da ist die gesamte technische Einrichtung mit dabei. Diese Ausschreibung, um die es geht, umfasst nur einen Bruchteil dieser 8,4 Millionen €. Angesichts dieser Tatsache ist die von Ihnen konstruierte Aufregung weder dem Projekt insgesamt noch der Ausschreibung, um die es geht, angemessen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Hier ist auf Vorschlag des Architekten ein Ausschreibungsverfahren über das Staatsbauamt und über die bei der OFD zuständige Stelle auf den Weg gebracht worden. Schon als die ersten Zweifel aufkamen, dass es nicht VOL-konform sein könnte, hat der Finanzminister umgehend gehandelt, die Frist verlängert und den Rechnungshof mit der sofortigen Prüfung beauftragt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war alles in Ordnung! – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ministerpräsident und Finanzminister haben unisono erklärt, dass sie das Ergebnis der Prüfung abwarten und sich der Empfehlung anschließen wollen. Damit wären wir am

heutigen Tag schon am Ende der Diskussion. Meine Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion, Ihnen geht es nicht um Aufklärung, Ihnen geht es um Krawall,

(Beifall bei der CDU)

weil Sie der soliden und konsequenten Finanzpolitik der Hessischen Landesregierung, die nationale und internationale Anerkennung findet,

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die von anderen Bundesländern kopiert wird, schaden wollen. Meine Damen und Herren, da brauchen Sie mir gar nicht mit Rating zu kommen. Wir haben Ihnen im Haushaltausschuss erläutert, dass der Verlust des Triple-A andere Gründe hat, die nicht in Hessen zu suchen sind. Die Konsequenzen für die Kreditbeschaffung sind marginal. Wenn Sie von Rating sprechen, sage ich Ihnen an dieser Stelle nur so viel, weil alles andere bei fünf Minuten Redezeit zu weit führt: Wir können alle froh sein, dass die Qualität der rot-grünen Opposition nicht bei dem Rating mit einfließt, denn dann wären wir auf dem Niveau eines Wanderzirkus.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Marco Pighetti (SPD))

Was wird hier gemacht? – Die schwache, orientierungslose Führung einer stark dezimierten SPD-Fraktion schickt den Skandalsuchtrupp ins Unterholz. Weil es keine Skandale gibt, werden Skandale kreiert.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Dabei bilden sich ganz merkwürdige Bündnisse heraus. Nur weil der Möbelhersteller mit Geweih Ihrem Bündnis beigetreten ist, hat sich vielleicht die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht, aber nicht die Glaubwürdigkeit.

(Allgemeine Heiterkeit)

An dieser Stelle geht es um Glaubwürdigkeit. Ministerpräsident und Finanzminister zeigen glaubwürdiges Verhalten, indem sie sagen, dass sie abwarten, zu welchem Ergebnis der Rechnungshof kommt.

(Zurufe der Abg. Michael Siebel und Gerhard Bökel (SPD))

Unglaublich ist es, im laufenden Verfahren einen solchen Antrag zu stellen und hier einen derartigen Krawall zu veranstalten.

Lassen Sie mich noch einiges in der Debatte klarstellen. Niemand hier, einschließlich des Ministerpräsidenten – das hat er deutlich gesagt –, will eine Luxusmöblierung, wie Sie behaupten. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Wir wollen keine Java-Möbel für die Staatskanzlei,

(Gerhard Bökel (SPD): Was für Dinger?)

sondern wir wollen eine solide Ausstattung, wie sie in anderen Landesdienststellen üblich ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit dieses Ziel verfolgt wird, muss zwangsläufig ein Qualitätsstandard vorgegeben werden, der der Funktion der zukünftigen Räumlichkeiten angemessen ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So wie im Hessischen Landtag!)

Herr Frömmrich, wir halten eine adäquate Ausstattung der Staatskanzlei, wie in anderen Bundesländern üblich, mit einem gewissen Niveau von repräsentativem Anspruch für notwendig.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir werden den Ministerpräsidenten nicht auf eine Apfelsinenkiste setzen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Investitionen müssen auch in Zeiten eines Sparprogramms weiter getätigt werden, das ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Um unserem Land eine Perspektive im internationalen Wettbewerb zu bieten, sind wir das den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes schuldig, bei Anschaffungen auch auf Qualität und Kosten zu achten. Lassen Sie mich abschließend zu Ihrer Beruhigung – ich hatte vorher schon Bedenken um den Gesundheitszustand des Kollegen Schmitt – in Richtung der Opposition sagen: Auch wenn es die CDU-Fraktion ausdrücklich nicht wünscht, besteht in einem demokratischen System ein gewisses Restrisiko, dass eines fernen Tages, in 30 oder 40 Jahren, einmal ein nicht christdemokratischer Ministerpräsident dieses Land regiert.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann werden Sie dankbar sein,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig größenvahnsinnig!)

diejenigen von Ihnen, die dann noch mit dabei sind – so viele sind das nicht, wenn ich durch die Reihen schaue –, dass wir heute sowohl bei der Finanzpolitik als auch bei den Möbeln der Staatskanzlei auf Qualität gesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Williges, darf ich Sie fragen, ob Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Fuhrmann beantworten möchten?

### **Frank Williges (CDU):**

Nein, ich möchte zum Schluss kommen

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt hat er Angst!)

und dieser Seite des Hauses für ihre Aufmerksamkeit danken und ihr sagen, dass ich die Turbulenzen als eine Anerkennung und als ein Zeichen des Respekts bewerte.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich habe die Aussage des Kollegen Williges zur Kenntnis genommen. Auch ich bin in 30 bis 40 Jahren nicht mehr da

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

und freue mich unglaublich, wenn ich unter den Graswurzeln die „Rose“ erblühen sehe.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war eine Rede – wenn ich das einmal abweichend von meiner Neutralität sagen darf –, die allen Vorurteilen widerspricht, Kasseler seien unhumoristisch.

Als nächster Redner hat Herr Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Glückwunsch, Herr Kollege Williges, die fünfte Jahreszeit steht unmittelbar bevor.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir haben zwei Dinge gelernt: Erstens benötigt die Staatskanzlei Edelstahlpapierkörbe, um darin das Triple-A zu versenken.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zweitens. Aus der Freude heraus, einmal wieder Herrn Staatsminister Riebel in diesen Mauern zu sehen – es kommt ja nicht so häufig vor –, haben Sie gleichzeitig aus dem Landtag einen Wanderzirkus gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat so, das wissen wir schon seit langem, wir haben ja schon mehrere Jahre Erfahrungen damit: Wenn Staatsminister Riebel etwas anpackt, dann verschwindet es entweder im Bermudadreieck, oder es geht schief.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Staatsminister Weimar für irgendetwas verantwortlich ist, dann werden die Schulden größer, oder es entstehen erhebliche Wertverluste bei Veräußerungsversuchen.

Nun braucht man sich nicht zu wundern, was passiert, wenn beide gemeinsam für etwas verantwortlich sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das genau ist offenkundig der Fall, über den wir jetzt reden. In der Staatskanzlei, unter der Verantwortung von Herrn Riebel, wurde die Konzeption entwickelt, und in Verantwortung von Herrn Weimar ist das Staatsbauamt für die formale Abwicklung zuständig.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Man hat nicht mitbekommen, dass die Welt sich mittlerweile verändert hat, der Ministerpräsident die „Operation düstere Zukunft“ vorgegeben hat, und man sparen müsse. Vielleicht war Herr Riebel auch in der Kabinettssitzung nicht da – es könnte ja sein. Deswegen wurde einfach weiter in der Richtung „Das Feinste ist gerade gut genug“ gearbeitet.

Jetzt heißt es – in der Zeitung kann man es nachlesen, Herr Riebel lässt sich zitieren –: Hier wusste keiner etwas von dem, was geschehen ist.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, zugegebenermaßen ist das eine geschickte, aber doch eine Schutzbehauptung. Geschickt, Herr Staatsminister Riebel, deshalb, weil wir alle locker zugestehen, dass man Ihnen Ahnungslosigkeit bescheinigen kann.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings ist es eine Schutzbehauptung, denn wir nehmen Ihnen nicht ab, dass Sie sich um diese Angelegenheit nicht auch persönlich gekümmert haben.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Können Sie noch etwas anderes als bloße Häme?)

Denn wir wissen, dass Sie persönlich mit großem Tamtam die Geschirrmuster für die Landesvertretung ausgesucht haben. Da kann die Möblierung der Staatskanzlei ganz gewiss nicht an Ihnen vorbeigegangen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon angesprochen worden, die Firma mit dem Elch hat das Angebot aufgegriffen und ein günstiges gemacht. Auch sonst bieten die Zeitungen noch ein weiteres günstiges Angebot. Ich meine, es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, dass auch der Ministerpräsident eingreift. Herr Ministerpräsident, diese Beschaffungsaktion wäre, wenn man Presseberichten, die schon etwas weiter zurückliegen, aber noch Erinnerung sind, glaubt, am allerbesten etwas für Ihre Frau.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Denn bekanntlich kauft die gerne bei Aldi ein, und das im Dutzend billiger. Und aus der aktuellen Reklame von Aldi können wir einen „Chefsessel, Leder, schwarz“ für 75,99 € anbieten

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und einen Metallpapierkorb, das Stück nur 3,99 €.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist die Spanne. Es geht also auch durchaus sehr viel günstiger.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum ernsten Teil. Wenn Herr Williges uns weismachen will, es sei alles ganz prima, dann stehen die Fragen im Raum: Warum wurde dann plötzlich die OFD eingeschaltet? Und warum wird jetzt auch noch der Rechnungshof eingeschaltet?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Doch deshalb, weil diejenigen, die es verbockt haben, möglichst schnell die Verantwortung von sich schieben wollen und jetzt auf andere verweisen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Tat bleibt eine Frage im Raum stehen, und ich erwarte, dass die heute noch beantwortet wird – nämlich auf wen die Ausschreibung zugeschnitten war. Denn das ist der ernste Kern der Sache, die produzentenorientierte Ausschreibung. Zumindest ist das der Vorwurf, und der bleibt auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Denn das andere hat – wie es der Kollege Williges vorgegeben hat – eher karnevalistische Aspekte. In der Tat sagen auch wir, eine Staatskanzlei muss anständig ausgestattet werden. Es ist nur Ihr Problem, dass Sie auf der einen Seite vom Sparen reden und das Wasser predigen und gleichzeitig denken: Na ja, wir kommen vielleicht noch einmal unten durch und können es uns etwas feiner leisten. – Das ist nicht das Thema, das in die Zukunft zielt. Das Thema ist: Wen wollten Sie aussuchen? Und: Was sind die Gründe dafür? Insbesondere dieser Punkt muss geklärt werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. von Hunnius für die FDP-Fraktion.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir eben von SPD und GRÜNEN gehört haben, war die bekannte Politik mit dem Vorschlaghammer.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir Liberale sind dafür, uns zuerst zu informieren, dann zu analysieren und abzuwagen und ganz zum Schluss zu bewerten. Das ist die Devise bei uns Liberalen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es gut, dass dieser gesamte Vorgang vom Hessischen Rechnungshof untersucht wird.

Bis die Ergebnisse des Rechnungshofs vorliegen, möchte ich doch ein paar grundsätzliche Feststellungen treffen und vorweg sagen: Es geht uns nicht darum, ob das Papierkörbe aus Chrom oder aus Blech sind. Es geht uns nicht darum, wie der Schreibtisch geformt ist. Vielmehr geht es uns um grundsätzliche Fragen der Beschaffung und der Handhabung solcher Projekte in der Staatskanzlei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich drei Feststellungen treffen.

Erstens. Auch die Staatskanzlei darf sich dem Zwang zur Sparsamkeit und zum wirtschaftlichen Einsatz von Mitteln nicht entziehen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

In diesem Punkt sind nach allem, was wir gehört, gesehen und gelesen haben, zumindest große Fragezeichen anzubringen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP) und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bis zum Beweis des Gegenteils bleiben wir da ausgesprochen skeptisch.

Zweite Feststellung. Ausschreibungen sind nicht vom Architekten und nicht allein von der Staatsbauverwaltung zu verantworten, sondern von der Landesregierung, von niemandem sonst.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP) und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer die Reaktionen des Herrn Ministers Grüttner im Fernsehen beobachtet hat, der wird sie beschreiben müssen als in Worte gekleidetes Achselzucken, nach dem Motto: Ich weiß nicht genau, worum es geht, fragt mich bitte nicht, lasst mich allein und kümmert euch drum.

(Minister Stefan Grüttner: Quatsch, so eine blöde Interpretation!)

Das war nicht das Maximum an Information, was dabei herauskam. Daraus sprach auch nicht, dass das besonders gut gesteuert worden sein könnte.

Dritte Feststellung. Wenn eine Ausschreibung wiederholt wird, wenn die Frist verlängert wird, dann ist es legitim, nach den Gründen zu fragen. Dann hat die Regierung die Pflicht, vom Parlament gestellte Fragen zu beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das jetzt einmal ganz bewusst, denn wenn irgendjemand behaupten würde, dass den Kollegen Schmitt und mich eine Freundschaft verbände, dann würde wahrscheinlich jeder von uns den Betreffenden wegen übler Nachrede verklagen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Ich sage das ganz bewusst, weil Sie, Herr Kollege Schmitt, diese Fragen gestellt haben. Diese Fragen sind zu beantworten. Das ist Usus im Parlament. Die zweite Gewalt hat der ersten Gewalt Rechenschaft abzulegen, so auch hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn diese Fragen nicht beantwortet worden sind, dann ist es legitim, daraus einen Antrag zu machen. Der muss dann abgearbeitet werden, so ist das.

Nun haben wir schon zwei Minister in der Staatskanzlei. Offenbar ist dadurch aber die Koordination dort nicht verdoppelt worden, sondern der Aufwand hat sich nur erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte fast verleitet sein, zu sagen: Wir bieten einen Tausch an – einen Minister gegen eine Zierleiste am Schreibtisch.

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das gar nicht so ausführen. Was wir feststellen können, ist ein gigantisches Durcheinander. Es kann doch nicht sein, dass der Hessische Rechnungshof erst entscheiden muss, bevor die Landesregierung weiß, ob es richtig war. Es ist gut, dass er angerufen wurde, keine Frage. Gut zu hören, was er sagt, keine Frage. Aber die Landesregierung muss doch selbst wissen, was sie will, wie es ablaufen soll und was sie zu tun hat.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So bleiben für uns noch drei Fragen übrig. Die können wir erst beantworten, wenn die Fragen des Kollegen Schmitt beantwortet worden sind und wenn der Rechnungshof gesprochen hat.

Erstens. Wer ist Herr des Verfahrens? Wir wissen es schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Das ist die Frage, genau! Das ist die Frage, die kann man heute beantworten! – Gegenrufe von der CDU)

Die zweite Frage: Wer hat was wann warum und wie entschieden? Das hätte ich gerne einmal gewusst.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Frage ist: Hält die Ausschreibung einer kritischen Prüfung stand? Oder hat man hier so ausgeschrieben, dass ein Lieferant oder eine Gruppe von Lieferanten schon von vornherein für die Zuteilung vorgesehen war?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Ich bin nur froh, dass der Bökel nicht Ministerpräsident geworden ist!)

Das sind die Fragen. Es geht uns, wie gesagt, nicht darum, ob der Schreibtisch 100 € mehr oder weniger kostet.

(Gerhard Bökel (SPD): Darum geht es nicht!)

Ich finde das Angebot dieses Möbelhauses mit dem Elch ausgesprochen interessant. Das ist eine gute Werbeidee, und dazu kann ich als Öffentlichkeitsmann nur gratulieren. Aber das ist nicht der Punkt. Es geht uns darum, diesen Vorgang zu untersuchen, und darum, zu klären, ob Beschaffungsvorgänge, die von der Landesregierung initiiert werden, in Ordnung sind oder nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin gespannt, zu erfahren, wie die Antworten lauten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Riebel.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jochen, du hier?)

#### **Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Um es vorweg und klar zu sagen: Ich bin wegen dieser und der anschließenden Debatte extra von Berlin, wo ich eigentlich Pflichten zu erfüllen hätte, hierher gekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir aber dankbar!)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Aus meiner Sicht wirkt die Verärgerung der sozialdemokratischen Kollegen darüber, dass Gerhard Bökel nicht in die „Rose“ einzieht, noch so stark nach, dass sie zehn Fragen gestellt haben, die eigentlich jeder für sich beantworten könnte.

(Zurufe von der SPD)

Denn, meine Damen und Herren, an all dem, was zwischen den Zeilen oder direkt gesagt worden ist, ist absolut nichts dran.

#### **(Zurufe von der SPD)**

Um Missverständnissen vorzubeugen: In der neuen Hessischen Staatskanzlei darf und wird es ganz selbstverständlich eine Luxusmöblierung nicht geben. Die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung werden ohne Einschränkung eingehalten.

Es kommt hinzu – ich biete Ihnen das ausdrücklich an, da in der Politik Begrifflichkeit nicht nur in diesem Fall sehr wichtig ist: – Wir besuchen zwei, drei Geschäfte in Wiesbaden, die so etwas anbieten, und schauen einmal nach, was „Luxusmöbel“ – das ist die Formulierung, die Sie gewählt haben – und Designermöbel kosten.

Ich füge ausdrücklich auch an: Als Finanzstaatssekretär habe ich im Finanzministerium einmal an einem Designerschreibtisch Platz nehmen dürfen und müssen. Jener war für eine Ministerin der damaligen Hessischen Landesregierung angeschafft worden und hatte 18.000 DM gekostet. Es müsste ihn noch geben, nur verwendbar war er nicht.

(Rudi Haselbach (CDU): Was? Das ist unglaublich!  
– Weitere Zurufe von der CDU)

Ich biete an, dass wir ihn einmal gemeinsam ansehen. Das war ein Designerschreibtisch. Davon kann hier überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU – Volker Hoff (CDU): Fugmann-Heesing oder wie die hieß!)

Zweitens. Die Ausschreibung der Möblierung und die dazugehörige notwendige Fertigung des Leistungsverzeichnisses sind durch einen von der Staatskanzlei beauftragten Architekten in Abstimmung mit Mitarbeitern der Staatskanzlei und dem Staatsbauamt nach Prüfung durch das zuständige Referat bei der Oberfinanzdirektion erfolgt. Es gab von mir ausdrücklich eine einzige Vorgabe. Diese Vorgabe lautete, dass regelgerecht auszuschreiben ist.

Drittens. Die Neumöblierung der neuen Staatskanzlei erfolgt deshalb, weil die bisherige Ausstattung weder dem technischen noch dem funktionalen Standard einer modernen Büroausstattung entspricht. Meine Damen und Herren, insbesondere die Kollegen von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN, hier füge ich an: Sie hätten vor 40, Sie hätten vor 30, Sie hätten vor 20 Jahren nicht nur das Recht, sondern Sie hätten die Pflicht gehabt, für eine ordentliche Staatskanzlei in diesem Lande zu sorgen. Gehen Sie einmal hin, und betrachten Sie sich dieses Haus.

(Zurufe von der SPD)

Es ist eigentlich ein Skandal, was wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Gebäuden zumuteten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es kommt hinzu,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Sie alle wissen, dass die Staatskanzlei auf sieben Gebäude verteilt ist und sich von daher auch wegen der zeitlichen Abfolge der Anschaffung von Möbeln – die ersten, die verwendet wurden, wurden im Jahre 1948 angeschafft, die letzten vielleicht vor zehn oder acht Jahren – verbrieitet, in ein neues Gebäude diese Möbel mitzunehmen.

Sie werden – damit bin ich beim vierten Punkt – im Anschluss an den Umzug nach den Regeln verwendet. Ein Teil wird auch – das scheue ich mich nicht zu sagen – un-

mittelbar zum Sperrmüll gestellt werden müssen. Der andere Teil wird gemeinnützigen Einrichtungen, die schon angefragt haben, zur Verfügung gestellt werden. Es wird auch möglicherweise einen Rest geben, der verkauft werden kann.

Fünftens. Die Zielsetzung einer zweckmäßigen und zugleich repräsentativen Staatskanzlei, die den Anforderungen an eine moderne Regierungszentrale gerecht wird, erscheint aus meinen Augen und aus Sicht der Landesregierung ausdrücklich nicht vermessene. Allerdings müssen wir darauf achten, dass natürlich zeitgemäße, moderne und angemessene Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Zuletzt. Sowohl auf Bitten der Landesregierung als auch auf Bitte der SPD-Fraktion wird der Landesrechnungshof das Ausschreibungsverfahren prüfen. Das Ergebnis wird dem Haushaltsausschuss vorgetragen werden. Der Rechnungshof hat bereits alle notwendigen Unterlagen erhalten.

Meine Damen und Herren, da hier ein besonderer Ton angeschlagen worden ist, der an die fünfte Jahreszeit erinnert, will ich Ihnen, Herr Abg. Schmitt, noch zurufen: Ihr Vortrag, insbesondere was „marginal und provinziell“ betrifft, hat mich ausdrücklich imprägniert. – Herzlichen Dank.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Meine Damen und Herren, jetzt gibt es die Verfahrensfrage. Es ist ja ein Antrag, der analog ein Berichtsantrag ist. Er ist besprochen und wäre damit eigentlich erledigt.

(Widerspruch des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Ich habe doch „eigentlich“ gesagt. Ich muss doch einen Vortrag machen, damit Sie reagieren können. Deswegen frage ich, ob das einvernehmlich so festgestellt werden kann.

(Manfred Schaub (SPD): Es sind Fragen nicht beantwortet!)

– Entschuldigung, ich wiederhole mich, damit Sie alle zu hören. Eigentlich ist dieser Antrag, der analog eines Berichtsantrages zugelassen war, mit der Besprechung erledigt.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

– Herr Schaub, können Sie nicht einen Augenblick zuhören? Dann werden wir ganz vernünftig. Deswegen habe ich dieses festgestellt. Ich habe jetzt gefragt: Ist das einvernehmlich? – Jetzt dürfen Sie protestieren. Herr Kollege Kaufmann, bitte.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Ich denke, wir brauchen jetzt nicht lange darüber zu streiten. Es sind nicht alle Fragen beantwortet. Deswegen würde ich vorschlagen, den Antrag zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Der Finanzminister ist zuständig für die Neubaumaßnahme. Von daher ist das der Ort, die Fragen durchzudiskutieren.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Ich sehe, dass Zustimmung signalisiert wird. Dann überweisen wir den Antrag an den Haushaltsausschuss. Damit ist das so beschlossen; vielen Dank.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

#### **Entschließungsantrag der Fraktion der CDU bereffend Personal-Service-Agenturen – erste Bilanz ist unbefriedigend – Drucks. 16/492 –**

Wer hat sich zu Wort gemeldet? – Herr Kollege Boddenberg von der antragstellenden Fraktion, dann kommt Frau Fuhrmann. Bitte schön, Sie haben das Wort. Redezeit ist fünf Minuten.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik unter rot-grüner Verantwortung hat die Bundesrepublik Deutschland in die schwierigste Situation in der Nachkriegsgeschichte geführt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hör doch auf mit der Leier!)

Wir haben an allen Stellen katastrophale Meldungen entgegenzunehmen. Wir, die CDU, sind nach wie vor der Meinung, dass man sich einem solchen Schicksal nicht ausliefern muss, sondern dass man durch eine bessere Politik dafür sorgen kann, dass diese Bundesrepublik wieder dahin kommt, wo sie im internationalen Vergleich hingehört.

(Rudi Haselbach (CDU): Bravo!)

Wenn Sie sich an den Bundestagswahlkampf – Stichwort: Inszenierung im Französischen Dom in Berlin – erinnern und daran erinnern, wie der Bundeskanzler seinerzeit mit seinen ihm eigenen Pathos vorgetragen hat, dass man mit dem Hartz-Konzept bei Umsetzung 1 : 1 – wörtlich Schröder seinerzeit – die Arbeitslosenzahl würde halbieren können, und wenn Sie sich die Wirklichkeit eineinhalb Jahre später ansehen, macht das wieder einmal deutlich, dass es keine Regierung in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat, die unter der Rubrik Ankündigungsminister und Ankündigungsbundeskanzler derart versagt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie in diesen Tagen in der Zeitung lesen können, dass Herr Hartz selbst so formuliert hat: „Peter Hartz blickt mit Milde auf sein Werk“, dann ist genau das Ausdruck dafür, was wieder einmal passiert ist, dass nämlich durchaus sinnvolle Absichten – den Arbeitsmarkt zu deregulieren, die Bundesanstalt für Arbeit flexibler zu gestalten und insbesondere an vielen Baustellen die Frage neu aufzuwerfen, ob es denn zumutbar ist, dass wir so viele Menschen in unserer Gesellschaft haben, die sich bewusst, fahrlässig, oder weil sie es nicht besser wissen, der Arbeit verweigern, ob es gegenüber denjenigen zumutbar ist, die jede Arbeit annehmen – völlig konterkariert werden sind.

Wenn Hartz in diesen Tagen konkreter wird, dann wird er genau das sagen, was wir seit Jahren sagen: Wir brauchen dringend eine echte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Das geht in alle Teile des Arbeitsmarktes. Das betrifft die Frage des Kündigungsschutzes, der aus unserer Sicht dazu

führt, dass er die Einstellungen verhindert, und nicht dazu, dass man Arbeitslosigkeit bekämpft.

Das geht in die Bereiche der betrieblichen Vereinbarung, die wir dringender denn je in einem sich flexibilisierenden Zeitalter in unserer Gesellschaft brauchen. Es geht vor allen Dingen darum, dass wir für einen bestimmten Personenkreis Arbeitsstellen schaffen und einen eigentlich vorhandenen Bedarf auch umsetzen, dass wir aber mittlerweile in großem Umfang Jobs ins Ausland verlagert haben. Ich spreche von den so genannten Niedriglohnjobs, die Sie weiter ignorieren können, die aber Teil der Realität unserer aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sein müssen.

Dann gibt es noch Parteifreunde von Ihnen, die nicht nur die Frage beantwortet wissen wollen – auch innerhalb der SPD –, wie Sie es denn mit der notwendigen Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt halten, sondern die Frage stellen, ob das, was jetzt aktuell auf den Weg gebracht wird, noch zeitgemäß ist.

Da gibt es einen Ersten Kreisbeigeordneten, den Sie selbst immer wieder im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik zitieren, Ihren Parteifreund Pipa, der in diesen Tagen feststellt, dass er genau das, was wir auf Bundesebene vorschlagen, aber was auch die Hessische Landesregierung vorschlägt, unterstützt, der nämlich bei der Frage, wer zukünftig für die Verwaltung der beabsichtigten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zuständig sein soll, genau das sagt, was wir wollen.

Das muss die kommunale Ebene sein, und nicht ein noch stärker zentralisierter Verwaltungsapparat der Bundesanstalt in Nürnberg. Die Bundesanstalt kann nie und nimmer das erreichen, was kommunale Fachleute erreichen können, nämlich die Nähe zu den notwendigen Unternehmen, die Nähe zum notwendigen Arbeitsmarkt sowie die Nähe zu den Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Clement mit dem Motto angetreten ist, „jeden Monat eine neue Reform“, dann fällt das unter die Rubrik „Ankündigungsminister“. Bei allem Lob, das man eigentlich dafür finden müsste, dass diese Regierung immer wieder vorgibt, reformbereit zu sein: Unter dieser Geschwindigkeit, die nur von Umfrageergebnissen und Wahlergebnissen der jüngsten Vergangenheit geleitet ist, leidet die Qualität.

Eines will ich noch einmal sehr deutlich hervorheben: Sie ignorieren das Problem der Niedriglohnjobs im Verbund mit den Gewerkschaften. Sie nehmen aber nicht wahr, dass der Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung, das Existenzgrundlagengesetz, vorsieht, dass es eines bestimmten Mindesteinkommens bedarf. Wir versuchen, den Anforderungen des Marktes einerseits und dem berechtigten Bedürfnis der Menschen nach Existenzgrund Sicherung andererseits Rechnung zu tragen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Meine Damen und Herren, deswegen sagen wir nicht Lohnersatzleistungen, sondern Lohnzusatzleistungen. Wir wollen unbedingt dahin kommen, dass Menschen zu-

nehmend bereit sind, ihnen angebotene Jobs auch anzunehmen.

Letzte Bemerkung, Herr Präsident: Wenn der Bundeswirtschaftsminister bzw. seine Parteifreunde im Bundestag davon sprechen, es sei schwer vorstellbar, dass der Bundeswirtschaftsminister demnächst als Würstchenverkäufer beim VfL Bochum antritt, dann ist das vielleicht sogar fast eine Beleidigung für den Berufsstand der Würstchenverkäufer, vielleicht auch für den VfL Bochum. Eines macht es aber deutlich, und zwar ein völlig falsches Verständnis von arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten in der SPD. Denn aus meiner Sicht gibt es grundsätzlich keine

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, bitte.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Arbeit, die nicht zumutbar ist, auch nicht für den Bundeswirtschaftsminister. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Fuhrmann, SPD-Fraktion.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, ich muss mich schon wundern.

(Michael Boddenberg (CDU): Das hoffe ich doch!)

Zu dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, haben Sie nicht gesprochen. Die hessischen Probleme scheinen aber inzwischen so groß zu sein, dass Sie bei der einen oder anderen Frage lieber auf Berliner Themen abzielen. Das ist in Ordnung. Das ist vielleicht nach einer Debatte, in der klar wurde, dass ein Drittel dessen, was im Sozialhaushalt radikal gekürzt wird, für Möbel der Staatskanzlei ausgegeben werden soll, verständlich.

(Michael Siebel (SPD): Das sind die richtigen Relationen!)

– Ja, das ist die Relation. Das ist ungefähr ein Drittel der Summe, die bei den sozialen Initiativen gekürzt wird.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat mit den so genannten Hartz-Gesetzen einen neuen Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit begonnen und flexiblere Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt vorgelegt. Herr Kollege Boddenberg, das können Sie nicht wegraden. Auch wenn das Hartz-Konzept nicht dazu führen wird, dass es in Zukunft keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, so wird doch die Dauer erheblich reduziert werden, weil der Verlust des Arbeitsplatzes durch die Neuregelung schneller überbrückt werden wird. Denn – das wissen wir alle –, je länger jemand aus dem Arbeitsprozess heraus ist, umso schwieriger wird es für ihn, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Deswegen gibt es jetzt mit den so genannten Hartz-Gesetzen erstens die frühzeitige Arbeitslosenmeldung, die es die ganzen Jahre nicht gab, es gibt die passgenaue individuelle Vermittlung von Arbeitslosen durch die Jobcenter und drittens die Personal-Service-Agenturen. Darum geht es auch in Ihrem Antrag.

Die Einrichtung der so genannten PSA, die in § 37c des SGB III geregelt sind, ist quasi ein Kernstück der Hartz-Reform. Die Agenturen sollen – so ist jedenfalls der Anspruch – Arbeitslose verleihen und sie auf diesem Wege wieder in feste und dauerhafte Beschäftigung bringen. Diese vermittlungsorientierte Zeitarbeit soll insbesondere auch schwerer vermittelbaren Arbeitslosen die Chance eröffnen, in Betrieben ihr Können unter Beweis zu stellen. Wichtig ist vor allem, dass auch die Qualifizierung durch das Arbeitsamt passgenau zu einem bestimmten Arbeitsplatz erfolgen kann und die Förderung im Einzelfall zwischen Arbeitsamt und Personal-Service-Agenturen unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Bedürfnisse ausgehandelt und vereinbart werden kann. Parallel zur Einrichtung der Personal-Service-Agenturen hat die Bundesregierung das Recht auf Arbeitnehmerüberlassung neu ge- bzw. entregelt. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Es wurde eine Reihe von Beschränkungen abgeschafft.

Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde z. B. festgeschrieben, dass Leiharbeitnehmer während der Dauer der Überlassung hinsichtlich Arbeitsentgelt und Arbeitszeit den Beschäftigten des entliehenden Unternehmens gleichgestellt werden müssen. Das ist richtig, denn dadurch soll verhindert werden, dass es durch die Arbeitnehmerüberlassung zum Abbau von Stammbelegschaften kommt.

Positiv bewerten wir auch, dass alle Leiharbeitsbeschäftigte Sozialversicherungsschutz haben, d. h. abgesichert werden und nach Tarif bezahlt werden. Denn der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat nach der Einarbeitungszeit auch für die Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer zu gelten. Auch das ist gut so.

Die Einrichtung dieser PSA ist also im Interesse der Arbeitslosen eindeutig zu begrüßen. Sie liegt aber insbesondere im Interesse der mittelständischen Wirtschaft. Uns wurde immer vorgetragen – Sie haben das heute auch wieder gesagt: Thema Kündigungsschutz –, dass Betriebe, man sagt so schön, nicht atmen könnten und keine zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen könnten, ohne sie dauerhaft zu haben. Durch die Personal-Service-Agenturen ist dies jetzt möglich. Die Unternehmen haben flexible Möglichkeiten, ohne langfristige Bindungen eingehen zu müssen, auch wenn wir alle hoffen, dass der so genannte Klebeeffekt eintritt und die Menschen im Zweifel bei der Firma, bei der sie entliehen worden sind, bleiben können. Im Zweifel können sie nach der Probezeit bzw. wenn die Auftragslage schlechter wird, aber auch wieder „zurückgegeben“ werden.

Meine Damen und Herren, diese Personal-Service-Agenturen sind zum Jahresbeginn ins Leben gerufen worden. Inzwischen gibt es auf Hessenebene 49 Agenturen. Diese sind aber erst in den Sommermonaten ans Netz gegangen, wie man so schön sagt. Ihr Antrag, der vom 08.09. datiert, hat diesen Personal-Service-Agenturen also gerade einmal zwei, drei Monate gegeben; dann sagen Sie schon, es sei gescheitert, und es habe sich als unbrauchbar erwiesen. Herr Kollege Boddenberg, von einem kleinen Kind erwarten Sie auch nicht, dass es bereits nach drei Monaten laufen kann. Ich glaube, da sind Sie einfach ein bisschen zu hektisch.

(Beifall bei der SPD)

Jeder, der Ahnung von der Arbeitsmarktpolitik hat, weiß, dass solche neuen Instrumente erst einmal anlaufen müssen, dass solche neuen Instrumente Zeit brauchen, um

sich zu etablieren. Der Zeitraum bis zu Ihrem Antrag ist schlicht zu kurz, und er ist auch bis heute noch schlicht zu kurz.

Ich denke, es ist ein innovativer Ansatz, dessen Entwicklung wir kritisch begleiten müssen. Ich sage Ihnen aber: Ich gehe davon aus, wenn dabei Fehlentwicklungen auftreten, wenn der Ansatz sein Ziel weit verfehlt, dass die Bundesregierung dann auf jeden Fall korrigierend eingreift. Es handelt sich um neue Instrumente, die erst einmal anlaufen müssen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, bundesweit bis Ende des Jahres 50.000 Arbeitsplätze in Personal-Service-Agenturen zu besetzen. Das Landesarbeitsamt erwartet, dass bis dahin etwa 2.200 Plätze in Hessen geschaffen werden. Das ist ein Fortschritt.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluss. – Niemand sagt, dass dies eine Wunderwaffe ist, sondern das ist eines der Instrumente. Wir unterscheiden uns damit ganz hervorragend von Ihrem damaligen Kombilohnmodell, das Sie in Hessen aufgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie haben damals gesagt, das sei die Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit. Das war sie nicht. Es war ein Flop, mit genau 77 Beschäftigten in ganz Hessen nach einem halben Jahr.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Heute können wir sagen: Die Personal-Service-Agenturen sind angelaufen und sind auf einem guten Weg. Wir sind mit dem Vizepräsidenten, Herrn Wildgrube, auf dem Weg, zu sagen: Es wird ein Erfolg werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Rentsch, FDP-Fraktion.

### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dafür, dass wir gerade über das Kernstück der Hartz-Reform sprechen, ist die Begeisterung der Mitglieder aller Fraktionen relativ gering gewesen. Dies gilt auch für die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Denn dieses Kernstück sollte natürlich zu einer großen Beschäftigungswelle in Deutschland führen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Kollegin, ich denke, zu dieser Beschäftigungswelle wird es nicht kommen.

(Michael Denzin (FDP): Doch, nach dem Regierungswechsel wird es sie geben!)

Lassen Sie uns im Einzelnen darüber diskutieren. Vielleicht kann ich den Sachverhalt anhand von Zahlen aufklären.

Sie haben gerade von denjenigen gesprochen, die in diesem Projekt beschäftigt sind. Man muss sich schon fragen, ob Sie die Beschäftigten alle persönlich und mit Namen kennen. Bei einer Zahl von über 280 Beschäftigten in Hessen könnte man das erwarten. Hinsichtlich dieses Aspektes hat das Projekt absolut gefloppt.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (FDP))

Ich will auch für die Zuschauer hier im Saal einmal kurz vorstellen, was das Hartz-Konzept mit den PSA eigentlich gewollt hat. Erstens. PSA bedeutet Personal-Service-Agenturen. Diese Personal-Service-Agenturen sollen Arbeitslosen mit Vermittlungshemmissen über die Schiene der Zeitarbeit zu einer Festanstellung verhelfen. Für die Dauer von neun bis zwölf Monaten sollen Arbeitslose vom Arbeitsamt Firmen zugewiesen werden.

Zweitens. Die PSA als Service-Agentur sollte für diesen Bereich einen Grundbetrag als Leistungsanreiz für die Vermittlung erhalten. Das heißt: Je schneller die Vermittlung erfolgt, desto höher soll das Honorar für die PSA sein.

Drittens. Die verleihfreie Zeit soll dafür genutzt werden, die eingestellten Arbeitslosen zu qualifizieren und weiterzubilden.

Viertens. Die PSA sind bei der Entlohnung der Arbeitslosen an die Tarifverträge gebunden. Frau Kollegin Fuhrmann, genauer gesagt, bedeutet dies: Zeitarbeitskräfte haben Anspruch auf Bezahlung in gleicher Höhe wie Stammarbeitskräfte, es sei denn, es gibt einen Tarifvertrag, der Abweichungen von dieser Regel zulässt.

Eine erste Bilanz kann ich Ihnen hier einmal vortragen. Dann haben wir Fakten, über die wir diskutieren können.

(Michael Denzin (FDP): Sehr gut!)

Die Arbeitsämter schieben die „Fußkranken“ an die PSA ab. Das ist eine Tatsache. Die leicht vermittelbaren Arbeitslosen behalten die Arbeitsämter. Damit verbessern sie ihre Statistiken. Die Folgen sind entsprechend. Jetzt folgt die interessante Zahl. Seit Beginn, also seit Anfang August 2003, wurden in Hessen 288 Arbeitslose beschäftigt. Immerhin geht es um einen Zeitraum von drei Monaten nach dem Start. Das kann man als Erfolg werten. Man kann es aber auch als Niederlage werten.

Eine Sache ist in diesem Zusammenhang jedenfalls interessant. Das Landesarbeitsamt spricht von 573 Beschäftigten. Ich denke, auch hier ist Aufklärung gefragt. Ich frage auch die Ministerin, wie es zu diesen unterschiedlichen Zahlen kommen kann. In diesem Zusammenhang glaube ich eher, dass die vom Ministerium genannte Zahl richtig ist. Denn es kann eigentlich kaum möglich sein, dass 573 Arbeitslose dort beschäftigt wurden. Ist es etwa möglich, dass das Landesarbeitsamt seine Zahlen schönt?

(Michael Denzin (FDP): Das wäre nicht das erste Mal!)

Diese Frage sollten wir beantwortet bekommen. Denn es handelt sich um eine sehr wichtige Frage.

(Beifall bei der FDP)

Frau Fuhrmann, das Ziel ist übrigens weitaus ehrgeiziger, als Sie gesagt haben. Es sollen 49 Personal-Service-Agenturen installiert werden. Dies ist vertraglich so vereinbart. Die laufen längst noch nicht. Auch das muss man hierzu sagen. Insofern war die Aussage, die Sie gerade eben getroffen haben, nicht ganz korrekt.

Ich möchte eine Bewertung dieses Projektes aus liberaler Sicht vornehmen. Es zeigt sich, dass das Projekt leider gescheitert ist. Die PSA sind eine Konkurrenz zu Zeitarbeitsfirmen. Längst schon gab es Zeitarbeitsfirmen, die genau das gemacht haben. Jetzt wurde vom Staat eine staatliche Konkurrenz dazu installiert. Mir ist völlig unerklärlich, warum so etwas geschieht. Frau Fuhrmann, vielleicht werden Sie die Gelegenheit nutzen und mir das in einem privaten Gespräch erläutern.

Zeitarbeitsfirmen konnten in Deutschland so lange erfolgreich arbeiten, wie ihre Mitarbeiter billiger waren als die Stammarbeitskräfte. Das ist doch völlig klar. Vor allen Dingen gering qualifizierte Leiharbeitnehmer sind wesentlich billiger als regulär Beschäftigte. Dieser Preisvorteil hat sich mit dem Hartz-Konzept erledigt. Wenn die Zeitarbeitskräfte genauso teuer wie Stammarbeitskräfte sind, dann brauche ich auch keine Zeitarbeitsfirma mehr zu beauftragen. Die Firma hat dann keinen Vorteil mehr davon.

(Beifall bei der FDP)

Über eines wundern wir uns wirklich nicht mehr. Mit den PSA wurde auch die Bürokratie vergrößert. Das ist bei allen Projekten des Hartz-Konzeptes der Fall.

Übrigens muss man in diesem Zusammenhang auch noch eines kurz erwähnen. Dem Namen Hartz wird inzwischen einiges zugemutet. Man sollte sich einmal mit Herrn Hartz unterhalten. Dabei erfährt man, was Herr Hartz über seine Projekte sagt. Dann kommen einem langsam die Tränen in die Augen. Wenn er gewusst hätte, was in diesem Land alles unter seinem Namen subsumiert wird, hätte er seinen Namen dafür niemals hergegeben.

(Beifall der Abg. Michael Denzin (FDP) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Der Betrieb der PSA ist dermaßen mit Bürokratie belastet, dass die Übernahme einer solchen Agentur für bestehende Zeitarbeitsfirmen vollkommen uninteressant ist. 90 % aller befragten Firmen dieser Branche haben laut einer vor einem Vierteljahr stattgefunden Umfrage überhaupt kein Interesse daran geäußert. Die PSA werden dann auch noch staatlich subventioniert. Dies stellt eine unglaubliche Verzerrung des Wettbewerbs gegenüber den Zeitarbeitsfirmen dar. Man fragt sich, warum der Staat dann nicht schon bestehende Zeitarbeitsfirmen subventioniert. Dann hätte dieses Programm wenigstens noch einen Sinn.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

ver.di – dies ist eine Institution, die der SPD sicherlich näher steht als der FDP – sagt:

Es ist eine Katastrophe, dass sich hier offenbar ein Selbstbedienungsmarkt zur Ausnutzung von Fördergeldern entwickelt.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Auch diese Aussage sollten Sie sich zu Gemüte führen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Florian Rentsch (FDP):**

Ich möchte zum Schluss meiner Rede kommen. Vielleicht erledigt sich damit die Zwischenfrage.

So bitter das ist, wir müssen daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass die PSA vor allen Dingen dazu genutzt werden, die Arbeitslosenquote in Deutschland abzusenken. Eine echte Eingliederung der Arbeitslosen in den Markt hat bisher nicht stattgefunden. Wir fordern daher:

Die Arbeitnehmerüberlassung muss flexibilisiert werden. Überflüssige und bürokratische Vorschriften müssen endlich weg. Ich glaube, das leuchtet jedem ein.

Der jetzt bestehende Zwang zum Einhalten des Tarifvertrages führt dazu, dass weniger Leute eingestellt werden, als es zuvor der Fall war. Das ist eine absolut unsinnige Regelung. Die Entlohnung der Zeitarbeit muss wieder auf individueller Vereinbarung beruhen. Sonst wird dieses Konzept keinen Erfolg haben.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (FDP))

Wir wollen, dass die Arbeitsvermittlung endlich privatisiert wird. Auch das ist ein sinnvoller Vorschlag.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (FDP))

Auch das sollten Sie bedenken. Vielleicht hätten wir damit mehr Erfolg.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Außerdem brauchen wir auch den Niedriglohnsektor. Frau Fuhrmann, das haben Sie gerade eben wieder bestritten. Aber es zeigt sich, dass es in der Wirtschaft einen großen Bedarf an Jobs mit Niedriglöhnen gibt. Ob dies sinnvoll ist, darüber kann man politisch streiten. Aber schon den Bedarf zu verneinen, ist sicherlich kein sehr vernünftiger Schritt.

Eines möchte ich Ihnen zum Schluss noch mitteilen. Der Leiter des Sozialamtes Kassel, Herr Ruchhöft – dies ist ein Mensch, der der SPD angehört –, sagte in einem Gespräch, er freue sich nicht gerade darüber, dass ihm der Staat die PSA vor die Nase setze. Denn zuvor habe er hervorragende Kooperationsverträge mit Zeitarbeitsfirmen aus der Privatwirtschaft gehabt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

**Florian Rentsch (FDP):**

Diese Kooperationen fielen nun weg. Sie könnten nunmehr nicht mehr weitergeführt werden.

Privatwirtschaftlich betriebene Zeitarbeitsfirmen werden durch dieses Projekt zerstört. Das sollte aber sicherlich nicht Sinn dieses Projektes sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Evelin Schönhut-Keil für die Fraktion der GRÜNEN.

(Michael Denzin (FDP): Evi, ich hoffe, du hast gut zugehört! – Gegenruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Evi hört immer gut zu!)

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Rentsch, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben aber mit keinem Wort gesagt, was Sie denn eigentlich wollen.

(Michael Denzin (FDP): Doch, das hat er! – Petra Fuhrmann (SPD): Doch, das hat er! Er will das aus dem Tarifvertrag herausgenommen haben! – Weitere Zurufe)

– Nein, das haben Sie nicht. – Sie wissen genauso gut wie der liebe Herr Kollege Boddenberg, dass die Instrumente, die gegenwärtig unter der Überschrift Hartz I bis IV diskutiert werden, denen ähnlich sind, die z. B. auch in Dänemark angewandt wurden.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann muss man „ähnlich“ noch einmal neu definieren!)

Natürlich muss man die verschiedenen Vorschläge sehr kritisch prüfen. Lieber Herr Kollege Boddenberg, Sie sind sehr früh mit Ihrer Feststellung, das sei alles Unsinn, nicht erfolgreich, und das bringe alles nichts.

(Michael Boddenberg (CDU): Das sagen doch die Betroffenen selbst!)

Ich sage deswegen als meine erste Feststellung: Der Entschließungsantrag der Union ist nicht nur unnötig, er ist auch komplett überflüssig. Darüber hinaus ist er auch noch unlogisch. – In der Überschrift sprechen Sie davon, dass die erste Bilanz der Personal-Service-Agenturen unbefriedigend sei. Mit dem ersten Satz des Antragstextes soll der Landtag dann aber feststellen,

dass sich die Personal-Service-Agenturen zum Abbau von Arbeitslosigkeit als unbrauchbar erweisen.

Liebe Leute, Sie müssen sich schon einmal entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD))

Im Übrigen fand ich es schon sehr interessant, dass Sie nicht zu diesem Antrag geredet haben. Sie haben einen weiten Ausflug in die Wirtschaftspolitik gemacht und gesagt, dass das alles unbefriedigend sei.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Keine Schärfe!)

Hinsichtlich eines Punktes stimme ich Ihnen zu. Das werde ich nachher auch noch einmal sagen. Es handelt sich um Maßnahmen zur Strukturierung des Arbeitsmarktes. Dies sind keine Maßnahmen zur Schaffung von Stellen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Ich denke, darüber sind wir uns alle einig. In diesem Hause dürfte aber auch kein Streit darüber bestehen, dass wir eine bessere Verzahnung zwischen der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik brauchen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD) – Michael Denzin (FDP): Darin sind wir uns einig!)

– Lieber Michael Denzin, es ist wunderbar, dass wir uns zu einem Punkt einmal einig sind.

(Michael Denzin (FDP): Es besteht aber die Frage des Weges!)

Der Presse war z. B. erst vor zwei Monaten zu entnehmen, dass für die westliche Wetterau eine Firma mit Sitz in Nidda den Zuschlag für den Betrieb einer PSA erhalten hat. Dazu stand Folgendes zu lesen:

In einer Vereinbarung zwischen dem Arbeitsamt Gießen und dem Unternehmen ist die „Direkt-PSA Wetterau“ mit der Vermittlung von Arbeitslosen im Altkreis Friedberg beauftragt worden. Über die Agentur werden zunächst 55 Arbeitsplätze für Erwerbslose bereitgestellt, die dann nach dem Vorbild von Zeitarbeitsfirmen als Mitarbeiter an Betriebe in der Region ausgeliehen werden.

Diese Meldung stammt aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 9. August 2003.

Das passt auch zu der Information, die das Landesarbeitsamt am 22. August 2003 gegeben hat. Demzufolge wurden für Hessen 49 PSA flächendeckend vertraglich vereinbart, die zunächst 2.160 Arbeitsplätze bieten werden. – Man kann doch nicht einfach hingehen und sagen: „Das ist alles ein Misserfolg“, obwohl sie ihre Arbeit gerade eben erst aufgenommen haben.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann, Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD))

In Deutschland sind bei den PSA zurzeit 38.000 Arbeitsplätze eingerichtet.

(Michael Boddenberg (CDU): Das sind doch keine Arbeitsplätze! Das wissen Sie doch ganz genau!)

Ende August 2003 waren dort bundesweit 14.738 Menschen beschäftigt. Ende September 2003 waren es sogar schon 21.347.

Ich stelle also fest: Die Personal-Service-Agenturen kommen in Gang und schaffen über diesen Mechanismus Arbeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Nebenbei bemerkt möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass außer diesen Mitarbeitern der Personal-Service-Agenturen gegenwärtig 61.800 Personen mit einem Zuschuss zur Ich-AG gefördert werden. Hier kann man also nicht von einem Misserfolg sprechen, sondern das ist ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die von den Menschen offensichtlich auch ange nommen wird.

Aber ich weiß, worauf Sie immer hinaus wollen, Herr Kollege Boddenberg. Deswegen sage ich das auch ganz klar: Das größte wirtschaftspolitische Problem ist damit natürlich überhaupt nicht gelöst. Das sehen wir absolut genauso. Wir haben einen sehr hohen Arbeitslosensockel, der sich von Rezession zu Rezession seit den Siebziger jahren langsam aufgebaut hat. Natürlich kann man ihn nicht von jetzt auf gleich durch wenige Maßnahmen auflösen. Aber ich sage an dieser Stelle auch einmal ganz

klar, Herr Kollege Boddenberg: Wir hätten uns gewünscht, dass sich in den 16 Jahren der Regierung Kohl vielleicht auch einmal die Erkenntnis durchgesetzt hätte, dass man an den verkrusteten Strukturen der bundesweit tätigen Arbeitsämter etwas ändern muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man uns nun wirklich nicht zum Vorwurf machen.

Sie können viele Volkswirte befragen. Diese haben oft unterschiedliche Meinungen. Wir wissen auch, dass der Arbeitsmarkt träge reagiert. Wir wissen ebenfalls, dass nach einem Aufschwung in der Produktion Monate vergehen, bis die Unternehmer endlich wieder den Mut fassen, neue Mitarbeiter einzustellen. Wir haben aber Gott sei Dank zur Kenntnis nehmen können, dass nach den erfreulichen Entwicklungen des DAX während der letzten Monate und nach der Meinung der Wirtschaftsforscher leise wieder ein Aufschwung beginnt. Deswegen sind wir eigentlich sehr positiv gestimmt und hoffen, dass sich das auch auf den Arbeitsmarkt auswirken wird.

Dann kommt erst die eigentliche Stunde der Zeitarbeitsfirmen. Dann kommt die erste Bewährungsprobe dieser neuen Zeitarbeitsfirmen. Denn – wie ich eben sagte – die Unternehmen zögern während des Aufschwungs Neueinstellungen hinaus. Zusätzlicher Arbeitsanfall wird zunächst durch eine herkömmliche Zeitarbeitsfirma erleidet oder wie auch immer bewältigt. Wir wissen – und genauso argumentierte auch der Vizepräsident des Hessischen Landesarbeitsamtes, Bernd Wildgrube –, dass die von der Hartz-Kommission angestrebte Zahl von 500.000 PSA-Plätzen in Deutschland – das entspräche ca. 25.000 bis 30.000 Plätzen in Hessen – erst langfristig und bei prosperierender Wirtschaft zu erreichen ist.

Aber ich sage auch: Jeder Schritt auf dem Weg zu diesem gewiss ehrgeizigen Ziel ist ein Erfolg und lohnt die Anstrengungen.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deswegen sage ich noch einmal: Ihr Antrag ist komplett überflüssig. Meine Damen und Herren von der Union, Sie sollten abwarten, bis die anderen neuen Einrichtungen ihre Arbeit aufnehmen. Erst dann können Sie eine erste Bilanz ziehen. Dann kann man sich gegebenenfalls auch mit Veränderungen befassen.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist jetzt eigentlich vorbei.

### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Jetzt bereits ein schlichtes „unbrauchbar“ auszurufen widerspricht jeder Logik. Aber wir wissen, dass das, was Sie in Hessen in erster Linie betreiben, Blockade ist. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das den arbeitslosen Menschen in Hessen mit Sicherheit nicht helfen wird. Deswegen versuchen wir das im Moment eben ohne Sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lautenschläger.

### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde in einigen Beiträgen schon deutlich gemacht, wo Erfolge und wo noch keine Erfolge bei den PSA vorliegen. Dass sie inzwischen flächendeckend in Hessen eingerichtet wurden, ist das eine. Aber die interessante Frage ist zum Schluss natürlich nicht, Frau Kollegin Schönhut-Keil, wie viele Arbeitsplätze – und das setze ich vorsichtig in Anführungsstrichen – bei einer PSA vereinbart wurden, sondern wie viele Austritte es in den ersten Arbeitsmarkt gibt und wie viele Menschen tatsächlich zum Schluss im ersten Arbeitsmarkt oder bei einer regulären Zeitarbeitsfirma ohne Förderung des Staates sind. Das ist natürlich zum Schluss entscheidend.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung ist das eine. Hier geht es zum Teil um Sozialhilfeempfänger und darum, weitere Hilfsmaßnahmen einzuführen. Dagegen haben wir uns auch nie ausgesprochen. Aber die tatsächliche Frage lautet: Verstaatlichen wir diesen Bereich, oder lassen wir ihn tatsächlich im öffentlichen Wettbewerb? Das ist der andere Punkt.

Grundsätzlich ist entscheidend, was auf dem Arbeitsmarkt geschieht, um auch das Instrument der Zeitarbeit dauerhaft interessanter zu machen. Da brauchen wir gar nicht erst über eine PSA zu sprechen. Vielmehr spreche ich über die Zeitarbeit an sich. Da sind drei Punkte hervorzuheben, die auch angesprochen wurden.

Die weitere Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat zum Schluss auch etwas mit dem Tarifrecht zu tun. Aber ein ganz entscheidender Punkt ist natürlich die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Denn Sie haben es gerade angesprochen, Frau Schönhut-Keil: Unser Problem ist die hohe Sockelarbeitslosigkeit, gerade bei den Langzeitarbeitslosen. Dort ist und bleibt die wesentliche Frage: Wie schaffen wir es, wieder zu einem prosperierenden Arbeitsmarkt für diese Menschen zu kommen? Da müssen wir uns die Frage über den Niedriglohnsektor stellen, wenn wir diese Menschen tatsächlich wieder am Arbeitsleben beteiligen wollen.

Das, was Kollege Boddenberg angesprochen hat, ist dort natürlich zutreffend. Dann müssen wir uns über Hartz IV unterhalten. Ich möchte Ihnen gern aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von heute zitieren: Dort steht:

Es wird nur in der Form des ortsüblichen Lohns bei der Frage, ob eine Arbeit angenommen werden muss, sowohl für die bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe als auch für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger ein Mindestlohn eingeführt. Damit wird der Bezug der neuen Leistung, die die Sozialhilfe ersetzt, erstmals an einen Mindestlohn gekoppelt. Dies ist ebenfalls eine Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates.

Dann geht es an anderer Stelle weiter:

Ökonomen wissen nur zu gut, wie Mindestlöhne wirken. Sie schneiden den unteren Teil der Nachfragekurve nach den Arbeitskräften ab, führen also dazu, dass diese Nachfrage nicht wirksam werden kann.

Das sagt Horst Siebert, der ehemals Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel war.

(Zuruf von der FDP: Recht hat er!)

Ich glaube, genau das ist der maßgebliche Punkt, über den wir jetzt wieder bei den Hartz-Gesetzen miteinander streiten müssen. Wir müssen eben diesen Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen und nicht irgend eine PSA einrichten und vielleicht auch noch ein paar Ich-AGs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Rahmenbedingungen müssen zum Schluss wieder so sein, dass sich der Arbeitsmarkt auch für diejenigen aus der Sockelarbeitslosigkeit und für Langzeitarbeitslose wieder öffnet.

Aber wenn das beschlossen wird, was die Bundestagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt im Entwurf der Bundesregierung verändern wollen, dann kommt es genau zu diesen Mindestlöhnen, und dann gibt es eben keine Öffnungen für diese Menschen, sondern Sie verriegeln den Arbeitsmarkt wieder dauerhaft. Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Wir werden gerade im Bundesrat darüber streiten. Wir haben weder bei Hartz I noch bei Hartz II blockiert, sondern wir helfen Ihnen gern, um überhaupt zu vernünftigen Regelungen zu kommen. Nur ist das, was Sie wieder vorschlagen, keine vernünftige Regelung. Vielmehr erhöhen Sie die Sockelarbeitslosigkeit dauerhaft, statt sie abzubauen. All die Instrumente, die wir dringend brauchen, um den Arbeitsmarkt zu öffnen, machen Sie wieder zunichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie bauen die kleinsten Wege wieder ab, wo es eine Möglichkeit gegeben hätte, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Darüber werden wir dann auf Bundesebene zu streiten haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die entscheidenden Fragen sind: Wie bekomme ich Menschen wieder in Arbeit? Wie komme ich von der Sockelarbeitslosigkeit weg? Aber dann müssen Sie mit uns auch über die Öffnung des Niedriglohnsektors für Tarife reden, bei denen es sich wieder für jeden lohnt, in Arbeit zu gehen, sodass nicht derjenige der Gelackmeierte ist, der eben nicht schwarzarbeitet. Es muss erreicht werden, dass diese Menschen auch wieder bereit sind, für den üblichen Lohn vor Ort zu arbeiten, der sich dann auch noch lohnen muss.

Das wird mit Sicherheit eine spannende Auseinandersetzung. Aber ich bitte Sie tatsächlich: Schauen Sie noch einmal genau hin, wenn wir über Personal-Service-Agenturen reden. Wir brauchen dort Wettbewerb und nicht vereinbarte Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt. Es geht um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Personal-Service-Agenturen – erste Bilanz ist unbefriedigend, Drucks. 16/492, zur Abstimmung auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13**, Folgekosten bei Gefahrgutunfällen, auf und teile mit, dass dieser Punkt ins nächste Plenum geschoben wird.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zukünftige Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Gewährleistung der Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher bei gentechnisch veränderten Produkten – Drucks. 16/465 zu Drucks. 15/188 –**

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 15**:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend grüne Gentechnik als Zukunftstechnologie weiter voranbringen – Drucks. 16/466 zu Drucks. 16/319 –**

Berichterstatter zu beiden Anträgen ist der Kollege Klee.  
– Wir verzichten auf Berichterstattung.

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion für beide Tagesordnungspunkte. Das Wort hat Herr Kollege Häusling von der Fraktion der GRÜNEN. Oder wollen Sie es andersherum?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wintermeyer!)

– Okay, dann fangen wir mit Herrn Kollegen Wintermeyer von der CDU an.

#### Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte den Kollegen von den GRÜNEN die Möglichkeit geben, entsprechend zu reagieren. Das letzte Mal waren Sie zuerst dran, diesmal sind wir zuerst dran.

Das Europäische Parlament hat Anfang Juni mit den neuen Kennzeichnungsvorschriften einen großen Schritt hin zur Normalisierung im Umgang mit der grünen Gentechnik getan. Auf diesem Weg gilt es nun weiterzugehen. Die CDU ist gegen eine pauschale Verteufelung der grünen Gentechnik.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Verweigerungshaltung in den letzten Jahren, vor allem von den GRÜNEN betrieben, wird der Realität überhaupt nicht gerecht. Die CDU befürwortet dagegen die differenzierte Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Thema. Jeder Verbraucher hat durch die EU-Regelung in Zukunft die Gewähr, Informationen über die von ihm ins Auge gefassten Produkte zu erhalten. Er kann sich frei für oder gegen den Kauf entscheiden. Dies entspricht auch der Realität.

Seit Jahren werden auf mehr als 50 Millionen ha weltweit gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, Tendenz stark steigend. In Deutschland sind 60 bis 70 % aller verarbeiteten Lebensmittel bereits mit der Gentechnik in Berührung gekommen. Die Entscheidung über den Erfolg gentechnisch hergestellter Lebensmittel kann nur von dem getroffen werden, den es angeht, nämlich vom Verbraucher, nicht von Ideologen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ihnen wird eine eigenverantwortliche Entscheidung ermöglicht. Die Wahlfreiheit am Supermarktregal ist damit

endlich Realität geworden, und damit wird auch der steigenden Akzeptanz in der Bevölkerung Rechnung getragen.

Ich finde es bezeichnend, dass die GRÜNEN in Kenntnis dieser klaren, auch europäischen Rechtslage gerade ein Aktionsbündnis gentechnikfreies Hessen inszeniert haben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Es ist bereits binnen kurzem klar geworden, dass es diesem Bündnis nicht um Argumente geht. Die internationalen Handelsverflechtungen in Verbindung mit dem entsprechenden Warenverkehr existieren nun einmal. Dem kann man sich auch in Hessen nicht entziehen. Alles andere ist blauäugig und dient nicht der Zukunft dieses Landes.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Anstatt wie die GRÜNEN undurchdachte Vorschläge zu machen, als ob wir auf einer Insel der Glückseligen wohnen, sollten wir alle Kräfte bündeln, um einen verantwortungsvollen Umgang und eine verantwortungsvolle Anwendung der grünen Gentechnik auch in Hessen zu ermöglichen. Die hessische Landespolitik ist hier zunächst nur mittelbar betroffen. Die Bundesregierung selbst ist aufgerufen, endlich klare Rahmenbedingungen für die grüne Gentechnik zu schaffen. Die GRÜNEN im Hessischen Landtag sind aufgerufen, endlich auf ihre Partei-freunde in Berlin Druck in diesem Sinne auszuüben, anstatt hier im Hessischen Landtag ständig Schaufensteranträge über Schaufensteranträge zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt kein Argument mehr, eine generelle Blockadepolitik gegenüber den Neuentwicklungen in der grünen Gentechnik zu vertreten. Die Botschaft aus Straßburg lautet nämlich: Gentechnisch veränderte Organismen haben ihren Platz und ihre Berechtigung auch in der Europäischen Union. – Dies sollte auch Frau Künast endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Bundesregierung erklärt regelmäßig die Gentechnik zur Schlüsseltechnologie, so auch der Bundeskanzler noch Anfang September. Aber aufgrund kaum zu überbietender Orientierungslosigkeit der Bundesregierung, die sie nicht nur auf anderen Gebieten, sondern auch auf diesem Gebiet hat, findet die Technologie nur außerhalb Deutschlands statt.

In einem für den Forschungs- und Technologiestandort Deutschland ganz wichtigen Punkt haben wir aufgrund der Versäumnisse von Künast Stillstand. Im letzten Jahr hat sie ausdrücklich die Zuständigkeit für die Gentechnik bekommen. Anscheinend hat sie völlig verdrängt, dass sie Deutschland hier voranbringen und nicht blockieren soll. Die gerade von ihr immer wieder geforderte Kontrolle, Transparenz und öffentliche Beteiligung werden von der europäischen Freisetzungsrichtlinie bereits vorgeschrieben. Diese soll erst jetzt mit dem neuen Gesetzentwurf umgesetzt werden, obwohl dies bereits seit dem 17. Oktober des letzten Jahres hätte erfolgen müssen. Folgerichtig hat die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, ebenso wie wegen der Nichtumsetzung der so genannten Biopatentrichtlinie. Eineinhalb Jahre hatte die Bundesregierung Zeit, um diese Freiset-

zungsrichtlinie umzusetzen, und – es wird uns nicht wundern – nichts ist geschehen. Nun muss der deutsche Steuerzahler wieder einmal die Zeche für ideologisierte Unfähigkeit zahlen.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Roland von Hunnius (FDP))

Es ist weitere Unbill zu befürchten. Frau Künast will mit dem Gentechnikgesetz offensichtlich sicherstellen,

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

dass in Deutschland auch zukünftig Landwirtschaft gentechnikfrei betrieben wird. Statt Gentechnikanwendung zu fördern, wird hier Gentechnikverhinderung geregelt.

Meine Damen und Herren – mein letzter Satz –, wir haben heute den UN-Welternährungstag, und er bringt es wieder einmal an den Tag. Das Millenniumsziel, bis 2015 die Zahl der Hungernden in der Welt zu halbieren, rückt in immer weitere Ferne, wenn wir nicht die Gentechnik zu einer verantwortungsvollen Anwendung bringen. Wir haben viel Zeit in Deutschland verloren. Dies muss sich endlich ändern. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Häusling von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Gentechnik hat uns schon einmal beschäftigt. Ich denke, die CDU hat an diesem Punkt überhaupt keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Herr Wintermeyer, Ihre Behauptung, es gebe eine wachsende Akzeptanz der Verbraucher, kann nur einem frommen Wunschdenken entsprungen sein. Es gibt keine wachsende Akzeptanz.

Sie argumentieren, die Bundesregierung sei hier im Verzug. Da sind wir in guter Gesellschaft; denn bisher haben überhaupt nur vier EU-Länder ein Freisetzungsgesetz vorgelegt. Das heißt, es gibt große Schwierigkeiten, die Koexistenz per Gesetz festzulegen, und genau darauf beruht auch unsere Argumentation. Denn wir sagen, man kann das jetzt nicht einfach so abbürsten, als gehe es nur darum, ein Gesetz zu erlassen, und schon sei das Thema da, der Markt würde darauf warten, und es gebe eine große Chance für die Zukunft.

Wir wollen die Chancen der Zukunft bei der Gentechnik nutzen, allerdings in ganz anderem Sinne, als Sie es vorschlagen. Denn wir sehen in dem Verzicht auf Gentechnik eine große Chance für die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen bringt die Gentechnik nicht die versprochenen ökonomischen Vorteile für die Bauern. Diejenigen, die behaupten, die Gentechnik sei sozusagen der Markt, auf den jetzt alle warten und auf den alle draufspringen wol-

len, unterliegen leider einem frommen Wunschdenken. Weltweit gibt es keinen Markt für Gentechnikprodukte. Die Länder sind am Markt im Vorteil, die auf Gentechnik verzichten. Sie können sich einmal das Marktgeschehen angucken. Japan nimmt z. B. überhaupt keine Gentechnikprodukte. In Europa sind nach wie vor 80 % der Bürger gegen die Gentechnik bei Lebensmitteln. Auch da gibt es einen Markt, den wir in erster Linie mit unseren Produkten aus Hessen bedienen möchten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden eine ideologische Kampagne betreiben und wären sozusagen in unserem kleinen Club, dann kann ich Ihnen nur sagen: Edeka Nord bietet Produkte an, die grundsätzlich ohne Gentechnik hergestellt werden. Wir haben – hier ist wieder die Frage, ob der Minister weiß, was er auf der einen Seite sagt und auf der anderen Seite macht – die hessische Qualitätsmarke „Gutes aus Hessen“. Sie hat als eines ihrer primären Ziele die Vermarktung von hessischen Produkten ohne Gentechnik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb weiß man nicht so ganz, welche Linie der Minister an diesem Punkt verfolgt. Selbst Konzerne wie McDonald's, des Ministerpräsidenten liebstes Schnellrestaurant, die keine kleine Nummer sind, setzen auf Produkte ohne Gentechnik. Alles das sind Wirtschaftspartner, die mit Sicherheit klar ihre Zukunftschancen sehen.

Wir nennen die Gentechnologie nach wie vor eine Risikotechnologie. Es gibt immer mehr Studien, die belegen, dass die Frage der Koexistenz nicht so einfach zu beantworten ist, wie Sie es sich vorstellen. Sie belegen außerdem, dass wir in Zukunft Vermarktungsprobleme bekommen werden, über die wir uns wahrscheinlich noch sehr oft unterhalten müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere die CDU-Fraktion auf: Führen Sie mit Ihrer unkritischen Haltung gegenüber der Gentechnik die hessischen Bauern nicht in Versuchung, sondern bewahren Sie sie vor dem Irrglauben, dass die Gentechnik etwas Sinnvolles mit sich bringe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind in Hessen mit einer naturnahen und umweltfreundlichen Landwirtschaft gut aufgestellt. Der Markt der Zukunft will mit naturnahen Produkten bedient werden. Deshalb lehnen wir diesen Großversuch an der hessischen Landwirtschaft und auch im weltweiten Rahmen ab. Wir dürfen nicht sagen: „Wir schauen einfach einmal, ob uns die Gentechnik Vorteile bringt, und wenn nicht, dann verabschieden wir uns von ihr.“ Die Folgeschäden, die entstehen können, wenn dieses Experiment schief geht, werden nämlich ökonomisch so gewaltig sein, dass man damit ganze Bereiche der Landwirtschaft – zumindest die ökologisch arbeitende Landwirtschaft – in Gefahr bringt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Auf EU-Ebene steht ab dem 27. Oktober die Verabschiedung der Regelung hinsichtlich des Verunreinigungsgrads von Saatgut an. Wir hoffen darauf, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagene Linie, einen Verunreinigungsgrad von 0,3 bis 0,7 % bei Saatgut zuzulassen, noch geändert wird. Wir haben den Herrn Minister im Ausschuss gefragt, wie sich Hessen bei der letzten Agrarministerkonferenz in

dieser Frage verhalten habe. Der Minister wusste es nicht. Wir haben in den Protokollen nachgeschaut und gelesen, dass sich das Land Hessen unserer Linie angeschlossen hat, einen Grenzwert von nur 0,1 % festzusetzen. Das finden wir sehr positiv.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dem Herrn Minister nachher eine Postkarte überreichen, die er an die zuständigen Stellen weiterleiten kann, auf der steht, dass auch er sich für einen Grenzwert von 0,1 % einsetzt. Ich hoffe nur, es war nicht wieder ein Versagen des Ministers, dass er nicht wusste, über was er abgestimmt hat. Ich hoffe, Sie behalten an diesem Punkt Ihre klare Linie bei.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum letzten Satz. – Wir GRÜNEN haben vor ein paar Tagen auf hessischer Ebene ein Bündnis gegen Gentechnik initiiert. Dieses Bündnis wird nicht in den grünen Zirkeln bleiben, sondern es wird eine breite Bewegung werden, die sich für ein gentechnikfreies Hessen einsetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Heidel für die FDP-Fraktion.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie oft wir uns hier schon über die Gentechnik unterhalten haben. Die GRÜNEN brauchen immer ein Feindbild. Wenn sie schon das Feindbild Kellerwald nicht mehr haben, dann nehmen sie jetzt eben die Gentechnik.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass sich die GRÜNEN in Berlin erst einmal dafür stark machen, dass die europäische Freistellungsrichtlinie endlich auch in Deutschland umgesetzt wird. Ich will Ihnen sagen, warum ich dafür bin, dass wir die Freistellungsrichtlinie umsetzen. Es muss die unternehmerische Freiheit gegeben sein, die Gentechnik als Zukunftschance zu nutzen, wenn man das tun möchte. Ich möchte nicht, dass par ordre du mufti – ob von der Kirche oder von sonst wem – bestimmt wird, was die Unternehmer in der Landwirtschaft tun dürfen und was nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

In dieser Hinsicht ist das, was der Kollege Häusling hier vorgetragen hat, wenig hilfreich. Sie haben ein Aktionsbündnis auf den Weg gebracht, an dem sich die Kirche beteiligt. Ich werde mit kirchlichen Stellen Gespräche über deren diesbezügliches Engagement führen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde dabei ganz deutlich machen, dass wir meinen, dass letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss endlich eine vernünftige Kennzeichnungspflicht her. Die Verbraucher müssen wissen, ob das, was sie kaufen, gentechnisch behandelt worden ist oder nicht. Ich bin aber dagegen, dass wir die Gentechnik stigmatisieren.

(Beifall bei der FDP)

Zum Zweiten will ich auf die Realitäten verweisen. Ich habe gerade von einem landwirtschaftlichen Betrieb gelesen, der seine Schweinemast auf ökologische Haltungsformen umgestellt hatte, aber vor vier Wochen beschloss, in Zukunft die Schweine wieder auf konventionelle Art und Weise zu mästen. Warum? Weil es keine entsprechenden Absatzwege gibt.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Was hat das mit der Gentechnik zu tun?)

So viel zu dem von Ihnen wieder in den Raum gestellten schönen Bild von der Ökolandwirtschaft.

Ich will noch einen Punkt ansprechen, nämlich den Grenzwert für Saatgut. Der Minister hat selbstverständlich gewusst, über was er abgestimmt hat, als er sich für den Grenzwert 0,1 % entschieden hat. Das, was technisch machbar ist, soll auch gemacht werden. Hinter dieser Forderung stehen wir alle.

(Beifall bei der FDP)

Beim Thema Gentechnik haben wir in diesem Landtag schon viel erlebt. Unter anderem haben wir damals debattiert, als ein Landrat denjenigen, die Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen verwüsteten, Kaffee und Kuchen gebracht hat. Das wollen wir an der Stelle nicht vergessen. Ich wünschte mir, dass dieses Thema wesentlich emotionsloser und sachbezogener diskutiert würde. Letztlich geht es hier nämlich um Entscheidungen, wo die Politik nur Rahmen setzt, aber nicht selbst Beschlüsse fasst. Das sehen Sie z. B. an der Diskussion, ob der Anteil der ökologischen Landwirtschaft 10, 15 oder 20 % betragen soll. Das entscheidet letztendlich der Verbraucher. Hinsichtlich der Gentechnik entscheidet zunächst der landwirtschaftliche Unternehmer, ob er gentechnisch veränderte Pflanzen einsetzt oder nicht. Wir sollten die Zuständigen entscheiden lassen.

Zum Schluss eine Aufforderung an die Bundesregierung: Bitte setzen Sie die EU-Freistellungsrichtlinie jetzt um.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Grumbach.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Meine Damen und Herren! Herr Heidel, Ihr letzter Satz trifft den zentralen Punkt. Ich finde es faszinierend, wie man hier eine Debatte an den Antragstexten vorbei führen kann. Herr Heidel spricht von Bevormundung. Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag aber nur eine so präzise Kennzeichnung der Waren, dass die Verbraucher wissen, woran sie sind. Die anderen sagen wiederum: Liebe

Leute, wir wollen keine genaue Kennzeichnung. Wir wollen es so machen, wie wir es hinbekommen. – Damit bringen Sie die Verbraucher in die Situation, dass sie nicht wissen, ob, wenn bei Saatgut „gentechnikfrei“ draufsteht, auch „gentechnikfrei“ drin ist. Das ist eine Art der Bevormundung. Ich finde, gegen diese Bevormundung muss man sich wenden. Deshalb ist die Beschlussempfehlung falsch.

(Beifall bei der SPD)

Man braucht eigentlich nur den Wortlaut des CDU-Antrags zu nehmen und Ihnen zu sagen, wie es richtig lauten müsste: erstens Rechts- und Planungssicherheit, zweitens Vertrauen und Transparenz. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir nur dann gewinnen können, wenn es keine Hintertüren gibt, hinter denen jemand stehen und sagen kann: Hättest du das Kleingedruckte gelesen, würdest du wissen, dass dort, wo „gentechnikfrei“ draufsteht, in Wirklichkeit etwas anderes drin ist. – Die Art der Verbrauchertäuschung, die wir bereits kennen, wo vorne groß „Bio“ und in der langen Liste der Zutaten „Tut uns Leid, das ist nicht das Biosiegel der EU, weil wir deren Kriterien nicht einhalten können“ steht, müssen wir gemeinsam beenden. Dafür ist der Antrag der CDU keine Hilfe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das tun, dann sind wir, glaube ich, relativ schnell beieinander. Sie merken, dass wir im Moment nicht darüber reden, wessen Glauben der richtige ist. Wir reden schon lange nicht mehr über die Frage, wie die Gentechnik funktioniert, sondern wir reden darüber, dass die einen glauben, die Gentechnik sei ein Weg in die Zukunft, während die anderen glauben, das sei ein Irrweg.

Das zweite Argument, dem ich immer wieder begegne, lautet: Das gibt es doch schon. – An der Stelle sage ich: Sind wir Politiker, oder sind wir Sklaven der Sachzwänge? Wenn es das schon gibt und wenn wir glauben, dass an diesem Punkt Entwicklungen vor sich gehen, bei denen wir steuernd eingreifen müssen, dann sind wir dafür verantwortlich, das zu tun. Wenn wir aber steuernd eingreifen, dann sollten wir Verantwortung und Transparenz setzen.

Das bedeutet, dass der Antrag der GRÜNEN, der fordert, all das nachzuweisen, was nachweisbar ist, und die Technik, die wir haben, in Anspruch zu nehmen, die Position vertritt, den Verbrauchern größtmögliche Klarheit zu verschaffen. Ich denke, das ist unsere Aufgabe als Politiker.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heinrich Heidel hat Recht, wenn er sagt, dass wir uns in dieser Legislaturperiode schon zum zweiten Mal mit diesem Thema beschäftigen. Aber das Thema wird uns erhalten bleiben. Es ist auch schon in den letzten Jahren von uns hier bearbeitet worden. Schon in der Sitzung am 10. Juli sind die Meinungen darüber ausgetauscht worden. Im Ausschuss ist mit dem Staatssekretär über dieses Thema gesprochen worden.

Als Minister habe ich die Verantwortung dafür, dass der Verbraucherschutz gewahrt bleibt. Das heißt, ich bin verantwortlich dafür, dass eine ordentliche Kennzeichnung durchgeführt wird. Auf der anderen Seite unterstütze ich auch das, was der Abg. Wintermeyer hier eben angeführt hat, nämlich dass die grüne Gentechnik für uns eine Zukunftstechnologie ist, die weiterentwickelt werden soll, weil man damit Probleme lösen kann, die mit einer normalen Züchtung nicht gelöst werden können.

Herr Häusling, da Sie es eben angesprochen haben: Ich habe mich dafür ausgesprochen, die Schwellenwerte zwischen 0,3 und 0,7 % anzusetzen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber ganz schlecht!)

Das ist eine machbare Größe, im Gegensatz zu 0,1 %, die mit technischen Mitteln im Moment nicht nachzuweisen sind.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die EU-Vorlage 1:1 in deutsches Recht umzusetzen ist. Außerdem verweise ich auf meine Rede vom 10. Juli, in der ich all diese Punkte schon einmal angesprochen habe.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/465, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen worden. Abgelehnt wurde sie von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN.

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung unter Tagesordnungspunkt 15, Drucks. 16/466, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sprachförderung von Kindern in der vorschulischen Erziehung – Drucks. 16/522 zu Drucks. 16/148 –**

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 17:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Sprachförderung von Kindern in der vorschulischen Erziehung – Drucks. 16/523 zu Drucks. 16/396 –**

Die Berichterstattung erfolgt jeweils durch den Abg. Rentsch. – Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Es ist eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart worden. Wer wünscht das Wort?

(Gerhard Bökel (SPD): Es gibt doch keine Redepflicht!)

– Nein, die gibt es nicht. – Ich stelle fest, dass niemand das Wort wünscht.

Dann lasse ich zunächst über die Beschlussempfehlung unter Tagesordnungspunkt 16, Drucks. 16/522 zu Drucks. 16/148, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN angenommen worden.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung unter Tagesordnungspunkt 17, Drucks. 16/523 zu Drucks. 16/396, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vorlage eines hessischen Jugendberichts – Drucks. 16/524 zu Drucks. 16/304 –**

Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Das Wort hat Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! – Da kommt die Frau Ministerin. Auf Sie habe ich noch gewartet; denn leider waren Sie damals, als das Thema im Ausschuss behandelt worden ist, nicht anwesend. Irgendwann würde ich von Ihnen aber gerne etwas zu dem Jugendbericht hören.

Im Ausschuss hatten wir nämlich die interessante Situation, dass dort mit der Mehrheit der CDU-Fraktion beschlossen worden ist, auf den Jugendbericht zu verzichten. Von der Ministerin liegen uns aber Aussagen aus dem letzten Herbst vor – allerdings war da Wahlkampf –, wonach sie sich durchaus für diesen Bericht ausspricht und auch gewillt ist, ihn zu geben. Von daher warten wir noch darauf, wie sich die Ministerin an dieser Stelle verhält.

Frau Ministerin, für den Fall, dass Sie jetzt sagen: „Was interessiert mich mein Wahlkampfgerede?“, möchte ich kurz unsere Argumente zusammenfassen, warum wir diesen Jugendbericht für sinnvoll halten.

Das Land hat sich mit der Schließung des Landesjugendamts aus der planerischen und begleitenden koordinierenden Arbeit für die Jugendlichen zurückgezogen. Wir sind es den Jugendlichen und den in der Jugendarbeit Täglichen aber schuldig, uns mehr Gedanken über die Situation der Jugendlichen im Land Hessen zu machen, als das im CDU-Regierungsprogramm der Fall ist. Vielleicht erinnern Sie sich an die Aussagen, die in dem Regierungsprogramm gemacht werden, vielleicht aber auch nicht; denn die Aussagen zu diesem Punkt sind wirklich dürfzig.

(Volker Hoff (CDU): Na, na, na!)

– Sie brauchen nicht auch noch am Donnerstagnachmittag so viel dazwischenzurufen. Irgendwann muss es doch einmal gut sein. – Für diejenigen, die es nicht wissen,

weil es sowieso wenig ist: In dem Regierungsprogramm gab es zu diesem Thema genau drei Punkte:

(Volker Hoff (CDU): Keine Rufmordkampagne!)

geschlossene Unterbringungsmöglichkeiten für Jugendliche, ehrenamtliches Engagement Jugendlicher und die Mitarbeit in Jugendparlamenten. Das alleine kann nicht die Jugendpolitik der nächsten vier Jahre sein.

Wir fordern einen Bericht, der zum einen die Lage junger Menschen und die Leistungen der Jugendhilfe erfasst, zum anderen aber auch perspektivische Entwicklungen in den Blick nimmt. Gerade bei dem letzten Punkt handelt es sich um einen wichtigen Teil. In diesem Teil sollen auch konkrete Maßnahmen und Handlungsanweisungen enthalten sein.

Jetzt ist nicht einmal der Kollege Rentsch anwesend, der an der Stelle immer sagt: „Oh Gott, wir wollen keine Berichte“, und: „Oh Gott, diese Bürokratie“.

(Michael Denzin (FDP): Er ist in einer Stadtverordnetensitzung!)

– Ich weiß, dass er in einer Stadtverordnetensitzung ist. Aber er fehlt mir an der Stelle, denn die Zahlen für diesen Bericht liegen schon vor. – Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe müssen die Daten sowieso der obersten Landesbehörde zur Verfügung stellen. Von daher geht es darum, diese Daten auszuwerten und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies wäre eine Hilfestellung für die örtlichen Träger der Jugendhilfe. Ich denke wirklich, dass das notwendig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Bundesebene gibt es diesen Bericht. Dort hat man sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Von daher warte ich erst einmal ab, was die Frau Ministerin dazu sagt, nämlich ob sie im Nachhinein erklärt: „Ich weiß nichts mehr von dem, was ich da gesagt habe“ – wobei das auch im Blatt des Hessischen Jugendrings abgedruckt worden ist und sie nicht dagegen protestiert hat –, und wie es um die Aussagen der Fraktionsmitglieder bestellt ist. Es war ja die letzte Tat des Kollegen Brückmann, diese Abstimmung zu inszenieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank auch. – Das Wort hat der Abg. Holger Bellino für die CDU.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Zusammentragen relevanter Daten und vor allen Dingen deren anschließende Analyse sind sicherlich sinnvoll, besonders dann, wenn daraus – das geschieht ja bei dem einen oder anderen Bericht – entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden, von denen diejenigen profitieren, für die dieser Bericht letztendlich erhoben wurde.

Ineffizient kann ein solches Ansinnen beispielsweise dann werden, wenn zu viele Berichte erhoben werden, die sich an dieselbe Zielgruppe richten oder sich mit derselben Thematik befassen. Statt zu dem erwarteten Erkenntniszuwachs kann das zu einem Info-Overload bei denjenigen

führen, die das zu lesen und zu verarbeiten haben. Dann ist es eher schädlich.

Ein solches Ansinnen kann auch ineffizient werden, wenn zu oft dieselben Auskunftgeber befragt werden. Wir wissen aus der Marktforschung, dass dann sogar eine Verweigerungshaltung eintreten kann, nämlich dass man sich mit diesen Themen gar nicht mehr richtig befasst, weil man es nicht mehr möchte.

Ineffizient kann es auch werden, wenn – auch wenn es gut gemeint ist – zu viele irrelevante Daten erhoben werden. Dann kommt es zu den Datenfriedhöfen, die eben schon kurz angesprochen worden sind.

Reflektiert man das nun auf den hier zur Diskussion stehenden Kinder- und Jugendbericht, dann ist zunächst einmal festzustellen, dass es die Bundesregierung ist, die hier verpflichtet ist, einmal in der Legislaturperiode einen entsprechenden Bericht abzugeben und darin auch die Fragen zu beantworten, wie beispielsweise die Lage der jungen Menschen in der Republik ist, was die Jugendhilfe tut und welche Vorschläge gegebenenfalls aus diesen Erkenntnissen abzuleiten sind.

Eine weitere Beachtung dieser Gesetze zeigt, dass bei dieser Berichtspflicht der Bundesregierung die Hauptverantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe bei den Kommunen liegt. Nun heißt dies aber nicht – Berichtspflicht beim Bund und Hauptverantwortung bei den Kommunen –, dass sich die Länder ganz zurückziehen können. Sie sollen – im Gegenteil – unterstützend tätig sein und auch entsprechende Informationen sammeln bzw. bereitstellen. Deshalb wurden in Hessen bereits die örtlichen Träger verpflichtet, der Landesjugendbehörde entsprechende Meldungen zu machen. Deshalb gibt es ja auch bereits heute Überlegungen, diese Informationen in einer gesamthaften Sozialberichterstattung zusammenzuführen. Diese Sozialberichterstattung des Landes, von der hier die Rede ist, soll die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen und deren Familien – nicht der Familien im Allgemeinen, das würde dann zu weit führen und verwässern – untersuchen, darstellen und strukturieren, aber auch die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Zusammenhang beschreiben und bewerten.

Ein Sozialbericht in dieser beschriebenen Form ist in Vorbereitung. Allerdings möchten wir, und das ist der „kleine Unterschied“, eine wie auch immer geartete Berichterstattung eines Kinder- oder Jugendberichts eben nicht den Kommunen überstülpen, sondern wir möchten in Kooperation mit denjenigen, die die Hauptverantwortung zu tragen haben, diese Berichterstattung nicht nur erheben, sondern auch im Vorfeld diskutieren. Im Vorfeld soll bereits darüber gesprochen werden, was genau erhoben werden muss, damit eben auch vor Ort die Zahlen gefunden werden, die letzten Endes relevant sind. Wir wollen, dass gemeinsam mit den Kommunen und deren Spitzenverbänden darüber gesprochen wird, wie diese Daten zu strukturieren sind, wo sie zu integrieren sind und ob sie gegebenenfalls auch in ein neu zu strukturierendes Förderwerk eingebaut werden.

Dies ist unsers Erachtens der kleine Unterschied zu dem, was die antragstellende Fraktion gefordert hat. Das gemeinsame Ziel – trotz dieses unterschiedlichen Wegs – ist mit Sicherheit, dass wir weiterhin oder noch verstärkt relevante Daten gewinnen wollen. Wir wollen keinen Datenwirrwarr und keine Datenfriedhöfe produzieren. Wir wollen vor allem diejenigen einbinden, die vor Ort die

Hauptverantwortung zu tragen haben, nämlich die Kommunen.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Die Redezeit neigt sich dem Ende zu.

### **Holger Bellino (CDU):**

Dazu ist vielleicht ein Modellversuch notwendig. Wir meinen, dass dies der bessere Weg ist, als hier einen eigenständigen und zusätzlichen Jugendbericht aufzustellen. Deshalb wollen wir auch diese Idee im nächsten Schritt mit den Kommunen diskutieren. Deswegen schlagen wir den hier skizzierten Weg vor und bitten die antragstellende Fraktion, zu überprüfen, ob sie dem folgen kann.

Was uns in diesem Zusammenhang aber sehr wichtig ist, ist die Tatsache, dass es uns nicht um das Ob geht – ob Daten erhoben werden sollen –, sondern dass es uns lediglich um das Wie geht – wie diese Daten erhoben werden sollen. Wir wollen qualifizierte Daten erheben, die dann zielgruppenadäquat und effizient eingesetzt werden können. Dies soll in Kooperation mit den Kommunen durchgeführt werden, so wie ich das hier besprochen habe. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Bellino. – Das war die erste Rede des Kollegen Bellino hier im Hessischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Eckhardt für die SPD.

### **Hannelore Eckhardt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit einem Zitat beginnen und damit die Kollegin Hölldobler-Heumüller unterstützen. Dieses Zitat stammt aus dem Interview des Hessischen Jugendrings mit der Sozialministerin, erschienen im September 2002. Auf die Frage „Wie sehen Sie die Notwendigkeit hinsichtlich der Einführung eines Kinder- und Jugendberichtes in Hessen?“ antwortete die Frau Sozialministerin:

Ein fundiertes Berichtswesen zur Kinder- und Jugendhilfe in Hessen ist aus meiner Sicht unverzichtbar. Auf solcher Grundlage kann das soziale System ausgestaltet und über geeignete Wege zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und Familien diskutiert werden. Dies gilt für Landes-, Kreis- und Gemeindeebenen. Deshalb werden wir in Hessen eine Kinder- und Jugendberichterstattung einführen.

Das war vor der Landtagswahl. Alle Akteure, Jugendverbände und Vereine haben diese Ankündigung der Ministerin ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei der SPD)

Umso erstaunter durfte man dann bei der vorletzten Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses sein, als der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines Kinder- und Jugendberichts nach langer Diskussion und mit eigentlich nachvollziehbar ausgetauschten Argumenten von der CDU-Mehrheit platt ge-

macht wurde. Wir waren damals ziemlich erstaunt, denn wir kannten andere Ankündigungen. Aber nur wenige Tage später, nämlich schon am 16. September, war glass klar, warum Sie einen Kinder- und Jugendbericht so schnell nicht haben wollen und ihn scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dem entstehenden Handlungsdruck, Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken, benachteiligten oder gefährdeten Kindern und Jugendlichen nötige Hilfe, Förderung und Unterstützung anbieten zu können – meine Damen und Herren von der CDU und Frau Ministerin –, diesem Druck wollen Sie sich nun ganz gewiss nicht stellen. In den letzten Wochen haben Sie mehr als deutlich gezeigt, wie wichtig Ihnen all diese Menschen in unserem Land sind, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, denen es nicht so gut geht. Das haben Sie mit Sicherheit ganz genau gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, ich unterstelle Ihnen auch nicht, dass Sie keine Ahnung von der Lebenssituation der Kinder hier in Hessen haben.

(Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

Über die, die in wirtschaftlich guten Verhältnissen leben, denen es gut geht oder die hoch begabt sind, wissen Sie sehr genau Bescheid. Über all die anderen Kinder und Jugendlichen wissen Sie nichts, oder Sie wollen es nicht erfahren – ich weiß es nicht. Ein Beleg dafür ist auf jeden Fall zunächst einmal die Ablehnung dieses Kinder- und Jugendberichtes. Es ist vor allem Ihr Amputationspaket, mit dem Sie notwendigste Beratungs- und Förderstrukturen gerade für Kinder und Jugendliche zerstören, z. B. Drogen- und Suchtberatung, Erziehungsberatung, Gewaltprävention, soziale Gruppenarbeit, Jugendberufshilfe usw.

Eine dezidierte, fundierte und differenzierte Kinder- und Jugendberichterstattung wäre auch für Sie eine Chance gewesen, dies zu erkennen und vor allem als Sozialministerin zu handeln. Stattdessen ziehen Sie es vor, sich in die Reihen der brutalstmöglichen Wortsrecher in diesem Kabinett einzureihen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Denzin für die FDP.

### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Bildung ist es unstrittig, dass Jugend unsere Zukunft ist und dass Bildung ein Schwerpunkt der Landespolitik schlechthin ist.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wenn das in der Bildung – in der schulischen Bildung und in der Weiterbildung, ob Hochschule oder sonst – so ist, dann dürfen wir die Augen nicht vor der außerschulischen Jugendpolitik und -entwicklung verschließen. Um aber diese Entwicklung zu sehen, braucht man Informationen.

Diese Informationen haben wir, soweit wir dort aktiv sind, auf der kommunalen Ebene, und zwar unmittelbar. Dort fallen sie auch hauptsächlich an, aber natürlich in sehr unterschiedlicher Weise – nicht nur hinsichtlich dessen, was Städte in verschiedenen Strukturen angeht, was ländliche Räume angeht, sondern auch hinsichtlich unterschiedlicher Regionen und Einflussphären.

Ein Teil eines Jugendberichts auf Landesebene könnte durchaus eine sehr nützliche Zusammenführung dieser unterschiedlichen Kenntnisse und die deutliche Hervorhebung der Merkmale unterschiedlicher Entwicklungen sein.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, darüber hinaus gibt es natürlich auch originäre Erkenntnisse auf der Landesebene – aus dem, was wir hier an Gesprächspartnern haben und was wir hier beobachten können. Für meine Fraktion begrüße ich ausdrücklich die Entwicklung, die sich im Hessischen Jugendring getan hat, und die Arbeit, die dort geleistet wird. Wenn Sie das ein bisschen verfolgen, können Sie fast jede Woche auf Ihrem Bildschirm eine neue Information herunterladen und zur Kenntnis nehmen. Ich muss sagen, diese Arbeit hat sich enorm gemacht. Ich kann das ein bisschen mit lange zurückliegenden Zeiten vergleichen – dazwischen liegen Welten.

Auch das würden wir unterstützen. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Ministerin gerade vom Hessischen Jugendring darauf angesprochen worden ist. Auch für deren Arbeit wäre es vielleicht hilfreich, wenn man einmal zusammenfassend, übergreifend, aber auch speziell aus Erkenntnissen auf Landesebene Erfahrungen sammeln und vor allem auswerten würde.

Ich erinnere Sie daran, dass wir jedes Jahr dreimal über die Situation der Auszubildenden diskutieren. Auch hier haben wir es noch mit Jugendlichen zu tun – ein Teilaspekt, der durchaus dabei einfließt, auch wenn der Kernpunkt dann natürlich eine andere Debatte ist.

Wir haben vielfältige Probleme, die von der Landesebene zu beleuchten sind und von ihr auch zu beantworten wären. Ich gebe all den Kritikern Recht, die sagen, wir hätten Defizite in der Aufbereitung, aber auch im Antwortgeben auf bestimmte Entwicklungen.

Meine Damen und Herren, ich will das jetzt gar nicht weiter in Einzelbereichen ausführen, die alle noch interessant sein könnten. Ich möchte aber nochmals den Bogen schlagen: Wenn Jugend das Thema Nummer eins ist – für mich und meine Fraktion ist es das –, dann gehört nicht nur der organisierte schulische und Ausbildungsbereich dazu, sondern dann gehört es auch dazu, aus der Politik heraus wachsam zu sein, dort, wo Politik gefordert ist.

Im außerschulischen Bereich hat Politik nicht primär zu gestalten, aber ergänzend mitzuwirken – dort, wo Defizite erkennbar sind –, und sie hat möglicherweise auch Anstöße zu geben bei Dingen, die aus Selbstorganisation und -verwaltung entstehen.

Das alles haben wir einmal sehr aktiv betrieben. Leider Gottes ist Jugendpolitik nicht nur in diesem Land Hessen, sondern in unserer ganzen Republik in den letzten 20 Jahren sehr zurückgefahren worden. Ich weiß nicht, wie sich das im Haushalt abbildet, und das ist mir auch egal. Aber das ist auf jeden Fall mein Empfinden.

Das, was ich hier sage, vertrete ich bei uns im Kreis ganz genauso. Leider Gottes muss ich auch dort feststellen, dass sie nicht mehr annähernd den Stellenwert hat, den sie Anfang der Achtzigerjahre einmal hatte – als wir uns noch in der Hauptsache gestritten haben, wo man in der Jugendpolitik richtigerweise ansetzt. Das war damals noch eines der Hauptthemen der Diskussion. Diese Diskussionen finden heute gar nicht mehr statt.

Frau Ministerin, mit einem Bericht könnten Sie durchaus die Grundlage dafür liefern, dass wir diese Diskussion nach vorne bringen. Da wird es unterschiedliche Positionen geben. Denen stellen wir uns dann genauso wie den unterschiedlichen Positionen, die wir in der Schulpolitik haben. Aber das Thema als solches muss mehr auf den Tisch, als es derzeit ist und als es in den letzten Jahren war. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen direkt dankbar, dass Sie mich ausnahmsweise richtig zitiert haben, als es um Kinder- und Jugendberichterstattung ging. Wenn Sie an dieser Stelle vielleicht auch noch die Zusammenhänge herstellen, können wir uns sachlich über das Thema Jugendberichterstattung unterhalten.

Das nämlich, was der Kollege Bellino angesprochen hat, ist hier das ganz Entscheidende. Wir müssen uns erst einmal darauf verständigen, welche Daten uns fehlen, welche Daten wir von der kommunalen Ebene brauchen und welche Daten wir als Land an verschiedenen Stellen überhaupt und wie verarbeiten. Dort gibt es bereits einen Diskurs. Denn es ging darum, wie man bestimmte Förderprogramme möglicherweise kommunalisieren kann und was dann wo Auswirkungen hat. Genau dort brauchen wir die Sozialberichterstattung: Was sind die notwendigen Daten für ein Land?

Aus meiner Sicht ist es wirklich sinnlos, alles Mögliche abzufragen, ohne vorher zu wissen, wofür man es benötigt. An den Stellen reden wir dann darüber, was man tatsächlich an Jugendberichterstattung in einem Berichtswesen braucht: Wo fördert das Land, und was zählen wir dazu? Dann lege ich schon Wert darauf, dass wir über Kinder und Jugendliche sowie über die Familien insgesamt sprechen.

Ich glaube, es ist falsch, es so darzustellen, als müssten wir nur über die Kinder- und Jugendhilfe sowie von problematischen Jugendlichen sprechen. An dieser Stelle bitte ich darum, dass wir uns auch außerschulisches Engagement anschauen und Sie sich einmal damit beschäftigen, was die Landesregierung in den letzten vier Jahren gerade in diesem Bereich getan hat.

Ich erinnere nur an das Ehrenamtsgesetz, das im Übrigen jetzt auch völlig unangetastet geblieben ist. Denn wir sagen, wer seinen Arbeitsplatz verlässt, um Jugendliche zu betreuen, der soll auch in Zukunft vom Land gefördert werden. All das ist nach wie vor ein Schwerpunkt geblieben, und das muss in diese Diskussion einbezogen werden: Welche Rahmenbedingungen gebe ich denjenigen,

die mit Jugendlichen arbeiten? Auch diese Punkte müssen wir ansprechen.

Die nächste Frage zielt auf die Betreuungssituation vor Ort. Interessant ist, wo das Land Steuerungsaufgaben hat und wo es darum geht, bestimmte Daten abzufragen, an welchen Stellen in den Kreisen – das sind fast alle Bereiche – gesteuert wird: Wie können wir das offen legen, um die Situation transparent und für die Kreise vergleichbar zu machen?

An dieser Stelle halte ich den Diskurs mit den Kommunalen Spitzenverbänden für ganz entscheidend – vor allem wenn es um die Transparenz der unterschiedlichen Aufgaben und Ausführungen vor Ort geht.

Der dritte Punkt, den ich hier noch erwähnen möchte: Sie wissen vielleicht, dass wir auch eine regelmäßige Berichterstattung über Familien in Hessen haben. Dort sind selbstverständlich Kinder und Jugendliche ein Thema. Dieser Bericht ist – vom Landtag beschlossen – regelmäßig immer wieder vorzulegen.

Das Entscheidende für mich ist, welche Daten wir mit den Kommunalen Spitzenverbänden verabreden, um Transparenz zwischen den Kreisen und den Städten herzustellen. Darauf werden wir uns in der nächsten Zeit konzentrieren, wenn es darum geht, ein solches Berichtswesen für die Landesbehörde einzurichten.

Aber dabei möchte ich noch einmal deutlich unterscheiden: Ich habe noch nicht erfahren, auf welche Themen Ihr „Jugendbericht“ zielt. Bisher habe ich nur von Jugendlichen in Problemlagen gehört. Dann reden Sie aber bitte schön auch über die Schulen, die Hochschulen, die Situation der Ausbildungsstellen – der Kollege Denzin hat das angesprochen –, denn das gehört alles dazu; im Übrigen haben wir als Landesregierung gerade in diesem Bereich nach wie vor die Schwerpunkte gesetzt. Der Bereich der Kinder gehört ebenfalls dazu, die Bildungsplanung sowie die Datenerhebung. Diese Daten erheben wir auf jeden Fall in Verabredung mit den Kommunalen Spitzenverbänden, um flächendeckend Transparenz in Hessen herzustellen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie Zwischenfragen? – Nicht.

Das Wort hat Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es bleibt mir an dieser Stelle nicht erspart, um diese Uhrzeit noch einmal nachzulegen. Schon bei der Rede des Herrn Bellino habe ich mich gefragt: Wo, bitte, ist die Botschaft? Das war so ein vorsichtiges Geeiere, und da dachte ich, vielleicht bringt die Ministerin noch irgendwie Aufklärung und Licht in die Sache.

Frau Ministerin, ich kann nur feststellen, Sie haben das nicht getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das war das gleiche Geeire. Bei Herrn Bellino hätte ich es noch verstanden. Von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie klar sagen, ob Sie einen Bericht wollen oder ob Sie keinen Bericht wollen. Auf der anderen Seite denke ich, bei Ihren ganzen Kürzungsprogrammen – so muss man sagen – ha-

ben Sie Jugend brutal gestrichen, und Sie behaupten jetzt in Ihrer Rede, das gehöre alles zusammen, das müsse alles in einen Bericht.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hört gar nicht zu! Die hat es gar nicht nötig!)

Ich kann Ihnen auch nur sagen: Ich verstehe unter Familienfreundlichkeit nicht, dass die Maßnahmen für Jugendliche gestrichen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nichtsdestotrotz stellen Sie sich hierhin und sagen: Na ja, im Prinzip ein Bericht, schlecht wäre es ja nicht. – Aber sagen Sie doch einmal, was Sie eigentlich wollen. Wenn Sie diesen Bericht wollen – Sie haben es schließlich hier aufgebracht und gesagt: „Okay, das finden wir wirklich eine gute Idee, aber wo bleibt er denn?“ –, dann wären Sie sogar in der komfortablen Lage, da selber Ihre Schwerpunkte zu setzen. Aber unterstellen Sie uns nicht – da haben wir uns klar geäußert –, dass wir nur Problemlagen erheben wollten. Genau das haben wir nicht getan, sondern wir sagen: Es geht um die Situation von Jugendlichen. – Ich kann zu den Reden der CDU immer nur feststellen, Sie haben von den Lebenslagen der Jugendlichen in Hessen keine Ahnung. Gerade Ihnen würde ein Bericht besonders gut tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Wer der vorgelegten Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP angenommen.

Als letzten Punkt für heute rufe ich **Tagesordnungspunkt 19** auf:

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Pauly-Bender, Eckhardt, Habermann, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming – Drucks. 16/624 –**

Redezeit: fünf Minuten. Das Wort hat Frau Kollegin Dr. Pauly-Bender.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Begeisterung, dass wir jetzt gemeinsam über ein Stück hessische Frauenpolitik sprechen können.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, der SPD-Fraktion geht es mit diesem Antrag um eine konsequente Haushaltskontrolle unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung von Mann und Frau. Wir haben gestern bei unserer Debatte gelernt, dass es schwer nachvollziehbar ist, normalen Menschen zu erklären, was Gender Mainstreaming ist,

weil die Vokabel schwer übersetbar ist. Ich versuche, die Vokabel heute zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern schon gesagt, die SPD-Fraktion wünscht sich, wenn im Programm der Landesregierung steht, es würde Gender Mainstreaming – dort steht es so – gemacht, dass mehr Ertrag dabei herauskommt als „Gender-Gender, Sugar-Sugar“.

Die SPD-Fraktion nimmt Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz und die daraus folgenden Verpflichtungen für Regierungen und Verwaltung sehr ernst. Wir wünschen tatsächliche Fördermaßnahmen von Regierungen und Verwaltung für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Zu einem kompletten Programm der Methode des in Ihrem Regierungsprogramm aufgeschriebenen Gender Mainstreaming gehört ein Gender-Budget.

Der Staat handelt im Wesentlichen über Recht und Geld. Haushaltssentscheidungen sind gewonnenes politisches Wollen nach Verabschiedung von einzelnen Programmen und als solche ein unverzichtbarer Gradmesser über die Frage, wem was zugute gebracht wird und wem nicht.

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern eine Demonstration auf einem großen Platz in Wiesbaden. Diese Demonstration hat viele Menschen zum Sprechen gebracht. Ich habe hier einige Protestnoten, die ich nicht einzeln vorlesen kann, zu der Frage: Hat die Frauenministerin Lautenschläger die Kürzungen, die sie in dieser Kürzungsrunde im Sozialbereich eingebracht hat, gegentert oder hat sie sie nicht gegentert?

Frau Lautenschläger hat auf eine Mündliche Frage in diesem Parlament im August erklärt, sie würde selbstverständlich kontrollieren, inwieweit Kürzungen Männer und Frauen betreffen, wenn sie Kürzungen vornimmt. Meine Damen und Herren, unsere Besprechungen in diesem Plenum und diese Kommentierungen der Kürzungen von Frau Ministerin Lautenschläger dokumentieren, dass dies unterblieben ist. Ich erwarte mit Spannung, wie Frau Lautenschläger in ihrem Wortbeitrag auf unseren Punkt hin dies widerlegen will.

Für die SPD ist es ein Auftrag an die Hessische Landesregierung, die Gleichstellung von Mann und Frau wichtig zu nehmen und nach vorne zu bringen, nicht nur im Munde zu führen, sondern auch dafür zu sorgen, dass ihre Haushaltssentscheidungen daraufhin überprüft werden, wo indirekt ungleiche Behandlung von Männern und Frauen hergestellt wird.

Wir haben uns, wenn wir uns wünschen, dass in Zukunft Ressort für Ressort auf diesen Punkt nachgeprüft werden kann, selbstverständlich an geeignete Mittel und Wege heranzuarbeiten, um dies schrittweise zu erreichen. Wie andere Parlamente sollte sich aber dieses Parlament als Haushaltskontrolle dieses Landes ebenso wie unsere Landesregierung vornehmen, eine fürsorgliche Gender-Kontrolle bis zum Ende der Legislaturperiode für jeden einzelnen Haushalt durchführen zu können.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Hochschullehrinnen in einer eigenen Protestnote ein Gender-Budget für den Hochschulbereich einklagen und nachweisen und belegen können, dass im Wissenschaftsbereich zulasten von Frauen überdimensional viel gespart wurde. Dies ist ein Beleg dafür, dass diese Forderung nach einer konsequenten Haushaltskontrolle unter dem Gesichtspunkt von Gleichbehandlung von Männern und Frauen ein be-

rechtiges Anliegen ist. Er führt uns vor Augen, wie wichtig eine Gender Mainstreamingkontrolle ist.

Meine Damen und Herren, das Voranbringen der Gleichstellung von Frauen ist nicht ein Thema neben anderen, sondern auch die CDU-Fraktion und auch die CDU-Landesregierung sollten spätestens mit der Herzog-Kommision zur Kenntnis genommen haben, dass die Gleichstellung der Frauen insbesondere auf dem Erwerbsmarkt für uns von volkswirtschaftlichem Interesse ist und auch über die wirtschaftliche Zukunft und den wirtschaftlichen Erfolg nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch des Landes Hessen entscheidet.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Kollegin.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Meine Damen und Herren, es macht keinen volkswirtschaftlichen Sinn, Frauen mit Steuermitteln in Kindergärten, in Schulen, in Hochschulen, im dualen System auszubilden und ihre Qualifikationen dadurch verfallen zu lassen, brachliegen zu lassen, dass es nach wie vor nicht gelingt, mit konsequenter Politik Hemmnisse für weibliche Erwerbstätigkeit abzubauen und dieses Humanvermögen in unser aller Interesse zum Tragen kommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, eine konsequente Kontrolle Ihrer Haushaltsentscheidungen kann dazu beitragen, in den einzelnen Ressorts nachzuprüfen, ob sie Wesentliches zur Gleichstellung beitragen oder ob sie Gleichstellung hindern. Das ist die Aufgabe der hessischen Frauenministerin.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Hölldobler-Heumüller hat jetzt das Wort.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Allmählich gewöhnen Sie sich an meinen Anblick hier vorne.

(Clemens Reif (CDU): Er ist ja nicht schlecht!)

– Gell!

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten das Thema gestern bereits. Von daher ist in den Grundzügen bekannt, was ich dazu meine. Nichtsdestotrotz werde ich es anhand des Themas Gender Budgeting – ein kompliziertes Fremdwort – an dieser Stelle kurz erläutern. Natürlich stehen wir an dieser Stelle vor einem Problem. Das Ergebnis der gestrigen Diskussion war, dass im Prinzip jede Fraktion in diesem Haus irgendetwas anderes unter Gender Mainstreaming versteht. Da Gender Budgeting eigentlich der zweite und der zweite notwendige Schritt ist, ist es natürlich fast ein bisschen weit gesprungen; denn wenn der erste Schritt nicht getan ist, ist es natürlich relativ schwierig mit dem zweiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Das stimmt sogar!)

Beim Thema Gender Budgeting geht es sozusagen darum, Butter bei die Fische zu tun, wenn man sagt, man wolle Gender Mainstreaming als Instrument einsetzen. Ich bin mir an der Stelle nicht ganz sicher, ob wir diesen Fisch im Hessischen Landtag schon im Trockenen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Nur im Trockenen stinkt der Fisch! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wie ist der Fisch unter Gender-Mainstreaming-Aspekten zu beurteilen?)

Aber nichtsdestotrotz ist dieser Antrag eine notwendige Konsequenz. Denn natürlich ist es so: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Im Übrigen ist der Fisch männlich! – Minister Karlheinz Weimar: Nein, der hieß Wanda!)

– Sie waren doch gestern auch da. Also sagen wir, wir müssen zwei Fische an Land ziehen: einen männlichen und einen weiblichen. Dann müssen wir gucken, dass die Sachen richtig verteilt sind, dass die Butter rechts und links an allen Stellen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir uns auf die Finanzen beziehen, heißen die Fragen: Ziehen eher Männer oder Frauen aus staatlichen Ausgaben und Förderungen einen Nutzen? Treffen Einsparungen des Staates – das haben wir beim Land Hessen besonders schmerlich erfahren – eher Männer oder eher Frauen? Vergrößern oder verkleinern bestimmte Politstrategien in der Finanzpolitik die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts? – Auch gestern habe ich schon erklärt: Es geht durchaus nicht nur um den Sozialbereich. Es geht genauso um die Wirtschaftspolitik, die Verkehrspolitik und die innere Sicherheit. Alle diese Bereiche haben Auswirkungen auf das Leben von Männern und Frauen im Lande. Ich denke, sie sind es wert, dass man das untersucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre auch nicht so, dass das Land Hessen an dieser Stelle eine Vorreiterrolle übernehmen würde. Das gibt es bereits in vielen Städten. Das gibt es international. Also können Sie nicht sagen, wir würden etwas Neues erfinden, und es wäre besonders kompliziert, oder es würde so viel Bürokratie mit sich bringen, dass es nicht möglich wäre. Es ist ohne Zweifel ein sinnvolles Instrument. Deswegen begrüßen wir den Antrag an dieser Stelle. Was wir allerdings nicht begrüßen, ist die Begrüßung der Ankündigung der hessischen Frauenministerin im ersten Teil. Ich weigere mich inzwischen, Ankündigungen zu begrüßen. Auch an dieser Stelle gilt: Wir wollen Taten sehen. Da die Haushaltsberatungen vor der Tür stehen, sind die Zeiten dafür günstig.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Ravensburg für die Fraktion der CDU.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich richtig gezählt habe, hatten wir gestern bereits den vierten und den fünften Antrag und damit heute den sechsten Antrag zum Thema Frauenpolitik im Plenum.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der siebte kommt bestimmt! – Lebhafte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– ich weiß nicht, ob Sie anders zählen –: der Antrag der GRÜNEN zum Gender Mainstreaming, der Antrag der SPD zur Gremienbesetzung, der Antrag der SPD zum HGIG, gestern die Anträge der GRÜNEN und der SPD zu Gender Mainstreaming und heute einmal wieder ein Antrag der SPD, jetzt zum Gender Budgeting.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können gerne ein Ritual daraus machen. Aber langsam geraten die Begriffe durcheinander, wie Sie eben selbst gesagt haben. Im letzten Plenum hatten wir das HGIG, dieses Plenum Gender Mainstreaming. Aber man kann die Begriffe leicht verwechseln, Frau Dr. Pauly-Bender: nach Ihrem flammenden Beitrag letztes Plenum zum Gender, was wir jetzt erst diskutieren. Ich habe dafür vollstes Verständnis. Kein Verständnis habe ich aber dafür, dass Sie hier Parteipolitik auf dem Rücken der Frauen machen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Mit der Flut von Anträgen tun Sie den berechtigten Interessen und Belangen der Frauen nämlich keinen Gefallen – auch nicht, wenn Sie alles doppelt und dreifach sagen.

Doch nun zu Ihrem Antrag, den ich nicht unkommentiert lassen will. Selbstverständlich werden die Frauenbelange auch bei den Kürzungen beachtet. Denn die CDU steht nach wie vor zum Prinzip des Gender Mainstreaming und zur Implementierung in der Politik.

(Lebhafte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Kürzungen ging ein harter Abwägungsprozess voran, ein Prozess, in dem am Ende auch Entscheidungen getroffen wurden. Das bedeutet, dass man Schwerpunkte setzen muss.

(Wortmeldung der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Schwerpunkte sind gesetzt worden. – Oder wollen Sie jetzt zulasten der Kinderförderung, der Offensive für Kinderbetreuung, andere Programme wieder aufgreifen? Ich warte auf Vorschläge von Ihnen.

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Danke, nein. Bei dem vielen Gemurmel kann man sich schlecht konzentrieren.

Alle Mitarbeiter müssen über die Belange der Chancengleichheit geschult und dafür sensibilisiert werden.

Gender Mainstreaming ist ein laufender Prozess. Deshalb können wir uns von Ihnen auch keinen Zeitpunkt vorschreiben lassen. Denn ein zukunftsgerichteter Prozess ist ein Prozess, der in der Zukunft fortgeschrieben werden soll. Er hat kein fixiertes Ende.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sinnvoll ist auch, dass es ein Controlling gibt, um festzustellen, ob Maßnahmen, die man durchführt und zur Zielerreichung eingesetzt hat, auch greifen. Natürlich gilt dies auch für Gender Mainstreaming.

(Unruhe)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz zu den EU-Programmen sagen. Hier sollten Sie nämlich zunächst einmal auf die EU selbst verweisen. Warum kritisiert wohl der DGB und warum kritisieren insbesondere die DGB-Frauen den Entwurf der EU-Verfassung? – Weil das Gender-Mainstreaming-Prinzip darin fehlt. Eine allgemeine Ermächtigungsgrundlage für die neuen EU-Gesetze zur gleichberechtigten Vertretung von Männern und Frauen in der Politik fehlt und damit auch für die Inanspruchnahme der EU-Mittel. Darum sollten Sie sich vielleicht zunächst einmal kümmern. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dass es sehr spannend ist, sich ständig mit diesem Thema neu auseinander zu setzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lernen leider nichts dazu!)

Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, auch ein Mittagesen mit Ihnen hat noch nicht dazu beigetragen, dass wir uns an dieser Stelle einig geworden sind. Aber es war vielleicht schon der erste Fortschritt.

Lassen Sie mich zur Sache kommen. Gender Budgeting ist das eine. Frauenförderung gehört in den ersten Bereich, zur Personalentwicklung. Das haben wir gestern gemeinsam diskutiert. Jetzt sagen Sie, Sie wollen so genannte Gender-Budgets über alle Haushalte hinweg festlegen. Wir müssen uns erst einmal genau anschauen, wer an welcher Stelle was will und was die Auswirkungen für Frauen und Männer sind. Das entspricht nämlich dem, was wir diskutieren, wenn wir über den grundsätzlichen Gedanken von Gender Mainstreaming sprechen. Sie meinen zwar an manchen Stellen, andere würden das in keiner Weise tun, aber ich will noch einmal deutlich machen, dass es möglicherweise auch Definitionsunterschiede gibt, was das Gender-Budget ausmachen muss und was die wichtigsten Aspekte sind.

Fast alle Bereiche in meinem Ministerium betreffen in besonderem Maße Frauen. Jetzt können Sie das positiv definieren,

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

indem Sie sagen, dass Sie einen Bereich nicht besonders fördern, weil nur Frauen den Beruf ergreifen. Oder wir

können unter dem Gesichtspunkt Gender Mainstreaming diskutieren, dass wir möglicherweise in Zukunft mehr Männer in diesen Berufen haben. Das ist eine Frage der Auswirkungen. Ob ich aber damit das gerechte Gender-Budget festgestellt habe, darüber, meine ich, sollte man an der Stelle diskutieren.

Altenpflege ist eine Frauensache. Dafür habe ich ein sehr großes Budget. Ist es das, was Sie definieren wollen, oder in welchem Bereich wollen Sie es definieren? Dazu fehlen bisher jegliche Aussagen, auch von der Kollegin Dr. Pauly-Bender.

Bei der Frage, ob Frauen einen Beruf ergreifen können – das haben Sie auch angesprochen –, ob Frauen genauso wie Männer eine Ausbildung erhalten können und trotzdem, wenn sie es wollen, eine Familie gründen können, spielt die Kinderbetreuung, und wie dort vernünftige Budgets festgelegt werden, eine ganz, ganz große Rolle.

Zur Versachlichung der Diskussion an dieser Stelle kommen wir relativ schnell, wenn Sie konkretisieren, für welche Bereiche Sie ein Gender-Budget festlegen würden. Ich behaupte, dass wir in vielen Bereichen, gerade was Frauen und Männer gleichermaßen betrifft, nämlich wenn es um die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, schon ganz viele Schritte gegangen sind, weil wir die Mittel erhöht haben.

Wenn es um die Mittel des Europäischen Sozialfonds geht: Dort haben wir ganz klare Zielgruppen definiert, wo die Mittel für Frauen eingesetzt werden. Die Mittel werden bei uns selbstverständlich genauso eingesetzt. Sie sollten im Übrigen einmal fragen, ob der Bund seine Quoten einhält und die Mittel an dieser Stelle einsetzt.

Ich merke, dass Sie dieses Thema zwar auf die Tagesordnung bringen. Ich habe von Ihnen bisher aber keine Vorschläge dazu gehört, wie Sie es für die einzelnen Bereiche definieren wollen und was Sie für die wichtigen Aspekte halten.

Ich kann Ihnen aber noch weitere konkrete Beispiele dieser Landesregierung nennen. Schauen wir uns das Justizministerium an. Dort gibt es bei der Einstellung von Richterinnen und Richtern eine hohe Frauenquote. Das ist auch richtig. Sie liegt bei fast 50 % oder sogar höher.

Im Innenministerium gab es während der vergangenen Legislaturperiode Traineeprogramme, an denen in überwiegendem Maße Frauen teilgenommen haben. Bei der Personalentwicklung wurde also genau darauf geachtet. Logischerweise wurden dann die Mittel auch dafür eingesetzt.

Meine Damen der SPD und der GRÜNEN, ich glaube, Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden, was für Sie die entscheidenden Budgets sind und welche Daten Sie brauchen. Ich bin der Auffassung, dass wir genau richtig liegen, wenn wir das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund stellen. Denn damit erhalten Frauen tatsächlich die Chance, im Beruf zu bleiben. Sie können dann selbst entscheiden, wie es weitergeht. Wenn es um den Haushalt geht, haben wir das bisher im Übrigen auch immer berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Wortmeldung der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

– Bitte schön, Frau Dr. Pauly-Bender. Ihre Redezeit beträgt eine Minute dreizehn Sekunden.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Meine Damen und Herren! Wer Frau Lautenschläger zu gehört hat, konnte feststellen, dass dies nicht so unverändert stehen bleiben kann. Sie hat ihre Ankündigung nicht wahr gemacht. Sie hat zu den vorgesehenen Kürzungen nicht Stellung genommen. Sie hat z. B. auch nicht zu der Frage Stellung bezogen, was sie der Europäischen Union geantwortet hat. Vielmehr hat sie sich in Allgemeinplätzen verloren. Wir werden weiterhin kontrollieren, was sie unter Gender Mainstreaming versteht. Wir werden das Haus für Haus und Position für Position durchgehen. Wir werden auch feststellen, ob nicht im Lande Hessen das Gleiche gilt, wie es auch auf anderen politischen Ebenen in anderen Ländern in Europa und im Bund gilt. Auch für das Land Hessen ist zu prüfen, ob Gender Mainstreaming mehr ist als die Methode „Gender-Gender, Sugar-Sugar“.

Meine Damen und Herren, es gibt einen Spruch: Lässt du Lautenschläger gendern, wird sich sicher nichts verändern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht kann man das noch ändern.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass nunmehr keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

(siehe auch Anlage)

Es ist vereinbart, den Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen? – Dann ist das hier vereinbart und beschlossen.

Ich hatte das vorgestern vergessen, deshalb will ich es der Korrektheit halber nachholen. Ich hatte den Hinweis gegeben, dass es mehrere Kollegen gibt, die seit mehr als 20 Jahren die Sitzungen des Landtags verfolgen. Herr Kollege Kahl gehört ebenfalls dazu. Lieber Herr Kollege, auch Ihnen möchte ich dazu meinen Glückwunsch aussprechen. Das will ich jetzt wirklich nicht vergessen.

(Beifall)

Damit stelle ich erst einmal fest, dass wir heute am Ende unserer Beratung angekommen sind. Die **Tagesordnungspunkte 21, 22, 23, 24, 25, 27, 66, 32, 33, 39, 67, 54, 55, 56, 57, 58, 69 und 59** werden in die übernächste Plenarsitzungs runde verwiesen. – Ist das nicht der Fall? Wollen Sie etwas anders haben? Dann nennen Sie bitte die entsprechenden Tagesordnungspunkte. – Herr Kaufmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, man soll Ihnen nicht widersprechen. Aber Tagesordnungspunkt 32, bei dem es um die Verbraucherinsolvenz geht, soll dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Tagesordnungspunkt 33, da geht es um die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für berufliche

Schulen, soll dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Das wollte ich noch anmerken.

(Reinhard Kahl (SPD): Halt, Moment!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich habe nichts dagegen. Das stellt auch keinen Widerspruch dar. Es handelt sich dabei um eine korrekte Information. Ich wusste das nicht. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass dies alles im Plenum beraten werden soll. – Herr Kollege Kahl, Sie haben das Wort.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Bei dem Antrag, der die Verbraucherinsolvenz betrifft, hatten wir vereinbart, dass es dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Rechtssausschuss, beteiligt, überwiesen werden soll.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Gut. Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 32** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend künftige Gewährleistung einer verbraucherfreundlichen Absicherung der Verbraucherinsolvenz in Hessen – Drucks. 16/686 –**

Wir überweisen ihn, federführend, dem Sozialpolitischen Ausschuss und, beteiligt, dem Rechtsausschuss. Dem wird nicht widersprochen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 33** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für berufliche Schulen – Drucks. 16/687 –**

Er wird dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. Dem wird nicht widersprochen? – Dann ist das so beschlossen.

Im Übrigen bleibt es bei meiner Feststellung, dass die Initiativen unter den anderen Tagesordnungspunkten in die übernächste Plenarsitzungs runde verschoben werden.

Ich darf dann noch mitteilen, dass wir das Glück haben, uns am 4. und 5. November 2003 wieder treffen zu dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir freuen uns darauf!)

– Ich freue mich auch darauf. – Ich bedanke mich für die gute Mitarbeit in diesen drei Tagen und wünsche eine gute Herbstferienzeit. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 18.05 Uhr)



### Anlage (zu Tagesordnungspunkt 19)

**Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 19 der Tagesordnung, Drucks. 16/624, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Abg. Florian Rentsch (FDP):**

Die FDP befürwortet im Grundsatz die Idee des Gender Mainstreaming und – damit verbunden – des Gender-Budgets. Die vom Antragsteller vorgeschlagene Umsetzung halten wir allerdings nicht für praktikabel.

Es scheint allein aus haushaltstechnischen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht möglich zu sein, jetzt noch Voraussetzungen für den Haushaltsplan 2004 zu schaffen, um eine Gender-sensible Analyse und Berichterstattung zu ermöglichen. Das weiß auch die SPD, die schließlich die meisten Jahre in der Geschichte Hessens die Regierung gestellt und als solche Haushaltspläne vorgelegt hat. Es ist völlig unrealistisch, kurz vor Ablauf eines Haushaltsjahres eine solche Forderung aufzustellen. Außerdem steckt das Gender-Budget noch in den Kinderschuhen. Es gibt in keinem einzigen Bundesland einen Haushaltsplan, der eine Gender-sensible Analyse ermöglicht. Wie soll das in Hessen so kurzfristig auf die Beine gestellt werden? Darauf hätte ich gerne eine Antwort von der SPD. Im Übrigen ist nicht geklärt, was denn „erste“ Voraussetzungen sind. Ich nehme an, auch die Antragsteller sind sich nicht recht im Klaren darüber, sonst hätten sie es wohl präziser formulieren können.

Noch unrealistischer ist allerdings die Forderung, binnen vier Jahren sollten alle öffentlichen Ausgaben einer Betrachtung unter dem Aspekt des Gender-Budgets zu unterziehen sein. Öffentliche Ausgaben – das sind z. B. auch Gelder, die die Kommunen ausgeben. Wer glaubt denn hier ernsthaft, dass die Kommunen dazu auf die Schnelle in der Lage sind?

Erlaubt sein muss auch die Frage, ob es in jedem Fall Sinn macht, einen Haushalt mit absoluter Geschlechtergerechtigkeit zu erstellen. Nehmen wir als Beispiel die Jugendhilfe. Sie wird immer gern als Beispiel für eine Gender-Analyse genommen. Da werden mit Hilfe der so genannten

3-R-Methode die Angebote hinsichtlich der Repräsentation von Jungen und Mädchen untersucht, die zur Verfügung gestellten Ressourcen werden erhoben, und die Realisation wird thematisiert. Das Ergebnis lautet in aller Regel: Die Angebote für Jungen überwiegen, in sie wird viel mehr Geld hineingesteckt als in Angebote für Mädchen. Eine klare Benachteiligung des weiblichen Geschlechts – auf der einen Seite. Aber es gibt eben auch die andere Seite, die wir berücksichtigen müssen. Ich meine den Bedarf. Wenn Sie einmal einen Blick in die Jugendhilfestatistik werfen, dann stellen Sie fest: Es überwiegt stets der Anteil der Jungen. Und er überwiegt umso mehr, je intensiver die Form der Unterstützung ist. Bei der Jugendberatung z. B. übersteigt der Anteil der Jungen den Anteil der Mädchen um das Ein- bis halbfache. Bei der Betreuung ist der Anteil der Jungen mehr als doppelt so hoch.

Es gibt tatsächlich unterschiedliche Bedarfe bei Jungen und Mädchen. Jungen werden eher auffällig als Mädchen. Darauf müssen die Angebote abgestimmt sein. Um auf die Gender-Analyse in der Jugendhilfe zurückzukommen: Meines Erachtens macht es keinen Sinn, mit der Gießkanne ebenso gleichmäßig wie losgelöst vom Bedarf Männlein und Weiblein zu „beglücken“. Wir brauchen hier eine Differenzierung, sonst gehen wir an der Realität vorbei. Gender-Budget im Sinne von tatsächlicher Gleichstellung darf kein Selbstzweck sein, es muss sich an der Realität orientieren, und das kann – eben dies zeichnet den Gender-Mainstreaming-Gedanken aus – auch Männerförderung bedeuten.

Deshalb unser Fazit: Der Haushalt des Landes Hessen wird zurzeit auf SAP umgestellt. Das hat für uns Vorrang. Die Idee einer Gender-sensiblen Analyse des Haushalts hat ihre Berechtigung, sie hat aber vor diesem aktuellen Hintergrund nicht die gleiche Wichtigkeit. Wir sollen eines nach dem anderen machen, sonst überfordern wir die Landesverwaltung. Die FDP ist deshalb der Überzeugung, dass der vorliegende Antrag im Grundsatz seine Berechtigung hat, dass die einzelnen Forderungen jedoch zur Unzeit erhoben werden. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

